

**DEMOKRATIE**

**E-PAPER**

# Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)

ALEXANDER HÄUSLER, RAINER ROESER, LISA SCHOLTEN

Im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung

Untersuchungsstand: 02.05. 2016



ALEXANDER HÄUSLER, RAINER ROESER, LISA SCHOLTEN

# Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Eine Studie im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung

(Untersuchungsstand: 02.05. 2016)

Herausgeber: Heinrich-Böll-Stiftung

# Impressum

Herausgeberschaft: im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung, Weiterdenken –  
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Redaktion und Lektorat: Stefan Schönfelder

Layout, Grafiken: Antje Meichsner

Erscheinungsort: [www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de), Weiterdenken –  
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Schützengasse 18, 01067 Dresden

Erscheinungsdatum: 7. Juni 2016

ISBN: 978-3-946541-09-7 (für dieses pdf)

Weitere E-Books zum Downloaden unter  
[www.weiterdenken.de/de/publikationen0](http://www.weiterdenken.de/de/publikationen0)

## Copyright:

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons  
Lizenz (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich  
gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Achtung: Die CC\_Lizenz gilt nicht für die Fotos, dort bleiben alle Rechte bei den Fotograf\_innen!

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers:  
[info@weiterdenken.de](mailto:info@weiterdenken.de)

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
2. Parteipolitische Entwicklung	9
3. Parteipolitische Verortung und Rechtspopulismus-Diskurs	16
4. Kernthemen	28
4.1 Euro/EU	28
4.2 Asyl/Einwanderung	30
4.3. Islam	31
4.4. Nationale Identität	33
4.5 Natürliche Ordnung/Familie	34
4.6 Themensetzung in ausgewählten AfD-Programmen	37
5. Politische Praxis im Bundesvorstand, EU-Parlament und den Landesverbänden	42
5.1 Die AfD nach Essen	46
5.2 Der neue Bundesvorstand	49
5.3 Themen/Kampagnen des Bundesvorstands	61
5.4 Entwicklung in den Landesverbänden	69
5.5 Parlamentarische Praxis	110
5.6 Politische Fraktionen in der AfD	129
5.7 „Staatskrise“ durch Asylpolitik – Straßenpolitik	145
6. Landtagswahlen in BW, RP, SA – Entwicklung/Personal der drei Landesverbände	145
6.2 Wahlkämpfendes Personal	150
6.3 AfD im Wahlkampf	164
6.4 Wahlanalyse: Das Thema ‚Flucht‘ beherrscht die Agenda	175
7. Die AfD im Blick Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus	179
7.1 Eindrücke über die Partei AfD	185
7.2 Die Bedeutung der AfD im Kontext Mobiler Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus	193
8. Fazit	199
Anhang	202
Abbildungsverzeichnis	224
Autor/innen	225

# 1. Einleitung

In der vorliegenden Studie wird die Parteiprogrammatik und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) aus Sicht der Politikwissenschaft und Parteienforschung analysiert. Methodisch wurde hierbei nach Maßgabe einer deskriptiven Inhaltsanalyse hinsichtlich der politischen und programmatischen Verlautbarungen der Partei sowie ihrer politischen Entwicklung verfahren. Einen breiten Raum nimmt hierbei die vertiefende Beschreibung der politischen Parteistrukturen und Programmatik und deren dynamische Entwicklung ein. Die beschreibende Analyse der Parteientwicklung wird kombiniert mit Methoden der qualitativen Sozialforschung in Form von Interviews.

Spätestens nach ihrem Führungswechsel wurde in der AfD ein deutlicher Wandel weg vom Euro-Thema hin zum Flüchtlingsthema erkennbar, der in der sogenannten AfD-Herbstoffensive 2105 einen propagandistischen Ausdruck erhielt. Diese Entwicklung gab den Anlass für die ursprüngliche Intention, im Rahmen dieser Studie zur politischen Praxis der AfD den Themenkomplex Flucht, Asyl und Einwanderung als deren neues politisches Kernthema zentral in den Blick zu nehmen. Allerdings stellte sich im Laufe der Untersuchung heraus, dass die Propaganda der AfD nach ihrem Führungswechsel genauso wenig auf das Einwanderungs- und Asylthema reduziert werden kann, wie es in der Zeit mit Bernd Lucke als AfD-Bundessprecher nur das Euro-Thema war, auf das die AfD-Propaganda reduziert werden konnte.

Vielmehr bestätigt sich die These aus der Forschung, dass es sich beim Rechtspopulismus um eine inhaltlich höchst flexible Form politischer Ansprache handelt.

Zwar ist der Rechtspopulismus weltanschaulich gebunden an ideologische Fragmente der radikalen Rechten, in der politischen Praxis jedoch richtet sich die rechtspopulistische Agitation in erster Linie nach spezifischen politischen Gelegenheitsstrukturen. Dies lässt sich anhand einer an die Öffentlichkeit geratenen Mail der stellvertretenden AfD-Bundsvorsitzenden Beatrix von Storch veranschaulichen, in der sie VorstandskollegInnen Empfehlungen für die inhaltliche Ausrichtung der Partei im Kontext der Erstellung eines Grundsatzprogramms gab. Darin schreibt von Storch, dass „der Islam das brisanteste Thema des Programms überhaupt“ und für die „Außenkommunikation“ am besten geeignet sei. „Asyl und Euro sind verbraucht, bringen nichts Neues“, so Storch weiter. „Die Presse wird sich auf unsere Ablehnung des politischen Islams stürzen wie auf kein

zweites Thema des Programms.<sup>1</sup> Die AfD-Kampagnen gegen Flüchtlinge und Einwanderung sind als Teil eines rechten Kulturkampfes zu begreifen, der sich grundsätzlich gegen gesamtgesellschaftliche Ausdifferenzierungs- und Anerkennungsprozesse richtet. So erklärte der AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen auf dem AfD-Bundesparteitag in Stuttgart, dass das zu erstellende Programm seiner Partei wegführen solle von einem „links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland“.<sup>2</sup>

Die AfD ist wiederholt Gegenstand von Publikationen der Heinrich Böll Stiftung gewesen. Zur Entstehung und politischen Ausrichtung der AfD hat die Landesstiftung NRW schon im Jahr 2013 eine der ersten wissenschaftlichen Untersuchungen herausgegeben.<sup>3</sup> Seit dieser Zeit hat sich die Partei, die der rechtspopulistischen Parteienfamilie in Europa zuzuordnen ist, nicht nur personell und inhaltlich verändert: Sie ist zudem zum Zeitpunkt der vorliegenden Veröffentlichung bereits in acht Landtagen vertreten und strebt in enger Kooperation mit populistischen und radikal rechten Parteien in Europa eine grundlegende und nationalistisch orientierte Kehrtwende europäischer Politik an. Innenpolitisch versucht die Partei, zentrale Errungenschaften emanzipativ orientierter sozialer Bewegungen (Frauenbewegung, Homosexuellenbewegung, antirassistische Bewegung etc.) infrage zu stellen und einen neuen rechten Machtblock zu erschaffen.

Zudem schlägt die AfD als neue rechte „Bewegungspartei“<sup>4</sup> eine politische Brücke zu flüchtlingsfeindlichen und muslimfeindlichen Protestmilieus (z.B. Pegida) und entwickelt sich dadurch zu einem parteipolitischen Kulminationspunkt einer neuen sozialen Bewegung von rechts. Aus diesem Grund stellen die Entwicklung und politische Praxis der AfD für Initiativen, Institutionen und zivilgesellschaftliche Netzwerke gegen rechts eine neue Herausforderung dar. Deshalb sind wir im Rahmen dieser Studie in Dialog getreten mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mobilen Beratungseinrichtungen gegen Rechtsextremismus.<sup>5</sup> Da diese Einrichtungen beratend und informierend in den

---

1 Markus Grill (Correctiv-Redaktion): Anti-Islam-Kurs. Exklusiv: Email von Beatrix von Storch und das geplante Grundsatzprogramm, <https://correctiv.org/blog/2016/03/11/afd-hat-neues-krass-thema/> 11.03.2016, abgerufen am 20.03.2016

2 5. AfD-Bundesparteitag: Rede von Jörg Meuthen am 30.04.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=WcU2eLwVNsc> , abgerufen am 15.05.2016

3 Häusler, Alexander/ Teubert, Horst/ Roeser, Rainer (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), verfügbar unter: [http://www.boell-nrw.de/sites/default/files/afd\\_studie\\_forena\\_hbs\\_nrw.pdf](http://www.boell-nrw.de/sites/default/files/afd_studie_forena_hbs_nrw.pdf), abgerufen am 29.04.2016

4 Näher s. Kap. 2, 6.7, 7.1 und 8

5 Die vielen regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus haben einen Bundesverband gegründet, der über die Aktivitäten informiert: <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/>, abgerufen am 17.04.2016

Schnittstellen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft tätig sind, stellen ihre beruflichen Erfahrungen und Wahrnehmungen einen wichtigen politischen Seismograph dar hinsichtlich der Alltagswahrnehmung aktueller Formen von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus.

Um die Weltsicht und politische Praxis der AfD auch aus Sicht ihrer Funktionsträger verstehen und darstellen zu können, haben wir uns im Rahmen der Erstellung dieser Studie um die Erstellung von Interviews mit AfD-Funktionsträgern aus dem Bundesvorstand, sämtlichen Landesverbänden sowie parteiinternen Organisationen und Arbeitsgruppen bemüht. Zu unserem Bedauern erfolgten auf unsere Anfragen bei den Funktionsträgern der Partei nur negative Rückmeldungen: Von 39 angeschriebenen Funktionärinnen und Funktionären kamen, auch nach mehreren Rückfragen, nur neun Rückmeldungen. Unter den neun Rückmeldungen waren acht Absagen und eine Zusage, die jedoch wieder zurückgenommen wurde. Entsprechend dieser negativen Rückmeldungen konnte die ursprünglich geplante Befragung der AfD-Funktionsträger nicht umgesetzt werden. Um diese Informationslücke ausgleichen zu können, nimmt die von uns vorgenommene Beschreibung der politischen Praxis der AfD in dieser Studie einen großen Raum ein.

Im folgenden *zweiten* Kapitel wird der politische Entwicklungsprozess der AfD von ihrer Gründungsphase bis zum Zeitpunkt der Erstellung ihres Grundsatzprogramms Ende April 2016 komprimiert dargestellt und analysiert.

Im *dritten* Kapitel wird eine parteipolitische Verortung der AfD vollzogen und die Bedeutung des Rechtspopulismus-Begriffs diskutiert.

Daran anschließend werden im *vierten* Kapitel die zentralen propagandistischen Themen der AfD in komprimierter Form vorgestellt und einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Das *fünfte* Kapitel hat die politische Praxis der AfD in Form einer dichten Beschreibung zum Gegenstand. Im Zentrum der Darstellung stehen hierbei das Personal und deren parlamentarisches und außerparlamentarisches Wirken.

Die Auseinandersetzung mit der Wahlkampfpraxis der AfD wird im *sechsten* Kapitel vollzogen.

Die Wahrnehmung der politischen Praxis der AfD aus Sicht Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus ist Gegenstand des *siebten* Kapitels.

Die Studie schließt im *achten* Kapitel mit einem kurzen Fazit.



## 2. Parteipolitische Entwicklung

Trotz ihres kurzen Bestehens hat die AfD schon vielfach Erfolge in Wahlen erzielen und großen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs einnehmen können.<sup>6</sup> So ist die Partei im Frühjahr 2016 bereits in acht Landtagen sowie mit zwei Abgeordneten<sup>7</sup> im Europaparlament vertreten. Die günstige Ausgangslage für die neue Partei rechts von der Union lag in der Eurokrise und dem Diktum von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Euro-Rettungspolitik sei alternativlos. Die im Frühjahr 2013 gegründete AfD erzielte in diesem Kontext mit ihrem geschickt gewählten Parteinamen eine große öffentliche Wahrnehmung. Mit dem vorher als Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg tätigen Bernd Lucke erhielt die Partei zu Beginn ein vorzeigbares Gesicht: Lucke verschaffte der Partei hohe mediale Präsenz und den Anschein von wirtschaftlichem Sachverstand.

Ihre Kampagne gegen die Euro-Rettungspolitik untermauerte die AfD mit wohlfahrtschauvinistischen und nationalistischen Argumenten, die zum Teil eine deutlich diskriminierende Stoßrichtung gegenüber der griechischen arbeitenden Bevölkerung einnahmen. So zum Beispiel die Deutungen der EU-Krise als Ausdruck von angeblicher Unvereinbarkeit von Nord- und Südeuropa sowie pauschale Negativzuschreibungen hinsichtlich der Arbeitsmoral von „Südländern“. In solch einem Kontext stellte der frühere AfD-Bundessprecher Lucke die europäische Wirtschaftskrise argumentativ in einen Zusammenhang mit einer den Bevölkerungen der südeuropäischen Staaten angeblich innewohnenden Arbeitsmoral:

„Wenn die Menschen in diesen Ländern weniger und entspannter arbeiten wollen und dafür weniger Wohlstand in Kauf nehmen, bitte schön. Das eigene Glück zu verfolgen ist doch das elementare Recht jedes Volks.“<sup>8</sup>

---

6 Dieses Kapitel fußt auf bereits veröffentlichten Texten von Alexander Häusler zum Thema AfD.

7 Ursprünglich ist die AfD bei der Europawahl 2014 mit sieben Abgeordneten in das Europaparlament eingezogen und der Fraktion „Europa der Konservativen und Reformer“ (EKR) beigetreten. Nach der Abwahl Luckes auf dem AfD-Parteitag 2016 und der Gründung der AfD-Abspaltung „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA) traten fünf der AfD-Abgeordneten über zu der neuen Partei.

8 Lucke, Bernd: Raus aus dem Euro?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19.05.2013.

Solche Ausführungen suggerieren, die Krise in südeuropäischen Staaten resultiere aus fehlender Arbeitsmoral der dortigen Bevölkerungen. Derartige Zuschreibungen bedienen pauschalisierend das Bild vom „faulen Südländer“. Die Annahme von einer angeblichen „Volkseigenschaft“ der Bevölkerungen der südeuropäischen Staaten hinsichtlich eines ihnen angeblich innewohnenden Arbeitsverhaltens reproduziert zudem rassistische Zuschreibungen. Die AfD hat damit erfolgreich vorhandene Ängste vor sozialem Abstieg und wirtschaftlicher Umverteilung zu Lasten sozial schlechter gestellten Schichten im Kontext neoliberalistischer Krisenpolitik instrumentalisiert, indem sie diese Verunsicherungen nationalistisch kanalisiert hat.

Rechtspopulistische Parteien sind politische Krisengewinner. Sie inszenieren sich als „Anwälte der kleinen Leute“, spielen mit der Angst der mittleren und unteren Schichten vor sozialem Abstieg und mit Unsicherheiten in der Bevölkerung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen und Umbrüchen im globalisierten Kapitalismus. Sie übersetzen komplexe Problemlagen in simplifizierende und personalisierende Feindbildkonstruktionen und bedienen die Trugbilder einer heilen (nationalen) Gemeinschaft, als deren Garanten sie sich verkaufen.

Neben der Euro-Rettungspolitik bereitete der AfD die Sarrazin-Debatte den Boden, die den öffentlichen Diskurs im Jahr 2010 prägte. Es waren zu jener Zeit die rassistisch verbrämten Thesen des ehemaligen Bundesbankvorstands und SPD-Senators Thilo Sarrazin zum angeblichen Scheitern der Integrations- und Einwanderungspolitik sowie über die vermeintlichen genetischen und kulturellen Merkmale von Juden und Muslimen, die als rechtspopulistisches Einfallstor dienten. Einher mit der Sarrazin-Debatte ging die Spekulation um die Chancen einer neuen Rechtsaußenpartei: Im September 2010 prognostizierte eine *Emnid*-Umfrage, dass eine fiktive Sarrazin-Partei rund 18 % der Wählerstimmen erhalten würde.<sup>9</sup> Vor Gründung der AfD konnte jedoch keine Partei rechts der Unionsparteien dieses Einstellungspotenzial wirkungsvoll und bundesweit bündeln.

Sarrazins publizistische Erfolge waren geistiger Nährboden für die AfD - seine Thesen spiegelten sich programmatisch in den Forderungen der AfD. In seinen Büchern und Interviews reproduzierte der medial stark vermarktete Provokateur sowohl muslimfeindliche und sozialbiologistische Zuschreibungen und bediente zugleich die Euro- und EU-skeptische Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger. In populistischer und neurechter Tonart erteilte er zudem einem vorgeblichen linken „Tugendterror“ eine Kampfansage.

---

<sup>9</sup> Sarrazin-Debatte: Umfrage sieht großes Potential für Protestpartei, in: Spiegel online v. 05.09.2010, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sarrazin-debatte-umfrage-sieht-grosses-potential-fuer-protestpartei-a-715751.html>, abgerufen am 20.02.2014

Dabei verortete Sarrazin die angeblich vorherrschende Einschränkung von Meinungsfreiheit in einem hermetischen „Code des Guten, Wahren und Korrekten, der große Teile der Medienklasse dominiert“. Eine solche „Political Correctness“ sei zu einem „transnationalen Phänomen des Abendlandes geworden“, das „zumindest in Europa von der linken Ecke des politischen Meinungsspektrums geprägt ist“.<sup>10</sup>

Die AfD verdankte ihren Aufstieg somit zunächst ihrer Selbstinszenierung als Anti-Euro-Partei, dann zunehmend ihrem politischen Agenda-Setting auf das Einwanderungsthema, mit dem sie in Teilen eine Anlehnung an die Pegida-Proteste vollzog.

Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die AfD 4,7 Prozent der Wählerstimmen. Damit verfehlte die Partei ihr Ziel knapp, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Interessanterweise erzielte sie den deutlich höchsten Wählerzuspruch nicht in ihren ursprünglichen Wirkungskreisen in Hamburg, Niedersachsen und Hessen, sondern in den ostdeutschen Bundesländern.

Die meisten Wähler gewann die AfD bei ihren anfänglichen Wahlantritten von der FDP laut Infratest dimap rund 430 000 Stimmen.<sup>11</sup> 340 000 kamen demnach von der Partei Die Linke, 290 000 von CDU und CSU, 180 000 von der SPD und 90 000 von den Grünen. „Überproportional viele“ AfD-Anhänger „kommen vom rechten Flügel der FDP“, wurde der Leiter des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner, in der Woche vor der Wahl zitiert. Güllner konstatierte darüber hinaus signifikante Übereinstimmungen zwischen der AfD-Anhängerschaft und dem Milieu der „Schönhuber-Republikaner in den 90er Jahren“.<sup>12</sup> In der Tat wies die Wählerbasis der REPs Übereinstimmungen mit jener der AfD auf.<sup>13</sup> Nach Peter Matuschek, Forsa-Bereichsleiter für Politik- und Sozialforschung, ist der „typische“ AfD-Wähler „selbstständig, männlich, mit eher überdurchschnittlichem sozialen Status und Einkommen“ ausgestattet: ein „Vertreter der gehobenen Mittelschicht“, der sich „zwischen unten und oben zerrieben fühlt“.<sup>14</sup> Laut Richard Hilmer, Geschäftsführer von Infratest dimap, hingegen kommen die AfD-Wähler

---

**10** Sarrazin, Thilo (2014): Der neue Tugendterror, S. 35

**11** Analysen Wählerwanderung, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml> (2. 10. 2013).

**12** Günther Lachmann, AfD-Anhänger aus dem Milieu der Schönhuber-Wähler, 18. 9. 2013, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article120160405/AfD-Anhaenger-aus-dem-Milieu-der-Schoenhuber-Waehler.html> (2. 10. 2013).

**13** Vgl. Stöss, Richard (1990): Die „Republikaner“ Woher sie kommen, was sie wollen, wer sie wählt, was zu tun ist, Köln; Hennig, Eike/ Kieserling, Manfred/ Kirchner, Rolf (1991): Die Republikaner im Schatten Deutschlands, Frankfurt a.M.

**14** Wer hat die Alternative für Deutschland gewählt? 23. 9. 2013, <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/werhat-die-alternative-fuer-deutschland-gewaehlt-008043> (2. 10. 2013).

„aus allen Richtungen“; die stärkste Zustimmung erhalte die AfD unter Arbeiterinnen und Arbeitern.<sup>15</sup> Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 gewann die AfD noch einmal rund 8000 Stimmen hinzu. 2 065 162 Bürger votierten bundesweit für die Partei.<sup>16</sup> Das entsprach einem Anteil von 7,0 Prozent. Einer von der Forschungsgruppe Wahlen vorgelegten Analyse<sup>17</sup> zufolge unterschieden sich AfD-Wähler vor allem in zwei politischen Themenbereichen vom Rest der Wählerschaft: Von den AfD-Wählern hielten 47 Prozent (alle: 15 Prozent) die EU-Mitgliedschaft für negativ und 57 Prozent (alle: 35 Prozent) erkannten im Euro Nachteile; „weit überproportional viele“ sahen zudem im Bereich Ausländer und Zuwanderung ein großes Problem. 60 Prozent wählten die AfD vor allem wegen der Inhalte, 39 Prozent sprachen der Analyse der Forschungsgruppe Wahlen zufolge von einem „Denkzettel“. Entgegen dem vor der Europawahl abgegebenen Versprechen, auf Abstand zu rechtspopulistischen Parteien zu gehen, ist die AfD unter dem Dach der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) u. a. ein Bündnis mit den rechtspopulistischen Parteien „Die Finnen“ und „Dänische Volkspartei“ eingegangen. Aktuell hat sich die AfD aus diesem Bündnis gelöst und rückt politisch weiter nach Rechtsaußen im Europaparlament.<sup>18</sup>

Neben Angehörigen des wirtschaftlichen Establishments bot die AfD schon seit ihrer Gründung auch politisch heimatlos gewordenen Nationalkonservativen, neurechten Kräften und früheren Aktivisten rechtspopulistischer Kleinstparteien ein parteipolitisches Dach. Zur politischen Strömung der Neuen Rechten pflegt die AfD enge Verbindungen über deren Wochenzeitung Junge Freiheit (JF), die die AfD von Beginn an publizistisch unterstützt und die sich mittlerweile zu einer informellen Parteizeitung entwickelt hat.<sup>19</sup> Nach den Wahlerfolgen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg 2014 änderten sich die innerparteilichen Machtverhältnisse zugunsten des rechten Flügels. Die inhaltliche Akzentverschiebung lässt sich beispielsweise am sächsischen AfD-Landesprogramm ablesen, in dem erstmals die Forderung nach Volksabstimmungen gegen Minarettbau erhoben wurde.<sup>20</sup> Gleichzeitig erklärte der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende

---

15 Ebenda.

16 [http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_14/ergebnisse/bundesergebnisse/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/) (29. 5. 2014).

17 <http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Europawahl/> (31. 5. 2014).

18 Näher s. folgendes Kapitel

19 Vgl. Kellershohn, Helmut (2015): Risse im Gebälk. Flügelkämpfe in der jungkonservativen Neuen Rechten und der AfD, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 181-200

20 Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015): Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg, S. 103

Alexander Gauland die AfD zur „Partei der kleinen Leute“ (Geis, 2015).<sup>21</sup> Dadurch verschärfte sich der innerparteiliche Widerstand gegen den Führungsanspruch von Parteigründer Bernd Lucke. Auf dem Essener Parteitag der AfD im Juli 2015 kam es zum Machtwechsel: Bernd Lucke unterlag Frauke Petry im innerparteilichen Kampf um die Führungsrolle. Seitdem geht der parteipolitische Kurs hin zum Rechtspopulismus mit völkisch-nationalistischer Prägung. Die AfD ist nun auch der parteipolitische Anker für nationalistische und fremdenfeindliche Protestbewegungen wie Pegida, die als Reaktion auf Konflikte in den multikulturell verfassten Einwanderungsgesellschaften Europas sowie als Konterpart zu gesamtgesellschaftlichen Pluralisierungsprozessen, die mit der Anerkennung von Minderheitenrechten einhergehen, entstanden sind. So verkündete der NRW-Vorsitzende der AfD, Markus Pretzell auf jenem Bundesparteitag, die AfD sei nicht nur eine Anti-Euro-Partei, sondern auch zu einer „Pegida-Partei“ geworden.<sup>22</sup>

Mit dem Aufkommen der Pegida-Proteste<sup>23</sup> ist – sowohl für die AfD als auch allgemein – das Potenzial für eine fremdenfeindliche Protestpartei öffentlich sichtbar geworden. Die Teilnahme von zeitweise weit über zehntausend Menschen an den Pegida-Kundgebungen lässt sich als Ausdruck der Entwurzelung eines rechtsgerichteten politischen Milieus in der bürgerlichen Mitte verstehen, das sich politisch nicht mehr ausreichend repräsentiert sieht. Die bei Pegida artikulierten Forderungen sind mit vielen Positionen der AfD deckungsgleich, deren äußerster rechter Flügel frühzeitig zur Unterstützung mobilisierte. In einer Stellungnahme der „Patriotischen Plattform“, einer rechten Seilschaft in der AfD, wurde die Gesamtpartei dazu aufgefordert, „die Kernforderung von Pegida zu übernehmen und sich in aller Deutlichkeit gegen die Islamisierung des Abendlandes auszusprechen“. Im selben Schreiben wird dafür plädiert, „gegen die Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft“ einzutreten.<sup>24</sup> Auch die sächsische AfD-Landesvorsitzende und spätere Bundesvorsitzende Frauke Petry erklärte in einem Interview mit einem Videoportal der Jungen Freiheit ihre Zustimmung zu den Forderungen von Pegida und betonte in diesem Kontext die Bedeutung nationaler Identitätsfragen. Laut Petry artikulieren die Demonstrierenden „die große Sorge, die man im

---

21 Geiss, Matthias: Nach dem Tabu, in: Zeit online v. 22.01.2016, <http://www.zeit.de/2016/04/afd-populismus-fluechtlinge>, abgerufen am 20.3.2016

22 Thomas Steiner: Die AfD stellt sich neu auf: „Wir sind die Pegida-Partei“, Badische Zeitung v. 6.7.2015

23 In der Protestforschung gibt es Kontroversen, ob es sich bei Pegida in Dresden und deren Ablegern in anderen Städten um eine soziale Bewegung von rechts im engeren Verständnis der Forschung zu sozialen Bewegungen handelt. Zur sprachlichen Vereinfachung wird im folgenden Text von Pegida-Protesten und rechten flüchtlingsfeindlichen Bewegungen gesprochen.

24 Patriotische Plattform (2014). AfD muss sich gegen Islamisierung des Abendlandes aussprechen! <http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/09/stellungnahme-der-patriotischen-plattform-afd-muss-sich-gegen-islamisierung-des-abendlandes-aussprechen/> abgerufen am 10.12.2014

Osten vielleicht auch eher findet als im Westen, dass wir mit unserer eigenen Identität offensichtlich Probleme haben und gar nicht mehr wagen, drüber zu sprechen, wie es ist, als Deutscher in Deutschland zu leben und wie man dieses Land selbst gestalten möchte.<sup>25</sup>

Damit schlug die Partei die Brücke zwischen ihrer wohlstandschauvinistischen und elitär-marktradikalen ökonomischen Grundausrichtung („nicht das Sozialamt der Welt“, „Partei der Leistungsträger“) und den Politikverdrossenen, die ein Ventil für ihren Protest gegenüber den „Altparteien“ und den als „Sozialtouristen“ diffamierten Einwanderern suchen. Die Partei positionierte sich nun auch gegen Gender Mainstreaming, frühkindliche Sexualaufklärung und die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen. Damit hat sie sich zum parteipolitischen Dach für einen Kulturkampf entwickelt, der die Forderung nach dem Erhalt von „nationaler Identität“ damit verknüpft, sich gegen Frauen- und Minderheitsrechte zu stellen, aber auch gegen Solidarität mit Flüchtlingen und den verschuldeten Staaten in (Süd-)Europa.

Im Kontext der europäischen Schuldenkrise stellt sich die AfD propagandistisch als Zugpferd der sogenannten nationalen Leistungsträger auf. Zugleich nimmt sie aber die Rolle des national gesinnten Konterparts zur europäisch hegemonialen politischen Formation des transnationalen Neoliberalismus ein: Sie spielt dabei die Rolle der nationalen Alternative zur vorherrschenden Krisenpolitik in Europa. Diese populistische Kampagne richtet sich daher einerseits an die Politikverdrossenen, andererseits an die konservativen und rechten Milieus, die sich politisch nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlen.

In diesen Inszenierungen tritt das populistisch mobilisierende Moment zutage, das der AfD ihre bisherige Erfolgsgeschichte bei der Wählerschaft beschert hat.

Durch die Inanspruchnahme des Flüchtlingsthemas konnte sich die AfD ein neues Alleinstellungsmerkmal als Anti-Einwanderungs-Partei verschaffen und sich dadurch zum parteipolitischen Kulminationspunkt der neuen flüchtlingsfeindlichen Bewegung entwickeln. In einem Interview mit dem Bonner General-Anzeiger erklärte der Meinungsforscher Manfred Güllner: „Die Flüchtlingsfrage ist für die AfD wie ein Magnet, ein Wählermagnet. Ihre Wähler kommen aus einem gesellschaftlichen Segment, dem es objektiv wirtschaftlich gut geht, das aber zugleich von starken Abstiegsängsten geprägt

---

25 Petry, F. (2014). Interview in JF-TV Dokumentation über PEGIDA, Dresden, 8. Dez. 2014. <https://www.youtube.com/user/jungefreiheitverlag>, abgerufen am 12.12.2014

ist. Diese Menschen sind verängstigt, sie fühlen sich bedroht, fürchten, ins Proletariat abzugleiten. Nun suchen sie Sündenböcke, und finden sie in den Flüchtlingen.“<sup>26</sup>

---

**26** Kai Pfundt: Interview mit Forsa-Chef Manfred Güllner - „Die AfD-Wähler suchen Sündenböcke“, in: Bonner General-Anzeiger vom 15.2.2016, <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/Die-AfD-Wähler-suchen-Sündenböcke-article3184840.html>, abgerufen 15.2.2016



### 3. Parteipolitische Verortung und Rechtspopulismus-Diskurs

Ein zentrales Merkmal des Rechtspopulismus ist eine „Anti-Establishment-Orientierung“.<sup>27</sup> Der konstruierte Gegensatz zwischen „Volk und Elite“ kann hierbei als „Basiserzählung“ des Rechtspopulismus verstanden werden.<sup>28</sup> Dabei wird „das Volk“ als homogenisierender Begriff für die unterschiedlichen Partikularinteressen angestammter Bevölkerungsteile in Kontrast zu der „politischen Klasse“ gesetzt, welche angeblich zum Zwecke der eigenen Bereicherung die „nationalen Interessen“ an eine undemokratische, multikulturelle und transnational orientierte Europäische Union verkauft habe.<sup>29</sup> Der Rechtspopulismus übersetzt hierbei den Nationalismus und Rassismus der traditionellen extremen Rechten in kulturell und/oder religiös umformulierte Feindbilder: die „schleichende Islamisierung“, den „bürokratischen Moloch EU“, die „Zerstörung kultureller Identität“ durch den Multikulturalismus und die Linke als dessen „Steigbügelhalter“. Dabei inszeniert sich der zeitgenössische Rechtspopulismus kämpferisch als „demokratische Alternative“ zum beschworenen kulturellen Untergangsszenario. Als Chiffre dieses rechten Kulturkampfes können die Schlagworte „Heimat, Glaube, Identität“ genannt werden, die als reaktionär gefüllte Identifikationsangebote in Frontstellung gegenüber der transnational und multikulturell verfassten europäischen Demokratie gebracht werden. Die aus diesen Kreisen erhobenen Forderungen nach „mehr Demokratie“ in Form von Volksentscheiden und Bürgerbegehren weisen eine selektive Inanspruchnahme partizipativer demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten auf, die konterkariert werden von autoritären, undemokratischen und rassistischen Politikvorstellungen.

---

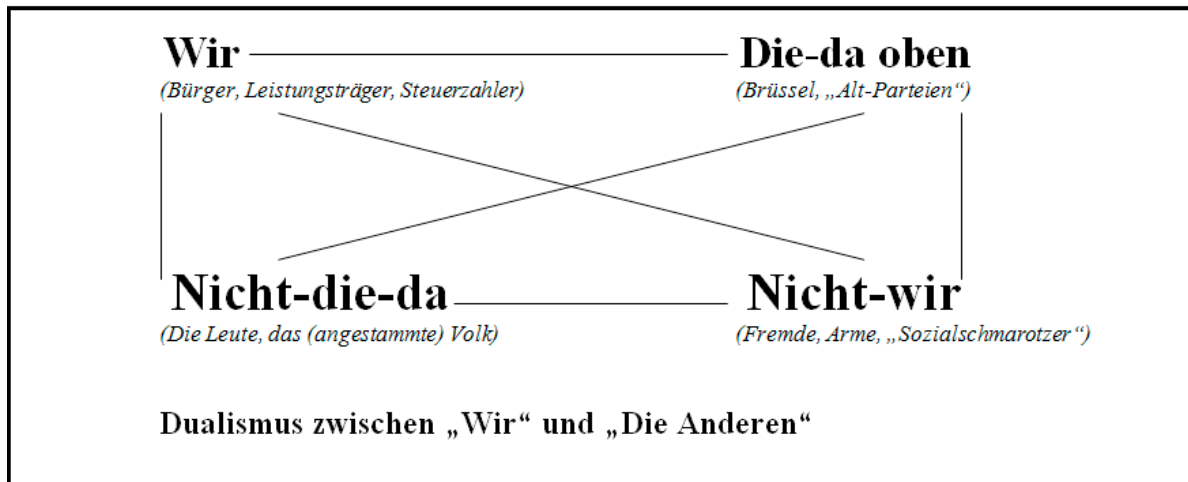
27 Vgl. Decker, Frank (2011): Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Hartleb, Florian/Wielenga, Frieso (Hrsg): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster, S. 40; Kohlstruck, Michael (2008): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Graduelle oder qualitative Unterschiede? In: Faber, Richard/Unger, Frank (Hrsg): Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg, S. 224; Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6/2012, S. 3-9

28 Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, SWP-Studie 17, Berlin, S.8

29 Vgl. tiefergehend hierzu Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015): Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg, S. 13-27. Wesentliche Passagen daraus sind in die folgenden Abschnitte übernommen worden.



Abbildung 1: Rechtspopulistisches Viereck (nach Sebastian Reinfeldt)



In Anlehnung an die Studien von Sebastian Reinfeldt<sup>30</sup> lässt sich der rechtspopulistische Dualismus zwischen „Wir“ und „Die Anderen“ in Form eines Vierecks veranschaulichen.

Eine solche Kontrastierung vollzieht sich sowohl auf der vertikalen, wie auch auf der horizontalen Ebene: Während die rechtspopulistische Wir-Konstruktion einerseits elitär zentriert ist auf die bürgerlichen Mittelschichten in Abgrenzung zu denen, die nicht als „Leistungsträger“ angesehen werden, wird andererseits ein integrierendes politisches Identifikationsangebot an „das Volk“ gemacht. Dabei werden jedoch lediglich die angestammten Bevölkerungsteile angesprochen und zugleich propagandistisch abgegrenzt von nicht angestammten Bevölkerungsteilen. Während die Abgrenzung hierbei von oben nach unten verläuft, wird auf einer anderen Ebene in der Eigenkontrastierung zur etablierten Politik propagandistisch ein Unten-Oben-Gegensatz hergestellt. Zugleich wird dadurch auf der vertikalen Ebene propagandistisch eine scheinbare „Egalisierung“ zwischen dem elitären „Wir“ der angeblichen bürgerlichen „Leistungsträger“ und dem „Volk“ vollzogen. Damit werden die elitären, besitzstandswahrenden Partikularinteressen zu einem allgemeinen „Volkswillen“ umgedeutet und zugleich auf der vertikalen Ebene politische Feindmarkierungen vorgenommen: Demnach werden die „Interessen des Volkes“ von unten bedroht durch die sogenannten Fremden und Sozialschmarotzer sowie zugleich von oben durch die angeblich korrupten „Alt-Parteien“.

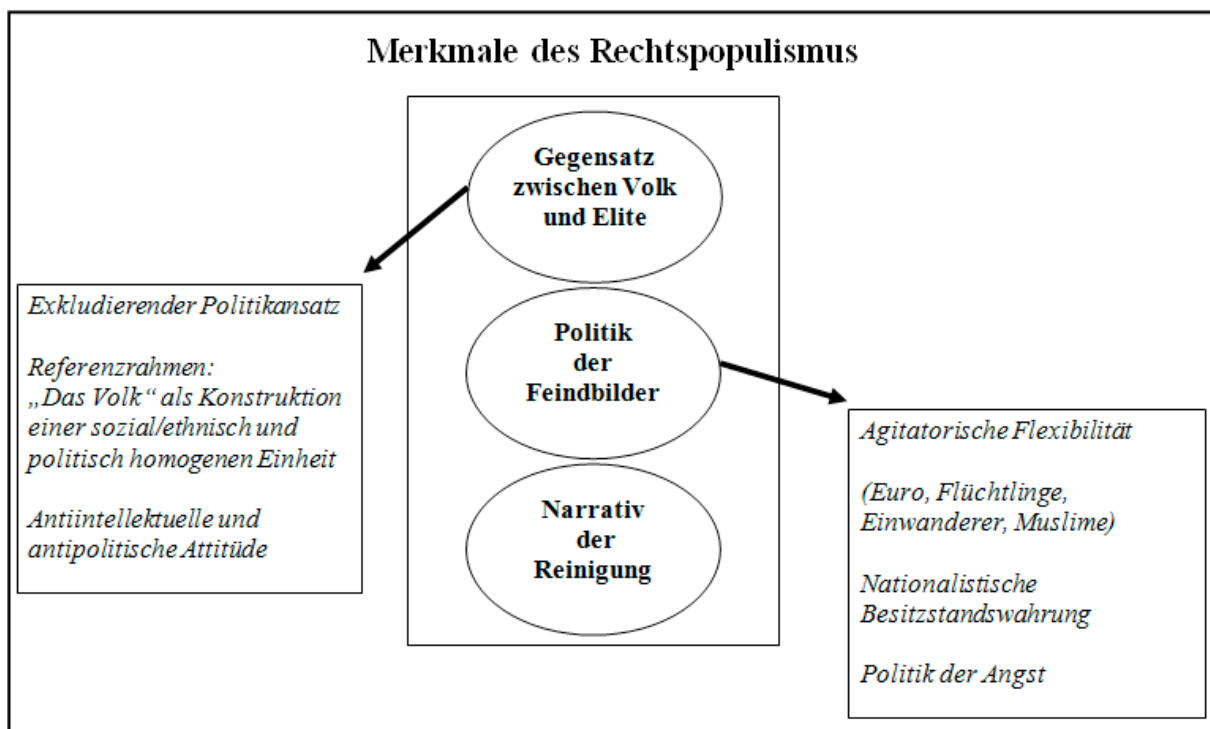
Damit hat diese Gegenüberstellung im Rechtspopulismus sowohl integrierenden wie zugleich ausschließenden Charakter: So werden einerseits Implikationen zwischen dem „Wir“ der „Leistungsträger“ und dem „Volk“ hergestellt und andererseits zwischen „denen-da-oben“ und den „Fremden und Schmarotzern“, die damit gleichermaßen

<sup>30</sup> Reinfeldt, Sebastian (2013): „Wir für Euch“. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise, Münster, S. 50.

zum „Fremdkörper“ wie zur Bedrohung der „Wir“-Konstruktion stilisiert werden. Von Bedeutung ist, dass diese Abgrenzungen und Bedrohungskonstruktionen sowohl nach unten wie zugleich nach oben gerichtet sind: Damit nimmt der Rechtspopulismus gezielt eine Sonder- und Außenseiterstellung ein, indem er ein Wir-Angebot zur Abgrenzung von den Unterklassen formuliert wie zugleich gegenüber der Oberklasse in Form der „Politiker-Kaste“. Dies ermöglicht es der rechtspopulistischen Demagogie, Wohlfahrtschauvinismus, Anti-Sozialismus und Rassismus zu verknüpfen mit einem sich antipolitisch inszenierten Sozialpopulismus, der zugleich den Unterklassen ein selektives Identifikationsangebot gegenüber „denen da oben“ bieten kann.

Die AfD vertritt einen ausgrenzenden Politikansatz, der „das Volk“ als ethnisch-kulturell homogene Einheit darstellt und damit zugleich ethnisch und kulturell als nicht-zugehörig definierte Bevölkerungsgruppen ausgrenzt. Diese völkisch-nationalistisch hergeleitete Politik der Feindbilder basiert auf einer Politik der Angst: Je nach politischer Konjunktur können die jeweiligen Feindbilder flexibel ausgetauscht bzw. in unterschiedlicher Rangfolge als „Bedrohung für unser Volk“ diffamiert werden, gegenüber der man sich als schützende bzw. „reinigende“ Kraft inszeniert.

Abbildung 2: Merkmale des Rechtspopulismus



Das Narrativ der Reinigung dient rechtspopulistische Parteien als Metapher für eine autoritäre Mobilisierung zum Aufstand gegenüber vermeintlichen „Volksfeinden“, als welche die Einwanderer, die von Rechtspopulisten verhasste „korrupte Elite“<sup>31</sup>

31 Karin Priester: „Wesensmerkmale des Populismus“, in: APuZ 5-6/2012, S. 4

sowie emanzipative Bewegungen und die bestehenden politischen Parteien identifiziert werden. In ihren Kampagnen gegen „die Politiker“ tritt zugleich eine aggressive Kampfansage an die repräsentative Demokratie zutage: Dies lässt sich anhand einer Rede des Vorsitzenden der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“, Markus Frohnmaier, auf einer AfD-Demonstration in Erfurt am 28.10.2015 veranschaulichen. Frohnmaier bekundete dort:

„Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz, ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht - denn wir sind das Volk, liebe Freunde“.<sup>32</sup>

Von zentraler Bedeutung für die Selbstinszenierung der AfD als sowohl neue wie zugleich als „Anti-Parteien-Partei“ ist ihre populistische Kampfansage an die sogenannten Altparteien: Im AfD-Jargon gelten alle anderen Parteien – von den Linken bis zur CSU – als „Altparteien“, die sich angeblich allesamt nicht besonders voneinander unterscheiden.

Obwohl die AfD sich als besondere Partei mit völlig neuen Inhalten inszeniert, stellt sie real ein Konglomerat aus ehemaligen Parteigängern der CDU, CSU, FDP sowie ehemaligen Mitwirkenden aus Rechtsaußenparteien wie dem Bund freier Bürger (BFB), der Partei Die Freiheit (DF), den Republikanern und der Schill-Partei dar.<sup>33</sup> Der BFB stellt in diesem Kontext sogar gewissermaßen eine Vorläuferpartei der AfD dar, da er die erste rechte Anti-Euro-Partei in Deutschland war. Diese Partei wurde im Jahr 1994 auf Initiative des früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner gegründet. Brunner war 1992 aufgrund seiner ablehnenden Haltung zum Vertrag von Maastricht von seiner Stellung als EG-Beamter entbunden worden.<sup>34</sup> Laut Brunner wurde die Partei als „Bürgerbewegung für ein Europa der Nationen“ gegründet.<sup>35</sup> Mit seinen Kampagnen gegen die Währungsunion war der BFB die erste Partei in Deutschland, die sich der Euro-Thematik zentral angenommen hat. Zugleich trat der BFB in seinem Grundsatzprogramm von 1995 für Leistungsorientierung, nationale Identität und Heimatbewusstsein sowie

---

32 Rede Markus Frohnmaier auf AfD-Demonstration in Erfurt, in: [http://www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraeumt.1773.de.html?dram:article\\_id=335345](http://www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraeumt.1773.de.html?dram:article_id=335345) (Abruf: 20.4.2016)

33 Vgl. hierzu das Kapitel „Rechte Vorläuferparteien der AfD“, in: Alexander Häusler/Rainer Roesser, Die rechten Mut-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg 2015, S. 28–41.

34 Vgl. Hartmut Grewe, Der „Bund freier Bürger“, Sankt Augustin 1994.

35 Manfred Brunner, in: JF 11/1993; hier zit. nach: Herbert Schui/Ralf Ptak/Stephanie Blankenberg/Günther Bachmann/Dirk Kotzur, Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997, S. 176.

gegen Korruption, Verschwendung und Parteienfliz ein und skizzierte seine politische Ausrichtung als „freiheitlich, marktwirtschaftlich, konservativ und national“.<sup>36</sup> Die Zusatzbezeichnung „Die Freiheitlichen“ wurde in Anlehnung an die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) gewählt.

Brunner versuchte, durch die politische Annäherung an den österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider von dessen Strahlkraft zu profitieren. Doch trotz dieser Annäherung und gemeinsamer Wahlkampfauftritte mit Haider erreichte der BFB nicht im Mindesten die Aufmerksamkeit, die mit derjenigen der damaligen FPÖ vergleichbar gewesen wäre. Die Europawahlen 1994 zu einer „Volksabstimmung gegen Maastricht und für die Deutsche Mark“ zu machen, wie es der BFB plante, scheiterte ebenso an einer entsprechenden Wählerzustimmung wie die folgenden Wahlauftritte der rechtspopulistischen Partei. Brunner vollzog 1998 den Zusammenschluss des BFB mit der Partei Offensive für Deutschland von Heiner Kappel. In der Folgezeit radikalisierte sich der BFB bis hinein in den rechtsextremen Rand. Im Verfassungsschutzbericht 1999 wurden dem BFB „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“ bescheinigt.<sup>37</sup> Im Jahr 2000 stellte der BFB endgültig seine parteipolitischen Tätigkeiten ein. Mit der heutigen AfD teilt sich der BFB nicht nur die Bezeichnung als „Professoren-Partei“,<sup>38</sup> sondern zugleich Teile des Unterstützerkreises: Mit dem Anfang des Jahres 2014 verstorbenen Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty gehörten ehemalige Förderer des BFB zum Kreis der AfD-Unterstützer in der Gründungszeit der Partei. Besonders der BFB-Mitbegründer Starbatty repräsentierte als damaliger Vertreter der AfD im Europaparlament die personelle und inhaltliche Überschneidung zwischen beiden Parteien. Sogar der zentrale Wahlkampfslogan der AfD zur Bundestagswahl 2013 entpuppt sich bei näherer Betrachtung als schlichte Kopie eines Slogans des BFB: „Mut zur Wahrheit“ stand schon auf BFB-Wahlplakaten zur Landtagswahl am 13. September 1998 in Bayern.<sup>39</sup>

Damit stellt sich die AfD sowohl inhaltlich wie auch hinsichtlich ihrer Annäherung an die rechtspopulistische FPÖ<sup>40</sup> organisatorisch in die Tradition der rechtspopulistischen Parteienfamilie.

---

**36** BFB, Grundsatzprogramm „Freiheit braucht Mut“, München 1995, S. 2.

**37** Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999 (2000), Paderborn, S. 92.

**38** Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenberg, Stephanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, S. 173.

**39** BFB-Wahlplakat, unter: <http://unimut.fsk.uni-heidelberg.de/unimut/images/wahlkrampf98/wahlkrampf28.jpg>, abgerufen am 20.12.2013.

**40** Näher s. vorheriges Kapitel

Für die Strömungen der Neuen Rechten gilt die AfD als Erfolgsgarant in ihrem Bestreben zur Nationalisierung des Politischen.

Im neurechten Institut für Staatspolitik wird schon seit etlichen Jahren am Aufbau einer neuen politischen Kraft rechts der Union gearbeitet. In einer hierzu wegweisenden Schrift aus dem Jahr 2007 lautet es: „Das politische System der BRD kann sich eigentlich nur noch nach rechts ausdifferenzieren. Grob gesehen, gibt es für jede soziale Schicht eine linke und eine an der Mitte orientierte Partei (Oberschicht: Grüne/ FDP, Mittelschichten: SPD/ CDU), lediglich die unteren gesellschaftlichen Schichten sind derzeit nur durch die Linkspartei.PDS auf Bundesebene vertreten. Um die Besetzung dieser Lücke konkurriert ein halbes Dutzend rechtspopulistischer Parteien und die derzeit recht erfolgreichen Nationalisten der NPD. Das Wähler-Potential liegt um die 15 bis 20 Prozent. Mit einem solchen Stimmenanteil ist es möglich, Politik im parteipolitischen Rahmen mitzugestalten. Der Dänin Pia Kaersgaard gelang es beispielsweise bei ihrer Regierungsbeteiligung, die Abschaffung der Familienzusammenführung durchzusetzen und die Kriterien für die Erlangung der dänischen Staatsbürgerschaft erheblich zu verschärfen.“<sup>41</sup>

Was der BFB und die REPs nicht erreichen konnten, soll nun die AfD schaffen. Die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ sieht in der AfD eine neue „politische Option“, wie es ihr Chefredakteur Dieter Stein formulierte: „Jahrzehnte galt unumstößlich auf Bundesebene das vom einstigen CSU-Chef Franz Josef Strauß aufgestellte Prinzip, rechts neben der Union dürfe es keine ‚demokratisch legitimierte Partei‘ geben. Abgesehen davon, ob sich die Alternative für Deutschland selbst als ‚rechts‘ in der politischen Gesäßgeographie positioniert – sie wird als bürgerlich-konservative Bewegung verortet und hat sich in groben Umrissen auch eine entsprechende Programmatik gegeben.“<sup>42</sup>

Begreift man Rechtspopulismus als eine Form politischer Inszenierung, so weisen klassisch rechtsextreme Parteien wie die französische „Front National“ (FN) ebenso einen rechtspopulistischen Stil auf wie die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP), die ursprünglich als konservative Partei für landwirtschaftliche Interessen in Erscheinung trat. Auch die AfD hat im Unterschied etwa zu den muslimfeindlichen Pro-Parteien (pro Köln/ pro NRW/pro Deutschland) ihren politischen Ursprung nicht im Rechtsextremismus. Vielmehr stellt sie ein parteipolitisches Dach dar für unterschiedliche rechte Milieus, die vom wirtschaftsliberalen über das nationalkonservative Spektrum bis hinein in völkisch-nationalistische Kreise hineinreichen.

---

**41** Institut für Staatspolitik, Wissenschaftliche Reihe – Heft 10, Arbeitsgruppe 2: Politische Kultur (2007): Parteigründung von rechts. Sind schlanke Strukturen möglich? S. 36

**42** Stein, Dieter: Das blaue Wunder, in: Junge Freiheit v. 20.09.2013.

## Parteilpolitische Achse des europäischen Rechtspopulismus (Beispiele)

Der Brandenburger AfD-Vorsitzende Alexander Gauland und der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke festigen die Allianzen der AfD zu radikalrechten Parteien in den Nachbarländern und versuchen, die AfD im radikal rechten Parteienblock in Europa zu verankern. So wurde bei einer AfD-Veranstaltung unter Anwesenheit von Gauland, Höcke dem AfD-Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalts, Andre Poggenburg, im brandenburgischen Nauen der österreichische FPÖ-Generalsekretär Vilimsky als Redner eingeladen und Gauland betonte dort den Willen zur Intensivierung der Zusammenarbeit beider Parteien.<sup>43</sup> Kurze Zeit später, auf dem Thüringer AfD-Landesparteitag ging Höcke noch weiter und betonte zudem Gemeinsamkeiten der AfD mit dem rechtsextremen „Front National“. Trotz Unterschieden müsse man politisch zusammenstehen: „Wenn es in Europa um alles oder nichts geht, müssen wir das Gemeinsame herausstellen – und nicht das Trennende“.<sup>44</sup>

Abbildung 3: AfD auf der Rechtspopulismus-Skala

Traditionelle extrem rechte Parteien mit rechtspopulistischem Stil	Rechtspopulistische Parteien mit extrem rechten Bezügen	Rechtskonservativer / Rechtsliberaler Rechtspopulismus
FN Pro-Parteien (pro NRW/pro Köln/pro Deutschland)	FPÖ REP Teile der AfD (nach Weggang des Lucke-Flügels)	SVP Die Freiheit Schill BfB AfD (mit Hinwendung zu extrem rechten Bezügen)

Ein Blick auf die Rechtsaußenfraktionen im Europaparlament veranschaulicht den politischen Werdegang der AfD vom nationalkonservativen Lager hin zum politischen Block der extremen Rechten. So organisierte der AfD-NRW-Vorsitzende Marcus Pretzell im Februar 2016 in Düsseldorf einen Kongress, an dem Petry, der FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache und der FPÖ-Europaparlamentarier und Generalsekretär

<sup>43</sup> Roeser, Rainer (2016): AfD rudert nach rechts, in: <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/afd-rudert-nach-rechts> abgerufen am 08.04.2016

<sup>44</sup> Debes, Martin (2016): Landesparteitag der AfD: Höcke wirbt für Allianz mit Pegida, FPÖ und Front National, in: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Landesparteitag-der-AfD-Hoecke-wirbt-fuer-Allianz-mit-Pegida-FPOe-und-Front-Na-903511282> abgerufen am 09.04.2016

Harald Vilimsky teilnahmen.<sup>45</sup> Angekündigt zunächst als Veranstaltung der konservativen ECR-Fraktion im EU-Parlament, fand der Kongress schließlich nur noch unter den Labels von AfD und FPÖ statt. Bis in den Sommer 2015 hinein beinhaltete die ECR-Mitgliedschaft der AfD zumindest parteioffiziell noch eine strikte Abgrenzung zu Parteien wie der FPÖ. Mit jenem Treffen kam es zum ersten öffentlichen und offiziellen Brückenschlag zwischen AfD und FPÖ, die in Brüssel nicht der ECR-Fraktion angehört, sondern der deutlich radikaleren Fraktion „Europa der Nationen und Freiheit“ (ENF). Strache nannte die Einladung zum Treffen mit der AfD einen „historischen Akt“. Der bayerische AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron verkündet wenige Tage später den Start einer „Blauen Allianz“<sup>46</sup> – angelehnt an die Parteifarben von AfD und FPÖ. Bystron ergänzte seine Pressemitteilung mit einer Grafik, die zwischen seinem und dem Bild Straches eine Deutschland-Karte mit anhängendem Österreich zeigte; dazu der Text: „Die blaue Allianz überwindet die Grenzen: FPÖ und AfD gemeinsam für die Zukunft Europas!“

Abbildung 4: Rechtsaußen-Fraktionen im EU-Parlament

Europa der Konservativen und Reformisten (ECR)	Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)	Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)
Conservative Party (Tories) Prawo i Sprawiedliwosc (PiS) Dänische Volkspartei (Die Finnen) <b>ALFA (5)</b> u.a.	UKIP MoVimento 5 Stelle Schwedendemokraten Ordnung und Gerechtigkeit (Liberaldemokraten/Litauen) <b>Beatrix von Storch (AfD)</b> u.a.	Front National FPÖ Lega Nord Partij voor de Vrijheid (PVV) Vlaams Belang Kongress der neuen Rechten (KNP) <b>Marcus Pretzell (AfD)</b> u.a.

<sup>45</sup> Florian Pfitzner: Schulterchluss der Rechtspopulisten, in: Neue Westfälische vom 14.2.2016, [http://www.nw.de/nachrichten/regionale\\_politik/20709041\\_Schulterchluss-der-Rechtspopulisten.html](http://www.nw.de/nachrichten/regionale_politik/20709041_Schulterchluss-der-Rechtspopulisten.html), abgerufen 27.2.2016

Julia Rathcke: Treffen unter Freunden, in: Rheinische Post vom 13.2.2016, <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/afd-und-fpoe-in-duesseldorf-treffen-unter-freunden-aid-1.5766055>, abgerufen 27.2.2016

Rainer Roeser: Dambruch nach rechtsaußen, in: blick nach rechts vom 15.2.2016, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/dambruch-nach-rechtsau-en>, abgerufen 26.2.2016

<sup>46</sup> Alternative für Deutschland Bayern: AfD und FPÖ beschließen Zusammenarbeit, vom 18.2.2016, <http://www.afdbayern.de/afd-und-fpoe-beschliessen-zusammenarbeit/>, abgerufen 27.2.2016



## 4. Kernthemen

Die politische Themensetzung der AfD orientiert sich in vielerlei Hinsicht nach der gesamtpolitischen Debattenkonjunktur. Hierbei anderen rechtspopulistischen Parteien ähnlich, wechselt die AfD ihre Feindbilder wie auch ihre politischen Positionen zu Detailfragen. In der Forschung wird daher dem Rechtspopulismus eine „schlanke Ideologie“<sup>47</sup> zugeschrieben. Dies bedeutet, dass das weltanschauliche Fundament sich auf einige zentrale Themen konzentriert und ansonsten die politische Propaganda durchaus flexibel den aktuellen politischen Gelegenheitsstrukturen angepasst werden kann. In diesem Kapitel werden die propagandistischen Kernthemen der AfD vorgestellt und analysiert. Um zu einer Einschätzung der Gewichtung der jeweiligen Kernthemen kommen zu können, haben wir ihre Nennungen in den unterschiedlichen AfD-Wahlprogrammen einer vergleichenden Auswertung unterzogen. Da insbesondere das Einwanderungs- und Asylthema den Ausschlag für das erfolgreiche Abschneiden der AfD bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt gegeben hat, haben wir diesem Thema in dem dieses Kapitel abschließendem Vergleich besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

### 4.1 Euro/EU

Das Euro-Thema kann sowohl als das Gründungsthema der AfD bezeichnet werden, wie auch als die erste politische Gelegenheitsstruktur ihres erfolgreichen Agendasettings. So publizierte die Zeitschrift Focus die Ergebnisse einer von ihr bei *Emnid* in Auftrag gegebenen-Umfrage, die von den Befragten den Satz bewerten lässt: „In Deutschland kann sich jeder Vierte vorstellen, bei der Bundestagswahl eine Partei zu wählen, die sich für einen Austritt aus dem Euro starkmacht.“ *Emnid*-Chef Klaus Peter Schöppner kommentierte die überraschend große Zustimmung zu diesem Statement mit den Worten: „Bei den 26 Prozent handelt es sich um einen relativ hohen Wert. Dies deutet darauf hin, dass es hier möglicherweise Potenzial für eine neue Protestpartei gibt.“<sup>48</sup> Trotz der Dominanz des Eurothemas war die AfD von Beginn an nicht bloß eine Ein-Themen-Partei,

---

47 Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie, in: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? S. 60

48 Wählerpotenzial für deutsche Anti-Euro-Partei, in: Die Welt online v. 10. 3. 2013, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article114301881/Waehlerpotenzial-fuer-deutsche-Anti-Euro-Partei.html> (12. 11. 2014).



sondern bediente unter ihrem Slogan „Mut zur Wahrheit“ zugleich eine „Nationalisierung des Politischen“ in innen- wie in außenpolitischen Belangen. So erklärte die AfD-Politikerin Beatrix von Storch: „Demokratie geht nur national. Sie geht nicht international. Sie heißt: Herrschaft des Volkes, es heißt: eines Volkes, nicht Herrschaft der Völker.“<sup>49</sup>

Mit dem Eurothema bzw., dessen Ablehnung vollzog die AfD eine inhaltliche Verquickung von wirtschaftsliberalen und nationalpopulistischen Argumentationen, die mit David Bebnowski als „Wettbewerbspopulismus“ bezeichnet werden können: „In wettbewerbspopulistischen Argumentationen wird die Überlegenheit ökonomisch erfolgreicherer Gruppen – im Falle der AfD: Nationalstaaten – auf Grundlage ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit konstruiert und gleichzeitig mit kulturellen Stereotypen kurzgeschlossen. Auf diese Weise wird die Aufwertung der eigenen Position bei gleichzeitiger kultureller Abwertung des ‚Anderen‘ erreicht“.<sup>50</sup>

Die AfD formuliert ihre außenpolitischen Positionen aus einer Ablehnung transnationaler Politikansätze heraus: Die Ablehnung der EU und ihrer Institutionen stellen laut Marcel Lewandowsky gewissermaßen den Daseinszweck der AfD dar: „Jegliche Europa-Politik ist Außen-Politik, dient der Verteidigung der Nation, ihrer Identität und Kompetenzen.“ Daher sei die Außenpolitik der AfD „in einem doppelten Sinne populistisch: Sie richtet sich gegen jene ‚da oben‘ und postuliert zugleich die Krise der eigenen, nationalen Identität und Souveränität, aus der sie wiederum die Legitimation ihrer Politik generiert.“<sup>51</sup>

Mit Slogans wie „Wir wollen diesen Euro nicht. Keine fremden Schulden auf deutsche Bürger abwälzen“ warb die AfD zur Bundestagswahl 2013. Mit ähnlichen Parolen – etwa die FPÖ mit dem Slogan „Unser Geld für uns're Leut“ – haben andere rechtspopulistische Parteien in der Eurokrise erfolgreich nationalistische Ressentiments geschürt. Die AfD versucht, an diese Erfolge anzuknüpfen und trifft Vorbereitung zur Schaffung einer Internationale der Nationalisten in Europa. In der hauseigenen Parteizeitung „AfD Kompakt“ haben Frauke Petry, Jörg Meuthen und Alexander Gauland

---

**49** Beatrix von Storch, Bewerbungsrede für die AfD-Kandidatenliste für das Europaparlament, <https://www.alternativefuer.de/unsere-kandidaten-fuer-europa/>, abgerufen am 12.3.2014

**50** Bebnowski, David (2015): „Gute“ Liberale gegen „böse“ Rechte? Zum Wettbewerbspopulismus der AfD als Brücke zwischen Wirtschaftsliberalismus und Rechtspopulismus und dem Umgang mit der Partei, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S.29

**51** Lewandowsky, Marcel (2015): Die Verteidigung der Nation: Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S.49

im Vorfeld des AfD-Programm-Parteitags eine Erklärung zur künftigen europäischen Bündnispolitik ihrer Partei formuliert. Dort heißt es:

*„Es ist unsere Überzeugung, dass die AfD als verbindendes Element der verschiedenen EU-kritischen Fraktionen Wegbereiter für eine neue europaweite EU-kritische Bewegung sein sollte. Erst wenn die aktuellen EU-kritischen Fraktionen „Europa der Nationen und der Freiheit“, „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ sowie Teile der „Europäische Konservative und Reformier“ zusammenfinden, wird das Europa der Vaterländer auch im EU-Parlament eine starke Stimme haben.“<sup>52</sup>*

## 4.2 Asyl/ Einwanderung

Mit der propagandistischen Fokussierung auf das Thema Asyl/Einwanderung gelang der AfD nach ihrem im Sommer 2015 vollzogenen Führungswechsel ein erfolgreicher Wandel in ihrer Außenwahrnehmung: Galt sie bis dato im öffentlichen Bild als Anti-Euro-Partei, so wurde sie im Kontext der steigenden Flüchtlingszahlen hinsichtlich ihrer Themensetzungen fortan als Anti-Einwanderungs-Partei wahrgenommen. Diese Selbstinszenierung wurde sichtbar in der zeitgleich vollzogenen Hinwendung zu den zunehmenden flüchtlingsfeindlichen Straßenprotesten. Die zahlreichen Demonstrationen gegen die Asylpolitik von Bundeskanzlerin Merkel, die von der AfD Thüringen seit dem Herbst 2015 regelmäßig vor dem Dom in Erfurt veranstaltet werden, weisen ein Zusammenkommen unterschiedlicher rechter Protestmilieus auf, die von politisch unorganisierten „Wut-Bürgern“ bis hinein in die gewaltorientierten Hooligan- und Neonaziszenen reichen. Bei seinen Versuchen, die AfD zu einer rechten Bewegungspartei gegen Einwanderung zu formieren, erhielt der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke prominente Unterstützung vom AfD-Vorsitzenden aus Brandenburg, Alexander Gauland. So trugen Gauland und Höcke im November 2015 zeitgleich auf AfD-Demonstrationen in Magdeburg und Erfurt gemeinsam verfasste „Grundsätze für Deutschland“ vor. In nationalistischem Pathos forderten sie darin, die Deutschen „müssen mündig werden!“. Gegen die Asyl-Suchenden gerichtet heißt es dort weiter: „Deutschland war die Heimat unserer Vorfahren. Deutschland muss als Heimat unserer Kinder erhalten bleiben. Deutschland ist unsere Heimat – unser Land – und unsere Nation!“<sup>53</sup>

---

**52** Gemeinsame Erklärung von Prof. Dr. Jörg Meuthen, Dr. Frauke Petry und Dr. Alexander Gauland zur Rolle der Alternative für Deutschland im Europaparlament, in: AfD Kompakt 03/2016

**53** Der Flügel (2016): 5 Grundsätze für Deutschland. Veröffentlicht am 02.01.2016 [https://www.youtube.com/watch?v=0dM\\_cgMJT88&nohtml5=False](https://www.youtube.com/watch?v=0dM_cgMJT88&nohtml5=False) abgerufen am 02.01.2016

Hier schimmert wie auch bei weiteren AfD-Kernthemen der neurechte Einfluss durch, der über Höckes politische Verbindungen zum neurechten Institut für Staatspolitik offensichtlich ist und dessen politische Verlautbarungen er in einem Vortrag beim IfS im November 2015 als „geistiges Manna“ bezeichnet hat.<sup>54</sup> Dazu passen die vom IfS schon im Jahr 2007 formulierten strategischen Überlegungen zum erfolgreichen Aufbau einer neuen rechten Partei: „In Kombination mit der zunehmenden Relevanz typisch rechtspopulistischer Themen wie Zuwanderung und Integration steigen die Chancen für Rechtsparteien aber weiterhin. Historisch ist die Situation derzeit vergleichsweise günstig für eine neue Partei rechts von der Union.“<sup>55</sup>

Mit der Fokussierung auf das Einwanderungsthema vollzieht die AfD eine Hinwendung zu den Kernthemen der extremen Rechten. Deutschland als ein multikulturell verfasstes Einwanderungsland gilt der extremen Rechten als Sinnbild für die Zerstörung einer herbeigesehnten „Volksgemeinschaft“. Die AfD wendet sich ebenfalls gegen die multikulturelle Gesellschaft. In ihrem Entwurf zum Grundsatzprogramm heißt der Punkt 7.1 „Leitkultur statt Multikulturalismus“. Dort wird der Multikulturalismus nicht als Alltagsrealität anerkannt, sondern zu einer „Ideologie“ verklärt. Diese „Ideologie“ würde „importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur“ gleichstellen und „deren Werte damit zutiefst“ relativieren. Dies „betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“<sup>56</sup> Die Definition der Nation als „kulturelle Einheit“ negiert kulturelle Diversität und richtet sich gegen Minderheiten. Damit vollzieht die AfD eine Hinwendung zu einem Staatsverständnis, das bislang hierzulande von Rechtsaußenparteien wie den REPs programmatisch vertreten worden ist und tendenziell anschlussfähig ist an völkisch-rassistische Kampagnen der NPD gegen einen „drohenden Volkstod“ durch den Multikulturalismus.

## 4.3 Islam

Während das Thema Islam bei der AfD anfänglich noch keine besondere Bedeutung eingenommen hat, ist im Laufe ihres weiteren Werdegangs eine zunehmende Hinwendung der Partei zu diesem Thema erkennbar. So wurde im sächsischen Landesverband

---

**54** Höcke, Björn (2015): Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme – Vortrag beim IfS. <https://www.youtube.com/watch?v=ezTw30RSqIQ> abgerufen am 20.01.2016

**55** Institut für Staatspolitik, Wissenschaftliche Reihe – Heft 10, Arbeitsgruppe 2: Politische Kultur (2007): Parteigründung von rechts. Sind schlanke Strukturen möglich? S. 36

**56** Entwurf AfD-Grundsatzprogramm, <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen am 20.04.2016

der AfD im Vorfeld der Landtagswahlen 2014 ein Wahlprogramm erstellt, das als Annäherung an antimuslimische Agitationsformen gedeutet werden kann. Mit der Aufnahme der Forderung nach Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen mit Minaretten in Sachsen hat zudem zum ersten Mal in der Entwicklung der AfD das Thema Moscheebau Eingang gefunden in den offiziellen Forderungskatalog der Partei.<sup>57</sup> Seit ihrem Führungswechsel im Sommer 2015 hat die AfD ihren muslimfeindlichen politischen Kurs verstärkt. Das AfD-Bundesvorstandsmitglied Beatrix von Storch vertritt gar die Ansicht, dass der Islam eigentlich eine „politische Ideologie“ sei, welche „mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.“ Daher will die AfD einen Anti-Islam-Kurs in ihrem Grundsatzprogramm verankern: „Wir sind für ein Verbot von Minaretten, von Muezzins und für ein Verbot der Vollverschleierung“, so von Storch weiter.<sup>58</sup>

Als eine der ersten parteiinternen Strömungen mobilisierte die „Patriotische Plattform“ für die politische Ausrichtung der AfD gegen den Islam im Bündnis mit den Pegida-Protesten.<sup>59</sup> Ein Positionspapier des Plattform-Sprechers Hans-Thomas Tillschneider verdeutlicht die rassistische Stoßrichtung solcher Anti-Islam-Positionen. Dort lautet es: „Die Forderung nach Willkommenskultur und nach Islamreform sind zwei Seiten derselben Feindlichkeit gegenüber Identität und kultureller Differenz.“ Die Würde des Menschen zeige sich „in seiner kulturellen Verschiedenheit“. Daher wird der Islam aus „der grundsätzlichen Scheidung zwischen Eigenem und Fremden und der Verteidigung des Eigenen“ heraus abgelehnt.<sup>60</sup> Demnach steht die Ablehnung des Islam als Chiffre für eine rassistisch hergeleitete Abwehr von Einwanderung. Dementsprechend lautet es in dem Positionspapier: „Das Problem ist nicht der Islam, das Problem ist die multikulturelle Gesellschaft.“ Dementsprechend wird auch die Religionsfreiheit mit der Begründung abgelehnt, sie diene als „Vehikel einer multikulturellen Transformation. Sie fungiert als trojanisches Pferd, den Kulturrahmen aufzubrechen, der unsere Verfassungsordnung erst möglich“ gemacht habe.<sup>61</sup> In derartigen Ausführungen offenbart sich eine sowohl grundgesetzwidrige wie zugleich rassistisch hergeleitete „Islamkritik“.

---

57 AfD Sachsen (2014): Wahlprogramm. [afdsachsen.de/index.php?ct=wahlprogramm](http://afdsachsen.de/index.php?ct=wahlprogramm), abgerufen am 20.06.2014

58 Von Storch: „Islam nicht mit Grundgesetz vereinbar“, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/von-storch-islam-nicht-mit-grundgesetz-vereinbar-14182472.html>, abgerufen am 24.04.2016

59 Patriotische Plattform (2014). AfD muss sich gegen Islamisierung des Abendlandes aussprechen! <http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/09/stellungnahme-der-patriotischen-plattform-afd-muss-sich-gegen-islamisierung-des-abendlandes-aussprechen/> abgerufen am 10.12.2014

60 Tillschneider, Hans-Thomas (2015): Prinzipien alternativer Islampolitik, <http://www.derfluegel.de/2016/01/25/prinzipien-alternativer-islampolitik-i/>, abgerufen am 10.02.2016

61 Ebd.

## 4.4 Nationale Identität

Das Thema „Nationale Identität“ kann als identitätsprägend für die politische Rechte allgemein wie auch besonders für die Strömung der sogenannten Neuen Rechten angesehen werden, die sich in Deutschland als Antwort auf die in den sechziger Jahren formierte Neue Linke verstand. Diese Neue Rechte versuchte in den 1980er Jahren, die „nationale Identität“ als rechten Kampfbegriff in den öffentlichen Diskurs einzuführen. Entscheidende Anregungen hierzu entsprangen der Feder des nationalrevolutionären Vordenkers der Neuen Rechten, des ehemaligen NPD-Aktivisten Henning Eichberg, der dann in der NPD-Abspaltung Aktion Neue Rechte (ANR) aktiv wurde. Eichbergs 1978 erschienenes Buch „Nationale Identität“ galt als Fibel neu-rechter Bewegungen in der BRD, aus der der Leitspruch „Wer von den Völkern nicht sprechen will, soll von den Menschen schweigen“ vielfach zitiert wurde.<sup>62</sup> In der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ erläuterte der Brandenburger AfD-Vorsitzende Gauland sein Verständnis von nationaler Identität. Er sieht diese Identität gefährdet durch Zuwanderung und die europäische Vereinigung: „Europa ist eben kein Schmelztiegel wie Amerika, sondern ein Kontinent vieler unterschiedlicher Nationen, Kulturen und Sprachen, und all die törichten Versuche vom europäischen Staat über den Euro bis zur Willkommenskultur stoßen in der ehemaligen DDR auf tiefe Skepsis jener, die gerade erst Sachsen, Thüringen oder Brandenburg wieder für sich zurückerobert haben.“ Dem Westen hingegen habe man „seit 1968 systematisch das nationale Selbstwertgefühl ausgetrieben. Ein Volk, das Adolf Hitler hervorgebracht hat, hat keinen Anspruch auf einen Platz in der Völkerfamilie. Da uns das immer wieder eingeredet wurde, streben nun auch viele Deutsche danach, in Europa und der Welt aufzugehen.“<sup>63</sup> Gaulands Deutung vom Verlust nationaler Identität durch Zuwanderung, transnationale Politik und Erinnerung an die NS-Herrschaft zeigt deutliche Überschneidungen mit völkisch-nationalistischen und geschichtsrevisio-nistischen Identitätskonstruktionen der extremen Rechten. In dem AfD-Leitantrag zur Erstellung eines Grundsatzprogramms lautet es: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“

Ebenfalls in einem Interview mit einem Videoportal der Jungen Freiheit betonte Frauke Petry hinsichtlich der Einschätzung der Pegida-Proteste die Bedeutung nationaler Identitätsfragen. Laut Petry artikulieren die Demonstranten „die große Sorge, die man im Osten vielleicht auch eher findet als im Westen, dass wir mit unserer eigenen Iden-

---

**62** Eichberg, Henning (19778): Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München/Wien, S. 126

**63** Gauland, Alexander (2015): Das Ende der nationalen Identität, in: Junge Freiheit v. 11.09.2015

tität offensichtlich Probleme haben und gar nicht mehr wagen, drüber zu sprechen, wie es ist, als Deutscher in Deutschland zu leben und wie man dieses Land selbst gestalten möchte.“<sup>64</sup>

#### 4.5 Natürliche Ordnung/Familie

Die Kampfansage der AfD gegen das „Gender-Mainstreaming“ sowie die Ablehnung pluralisierter sexueller Lebensformen und entsprechender sexueller Frühaufklärung resultiert aus einem patriarchalen Gesellschaftsbild und Geschlechterverständnis und einer Behauptung von einer angeblich natürlichen gesellschaftlichen Ungleichheit. Das Verständnis von menschlicher Ungleichheit als Ausdruck einer „natürlichen Ordnung“ ist Kern im „biologistischen Menschenbild“ der Neuen Rechten.<sup>65</sup> So lassen sich in den weltanschaulichen Bezugnahmen der Neuen Rechten Anleihen an Verhaltensforscher wie Konrad Lorenz oder dessen Schüler Ireneus Eibl-Eibesfeld erkennen, die Untersuchungen aus dem Tierreich auf menschliches Gattungsverhalten zu übertragen und dadurch rassistische Vorstellungen als „natürlich“ zu rechtfertigen versuchten.<sup>66</sup> In der Tat kann das Rekurren der AfD auf ein „natürliches Menschen- und Familienbild“ und die damit einhergehende Ablehnung von Feminismus und pluralisierten sexuellen und alltäglichen Lebensformen als „gemeinsame Klammer“ der unterschiedlichen politischen Strömungen innerhalb der AfD verstanden werden. Die Klammer besteht „in der Ideologie einer natürlichen Ordnung von sozialer Ungleichheit“.<sup>67</sup>

Im Leitantrag des AfD-Bundesvorstands für ein Grundsatzprogramm wird dementsprechend gefordert, die „Gender-Forschung“ an Hochschulen abzuschaffen. Zudem wird gefordert, an Schulen die „einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht“ zu unterbinden wie die „ideologische Beeinflussung durch das ‚Gender Mainstreaming‘. Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden“.<sup>68</sup>

---

**64** Petry, Frauke, Interview in JF-TV Dokumentation über PEGIDA, Dresden, 8. Dez. 2014, <https://www.youtube.com/user/jungefreiheitverlag>, abgerufen am 20.2.2015

**65** Feit, Margret (1987): Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie, Frankfurt/New York, S. 73

**66** Michael (1981): Die rassistische Internationale. Zur Renaissance der Rassenlehre in der modernen Psychologie, Frankfurt a.M., S. 154

**67** Kemper, Andreas (2015): Antiemanzipatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitik der Alternative für Deutschland, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 83

**68** Entwurf AfD-Grundsatzprogramm, <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen am 20.04.2016

Im christlichen AfD-Milieu hat die Publizistin Gabriele Kuby mit ihrer Kritik am Gender Mainstreaming Aufmerksamkeit erzielt. Für die Autorin wurde „die Gender-Ideologie“ von „radikalfeministischen Frauen erdacht und ihre Durchsetzung erkämpft – mit unabsehbaren Folgen“.<sup>69</sup> Als Folge dieses beschriebenen Szenarios sieht Kuby einen Kulturverfall, den sie so beschreibt: „Viele Kulturen sind an moralischer Degeneration untergegangen. Dass aber die moralische Degeneration politisch und kulturell erzwungen wird, das ist neu.“<sup>70</sup> Was diese Feindbildsetzungen eint mit jenen aus der extremen Rechten, ist der Verweis auf die „Verursacher“: Der Feminismus und die sogenannten Achtundsechziger, die durch eine behauptete kulturelle Vorherrschaft das Gender Mainstreaming durchgesetzt und dadurch den „Kulturverfall“ in Gang gesetzt hätten.

Hinter diesen Anfeindungen steht in den benannten unterschiedlichen politischen Milieus eine einigende Anlehnung gegenüber gesamtgesellschaftlichen Pluralisierungs- und Anerkennungsprozessen, die zugleich überkommene gesellschaftliche, familiäre und geschlechtliche Ordnungsvorstellungen infrage stellen, die identitätsstiftend sind für rechtsorientierte Weltbilder.

---

**69** Kuby, Gabriele (2014): Die sexuelle Revolution. Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit. Kißlegg, fe-Medienverlag, S. 25

**70** Ebd.



## 4.6 Themensetzung in ausgewählten AfD-Programmen

Um die Gewichtung der vorgestellten AfD-Kernthemen einschätzen zu können, haben wir untersucht, inwieweit diese Themen in ausgewählten Programmatiken<sup>71</sup> der AfD (Leitlinien und Wahlprogrammen) behandelt wurden und welche Gewichtung sie jeweils bekamen.<sup>72</sup>

---

**71** Alternative für Deutschland: Mut zur Wahrheit - Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland, abrufbar unter: [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/01/AfD\\_Leitlinien\\_2015\\_DE.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/01/AfD_Leitlinien_2015_DE.pdf), abgerufen 16.05.2016;  
Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014: abrufbar unter: <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/03/Europa-programm-der-AfD.pdf>, abgerufen 16.05.2016  
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen zu den Landtagswahlen 2014, abrufbar unter: <http://afd-fraktion-sachsen.de/audiowahlprogramm.html>, abgerufen am 16.05.2016  
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Brandenburg zu den Landtagswahlen 2014, abrufbar unter: <http://www.afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/04/LTW-2014-Wahlprogramm-Brandenburg.pdf>, abgerufen am 16.05.2016  
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Thüringen zu den Landtagswahlen 2014, abrufbar unter: [http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD\\_Thueringen\\_Wahlprogramm.pdf](http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf), abgerufen am 16.05.2016  
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Hamburg zu den Bürgerschaftswahlen 2015, abrufbar unter: <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrger-schaftswahl-Programm-D.pdf>, abgerufen am 16.05.2016  
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Bremen zu den Landtagswahlen 2015, abrufbar unter: [http://www.alternativefuer-bremen.de/wp/wp-content/uploads/2015/05/2015-05-04\\_AfD-Bremen\\_Wahlprogramm-2015\\_V2.6-3.pdf](http://www.alternativefuer-bremen.de/wp/wp-content/uploads/2015/05/2015-05-04_AfD-Bremen_Wahlprogramm-2015_V2.6-3.pdf), abgerufen am 16.05.2016  
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen 2016, abrufbar unter: <http://afd-bw.de/wahlprogramm/>, abgerufen am 16.05.2016  
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Rheinland-Pfalz zu den Landtagswahlen 2016, abrufbar unter: <http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/11/wahlprogramm-aus-fuehrlich.pdf>, abgerufen am 16.05.2016  
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt zu den Landtagswahlen 2016, abrufbar unter: [http://www.sachsen-anhalt-waehlt.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm\\_afd.pdf](http://www.sachsen-anhalt-waehlt.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm_afd.pdf), abgerufen 16.05.2016

**72** Vgl.: Anhang I und II: Auswertungsgrundlagen



Die untersuchten AfD-Programme waren:

- Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland 2014
- Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014
- Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen zu den Landtagswahlen 2014
- Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Brandenburg zu den Landtagswahlen 2014
- Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Thüringen zu den Landtagswahlen 2014
- Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Hamburg zu den Bürgerschaftswahlen 2015
- Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Bremen zu den Landtagswahlen 2015
- Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen 2016
- Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Rheinland-Pfalz zu den Landtagswahlen 2016
- Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt zu den Landtagswahlen 2016

Abbildung 5: Übersicht thematische Überschriften in den Programmen (Auswahl)

Jahr	Quelle	Einwanderung Flucht / Asyl	Nationale Identität	Familie	EU / Euro	Islam
2014	Programm der AfD zur Wahl des Europäischen Parlaments	x			x	
	Wahlprogramm AfD Sachsen zu den Landtagswahlen	x	x	x	x	
	Wahlprogramm AfD Brandenburg zu den Landtagswahlen Wahlprogramm AfD Brandenburg zu den Landtagswahlen	x	x	x		
	Wahlprogramm der AfD Thüringen zu den Landtagswahlen	x		x		
2015	Wahlprogramm der AfD Hamburg zu den Bürgerschaftswahlen	x		x		
	Wahlprogramm der AfD Bremen zu den Landtagswahlen	x		x		
2016	Wahlprogramm der AfD Deutschland Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen	x		x		
	Wahlprogramm der AfD Rheinland-Pfalz zu den Landtagswahlen	x		x		
	Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt zu den Landtagswahlen	x	x	x		

## I. Thema „Einwanderung/Flucht/Asyl“

Die Themen Einwanderung, Flucht und Asyl fanden sich in allen untersuchten Quellen wieder und hatten insgesamt die gleiche Stoßrichtung:

Es ging unter anderem darum, die Zuwanderung zu verringern und Asylverfahren zu beschleunigen, Integration zu fördern und um Unterschiede zwischen Kriegsflüchtlingen, die ein Recht auf Asyl hatten, und denjenigen, die anscheinend kein Asylrecht hätten, und nur nach Deutschland kämen, um Sozialsysteme auszunutzen. Diese sollten kein Asyl bekommen.

Festzustellen war ebenso, dass, mit Ausnahme der Leitlinien des Bundesprogrammes, alle untersuchten Quellen dem Thema ein gesondertes Kapitel bzw. Abschnitte widmeten, welche sich jedoch in der Gewichtung des gesamten Programmes unterschieden.

Abbildung 6: Grobe Gewichtung der thematischen Behandlung des Themas Einwanderung / Flucht / Asyl

Jahr	Quelle	Gewichtung in Bezug zum gesamten Text in Prozent (ungefähre Angaben)
2014	Politische Leitlinien der AfD	4
	Programm der AfD für die Wahl zum Europäischen Parlament	8
	Wahlprogramm AfD Sachsen zu den Landtagswahlen	8
	Wahlprogramm AfD Brandenburg zu den Landtagswahlen	3
	Wahlprogramm der AfD Thüringen zu den Landtagswahlen	2
2015	Wahlprogramm der AfD Hamburg zu den Bürgerschaftswahlen	7
	Wahlprogramm der AfD Bremen zu den Landtagswahlen	6
2016	Wahlprogramm der AfD Deutschland Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen	13
	Wahlprogramm der AfD Rheinland-Pfalz zu den Landtagswahlen	6
	Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt zu den Landtagswahlen	9

Das größte Gewicht im Vergleich der gesamten Programme hatte das Thema 2016 in Baden-Württemberg („Für ein Ende der Massenzuwanderung und des Asylmissbrauchs“). Danach folgten Sachsen-Anhalt („Zuwanderung, Asyl und Integration“); Sachsen („Sachsen in Deutschland und der Welt“) und Hamburg („Zuwanderung und Asyl“). In Bremen („Integration und Zuwanderung“) und Rheinland-Pfalz („Integration, Einwanderung und Asyl“) hatte das Thema ungefähr das gleiche Gewicht. Zuletzt folgten Brandenburg („Identität, Zusammenhalt und Lebensqualität in Brandenburg stärken“) und Thüringen („Demographie und Zuwanderung“).

Im Europaprogramm wurde das Thema unter dem Kapitel „Menschenwürdige Zuwanderungs- und Asylpolitik“ behandelt und hatte eine im Vergleich zu den Bundesländern relativ hohe Gewichtung des gesamten Textes.

## II. Thema „Nationale Identität“

Das Thema „Nationale Identität“ wurde in den meisten Programmen zwar behandelt, wurde aber in den wenigsten als eigenes Kapitel benannt. Lediglich in: Sachsen (Punkt 3 „Identität“ unter „Sachsen in Deutschland und der Welt“), in Brandenburg (unter: Identität, Zusammenhalt und Lebensqualität in Brandenburg stärken) und Sachsen-Anhalt (unter 3.3 „Identität“ unter: „Identität Zuwanderung, Asyl und Integration“) wurde das Thema explizit aufgelistet.

In den anderen Quellen fanden sich zum Teil Absätze oder einzelne Sätze zu der Thematik in der Präambel oder anderen Kapiteln, wie beispielsweise in Bremen in dem Kapitel zu „Integration und Zuwanderung“ oder Sachsen-Anhalt unter dem Kapitel Bildung / Kulturpolitik bzw. Identität.

Thematisch ging es insbesondere darum, die abendländische Kultur zu wahren und zu fördern, beispielsweise in ihren Werten oder der Sprache. Die Identität wurde zudem häufiger in Verbindung mit dem Thema Integration genannt (beispielsweise durch die Aussage, dass die Identifikation mit der nationalen Identität den Integrationsprozess fördert).

Zu erkennen ist, dass das Thema (nationale Identität) vor allem in ostdeutschen Bundesländern relevant zu sein scheint.

## III. Thema „Familie“

Das Thema Familienpolitik nahm eine relevante Rolle in den untersuchten Programmen ein und wurde, mit der Ausnahme der Bundes- und EU-Programmatik, in einem eigenen Kapitel bzw. Unterpunkt benannt, wobei sich die Gewichtung des Themas, die inhaltliche Spannweite und die Vertiefung einzelner Aspekte unterschied.

In Rheinland-Pfalz („Familie und Kind“) und Sachsen-Anhalt („Familienpolitik“) hatte das Thema die höchste Gewichtung. Darauf folgten Sachsen („Familie“); Baden-Württemberg („Für den Schutz der Familie als Fundament der Gesellschaft“); Thüringen („Familie“) und Bremen (unter: „Bildung, Familie und Soziales“ / „1.2 Familie und

Zusammenleben“); Brandenburg („Familie Stärken!“) und zuletzt Hamburg (unter: „Soziales, Gesundheit, Senioren und Umwelt“ / „Sozial Politik“).

Eine inhaltliche Spannweite war vor allem in Sachsen (14 Unterpunkte) und Sachsen-Anhalt (16 Unterpunkte) zu erkennen.

Inhaltlich ging es bei der Familienpolitik unter anderem um: „Stärkung demokratischer Mitbestimmung von Familien: Familienwahlrecht“ (Sachsen); „Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting“ (Brandenburg) oder „Kindeswohl wirksam schützen“ (Hamburg).

Im Zentrum der Familienpolitik und den damit verbundenen Forderungen stand ein traditionelles Familienbild (Vater, Mutter und Kind) welches sich insbesondere von gleich-geschlechtlichen Lebenspartnerschaften abgrenzte. Diesen wurde sowohl das Recht auf den Status der Familie als auch auf bestimmte Privilegien, wie die Adoption, in den meisten Programmen explizit abgesprochen.

Abbildung 7: Grobe Gewichtung der thematischen Behandlung des Themas „Familie“

Jahr	Quelle	Gewichtung in Bezug zum gesamten Text in Prozent (ungefähre Angaben)
2014	Politische Leitlinien der AfD	4
	Programm der AfD für die Wahl zum Europäischen Parlament	2
	Wahlprogramm AfD Sachsen zu den Landtagswahlen	10
	Wahlprogramm AfD Brandenburg zu den Landtagswahlen	3
	Wahlprogramm der AfD Thüringen zu den Landtagswahlen	6
2015	Wahlprogramm der AfD Hamburg zu den Bürgerschaftswahlen	2
	Wahlprogramm der AfD Bremen zu den Landtagswahlen	6
2016	Wahlprogramm der AfD Deutschland Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen	9
	Wahlprogramm der AfD Rheinland-Pfalz zu den Landtagswahlen	12
	Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt zu den Landtagswahlen	12

Ein weiteres zentrales Thema in den Programmen war „Gender-Mainstreaming“ und die generelle Forderung dieses abzuschaffen. In den meisten Programmen wurde das Thema unter dem Aspekt Familien behandelt, wie beispielsweise in Hamburg unter „Gleichberechtigung, Normierung durch Quoten, Gender Mainstreaming; in Bremen unter „Gender“; Baden-Württemberg unter „Gender Mainstreaming abschaffen“ oder in Sachsen-Anhalt unter „Gegen Früh- und Hypersexualisierung in Kindergarten und

Schule“. Zudem wurde das Thema in anderen Kontexten behandelt, beispielsweise in Sachsen unter dem Kapitel „Bildung – Hochschule – Wissenschaft“. Hierbei ging es um die Ablehnung von Gender Mainstreaming in der Schule oder um die Einstellung von Fördermaßnahmen für Gender-Studies.

Letztlich nahmen familienpolitische Themen eine erkennbare relevante Rolle in den Programmen ein.

## Thema „EU / Euro“

Abgesehen von dem Europaprogramm wird das Thema „Europa“ bzw. EU in den einzelnen Programmen nicht explizit im Inhaltsverzeichnis benannt. Das Thema wird jedoch in verschiedenen Politikbereichen behandelt. Inhaltlich beschäftigen sich Programmpunkte der „Anti-Europa-Partei“ vor allem mit der „Eurokrise“ und Forderungen danach, europäische Kompetenzen zu minimieren und dem Nationalstaat Souveränität zurückzugeben (beispielsweise in Sachsen unter dem Punkt „Mehr Souveränität für Sachsen – regionale Förderung braucht keinen Umweg über Brüssel“). Zudem geht es um das Thema „direkte Demokratie in der EU“ (beispielsweise im Bundesprogramm).

Aspekte, welches das Thema Europa bzw. Euro behandelten, werden zum Beispiel unter den Bereichen: Finanzen und Wirtschaft (in Sachsen, Bremen, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt), Zuwanderung und Asyl (Brandenburg, Sachsen, Hamburg, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz), Bildung (Brandenburg, Sachsen-Anhalt) und Haushaltspolitik (Thüringen) thematisiert.

Erkennbare Unterschiede bei der Gewichtung im Vergleich der Jahre sind auf den ersten Blick nicht zu erkennen.

## Thema „Islam“

Das Thema Islam wurde in fünf Landesprogrammen angesprochen, hatte jedoch keine spezielle Nennung in den gesamten Verzeichnissen.

Das Thema wurde insgesamt in den Programmen in Verbindung mit rechtspopulistischen Aussagen und Forderungen verbunden und war unter anderem in den Bereichen: Zuwanderung, Integration, Identität oder Bildung thematisiert.

Die politischen Forderungen im Kontext des Islam bezogen sich beispielsweise auf: Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten (Sachsen, Sachsen-Anhalt), die Ablehnung von Vollverschleierung im öffentlichen Raum und/oder ein Verbot des

Kopftuches im öffentlichen Dienst (Hamburg, Bremen, Baden-Württemberg) oder auf die Bekämpfung von religiösem Extremismus und/oder dem politischen Islam (Bremen, Baden-Württemberg).

## Zusammenfassung:

Letztlich lassen sich folgende Punkte zusammenfassen:

### *1. Einwanderung / Flucht / Asyl*

- Das Thema Einwanderung, Flucht und Asyl wurde in allen untersuchten Programmen thematisch behandelt.
- Besonders gewichtet war das Thema in den Wahlprogrammen von Baden-Württemberg, Sachsen und im Europaprogramm.
- Die Stoßrichtung der Inhalte war eine rechtsgerichtete „Anti-Asyl“-Haltung, die vor allem auf die Minimierung der Zuwanderung zielte.
- Anvisiert wurde eine Orientierung an das kanadische Einwanderungsmodell

### *2. Nationale Identität*

- Das Thema wurde insbesondere in den Programmen von ostdeutschen Bundesländer thematisiert.
- Inhaltlich ging es insbesondere um die Wahrung der abendländischen Identität und gegen Multikulti.
- Hierzu gehörte auch die Abgrenzung zum Islam (beispielweise in Sachsen-Anhalt: „Der Islam gehört hingegen nicht zu unserer Identität. Er hat unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt.“)

### *3. Natürliche Ordnung/Familie*

- Das Thema war in allen Wahlprogrammen relevant.
- Besonders in Sachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt hatte das Thema im Kontext des gesamten Wahlprogrammes eine relativ hohe Gewichtung.
- Inhaltlich fiel auf, dass insbesondere die Themen Kernfamilie (Vater, Mutter und Kind) und Gender eine konservative und traditionelle Familien- und Frauenpolitik anstrebten (beispielsweise: keine Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Ehen, kein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare, Ablehnung von Gender-Mainstreaming)

### *4. Euro / EU*

- Das Thema Euro wurde in den meisten Fällen als Unterthema anderen Politikfelder thematisiert (beispielsweise: Wirtschaft oder Finanzen).

- Das Europa-Wahlprogramm beschäftigte sich als einziges Programm verstärkt mit europäischen Themen.
- Inhaltlich ging es um eine „anti-europäische“-Politik.

### *5. Islam*

- Das Thema Islam kommt in verschiedenen Politikfeldern (beispielsweise: Bildung, Einwanderung, Integration) in vereinzelt Sätzen bzw. Absätzen bei fünf Landeswahlprogrammen vor, findet aber kein eigenes Kapitel.
- In Sachsen und Sachsen-Anhalt geht es u.a. gegen den Bau von Großmoscheen mit Minaretten ohne Volksabstimmung.
- In Hamburg, Bremen und Baden-Württemberg spielt unter anderem das Verbot von Kopftüchern bzw. Burkas als religiöse Symbole eine Rolle.
- Im Verlauf der Jahre 2014 – 2016 sind keine prägnanten Veränderungen der Gewichtung des Themas zu erkennen.
- Die gestellten Forderungen sind, im Vergleich zu einigen Bereichen der Familienpolitik, klarer (radikaler) formuliert.

### *Vergleiche:*

- Die Themen Einwanderung / Flucht / Asyl und Familien / natürliche Ordnung sind von den untersuchten Themen die relevantesten (im Bezug zur Gewichtung)
- Die jeweilige Gewichtung der Themen ist:

a) Einwanderung / Flucht / Asyl mehr als Familie in:

- EU
- Hamburg
- Baden-Württemberg

b) Familie mehr als Einwanderung / Flucht / Asyl

- Sachsen
- Thüringen
- Rheinland-Pfalz
- Sachsen-Anhalt

c) ungefähr gleicher Anteil

- Bund
- Brandenburg
- Bremen

- Das Thema Europa / Euro wird in allen Programmen genannt, jedoch meistens in Unterpunkten und hat – mit Ausnahme des EU-Programmes eine kleinere gesamt Bedeutung (bezogen auf den eingenommen Platz) als die Themen Einwanderung / Flucht / Asyl und Familie.



-Die Themen nationale Identität und Islam haben, bezogen auf den eingenommenen Platz in den Programmen, weniger Gewicht (im vgl. zu Familie und Einwanderung / Asyl / Flucht).

-Hierbei ist Islam 5 mal thematisiert und nationale Identität 3 mal thematisiert.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der hier vorgenommene Vergleich keine ausreichenden Bewertungen über die reale Gewichtung der jeweiligen Themensetzungen in der politischen Praxis der AfD ermöglicht. Vielmehr offenbart sich in der Praxis, dass die propagandistischen Themensetzungen der AfD den jeweils vorherrschenden politischen Konjunkturlagen angepasst werden. Die hier vorgestellten Kernthemen bieten der AfD-Propaganda dazu den weltanschaulichen Fundus.

# 5. Politische Praxis im Bundesvorstand, EU-Parlament und den Landesverbänden

## 5.1 Der Wandel einer Partei

Bereits im Jahr 2014 begann die Erosion der Macht von Bernd Lucke, der nicht nur einer der Gründer und einer der beiden Sprecher der Partei war, sondern in der Öffentlichkeit auch als das eigentliche „Gesicht“ und als der eigentliche Vorsitzende der Partei wahrgenommen wurde. Insbesondere die Ost-Landesverbände und ihre führenden Repräsentanten entwickelten im Zuge der Diskussion über ihre Landtagswahlprogramme und vor allem in den regionalen Wahlkämpfen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, die allesamt mit Erfolgen endeten, ein zunehmendes Selbstbewusstsein. Programmatisch erwies sich eine weitgehende Konzentration auf die Kritik am Euro-Rettungskurs als eine zu strenge Einengung.

Andere Themen rückten in den Wahlkämpfen des Jahres 2014 deutlicher in den Vordergrund – zumal auch landespolitisch andere Themen gefragt waren. Das Thema Kriminalität, speziell die Kriminalität in Grenzregionen, gehörte dazu, eine Familienpolitik, die als Bevölkerungspolitik verstanden wurde, die Ablehnung einer Gleichstellungspolitik, etikettiert als Ablehnung von Gender Mainstreaming, das Beharren auf einer „nationalen Identität“, die sich zuweilen nationalistischer Rhetorik bediente. Erstmals tauchten in den Wahlprogrammen auch genuin rechtspopulistische Forderungen auf.

Dies alles war kein Bruch mit der Programmatik der AfD aus ihren Gründungstagen. Vielmehr handelte es sich um Akzentverschiebungen. Und auch die Akteure, die diese Akzentverschiebungen in Gang gesetzt hatten, waren nicht erst gerade eben zu der noch jungen Partei gestoßen. Häufig hatten sie – zumindest auf Landesverbandsebene – zu ihren Mitbegründern gezählt.

In ihren Reihen wuchs in der Folge auch die Kritik am Führungsstil Luckes, der als autokratisch und zunehmend kritikresistent wahrgenommen wurde. Bei einem Bundesparteitag Anfang 2015 in Bremen erhielt Lucke zwar noch knapp die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für eine von ihm präferierte und auf seine Person zugeschnittene

Satzung der Partei. Doch das sollte sein letzter Erfolg in der von ihm mitgegründeten Partei sein.

In der Folge wurde Mitte März 2015 die „Erfurter Resolution“ veröffentlicht – ein Angriff auf Luckes Verständnis von der AfD. Ganze Landesverbände, auf die er zuvor sicher bauen konnte, wandten sich von ihm ab, wie etwa die niedersächsische AfD. In anderen Landesverbänden, in denen „Gemäßigte“ nach wie vor die Mehrheit stellten wie etwa in Baden-Württemberg, hatten sich gewichtige und zunehmend größer werdende Lager seiner Gegner herausgebildet. Wieder andere Landesverbände, die zuvor durch chaotische oder zumindest instabile Verhältnisse aufgefallen waren wie die in Hessen oder Nordrhein-Westfalen, hatten sich stabilisiert – allerdings unter dem Vorzeichen einer Kritik an einer als bloß wirtschaftsliberal empfundenen Politik. Mit Frauke Petry und Alexander Gauland traten schließlich vormalige Bündnispartner Luckes zunehmend konfrontativ gegenüber dem Parteisprecher auf.

Versuche des Lucke-Lagers wieder in die Offensive zu kommen, erwiesen sich als wirkungslos. Dies gilt für die als Antwort auf die „Erfurter Resolution“ verstandene „Deutschland-Resolution“ ebenso wie für einen Mitgliederentscheid zu programmatischen Aussagen der AfD und vor allem für die Gründung eines „Weckruf“-Vereins, der sogar als Vorbereitung einer Spaltung der AfD wahrgenommen wurde.

Luckes Weg in der AfD endete Anfang Juli 2015 beim Bundesparteitag mit rund 3500 anwesenden Mitglieder in Essen. Lucke unterlag nicht nur bei der Wahl für das Sprecherramt mit 38 zu 60 Prozent seiner wichtigsten Kritikerin Frauke Petry, sondern musste auch einen Umgang mit sich selbst erleben, der auch von neutralen Beobachtern als demütigend empfunden wurde. In Meinungsumfragen dieser Wochen erreichte die AfD lediglich Werte zwischen drei und fünf Prozent.

Mit Frauke Petry wurde in Essen ein 13-köpfiger Bundesvorstand gewählt, der schon personell eine deutliche Rechtsverschiebung der Partei bedeutet (Kapitel 5.2). Tendenziell dominieren nationalkonservative Kräfte in der Führungsspitze. Zwar sind auch Wirtschaftsliberale dort vertreten – die bekanntesten dürften Petrys Ko-Sprecher Jörg Meuthen und die zeitweilige Leiterin der Programmkommission, Alice Weidel, sein –, ein nennenswerter Widerstand von ihrer Seite gegen die Rechtsverschiebung der Partei war aber bislang nicht erkennbar.

Unter der neuen Führung erlebte die AfD eine erste parteioffiziell ausgerufenen Ausweitung ihres thematischen Aktionsfeldes durch eine im September 2015 gestartete „Herbstoffensive“. Sie stand zwar unter dem Motto „Asylchaos und Eurokrise stoppen!“ und verband damit einen neuen Schwerpunkt der Partei mit einem altbewährten. Tatsächlich ging es aber der AfD in den Wochen danach vor allem um den ersten Teil

des Slogans, um die Flüchtlingspolitik. Ein halbes Jahr später steht mit dem neuen Parteiprogramm eine weitere Schwerpunktverlagerung an: hin zu einer AfD, die mit Forderungen gegen islamisches Leben in Deutschland zu punkten versucht (s. Kapitel 5.3).

Dabei kann der Vorstand auf eine Basis bauen, die ihm bei allen Unterschieden im Detail folgt. Die Landesverbände setzen zwar unterschiedliche Schwerpunkte – vom eher moderat auftretenden Rheinland-Pfalz bis zum mit völkisch-nationalistischen Tönen aufwartenden Thüringen - grundsätzliche Opposition ist aber im Unterschied zur Ära Lucke aus keinem Bundesland zu erwarten (Kapitel 5.4). Gleiches gilt, wenn man die Landtagsfraktionen in den Blick nimmt, die bereits eine entwickelte parlamentarische Erfahrung aufweisen können (Kapitel 5.5).

Zugleich machen einige Protagonisten dieser Fraktionen deutlich, dass die Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit parlamentarischer Arbeit aus ihrer Perspektive Grenzen hat. Ein Verständnis, dass Opposition eine „Regierung im Wartestand“ sei, hat für sie keine Gültigkeit. Sie glauben, dass es – zumindest ergänzend – des Drucks von der Straße bedarf. Insbesondere die Demonstrationen der Thüringer AfD in Erfurt erscheinen ihnen wegen ihrer Kontinuität und Größe als vorbildhaft (Kapitel 5.6). Unterstützung erfahren derlei Aktionen auch von den relevanten politischen Fraktionen und Gruppen in der AfD, zu denen „Der Flügel“, die „Patriotische Plattform“ und die „Junge Alternative“ zählen (Kapitel 5.7).

Ihre erste große Prüfung bestand die nach rechts gerückte AfD bei den Landtagswahlen Mitte März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Nicht nur in dem östlichen Bundesland, dessen Landesverband weithin dem völkisch-nationalistischen Lager der Partei zugerechnet wird, sondern auch in dem als „gemäßigt“ geltenden Landesverband Baden-Württemberg trat sie mit einem Personaltableau an, das ein Jahr zuvor nicht vorstellbar gewesen wäre (Kapitel 6.1) Auch die Wahlprogramme in beiden Ländern wiesen die AfD bei allen Unterschieden doch als eine im Ganzen radikalisierte Partei aus (Kapitel 6.2). Zwar wirkten Landesliste und Programm in Rheinland-Pfalz moderater, doch selbst dort bewiesen einige Protagonisten, dass sie die rechtspopulistische Tonlage ebenso beherrschen wie die Parteifreunde in den beiden anderen Bundesländern (Kapitel 6.3).

Unterm Strich standen Ergebnisse, die man ein Dreivierteljahr zuvor in dieser Deutlichkeit noch nicht hätte erwarten werden können: 15,1 Prozent in Baden-Württemberg, 12,6 Prozent in Rheinland-Pfalz und gar 24,3 Prozent in Sachsen-Anhalt. Dabei konnte die AfD insbesondere frühere Nichtwähler und Wähler kleinerer Parteien sowie bisherige Anhänger der CDU für sich gewinnen (Kapitel 6.4). Zehn Monate nach dem

parteiinternen Machtwechsel von Essen taxieren die diversen Meinungsforschungsinstitute den Stimmenanteil der AfD bundesweit auf 10 bis 14 Prozent.

## 5.2 Der neue Bundesvorstand

Anfang Juli 2015 wählte die AfD bei einem außerordentlichen Parteitag in Essen, an dem in der Spitze rund 3500 Mitglieder teilnahmen, einen neuen Bundesvorstand. Von den Mitgliedern des alten Vorstands wurden lediglich Sprecherin Frauke Petry und der Parteivize Alexander Gauland wiedergewählt. Gekennzeichnet ist der neue Vorstand durch eine stabile nationalkonservative Mehrheit, ergänzt durch Vertreter des eher wirtschaftsliberal orientierten Flügels einerseits und durch einen Repräsentanten, der einen völkisch-nationalistischen Ansatz verfolgt, andererseits.

### Frauke Petry, Bundessprecherin,

wird von der AfD als promovierte Chemikerin (Studium in Reading und Göttingen), Unternehmerin seit 2007 sowie als Trägerin des Bundesverdienstordens vorgestellt.<sup>73</sup> Ihre Unternehmensinsolvenz und die folgende Privatinsolvenz finden in der Darstellung der Partei keine Erwähnung. Geboren ist sie 1975 in Dresden; von 1989 bis zu ihrem Abitur 1995 lebte sie im nordrhein-westfälischen Bergkamen.

Petry ist seit April 2013 Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Sachsen<sup>74</sup> und seit September 2014 Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag.<sup>75</sup> Zur Ko-Sprecherin neben Bernd Lucke und Konrad Adam wurde sie beim ersten Parteitag der AfD im April 2013 gewählt. Spätestens mit der Entwicklung des Programms zur Landtagswahl in Sachsen wurden inhaltliche Differenzen zur Politik Luckes deutlich.<sup>76</sup> In der ersten Hälfte des

---

**73** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

**74** Sächsischer Landtag: Petry, Dr. Frauke, AfD, <http://www.landtag.sachsen.de/de/abgeordnete-fraktionen/abgeordnete/abgeordneter/1061>, abgerufen 8.4.2016

**75** Freie Presse: AfD wählt Petry einstimmig zur Fraktionschefin, vom 3.9.2014, <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/AfD-waehlt-Petry-einstimmig-zur-Fraktionschefin-artikel8962308.php>, abgerufen 8.4.2016

**76** Leipziger Volkszeitung: AfD geht mit Moscheenkritik und Deutschquote für Musik in sächsischen Wahlkampf, vom 2.3.2014, <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/AfD-geht-mit-Moscheenkritik-und-Deutschquote-fuer-Musik-in-saechsischen-Wahlkampf>, abgerufen 8.4.2016

Andrea Hentschel: Politologe: „AfD steht in Sachsen klar rechts von der CDU“, in Augsburg Allgemeine vom 27.8.2014, <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Politologe-AfD-steht-in-Sachsen-klar-rechts-von-der-CDU-id31137677.html>, abgerufen 8.4.2016

Jahres 2015 wurde Petry zur bekanntesten Gegnerin von Lucke und zur Fürsprecherin jener Teile der Partei, die dem AfD-Sprecher ein autokratisches Parteiverständnis vorwarfen.<sup>77</sup> Im Bündnis mit jenen Kräften gelang ihr bei dem Essener Parteitag die Ablösung Luckes. Sie führt die Partei gemeinsam mit dem Ko-Sprecher Jörg Meuthen, wurde und wird aber weithin als die dominierende Figur der AfD wahrgenommen.

In den ersten Monaten des Jahres 2016 wurde zunehmend Kritik an Petrys Führung laut. Thema waren weniger die von ihr vertretenen politischen Inhalte, sondern die Bedenken wegen ihres Führungsstils und öffentlichen Auftretens. „Betont wird dabei stets, es gehe nicht um einen aktiven Putsch gegen Petry, und auch nicht um ideologische Fragen – sondern um den Eindruck, Petry fehle es an politischem Instinkt, und an der Fähigkeit, Fehler einzugestehen. Singgemäß lautet die Devise der Kritiker: Niemand wolle Petry Böses, aber sie drohe, an sich selbst zu scheitern“, analysierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung.<sup>78</sup>

Beim Bundesparteitag in Essen setzte sie sich bei der ersten Wahl für das Sprecher-Amt mit 60 zu 38,1 Prozent gegen Bernd Lucke durch.<sup>79</sup>

Jörg Meuthen, Bundessprecher,

war nach dem Studium zum Diplom-Volkswirt an der Universität Mainz und der Promotion in Köln von 1993 bis 1996 Referent für Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Hessischen Finanzministerium. Als Professor für Volkswirtschaftslehre arbeitete er seit 1996 an der Hochschule Kehl. Mit ständigen Lehraufträge in Volkswirtschaftslehre war er zudem an den Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien Karlsruhe und Offenburg tätig.<sup>80</sup>

Meuthen (\* 1961) ist seit Juli 2015 einer von drei Landessprechern der AfD in Baden-Württemberg und Vorsitzender ihrer Landtagsfraktion. Ökonomisch versteht er sich

---

**77** Dietmar Neuerer: Frauke Petry rechnet mit Bernd Lucke ab, in Handelsblatt vom 15.5.2015, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-krise-frauke-petry-rechnet-mit-bernd-lucke-ab/11775914.html>, abgerufen 8.4.2016

**78** Justus Bender: Frauke Petry droht an sich selbst zu scheitern, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.3.2016, [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kritik-aus-afd-frauke-petry-droht-an-sich-selbst-zu-scheitern-14145262-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kritik-aus-afd-frauke-petry-droht-an-sich-selbst-zu-scheitern-14145262-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2), abgerufen 8.4.2016

**79** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

**80** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

als „liberal“; gesellschaftspolitisch als „ganz schön konservatives Gemüt“.<sup>81</sup> Laut Badischer Zeitung sagte er, er wolle ein Gegengewicht zu den Rechtskonservativen im neuen Parteivorstand bilden.<sup>82</sup> Er sei „nicht das liberale Feigenblatt für den AfD-Bundesvorstand“. Einer direkten Konfrontation mit dem rechten Parteiflügel bundesweit und in Baden-Württemberg ist er bislang ausgewichen.<sup>83</sup> Parteiintern und in der öffentlichen Wahrnehmung stand er in den ersten neun Monaten seiner Amtszeit als Bundessprecher deutlich im Schatten von Frauke Petry. Beobachter der Partei vermuten, dass sich dies nach dem Wahlerfolg bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg ändern könnte. Meuthen selbst sagte zu dieser Frage: „Mein Gewicht wird automatisch größer werden. Da muss ich gar nicht laut werden oder nach vorn preschen.“<sup>84</sup> Frühere Weggefährten aus dem wirtschaftsliberalen Lager der AfD werfen ihm eine opportunistische Grundhaltung vor. So erklärte der frühere AfD- und jetzige ALFA-Europaabgeordnete Hans-Olaf Henkel: „Bei den Höckes, Poggenburgs, Gaulands & Co. weiß man, wo sie stehen: auf Rechtsaußen. Meuthen steht dagegen immer dort, wo er gerade die Mehrheit vermutet, also steht er jetzt auch auf Rechtsaußen.“<sup>85</sup>

Beim Bundesparteitag in Essen wurde er bei der zweiten Wahl für die Position eines Bundessprechers mit 62 Prozent der Stimmen gewählt.<sup>86</sup> Er setzte sich gegen vier weitere Kandidaten durch, darunter Armin Paul Hampel, der auf 29 Prozent kam.

---

**81** Günther Lachmann: Jörg Meuthen, die unbekannte Macht der AfD, in Die Welt vom 31.12.2015, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article150497618/Joerg-Meuthen-die-unbekannte-Macht-der-AfD.html>, abgerufen 2.4.2016

**82** Hubert Röderer: Wer ist der Kehler Professor an der AfD-Spitze?, in Badische Zeitung vom 8.7.2015, <http://www.badische-zeitung.de/kehl/wer-ist-der-kehl-professor-an-der-afd-spitze--107374169.html>, abgerufen 2.4.2016

**83** Siehe auch Kapitel 5.4

**84** Jens Schneider: AfD bereitet „Frühlingsoffensive“ vor, in Süddeutsche Zeitung vom 19.3.2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-den-landtagswahlen-afd-bereitet-fruehlingsoffensive-vor-1.2914968>, abgerufen 2.4.2016

**85** Dietmar Neuerer: AfD-Chef Meuthen - Der Rechts-Verteidiger, in Handelsblatt vom 6.4.2016, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-chef-meuthen-der-rechts-verteidiger/13410370.html>, abgerufen 21.4.2016

**86** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016



Alexander Gauland, stellvertretender Sprecher,

war unter anderem Staatssekretär unter Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU). Später arbeitete er ab 1991 als Herausgeber und Geschäftsführer der Märki-schen Allgemeinen Zeitung in Potsdam.<sup>87</sup>

Alexander Gauland (\* 1941) gehörte rund vier Jahrzehnte der CDU an. Schon beim Gründungsparteitag der AfD im April 2013 wurde er erstmals zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Er ist Landesvorsitzender der AfD Brandenburg und ihr Frakti-onsvorsitzender im Potsdamer Landtag.

Basierend auch auf den Erfahrungen, die er in den Wahlkämpfen des Jahres 2014 gesammelt hat, skizziert Gauland das Bild einer AfD als „Partei der kleinen Leute“. „Viele Menschen in der Gesellschaft haben das Gefühl, dass die Flüchtlinge ihnen etwas wegnehmen“, sagte er.<sup>88</sup> Die AfD sei die Partei für die Menschen, die sich abgehängt fühlen würden. Gauland: „Wir sind in der Tat die soziale Partei.“ Einher geht diese Haltung, die von dem rechtspopulistische Monatsmagazin Compact als „sozial-patrio-tisch“ bezeichnet wurde,<sup>89</sup> mit einer deutlich nationalkonservativen Orientierung und rechtspopulistischen Tönen. So etwa, wenn er erklärt, die aktuelle „Völkerwanderung“ nach Deutschland sei mit dem Untergang des Römischen Reiches vergleichbar, „als die Barbaren den Limes überrannten“.<sup>90</sup> Die Flüchtlingssituation bewertete er als „Ge-schenk“ für die AfD: „Sie war sehr hilfreich.“<sup>91</sup> Trotz seiner deutlichen Positionierung auf dem rechten Flügel der Partei – erkennbar auch an einer engen Kooperation mit Björn Höcke - kann Gauland immer noch als Integrationsfigur in der AfD gelten. Jörg Meuthen und Alexander Gauland, die Galionsfiguren beider Parteiflügel, verstünden sich

---

**87** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

**88** Der Tagesspiegel: Frauke Petry: „Wir wollen Partei des sozialen Friedens sein“, vom 14.3.2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/afd-frauke-petry-wir-wollen-partei-des-sozialen-friedens-sein/13318426.html>, abgerufen 2.4.2016

**89** Martin Müller-Mertens: AfD und FPÖ üben Schulterschluss, in Compact vom 6.4.2016, <http://www.compact-online.de/afd-und-fpoe-ueben-schulterschluss/>, abgerufen 21.4.2016

**90** Jörn Hasselmann: Gauland vergleicht Flüchtlinge mit Barbaren, in Der Tagesspiegel vom 7.11.2015, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/afd-grossdemo-in-berlin-gauland-vergleicht-fluechtlinge-mit-barbaren/12555634.html>, abgerufen 2.4.2016

**91** Spiegel Online: Umfragehoch: AfD-Vize Gauland sieht Flüchtlingskrise als Geschenk, vom 12.12.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html>, abgerufen 2.4.2016



trotz inhaltlicher Differenzen gut, hat die FAZ beobachtet.<sup>92</sup> Als Beleg führt das Blatt die Laudatio Meuthens zum 75. Geburtstag des Brandenburgers an. Sie sei wohl freundlicher ausgefallen, als sie es aufgrund der Parteifreundschaft der beiden hätte sein müssen, so die FAZ. Jede der bisherigen Begegnungen mit Gauland habe ihm „oft geradezu das Herz erwärmt“, sagte Meuthen demnach. Gauland sei der „Pontifex maximus“ der AfD. Er sehe ihn als jemanden, „der Brücken baut“.

Beim Parteitag in Essen wurde Gauland mit 83,8 Prozent bei der ersten Wahl eines Parteivize gegen zwei weithin unbekannte Gegenkandidaten gewählt.<sup>93</sup>

Beatrix von Storch, stellvertretende Sprecherin,

absolvierte eine Ausbildung als Bankkauffrau bei der Vereins- und Westbank in Hamburg. Anschließend studierte sie Jura in Heidelberg und Lausanne. Seit 2001 arbeitete das frühere FDP-Mitglied als Rechtsanwältin mit dem Tätigkeitsschwerpunkt Insolvenzrecht.<sup>94</sup>

Von Storch (\* 1971) ist seit Januar 2016 Landessprecherin der AfD in Berlin (neben Georg Pazderski). Im Mai 2014 wurde sie als Abgeordnete ins EU-Parlament gewählt. Gemeinsam mit ihrem Mann Sven von Storch baute sie ein Netzwerk (rechts-)konservativer Vereine auf.<sup>95</sup> Schlagzeilen machte sie zu Beginn des Jahres 2016 im Zusammenhang mit den Äußerungen Petrys zu einem Schusswaffeneinsatz an den deut-

---

92 Justus Bender: Frauke Petry droht an sich selbst zu scheitern, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.3.2016, [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kritik-aus-afd-frauke-petry-droht-an-sich-selbst-zu-scheitern-14145262-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kritik-aus-afd-frauke-petry-droht-an-sich-selbst-zu-scheitern-14145262-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2), abgerufen 2.4.2016

93 Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

94 Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

95 Constantin Magnis: Ihr Hauptberuf ist Protest, in Cicero vom 12.6.2013, <http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-kandidatin-beatrix-von-storch-ihr-hauptberuf-ist-protest/54701>, abgerufen 2.4.2016

Markus Wehner: Die Protestunternehmerin, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.8.2015, [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/beatrix-von-storch-ist-bei-afd-ganz-vorne-dabei-13764053.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/beatrix-von-storch-ist-bei-afd-ganz-vorne-dabei-13764053.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2), abgerufen 2.4.2016

Hendrik Ankenbrand : Christliche Alternative für Deutschland, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.3.2014, <http://www.faz.net/aktuell/afd-kritisiert-rechte-von-schwulen-und-muslimen-12837646.html?printPagedArticle=true>, abgerufen 2.4.2016

schen Grenzen.<sup>96</sup> Als sie auf ihrer Facebookseite gefragt wurde: „Wollt Ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?“, antwortete sie knapp mit „Ja“. Später nahm sie diese Antwort teilweise zurück: „Gegen Kinder ist der Schusswaffeneinsatz richtigerweise nicht zulässig. Frauen sind anders als Kinder verständig.“ Deshalb könne der Gebrauch von Waffen gegen Frauen „innerhalb der gesetzlich engen Grenzen“ zulässig sein. Unter anderem wegen solcher Äußerungen wurde ihr Ausschluss aus der konservativen Fraktion im EU-Parlament beantragt. Dem kam sie am 8. April 2016 durch ihren Austritt zuvor.<sup>97</sup> Inzwischen arbeitet sie in der Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD) mit, die von der rechtspopulistischen britischen „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) dominiert wird.

Beim Bundesparteitag in Essen wurde von Storch bei der zweiten Wahl für das Amt eines stellvertretenden Sprechers mit 86,7 Prozent gegen einen weithin unbekanntes Gegenkandidaten gewählt.<sup>98</sup>

### Albrecht Glaser, stellvertretender Vorsitzender,

studierte Rechts-, Staats- und Verwaltungswissenschaften an den Universitäten Heidelberg, Tübingen und Speyer. Eine Ausbildung zum Höheren Dienst in der Finanzverwaltung im Bundesfinanzministerium schloss sich an. Glaser studierte außerdem Volkswirtschaft und Geschichte an den Universitäten Hagen und Kassel. Unter anderem arbeitete er als Kämmerer der Stadt Frankfurt/Main.<sup>99</sup>

Glaser (\* 1942) ist seit Mitte 2015 einer der drei Landessprecher der hessischen AfD. Bereits 2013 hatte er ein halbes Jahr als Landessprecher in Hessen fungiert. Früher gehörte er der CDU an. In der AfD gilt er als führender Experte für Satzungsfragen. Parteiintern entwickelte er sich früh zum Gegenspieler von Lucke, der ihn im November 2014 in der Diskussion über die intrigenreiche Geschichte der hessischen AfD als den

---

**96** Zeit online: AfD zieht mit Schusswaffen-Äußerungen Kritik auf sich, vom 31.1.2016, <http://www.zeit.de/news/2016-01/31/migration-afd-chefin-zieht-mit-schusswaffen-aeusserung-kritik-auf-sich-31161802>, abgerufen 2.4.2016

**97** Severin Weiland, Christoph Titz und Melanie Amann: Fraktionsaustritt: AfD-Politikerin Storch will zu EU-Gegnern wechseln, in Spiegel online vom 8.4.2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/beatrice-von-storch-will-von-afd-zu-eu-gegnern-wechseln-a-1086192.html>, abgerufen 8.4.2016

**98** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

**99** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

„spiritus rector“ jener Kräfte bezeichnete, die „chronisch unzufrieden“ mit der Arbeit des Bundesvorstands seien, dies aber nicht offen sagten.<sup>100</sup> Als stellvertretender Bundesvorsitzender zeigte er sich wiederholt als Gegner des individuellen Grundrechts auf Asyl und fiel mit anti-islamischen Äußerungen auf. Zum Asylrecht sagte er: „Wer einen Asylanspruch in seine Verfassung schreibt, der jedem Menschen auf diesem Erdball ein einklagbares Recht verleiht, dort im Bedarfsfall aufgenommen zu werden, der hat jeden Kontakt zur Wirklichkeit verloren.“<sup>101</sup> Zum Thema Islam erklärte er, dass „die meisten Muslime weder ‚integriert‘ werden wollen, noch ‚integriert‘ werden können“. Glaser: „Der ganz normale Islam – ohne jede Radikalität - betrachtet Frauen als Menschen zweiter Klasse. Die Gleichheit der Geschlechter ist unislamisch. Der ganz normale Islam anerkennt keine zivilstaatliche Autorität oberhalb der Religion an. Die Inhalte des Koran haben einen höheren Geltungsanspruch als das Grundgesetz und die nationale Rechtsordnung. Wer dies verdrängt und meint, mit staatlichen Umerziehungsprogrammen Menschen in ihrer angestammten Sichtweise ändern zu können, kennt weder den Koran, noch den Islam als Kultur, noch die Geschichte Europas und des Mittelmeers.“<sup>102</sup>

Beim Bundesparteitag in Essen setzte er sich erst in einer Stichwahl mit 56,3 Prozent gegen einen radikaler auftretenden Gegenkandidaten durch. Im ersten Wahlgang war er bei sechs weiteren Kandidaten auf 37,3 Prozent gekommen.<sup>103</sup>

Klaus G. Fohrmann, Schatzmeister,

arbeitet seit über 30 Jahren in einer eigenen Steuerberaterpraxis in Hamburg.<sup>104</sup>

Fohrmann (\* 1952) war vor seiner Wahl zum Bundesschatzmeister als Rechnungsprüfer

---

**100** Justus Bender: „Nur noch Lügen und Hetze“, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.11.2014, <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/hessen/afd-landesvorsitzender-in-hessen-abgesetzt-13268488.html>, abgerufen 2.4.2016

**101** Alternative für Deutschland Landesverband Hessen: „Zur Lage der Nation“ - Albrecht Glaser im „Circus der Realitäten“, Gießen, 19.09. 2015, vom 21.9.2015, <http://www.afd-hessen.org/wp-content/uploads/2015/09/Zur-Lage-der-Nation-Albrecht-Glaser-im-Circus-der-Realitäten.pdf>, abgerufen 2.4.2016

**102** Alternative für Deutschland Landesverband Hessen: Sympathiewerte für die AfD in Hessen im zweistelligen Bereich, vom 20.1.2016, <http://www.afd-hessen.org/sympathiewerte-fur-die-afd-in-hessen-im-zweistelligen-bereich/>, abgerufen 2.4.2016

**103** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

**104** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

der Partei tätig. In dieser Funktion übte er beim Essener Parteitag scharfe Kritik an der Kassenführung der AfD.

Fohrmann wurde beim Bundesparteitag in Essen im ersten Wahlgang mit 81 Prozent in sein Amt gewählt.<sup>105</sup>

**Bodo Suhren, stellvertretender Schatzmeister,**

ist seit 1989 im öffentlichen Dienst des Landes Niedersachsen tätig. Neben dem Beruf absolvierte er ein Studium zum Diplom-Betriebswirt. Von 2004 bis Mitte 2015 war er für Haushalts- und Wirtschaftsangelegenheiten der Polizeidirektion Osnabrück verantwortlich. Seither fungiert er als Daten- und Geheimschutzbeauftragter der Behörde.<sup>106</sup>

Seit Gründung des AfD-Landesverbandes Niedersachsen am 1. Mai 2013 ist Suhren (\* 1968) dessen Schatzmeister.

Erst im zweiten Wahlgang setzte er sich beim Bundesparteitag in Essen mit 49,2 Prozent gegen den aus NRW vorgeschlagenen Kandidaten Georg Rust (43,9 %) durch.<sup>107</sup>

**Die Beisitzer:**

**Julian Flak**

ist Diplom-Wirtschaftsjurist und arbeitet als Kaufmännischer Leiter in einem mittelständischen Unternehmen in Hamburg.<sup>108</sup>

Flak (\* 1982) ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.<sup>109</sup> Er war stellvertretender Landessprecher des AfD-Landesverbandes

---

**105** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

**106** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

**107** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

**108** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

**109** hamburg.de: Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, <https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/bi/fr020.asp?FRLFDNR=107&altoption=Fraktion/Gruppe&SELECT=1>, abgerufen 21.4.2016

Hamburg und baute als Landesvorsitzender die Junge Alternative (JA) in der Hansestadt mit auf. Beim Essener Parteitag trat er als „Spitzenkandidat“ der JA auf,<sup>110</sup> die zum rechten Flügel der Partei gerechnet wird. Flak leitet den Bundeskonvent der AfD, der mit dem kleinen Parteitag anderer Parteien vergleichbar ist. Mittlerweile gehört er dem Landesverband Schleswig-Holstein an.

In Essen setzte er sich bei der Wahl des ersten Beisitzers in der Stichwahl mit 52,1 gegen 45,3 Prozent gegen den vormaligen Parteisprecher Konrad Adam durch.<sup>111</sup>

## Armin Paul Hampel

war als Journalist unter anderem für RTL, Sat 1 und die ARD tätig, für die ARD als Parlamentskorrespondent in Berlin und als Leiter des Südasien-Studios in Neu-Delhi.<sup>112</sup>

Hampel (\* 1957) ist seit November 2013 Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen, dessen Unterstützung Lucke Anfang 2015 verlor. Dem neuen Ton in der AfD der Nach-Lucke-Ära hat sich Hampel angepasst. „Zuwanderung endet dort, wo wie Identität einer Nation gefährdet ist“, zitierte ihn die tageszeitung.<sup>113</sup> Auch bei einer der Demonstrationen der AfD Thüringen trat er als Redner auf. Aufsehen erregte seine Forderung, eine Wehrpflicht für alle irakischen und syrischen Männer im Alter zwischen 18 und 45 Jahren einzuführen und sie zwangsweise in den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ zu schicken.<sup>114</sup> „Ungewöhnlich“, aber durchaus „überlegenswert“ sei dieser Vorschlag, so Hampel.

Bei der Wahl des zweiten Beisitzers setzte er sich in Essen mit 59,1 Prozent unter anderem gegen Konrad Adam (25,4 %) durch.<sup>115</sup>

---

**110** Julian Flak: Kandidatur für den AfD-Bundesvorstand, <http://julianflak.de/kandidatur-buvo/>, abgerufen 1.4.2016

**111** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

**112** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

**113** Andreas Wyputta: Der Heimatlose, in taz vom 24.10.2015, <http://www.taz.de/!5241266/>, abgerufen 1.4.2016

**114** <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/resolution-zum-asytrecht-niederlage-fuer-afd-bundesvorstand-13937301.html>, abgerufen 1.4.2016

**115** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

## Alice Weidel

studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth. Nach der Promotion und beruflichen Stationen im Finanzdienstleistungssektor in Europa und Asien ist sie heute im Bereich Unternehmensentwicklung tätig.<sup>116</sup>

Weidel (\* 1979) trat als Kandidatin bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im Bodenseekreis an. 2013 wurde sie in den AfD-Landesvorstand in Niedersachsen gewählt.<sup>117</sup> Ihm gehörte sie bis ins Jahr 2015 als Beisitzerin an. Auf Bundesebene leitete sie ab September 2015 die Programmkommission.<sup>118</sup> Das Amt gab sie aber bereits vor den abschließenden Sitzungen der Kommission wieder ab.<sup>119</sup> Sie gilt als eine der profiliertesten Vertreterinnen neoliberalen Denkens in der AfD.

Bei der Wahl für das dritte Beisitzeramt setzte sie sich in der Stichwahl mit 52,6 Prozent gegen Andre Poggenburg (42,2 %) durch.<sup>120</sup>

## Andre Poggenburg

arbeitete nach Angaben der AfD 22 Jahre als selbstständiger Kaufmann sowie Apparate- und Behälterbauer und absolvierte einen Fernlehrgang zum technischen Betriebswirt.<sup>121</sup>

Poggenburg (\* 1975) ist Landesvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt. Nach der Landtagswahl vom 13. März 2016 wurde er zudem zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Poggenburg ist Mitinitiator der „Erfurter Resolution“ und trat beim Bundesparteitag in Essen als Kandidat des rechten Flügels auf. In seinem Bewerbungsschreiben hieß

---

**116** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

**117** Alternative für Deutschland Niedersachsen: Neuer Landesvorstand im November 2013, <https://www.afd-niedersachsen.de/index.php/61-afd/landesverband/4-neuer-landesvorstand-aus-11-2013>, abgerufen 1.4.2016

**118** Alternative für Deutschland Niedersachsen: Alice Weidel zur Vorsitzenden der Bundesprogrammkommission gewählt, vom 28.9.2015, <https://www.afd-niedersachsen.de/index.php/11-startseite/1691-28-09-2015-alice-weidel-zur-vorsitzenden-der-bundesprogrammkommission-gewaehlt>, abgerufen 1.4.2016

**119** AfD Kompakt: Das Ziel vor Augen – Bundesprogrammprozess kurz vor dem Abschluss, in AfD Kompakt Ausgabe 01/16 vom 16.2.2016, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/02/AfD\\_Kompakt\\_01-16\\_.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/02/AfD_Kompakt_01-16_.pdf), abgerufen 21.4.2016

**120** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

**121** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

es: „Im neuen Bundesvorstand möchte ich couragiert die patriotischen, vor allem auch nicht-akademischen und beruflich selbstständigen Mitglieder vertreten. Zudem werde ich mich mit vollem Einsatz für eine wirkliche ‚alternative‘ statt einer ‚etablierten‘ politischen Ausrichtung der AfD einsetzen.“<sup>122</sup>

Bei der Wahl des vierten Beisitzers setzte er sich in der Stichwahl mit 49,6 Prozent gegen Dirk Driesang (47,6 %) durch.<sup>123</sup>

## Dirk Driesang

studierte zunächst Chemie und später Musik. Er arbeitete unter anderem als Gesangslehrer und Chorleiter. Seit 1996 ist er in München als Opernsänger in Chören und solistisch tätig, wie die AfD berichtet.<sup>124</sup>

Driesang (\* 1964) kandidierte als bestplatziertes bayerischer Kandidat bei der Europawahl 2015 auf Listenplatz 11 der AfD. Er bezeichnet sich als „Paläoliberalen“ und „Anti-Etatisten“.<sup>125</sup> In seinem Bewerbungsschreiben für den Bundesparteitag in Essen nannte er die Europäische Union „in ihrer jetzigen Form, Zielsetzung und Tendenz die größte Bedrohung für Freiheit, Frieden, Demokratie, Rechtsstaat und Wohlstand seit den braunen und roten sozialistischen Diktaturen und dem Zweiten Weltkrieg“.<sup>126</sup> Staatliche Eingriffe für mehr Gerechtigkeit lehnt er ab: „Die Metapher ‚Soziale Gerechtigkeit‘ ist eine unerreichbare Schimäre auf der nur eines wirklich blüht: Der Parteien- und Klüngelstaat und zwar auf Kosten aller redlichen Leute. (...) Die AfD muss mit dazu beitragen, Ludwigs Erhards Ideale zu reaktivieren und zu popularisieren.“

---

**122** Alternative für Deutschland Niedersachsen: Kandidatenvorstellung André Poggenburg, <http://afd-niedersachsen.de/images/AfD-DIR/PDF/BPT20150704/Poggenburg-Andre.pdf>, abgerufen 1.4.2016

**123** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

**124** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

**125** Dirk Driesang: Fragen an Kandidaten (Dirk Driesang), <http://driesang.eu/onewebmedia/Kandidatenbefragung%20Dirk%20Driesang.pdf>, abgerufen 1.4.2016

**126** Dirk Driesang: Kandidatur für den Bundesvorstand der AfD, vom 26.6.2015, <http://driesang.eu/onewebmedia/Kandidatur%20BuVo%20Essen%20Dirk%20Driesang.pdf>, abgerufen 1.4.2016



Bei der Wahl des fünften Beisitzers gewann er in der Stichwahl mit 53,1 zu 44,5 Prozent gegen Lothar Maier.<sup>127</sup>

## Georg Pazderski

ist Diplombetriebswirt und war 41 Jahre Berufsoffizier, zuletzt im Rang eines Oberst im Generalstabdienst. Eingesetzt wurde er unter anderem als sicherheitspolitischer Berater des Ständigen Deutschen Vertreters bei der EU in Brüssel, als Direktor für Operationen und Stellvertretender Chef des Stabes im 1. D/NL Korps in Münster, als Leiter einer Internationalen Planungs- und Analysegruppe in Tampa/USA und als Abteilungsleiter für Logistik im NATO Joint Force Command in Lissabon.<sup>128</sup>

Pazderski (64) ist seit Januar 2016 Landessprecher der AfD in Berlin (neben Beatrix von Storch) und Spitzenkandidat für die Abgeordnetenhauswahl im September 2016. Von Oktober 2013 bis Mitte 2015 war er AfD-Bundesgeschäftsführer, ehe ihn der Bundesvorstand auf Betreiben von Lucke entließ. Neben finanziellen Gründen wurde damals vermutet, dass auch sein sehr guter Draht zu Gauland und Petry zu dieser Entscheidung geführt habe.<sup>129</sup> Pazderski wird zum nationalkonservativen Flügel der AfD gerechnet.<sup>130</sup>

Bei der Wahl des sechsten Beisitzers war er in der Stichwahl mit 55,9 Prozent gegen Marc Jongen (41,2 %) erfolgreich.<sup>131</sup>

---

**127** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016

**128** Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/#tab-1436143584656-0-7>, abgerufen 30.3.2016

**129** Melanie Amann: Streit um Personalie: AfD-Spitze setzt Bundesgeschäftsführer ab, in Spiegel Online vom 3.3.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-georg-pazderski-soll-als-bundesgeschaeftsfuehrer-gehen-a-1021477.html>, abgerufen 1.4.2016

**130** Fabian Leber: Mit diesem Mann will die AfD ins Abgeordnetenhaus, in Der Tagesspiegel vom 26. Januar 2016, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-neuer-afd-chef-georg-pazderski-mit-diesem-mann-will-die-afd-ins-abgeordnetenhaus/12880378.html>, abgerufen 1.4.2016

**131** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland - Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015 - Gruga-Halle Essen, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 30.3.2016



## 5.3 Themen/Kampagnen des Bundesvorstands – Programmdiskussion

Unmittelbar nach dem Essener Parteitag attestierten Meinungsumfragen der AfD nur noch eine Zustimmung von drei bis vier Prozent. Zugleich wurde intern Kritik laut, dass der Anfang Juli neu gewählte Bundesvorstand in öffentlichen Debatten zu wenig wahrnehmbar sei. Am 8. September stellte der Vorstand eine „AfD-Herbstoffensive 2015“ vor. Unter dem Motto „Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen! Asylchaos und Eurokrise stoppen!“ werde die AfD „in den kommenden acht bis zehn Wochen (...) deutschlandweit mit über 400 Infostandaktionen und Vortragsveranstaltung auf die drängendsten Probleme dieser Tage eingehen und ihre Konzepte den Bürgern vorstellen“, teilte die Partei mit.<sup>132</sup>

Zugleich und neben der erhofften Außenwirkung wollte die Partei ein Signal nach innen senden. „Mit unserer wiedergewonnenen Geschlossenheit und Schlagkraft müssen wir daher jetzt wieder sichtbar werden und mit Ihnen gemeinsam im Rahmen der ‚Herbstoffensive 2015‘ den Bürgern Klarheit über die politischen Themen verschaffen, die von allen anderen Parteien nach wie vor verharmlost oder verschwiegen werden“, appellierte die AfD an ihre Mitglieder. Die Tageszeitung Die Welt berichtete über ein seinerzeit kursierendes „Vorstandspapier“, in dem von der „Notwendigkeit eines kräftigen Führungsimpulses von oben“ die Rede war, der „die Partei zu einer großen Gemeinschaftsaufgabe ruft, und zwar zu einer sehr basisnahen Kraftanstrengung, an der sich jeder beteiligen kann“.<sup>133</sup> Dazu brauche es „bundesweit und in allen größeren Orten Deutschlands ein kraftvolles und glaubhaftes Lebenszeichen der AfD“. Weiter hieß es in dem Vorstandspapier: „Sobald der Einzelne nicht mehr das demotivierende Gefühl hat, irgendwo auf einsamem Posten für die AfD einen einsamen Kampf zu führen, sondern sich als Teil einer starken, großangelegten und kraftvollen Kampagne fühlen kann, vervielfacht sich die Motivation und damit auch die Mobilisierbarkeit.“ Zur „bundesweiten Großkampagne“ sollten unter anderem Infostände, eine Plakataktion sowie weitere Aktionen gehören.

In der Folge machte die AfD insbesondere mit kleineren und größeren Demonstrationen von sich reden. Über lediglich drei Demonstrationen – abgesehen von der Abschlussver-

---

**132** Alternative für Deutschland: Auftakt zur Herbstoffensive 2015 – Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen, vom 8.9.2015, <https://www.alternativefuer.de/2015/09/09/auftakt-zur-herbstoffensive-2015-zeit-die-karten-auf-den-tisch-zu-legen/>, abgerufen 9.4.2016

**133** Günther Lachmann: Die AfD will sich wieder Gehör verschaffen, in Die Welt vom 4.9.2015, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article146053609/Die-AfD-will-sich-wieder-Gehoer-verschaffen.html>, abgerufen 9.4.2016

anstaltung in Berlin – wurde auch auf der Internetseite des Bundesverbandes berichtet. In allen drei Fällen ging es um Veranstaltungen des Landesverbandes Thüringen.<sup>134</sup> In der Tat ragten die Veranstaltungen in Erfurt, was Kontinuität und Größe betrifft, aus dem Programm der „Herbstoffensive“ hervor.<sup>135</sup> Eigentlich war dort auch ein Auftritt der Bundessprecherin Frauke Petry vorgesehen; sie sagte aber schließlich wieder ab, was auf das konfliktbeladene Verhältnis zu Björn Höcke zurückgeführt wurde.

In einzelnen Fällen wurde parteiintern auch Kritik an den Veranstaltungsplanungen laut. So bei einer Demonstration der sächsischen AfD im September. Deren Generalsekretär Uwe Wurlitzer hatte im Vorfeld an die Mitglieder geschrieben, „dass Plakate, Banner und Faltblätter vor Ort durch die AfD zur Verfügung gestellt“ würden.<sup>136</sup> Auch AfD- und Deutschlandfahnen sowie Fahnen der Bundesländer dürften mitgeführt werden. Aber, so schrieb Wurlitzer weiter: „Bitte beachten Sie, dass wir keine anderen Banner, Plakate, Fahnen und Flyer zulassen werden und ggf. für die Zeit der Demonstration eben solche beschlagnahmt werden.“ Roland Ulbrich, Sprecher der „Patriotischen Plattform“ in Sachsen, kritisierte dieses Verbot scharf: Abgesehen „von solchen Feinheiten, dass es dafür keine Rechtsgrundlage gibt“, werfe es ein bezeichnendes Licht auf das Menschenbild des sächsischen Landesvorstandes. „Die Methoden der AfD Sachsen offenbaren an dieser Stelle ein gestörtes Demokratieverständnis. Selbige geht von unten nach oben. Aber was ist von einer Partei zu halten, die Initiative von unten nach oben derart brachial bekämpft?“<sup>137</sup> Zur Nachahmung empfahl er das Beispiel Thüringen, wo es zwar Anregungen für Texte gebe, aber nicht die Androhung der Beschlagnahme. Eigene Plakate seien dort ausdrücklich erwünscht.

---

**134** Alternative für Deutschland: Erste Demo der AfD in Erfurt mit 2000 Teilnehmern ein Riesenerfolg, ab jetzt wöchentlich Demos geplant, vom 18.9.2015, <https://www.alternativefuer.de/2015/09/18/erste-demo-der-afd-erfurt-mit-2000-teilnehmern-ein-riesenerfolg-ab-jetzt-woechentlich-demos-geplant/>, abgerufen 9.4.2016

Alternative für Deutschland: Erfolgreichste Demo gegen Asylpolitik in Thüringen, 5.000 folgten der AfD-Demonstration, vom 25.9.2015, <https://www.alternativefuer.de/2015/09/25/erfolgreichste-demo-gegen-asylpolitik-thueringen-5-000-folgt-der-afd-demonstration/>, abgerufen 9.4.2016

Alternative für Deutschland: Die AfD mobilisiert wieder Tausende zur Demo in Erfurt, vom 8.10.2015, <https://www.alternativefuer.de/2015/10/08/die-afd-mobilisiert-wieder-tausende-zur-demo-erfurt/>, abgerufen 9.4.2016

**135** Siehe auch Kapitel 5.7

**136** Patriotische Plattform Sachsen: AfD-Generalsekretär will Plakate beschlagnahmen (v. Roland Ulbrich), vom 14.9.2015, <http://sachsen.patriotische-plattform.de/2015/09/14/afd-generalsekretaer-will-plakate-beschlagnahmen-v-roland-ulbrich/>, abgerufen 9.4.2016

**137** Patriotische Plattform - Sachsen: Standpunkt unseres Sprechers Ulbrich: „AfD-Generalsekretär will Plakate beschlagnahmen“, Dacebookeintrag vom 14.9.2015, [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=714817418623103&id=563686607069519](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=714817418623103&id=563686607069519), abgerufen 28.4.2016

Eine vollständige Bilanz der „Herbstoffensive“ findet sich auf der Internetseite der Bundespartei nicht. Zum Abschluss der Aktionswochen fand in Berlin eine Kundgebung mit Demonstration unter dem Motto „Asyl braucht Grenzen. Rote Karte für Merkel“<sup>138</sup> statt, zu der etwa 5000 Menschen kamen. Die Partei gab die Teilnehmerzahl mit 7000 an.<sup>139</sup> Damit blieb der Besuch trotz bundesweiter Mobilisierung hinter den Erwartungen zurück. Ursprünglich hatte die AfD 10.000 Demonstranten mobilisieren wollen.<sup>140</sup> Interpretiert wurde die Demonstration auch als Element des Kräftemessens zwischen Petry, die als Hauptrednerin auftrat, und Höcke, der in der Hauptstadt trotz seiner Erfurter Veranstaltungserfahrung und -erfolge nicht als Redner vorgesehen war.<sup>141</sup>

### AfD-Grundsatzprogramm

Bei ihrem Bundesparteitag in Stuttgart am 30. April und 1. Mai 2016 beschloss die AfD erstmals ein Grundsatzprogramm. Zuvor hatten insbesondere die „Politischen Leitlinien der Alternative für Deutschland“, die im Mai 2014 veröffentlicht worden waren und damit noch aus der Lucke-Ära stammten, als programmatische Grundlage gedient.<sup>142</sup> Als programmatische Orientierungshilfen dienten zudem die Wahlprogramme der AfD zur Europawahl und den verschiedenen Landtagswahlen der letzten zwei Jahre.

Vorarbeiten für das neue Programm leisteten seit Monaten die zu verschiedenen Themenfeldern gebildeten Fachausschüsse sowie die Programmkommissionen auf Landes- und Bundesebene. Zwei Mal wurden zudem die Mitglieder der Partei online zu ausgewählten Aussagen des geplanten Programms befragt. Als Ergebnis veröffentlichte

---

**138** Alternative für Deutschland: Demo, <http://www.alternativefuer.de/demo/>, abgerufen 9.4.2016

**139** Alternative für Deutschland Landesverband Berlin: Demonstration am 7. November ein Riesenerfolg, vom 11.11.2015, <http://www.afd-berlin.de/2015/11/demonstration-am-7-november-ein-riesenerfolg/>, abgerufen 9.4.2016

**140** Focus: AfD demonstriert in Berlin gegen Flüchtlings-Aufnahme, vom 7.11.2015, [http://www.focus.de/politik/deutschland/demonstrationen-afd-protestiert-in-berlin-mehrere-gegenkundgebungen\\_id\\_5069864.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/demonstrationen-afd-protestiert-in-berlin-mehrere-gegenkundgebungen_id_5069864.html), abgerufen 9.4.2016

**141** Hans-Edzard Busemann: Deja-vu bei der AfD - Neuer Richtungsstreit in Sicht, in Reuters vom 30.10.2015, <http://de.reuters.com/article/deutschland-afd-idDEKCN0S028A20151030>, abgerufen 9.4.2016

**142** Alternative für Deutschland: Mut zur Wahrheit - Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/01/AfD\\_Leitlinien\\_2015\\_DE.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/01/AfD_Leitlinien_2015_DE.pdf), abgerufen 2.5.2016

der Bundesvorstand am 24. März 2016 ihren 74-seitigen Leitantrag für den Stuttgarter Parteitag.<sup>143</sup>

In der Folge erreichte den Vorstand trotz der knappen Antragsfrist, die bereits am 8. April endete, eine Fülle von Änderungsanträgen zu dem Leitantrag, die in einem Antragsbuch für die nach Stuttgart reisenden Mitglieder insgesamt 1425 Seiten umfassten.<sup>144</sup> Außerdem wurden zwei Alternativentwürfe zum Programm des Bundesvorstands vorgelegt sowie ein „Politisches Manifest der Partei Alternative für Deutschland“.

- Das nur 17 Seiten umfassende „Politisches Manifest“<sup>145</sup> wurde von den beiden AfD-Mitbegründern Martin Renner (NRW) und Axel Hahn (Berlin) sowie AfD-Mitglied Bengt Hofmann (NRW) vorgelegt. Renner, der als stellvertretender AfD-Vorsitzender in NRW fungiert, verstand den Text „prinzipiell nicht als konkurrierenden Entwurf zum ‚Leitantrag Programm‘ (...), sondern als sinnvolle Ergänzung des vorgelegten und zur Abstimmung gestellten Programms“.<sup>146</sup> Das „Politisches Manifest der Partei Alternative für Deutschland“ sei geeignet, „die Genetik unserer Partei und die Position der AfD im Koordinatensystem des politischen Raums knapp, nachvollziehbar und merkfähig, zu beschreiben“. Der Leitantrag könne dieses aufgrund seines Detailreichtums nur schwerlich leisten.

- Der sogenannte „Konstanzer Entwurf“ unter dem Titel „Eine neue Partei für eine neue Zeit!“ wurde von dem baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon vorgelegt.<sup>147</sup> Er monierte: „Die Vorlage des Bundesvorstandes ist für ein

---

**143** Alternative für Deutschland: Glaser: Leitantrag zum Grundsatzprogramm von der Bundesprogrammkommission fertiggestellt, <https://www.alternativefuer.de/2016/03/24/glaser-leitantrag-zum-grundsatzprogramm-von-der-bundesprogrammkommission-fertiggestellt/>, abgerufen 2.5.2016

Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland - Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen 2.5.2016

**144** Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Stuttgart 30. April und 01. Mai 2016 Teil 2, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil2\\_gesamt-201604125\\_Druck.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil2_gesamt-201604125_Druck.pdf), abgerufen 2.5.2016

**145** Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Stuttgart 30. April und 01. Mai 2016 Teil 1, S. 106ff, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1\\_gesamt-20160425\\_Druck.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1_gesamt-20160425_Druck.pdf), abgerufen 2.5.2016

**146** Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Stuttgart 30. April und 01. Mai 2016 Teil 1, S. 7f, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1\\_gesamt-20160425\\_Druck.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1_gesamt-20160425_Druck.pdf), abgerufen 2.5.2016

**147** Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Stuttgart 30. April und 01. Mai 2016 Teil 1, S. 123ff, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1\\_gesamt-20160425\\_Druck.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1_gesamt-20160425_Druck.pdf), abgerufen 2.5.2016

„Grundsatzprogramm“ der AfD nicht geeignet. Es handelt sich um eine viel zu ausführliche und überdetaillierte Ansammlung politischer Erörterungen und Forderungen, die zwar vielfach richtig und berechtigt sind, aber nicht in ein Grundsatzprogramm gehören und deshalb den Charakter eines selbigen sprengen. Die grundsätzlichen Probleme hingegen – z. B. Nationalismus, Identität, Laizismus, Geopolitik usw. – werden nur angedeutet, aber nicht klar dargestellt. Auch enthält die Positionierung gegenüber NATO und EU kaum innovative Aspekte und ist noch entschieden zu nahe an den diesbezüglichen Positionen der etablierten Parteien.“<sup>148</sup> Tatsächlich fiel der Antrag deutlich radikaler aus als der Vorschlag des Bundesvorstands. Mit 18 Seiten war er ähnlich knapp gehalten wie das „Politische Manifest“.

- Vom Bezirksverband Niederbayern schließlich wurde ein Programmentwurf mit dem Titel „Mut zur Verantwortung - Politik für Deutschland“ vorgelegt.<sup>149</sup> Die Unterstützer des Antrags kritisierten, dass der Leitantrag des Bundesvorstands „insgesamt zu umfangreich“ sei, was zu „Detail-Lastigkeit, einem inneren Ungleichgewicht und zu einer Verwässerung der Kernaussagen“ führe.<sup>150</sup> Er gleiche „eher einem Wahl- denn einem Grundsatzprogramm“. Auch der niederbayerische Programmentwurf gestaltete sich deutlich radikaler als der des Bundesvorstands und stieß vor allem bei Vertretern des rechten Parteiflügels auf Sympathie. Die Gruppe „Der Flügel“ rund um den Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke lobte: „Der niederbayerische Entwurf ist eine wohlthuend deutliche Positionierung.“<sup>151</sup> Einige seiner Forderungen seien „deutlich weitgehender als im Programmentwurf der Bundesprogrammkommission“.

Als Beratungsgrundlage beim Parteitag diene allerdings allein der Leitantrag des Bundesvorstands, wie die Mitglieder mit 1003 (51,6 %) gegen 854 Stimmen und 86 Enthaltungen beschlossen.<sup>152</sup>

---

**148** Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Stuttgart 30. April und 01. Mai 2016 Teil 1, S. 64f, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1\\_gesamt-20160425\\_Druck.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1_gesamt-20160425_Druck.pdf), abgerufen 2.5.2016

**149** Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Stuttgart 30. April und 01. Mai 2016 Teil 1, S. 141ff, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1\\_gesamt-20160425\\_Druck.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1_gesamt-20160425_Druck.pdf), abgerufen 2.5.2016

**150** Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Stuttgart 30. April und 01. Mai 2016 Teil 1, S. 88f, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1\\_gesamt-20160425\\_Druck.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil1_gesamt-20160425_Druck.pdf), abgerufen 2.5.2016

**151** Der Flügel: DER FLÜGEL zur Programmdiskussion, vom 5.4.2016, <http://www.derfluegel.de/2016/04/05/der-fluegel-zur-programmdiskussion/>, abgerufen 2.5.2016

**152** Deutsche Welle v. 30.04.2016, AfD-Spitze hofiert Rechtsausleger in der Partei <http://www.dw.com/de/afd-spitze-hofiert-rechtsausleger-in-der-partei/a-19226653>, abgerufen am 02.05.2016

Mit dem Grundsatzprogramm, das am Ende der zweitägigen Veranstaltung in Stuttgart in offener Abstimmung mit einer breiten Mehrheit beschlossen wurde, erschließt sich die AfD nach den Kampagnen gegen den Euro und gegen die Regierungspolitik im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 mit dem Thema Islam ein neues Aktionsfeld.

Vorbereitet wurde diese Ausweitung des Aktionsfeldes unter anderem durch die stellvertretende AfD-Sprecherin Beatrix von Storch, die zeitweilig mit ihrem Kollegen Albrecht Glaser im Parteivorstand für die Arbeit der Bundesprogrammkommission verantwortlich zeichnete. In einer Mail an Vorstandskollegen schrieb sie, dass „der Islam das brisanteste Thema des Programms überhaupt“ und für die „Außenkommunikation“ am besten geeignet sei.<sup>153</sup> „Asyl und Euro sind verbraucht, bringen nichts Neues“, notierte sie. „Die Presse wird sich auf unsere Ablehnung des politischen Islams stürzen wie auf kein zweites Thema des Programms.“

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland“, formuliert die AfD in ihrem Programm.<sup>154</sup> Das Minarett lehne die AfD „als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt“. Unterbunden werden solle die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. ihre Mittelsmänner“. Zugleich lehnt es die AfD ab, islamischen Organisationen in der Bundesrepublik den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts – analog zu anderen Religionsgemeinschaften – zu verleihen. Darüber hinaus fordert die AfD ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit. Im öffentlichen Dienst soll zudem nach dem Willen der Partei kein Kopftuch getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen, wie es in dem Text heißt.

Die Europäische Union soll aufgelöst und durch eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ähnlich dem EU-Vorläufer EWG ersetzt werden.<sup>155</sup> „Geordnet zu beenden“ ist nach Ansicht der AfD das „Experiment Euro“.<sup>156</sup> Flächendeckend „geschützt“ werden

---

**153** Markus Grill: Anti-Islam-Kurs - Exklusiv: Email von Beatrix von Storch und das geplante Grundsatzprogramm, in Correctiv vom 11.3.2016, <https://correctiv.org/blog/2016/03/11/afd-hat-neues-knall-thema/>, abgerufen 2.5.2016

**154** Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland - Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, S. 34ff., <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen 3.5.2016

**155** Süddeutsche Zeitung: Das hat der AfD-Parteitag beschlossen, vom 1.5.2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-das-hat-der-afd-parteitag-beschlossen-1.2975251>, abgerufen 3.5.2016

**156** Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland - Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, S. 12, <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen 2.5.2016



sollen die deutschen Grenzen, gegebenenfalls mit „Zäunen“.<sup>157</sup> Am ersten Tag des Parteitags fassten die Mitglieder mit großer Mehrheit einen Beschluss, in dem es hieß: „Einwanderung, insbesondere aus fremden Kulturbereichen, ist grundsätzlich problematisch, weil sie langfristig die Identität unserer Nation gefährdet.“<sup>158</sup>

Am zweiten Tag der Veranstaltung wurde der Beschluss – ebenfalls mit großer Mehrheit und ohne weitere Diskussion – wieder zurückgenommen. „Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft“ seien willkommen, heißt es nun.<sup>159</sup> Damit folgte der Parteitag dem Leitantrag des Bundesvorstands, der sich – anders als die am Vortag getroffene Festlegung – an der bisherigen Programmatik der Partei zum Thema Zuwanderung orientierte. Abgelehnt wird eine „ungeregelte Asylzuwanderung“. Asylanträge sollen nur noch in Asylzentren in der Herkunftsregion von Flüchtlingsbewegungen“ gestellt werden können. Eine Absage erteilt die AfD auch dem individuellen Grundrecht nach Artikel 16 des Grundgesetzes: „Die AfD will das individuelle Asylgrundrecht durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes (institutionelle Garantie) ersetzen.“<sup>160</sup> Das Asylrecht dürfe nicht länger als ein „Vehikel der Masseneinwanderung“ missbraucht werden.

Steuerpolitisch spricht sich die AfD für einen „neuen Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einen deutlich höheren Grundfreibetrag“ aus.<sup>161</sup> Abgeschafft werden sollen Erbschaftsteuer und die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer. Überprüft werden soll – ebenfalls mit dem Ziel der Abschaffung – die Gewerbesteuer. Um die „staatliche Macht über den Bürger begrenzen“ soll im Grundgesetz analog zur Schuldenbremse eine „Steuer- und Abgabenbremse“ festgeschrieben werden.

---

**157** n-tv.de: Gegen den Islam und den Euro - Die wichtigsten Beschlüsse der AfD, vom 1.5.2016, <http://www.n-tv.de/politik/Die-wichtigsten-Beschluesse-der-AfD-article17596211.html>, abgerufen 3.5.2016

**158** Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Stuttgart, 30. April und 01. Mai 2016, Teil 2, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil2\\_gesamt-201604125\\_Druck.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/04/AB-Teil2_gesamt-201604125_Druck.pdf), abgerufen 16.5.2016

**159** Spiegel online: Parteitag in Stuttgart: AfD will doch ein bisschen Zuwanderung erlauben, vom 1.5.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-parteitag-die-wichtigsten-beschluesse-a-1090273.html>, abgerufen 3.5.2016

**160** Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland - Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, S. 12, <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen 2.5.2016

**161** Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland - Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, S. 56f. , <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen 2.5.2016

Die AfD bekennt sich in ihrem Programm zur „traditionellen Familie“, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, als „Keimzelle der Gesellschaft“.<sup>162</sup> In einem Unterkapitel des familienpolitischen Programmteils fordert die AfD: „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“. Gleich an mehreren Stellen des Programms wendet sich die Partei gegen Gender Mainstreaming: „Gender Mainstreaming und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.“ Abgelehnt werden auch Gleichstellungspolitik, Geschlechterquoten und „ein falsch verstandener Feminismus“.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen soll nach dem Willen der AfD zum Pay-TV werden, bei dem nur der zahlt, der das Angebot nutzt; der Beitrag für die öffentlich-rechtlichen Sender wäre damit abgeschafft.

Im energiepolitischen Teil des Programms<sup>163</sup> heißt es, die Klimaschutzpolitik beruhe auf untauglichen Computer-Modellen des Weltklimarates. Das Erneuerbare-Energiengesetz (EEG) wird als „staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft“ abgelehnt. Es soll ersatzlos abgeschafft werden. Es dürfe auch kein Tabu sein, „den Umfang bestehender Subventionsverpflichtungen aus dem EEG infrage zu stellen“. „Sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich“ nennt die Partei den Atomausstieg und setzt sich für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ein.

---

**162** Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland - Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, S. 27ff. , <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen 2.5.2016

**163** Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland - Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, S. 61ff., <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen 2.5.2016



## 5.4 Entwicklungen in den Landesverbänden

### Baden-Württemberg

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 3038 Mitglieder.<sup>164</sup> Ende Januar 2016 waren es 2608,<sup>165</sup> ein Siebtel weniger als sieben Monate zuvor.

Der AfD-Landesverband Baden-Württemberg gehörte in der öffentlichen Wahrnehmung lange Zeit zu den eher „liberaleren“ Gliederungen in der Partei. Geführt wurde er in dieser Phase von Bernd Kölmel, der die AfD nach deren Bundesparteitag im Sommer 2015 verließ und mittlerweile für die von Ex-AfD-Chef Bernd Lucke gegründete Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA) aktiv ist. Übersehen wurde bei der Bewertung des Landesverbandes als „liberal“ freilich, dass dort einerseits mit der „Patriotischen Plattform“ und den „Christen in der AfD“ bzw. dem „Pforzheimer Kreis“ Gruppen aktiv waren, die an einem Rechtsruck der Partei arbeiteten, und andererseits die Mehrheitsverhältnisse im Frühjahr 2015 nur noch knapp für die gemäßigeren Kräfte ausfielen.

Bei einem Parteitag im Januar 2015 wurde Jörg Meuthen erstmals als stellvertretender Landesvorsitzender gewählt. Meuthen galt als Vertreter des wirtschaftsliberalen Flügels. Vor dem Essener Parteitag bildete er freilich ein Bündnis mit Bundessprecherin Frauke Petry. Beim Essener Parteitag selbst wurde er neben Petry als einer der beiden Bundessprecher gewählt.

Kurz nach Essen wählte der Landesverband einen neuen Vorstand. Geführt wird der Landesverband seither von drei gleichberechtigten Sprechern: Jörg Meuthen, Bernd Grimmer und Lothar Maier.<sup>166</sup>

Im 14 Mitglieder zählenden Landesvorstand hat der explizit rechte Flügel großes Gewicht, insbesondere in Gestalt der Unterzeichner der „Erfurter Resolution“. Zu den bekannt gewordenen Unterzeichnern zählt mit Bernd Grimmer einer der drei Landes-

---

**164** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**165** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**166** Alternative für Deutschland Baden-Württemberg: Landesvorstand, <http://afd-bw.de/landesvorstand/>, abgerufen 6.2.2016

sprecher. Im Oktober 2015 stellte er sich hinter die Anhänger des Pegida-Bündnisses in Dresden: „Ich habe volles Verständnis für die Menschen, die da auf die Straße gehen und ihren Unmut äußern.“<sup>167</sup> Zugleich distanzierte er sich von der Pegida-Spitze: „Das heißt nicht, dass wir uns mit den Veranstaltern solidarisieren.“

Die „Erfurter Resolution“ unterschrieben haben mit Rüdiger Klos und Christina Baum zudem zwei der drei stellvertretenden Sprecher. Außerdem setzten die drei Beisitzer Alfred Bamberger, Markus Frohnmaier und Carola Wolle ihren Namenszug unter die „Resolution“. Als Schriftführer arbeitet Joachim Kuhs im Vorstand mit, der den Vorständen der „Patriotischen Plattform“ auf Bundes-<sup>168</sup> und Landesebene<sup>169</sup> angehörte. Aktuell fungiert er als stellvertretender Sprecher der „Christen in der AfD“ (ChrAfD).<sup>170</sup>

Christina Baum gehörte gar zu den Erstunterzeichnern der „Erfurter Resolution“. In einem Interview auf der Internetseite der parteiinternen Gruppierung „Der Flügel“, die sich aus der Resolution entwickelt hatte, schilderte sie im April letzten Jahres Gründe für ihre anfängliche Zuwendung zu Lucke und ihre spätere Abwendung vom damaligen AfD-Sprecher:<sup>171</sup> „Und dann kam er – Bernd Lucke! Er sprach all die unbequemen Wahrheiten aus, die niemand sonst hören und sehen wollte. Er war für mich der Retter Deutschlands. Ich bewunderte, wie souverän und gelassen er die Attacken in den Talkshows hinnahm. Ich bewunderte sein eloquentes Auftreten, seinen wachen Geist. Für ihn und die Zukunft unseres Landes opferte ich ab sofort jede freie Minute. Doch nun, nach gerade mal zwei Jahren, ist meine Hoffnung auf diese grundsätzlichen politischen Veränderungen durch die AfD fast vollständig geschwunden.“

Den konkreten Anlass für ihre Abwendung von Lucke lieferte der Text für einen Mitgliederentscheid, der von dem Ex-Parteisprecher Luckes unterstützt wurde. In dem Text

---

**167** Stuttgarter Nachrichten: AfD-Landesvorstand - Bernd Grimmer hat „volles Verständnis“ für Pegida-Anhänger, vom 20.10.2015, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.afd-landesvorstand-bernd-grimmer-hat-volles-verstaendnis-fuer-pegida-anhaenger.943ede1d-ddff-48f0-8ec5-40fe44ffc929.html>, abgerufen 6.2.2016

**168** Rainer Roeser: Die neue AfD: Ganz liebe Menschen von rechtsaußen, in blick nach rechts vom 27.7.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/die-neue-afd-ganz-liebe-menschen-von-rechtsau->en, abgerufen 24.1.2016

**169** Die Patriotische Plattform: Gestern abend wurde in Stuttgart der Landkreis Baden-Württemberg der patriotischen Plattform gegründet!, vom 10.5.2014, <https://www.facebook.com/Patriotische-Plattform/posts/506978006090714>, abgerufen 24.1.2016

**170** Bundesvereinigung Christen in der AfD: Organisation, <https://christeninderafd.wordpress.com/organisation/>, abgerufen 24.1.2016

**171** Der Flügel: Weshalb unterstützen Sie die „Erfurter Resolution“, Frau Dr. Baum?, vom 11.4.2015, <http://www.derfluegel.de/2015/04/11/weshalb-unterstuetzen-sie-die-erfurter-resolution-frau-dr-baum/>, abgerufen 6.2.2016

hieß es unter anderem:<sup>172</sup> „Wir bejahen die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO und in der EU. Wir treten allen Versuchen entgegen, die sich daraus ergebenden Souveränitätseinschränkungen Deutschlands zum Anlass zu nehmen, offen oder verdeckt den Austritt Deutschlands aus der NATO oder aus der EU zu fordern. (...) Wir setzen uns für das Wohl des deutschen Volkes und für die Interessen Deutschlands in der Welt ein. Die AfD lehnt es aber entschieden ab, sich mit überhöhten ‚vaterländischen‘ Attributen zu schmücken. (...) Deutsche Politik muss nationale Interessen vertreten. Doch müssen wir uns auch heute noch der nachvollziehbaren Empfindlichkeiten in anderen Ländern wegen der im Dritten Reich begangenen Verbrechen bewusst sein. Ein markig zur Schau gestellter deutscher Patriotismus ist der wünschenswerten Völkerverständigung nicht zuträglich. Er erschwert die Durchsetzung unserer nationalen Interessen.“

Baum wandte sich in dem „Der Flügel“-Interview einerseits gegen Einschränkungen der nationalen Souveränität, andererseits hielt sie zum Mitgliederentscheid fest: „Der Verfasser hat also immer noch nicht begriffen, dass es keine Kollektivschuld gibt. Er möge sich gern weiter schuldig fühlen – ich aber nicht! Wer spricht eigentlich heute noch von den Verbrechen und Gräueltaten der USA im Vietnam- Krieg (...)? Ein kleines, tapferes Volk hat einem Riesen gezeigt, was ihm seine Freiheit wert ist! Ich stelle auch keinen Patriotismus zur Schau. Ich bin ehrlich stolz auf unser Land, auf unsere Kultur, auf all die hier lebenden Menschen, die Deutschland zu dem gemacht haben, was es heute ist – ein blühendes Land, in dem jeder in Freiheit leben kann. Diese tief empfundene Liebe zu meinem Vaterland, in dem ich geboren wurde und das nun zufälligerweise Deutschland heißt, nenne ich ‚Patriotismus‘, der im Übrigen, viel ausgeprägter, in allen anderen europäischen Staaten eine Selbstverständlichkeit ist.“ Die Aussagen des Aufrufs, die Baum zufolge „offenbar die Richtung der neuen, angepassten AfD bestimmen sollen“, hätten nichts mehr mit den programmatischen Konzepten der AfD des Jahres 2013 zu tun. Baum: „Diese Thesen können niemals Konsens werden für alle freiheitlich denkenden Menschen. Sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen, denn sie machen die AfD zu einer beliebigen Systempartei.“ Die „Erfurter Resolution“ hingegen ermahne „alle Funktionsträger, sich an das ursprüngliche Parteiprogramm zu halten und diesem treu zu bleiben“.

Bei einem Parteitag im Januar 2015 in Karlsruhe hatte Baum Landeschefin werden wollen – und war dabei durch ihre Warnung vor einem „schleichenden Genozid der

---

**172** Ronald Geiger: Mitgliederentscheid mit Unterstützungsformular, [www.mitgliederentscheid-afd.de/app/download/5800074757/Mitgliederentscheid+mit+Unterst%C3%BCtzungsformular.pdf](http://www.mitgliederentscheid-afd.de/app/download/5800074757/Mitgliederentscheid+mit+Unterst%C3%BCtzungsformular.pdf), abgerufen 6.2.2016

deutschen Bevölkerung“, wie er von den Grünen betrieben werde, aufgefallen.<sup>173</sup> Ende Oktober 2015 sprach sie bei einer AfD-Kundgebung in Erfurt. Dort sagte sie: „Ihr seid die Avantgarde des deutschen Widerstandes gegen eine Merkel-geführte Regierung. Frau Merkel sind die Belange aller anderen Völker dieser Welt wichtiger als die Sorgen und Nöte ihres eigenen Volkes. Sie will Deutschland in ein multikulturelles Krisengebiet verwandeln.“<sup>174</sup>

Zu den Erstunterzeichnern der „Erfurter Resolution“ zählte auch Markus Frohnmaier, damals Landesvorsitzender der „Jungen Alternative“, heute einer ihrer beiden Bundessprecher. Er erklärte seinerzeit, er unterstütze die Resolution, „weil die AfD als ‚Alternative für Deutschland‘ gegründet wurde. ‚Alternative für Deutschland‘ heißt: Wir verbinden den Willen zur Veränderung mit einem Bekenntnis zu Deutschland. Beides müssen wir uns unbedingt erhalten, wenn wir vom Wähler auch weiterhin als Korrektiv der erstarrten, oft genug unpatriotisch handelnden etablierten Parteien wahrgenommen werden wollen. Diesen Willen und auch das Eintreten für eine grundsätzliche Erneuerung der politischen Kultur in unserem Land vermisse ich jedoch zunehmend“.<sup>175</sup> Die Resolution trenne „nicht zwei Teile, die unweigerlich zusammen gehören“. Sie unterscheide vielmehr „zwischen denen, die neue politische Inhalte besetzen und eine neue politische Kultur in Deutschland entwickeln wollen, und denen, die sich mit einer FDP ohne Euro zufrieden geben“.

Durchgesetzt haben sich in der Auseinandersetzung auf Bundes- wie auf Landesebene die radikaleren Kräfte. „Ich erlebe unsere AfD seit einigen Monaten als ein starkes und kräftiges Team, das eine gemeinsame Vision hat und das auch gemeinsam dafür kämpft“, erklärte Meuthen bei einem Landesparteitag im Oktober 2015.<sup>176</sup> „Aus einer neuen Entzweiung unserer Partei, auf die manche offenbar lauern – daraus wird nichts“, versicherte er. Eine „Abgrenzung zu wirklich radikalen Positionen“ müsse sein – allerdings: „Ausgrenzung aber und Stigmatisierung, wenn einmal Fehler geschehen, dürfen nicht sein und werden es in der neuen AfD nach Essen auch niemals sein.“

---

**173** Andreas Böhme: Durch die Partei geht ein tiefer Riss - AfD bestätigt Landesvorsitzenden Bernd Kölmel im Amt, in: Badische Zeitung vom 19.1.2015, <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/durch-die-partei-geht-ein-tiefer-riss--99156834.html>, abgerufen 6.2.2016

**174** Henry Bernhard: AfD-Kundgebung in Erfurt - „Wenn wir kommen, wird aufgeräumt!“, Deutschlandfunk vom 29.10.2015, [http://www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraeumt.1773.de.html?dram:article\\_id=335345](http://www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraeumt.1773.de.html?dram:article_id=335345), abgerufen 7.2.2016

**175** Der Flügel: Weshalb unterstützen Sie die „Erfurter Resolution“, Herr Frohnmaier?, vom 5.4.2015, <http://www.derfluegel.de/2015/04/05/weshalb-unterstuetzen-sie-die-erfurter-resolution-herr-frohnmaier/>, abgerufen 6.2.2016

**176** AfD Baden-Württemberg: AfD Prof. Dr. Jörg Meuthen am 24.10.2015, vom 31.10.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=kkKJykxdDZ0>, abgerufen 2.2.2016

Offenbar gemäß dieser Maxime wurden die Fälle Dubravko Mandic und Heinrich Fiechtner behandelt. Parteiordnungsverfahren gegen die beiden AfD-Politiker wurden gestoppt. Über Fiechtner, der den Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn einen „miesen faschistoid-populistischen Scharfmacher“ nannte, schwebte monatelang das Damoklesschwert eines Ausschlussverfahrens. Der alte Vorstand wollte ihn loswerden, nachdem er den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“ verglichen hatte. Die neue Führungsriege stoppte das Parteiordnungsverfahren.<sup>177</sup> „Fiechtner hat zwar eine gewisse Neigung, im politischen Diskurs verbal auch mal über das Ziel hinaus zu schießen“, sagte Meuthen im Gespräch mit den Stuttgarter Nachrichten.<sup>178</sup> Er schätze ihn aber gleichzeitig „für vieles, was er tut, und wer ihn etwas besser kennt, der weiß, dass das eigentlich ein ganz lieber Mensch ist“.

Mandic hatte US-Präsident Obama in einem Facebookbeitrag als „Quotenneger“ bezeichnet.<sup>179</sup> Meuthen erklärte die Einstellung des Verfahrens so: „Als Dubravko Mandic daherkam mit seinem ‚Quotenneger‘, da war ich derjenige, der am lautesten Alarm geschlagen hat. Ich wollte ihm damals ein Parteiausschlussverfahren an die Backe hängen. Ich halte die Äußerung auch für restlos indiskutabel. Im Sommer habe ich dann mit Mandic ein vernünftiges Gespräch geführt. Er ließ Einsicht erkennen, dass er überzogen hatte. Darauf habe ich ihm gesagt, ich sei zähneknirschend bereit, die Sache zu den Akten zu legen. Aber nochmals dürfe eine solche Äußerung nicht mehr kommen. Kam auch nicht mehr.“<sup>180</sup>

In die Kritik geriet zu Jahresbeginn 2016 erneut Meuthens Vorstandskollege Frohnmaier. „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und zwar nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk“, hatte

---

**177** Rainer Wehaus: Doch kein Parteiausschluss - Stadtrat Fiechtner darf bei AfD bleiben, in: Stuttgarter Nachrichten vom 23.7.2015, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.doch-kein-parteiausschluss-stadtrat-fiechtner-darf-bei-afd-bleiben.ff9ec0cc-3c41-4488-abf8-9ff6fff2ddac.html>, abgerufen 6.2.2016

**178** Rainer Wehaus: AfD-Bundesvize im Gespräch - „Die Spalter sind nun draußen“, in: Stuttgarter Nachrichten vom 24.7.2015, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.afd-bundesvize-im-gespraech-die-spalter-sind-nun-draussen.9e02557b-a2fe-48fa-9570-a9986593cf12.html>, abgerufen 6.2.2016

**179** Achim Pollmeier und Kim Otto: Offener Rassismus - die unaufhaltsame Radikalisierung der AfD, Monitor vom 14.1.2016, <http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/offener-rassismus-100.html>, abgerufen 6.2.2016. Die Autoren zitieren Mandic mit einem weiteren von ihm verfassten, umstrittenen Facebookbeitrag: „Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützer-Umfeld, nicht so sehr durch Inhalte.“

**180** Joachim Dorfs und Reiner Ruf: Interview AfD-Spitzenkandidat Jörg Meuthen - „Ich bin kein Brandstifter“, in Stuttgarter Zeitung vom 28.1.2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-spitzenkandidat-joerg-meuthen-ich-bin-kein-brandstifter.f323ee11-93b9-4aa5-ab5f-fc207df60624.html>, abgerufen 6.2.2016

Frohnmaier bei einer der Erfurter AfD-Demonstrationen ins Mikrofon gerufen.<sup>181</sup> Nach den Ereignissen der Kölner Silvesternacht hatte er erklärt: „Meiner Meinung nach haben Leute wie Claudia Roth hier mittelbar mitvergewaltigt“, und ergänzt: „Nicht im juristischen Sinne, aber im übertragenen Sinne.“ Meuthen fand auch für ihn verständnisvolle Worte: „Was Markus Frohnmaier angeht: Er ist noch sehr jung und schießt manchmal übers Ziel hinaus.“<sup>182</sup>

Für die Rechtsentwicklung der baden-württembergischen AfD sorgen freilich nicht nur die in Gruppen wie „Der Flügel“, der „Patriotischen Plattform“ oder den „Christen in der AfD“ zusammenwirkenden Mitglieder und Funktionäre. Der Philosophiedozent Marc Jongen ist einer von denen, die an einer Schärfung des Parteiprofils ohne eine solche Gruppenzugehörigkeit arbeiten. Schon im Januar 2014 notierte er in einem „Manifest“ genannten Text über „Das Märchen vom Gespenst der AfD“: „Genuin liberal zu sein, heißt heute, konservativ zu sein. Zuweilen sogar reaktionär.“<sup>183</sup> „Die eigentlich revolutionäre Klasse“ sei heute die bürgerliche Mitte. Endzweck ihrer „Revolution“ sei „die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes gegenüber dem Lobbyismus.“

Jongen ist Programmkoordinator der AfD Baden-Württemberg. Verantwortlich zeichnete er unter anderem für einen Antrag zum Gender Mainstreaming und für das Landtagswahlprogramm. Jongen der auch der Bundesprogrammkommission seiner Partei angehört, sei „der Parteiphilosoph“ der AfD, befand die Frankfurter Allgemeine Zeitung.<sup>184</sup> Die FAZ veröffentlichte im Januar einen ausführlichen Text über den Karlsruher Philosophiedozenten. Kernbegriff Jongens ist im Gespräch mit der Zeitung der Begriff Thymos, „ein altgriechisches Wort, das in seiner Bedeutung zwischen Mut, Zorn und Empörung schwankt“, wie die Zeitung ihren Lesern erläuterte. Jongen zeigte sich in dem Gespräch überzeugt, dass die Bundesrepublik an einer „thymotischen Unterver-

---

**181** Chris Humbs, Markus Pohl und Olaf Sundermayer: Brave Bürger machen mit Rechtsextremen gemeinsam Wahlkampf - Was will die AfD?, in: Kontraste vom 21.1.2016, <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-21-01-2016/was-will-die-afd.html>, abgerufen 6.2.2016

**182** AfD Baden-Württemberg: AfD Prof. Dr. Jörg Meuthen am 24.10.2015, vom 31.10.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=kkKJykxdDZO>, abgerufen 2.2.2016

**183** Marc Jongen: Das Märchen vom Gespenst der AfD, in Cicero vom 22.1.2014, <http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894>, abgerufen 6.2.2016

**184** Soweit nicht anders angegeben: Justus Bender und Reinhard Bingener: Marc Jongen - Der Parteiphilosoph der AfD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.1.2016, [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/marc-jongen-ist-afd-politiker-und-philosoph-14005731.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/marc-jongen-ist-afd-politiker-und-philosoph-14005731.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2), abgerufen 6.2.2016



sorgung“, einer Armut an Zorn und Wut<sup>185</sup> leide. In Europa, wo vor allem die Vernunft in Politik und Philosophie Ansehen genieße, sei der Thymos zu Unrecht in Verruf geraten. Weil es Deutschland an Zorn und Wut fehle, mangle es seiner Kultur auch an Wehrhaftigkeit gegenüber anderen Kulturen und Ideologien, etwa dem Islamismus, der seinerseits eine „hochgepushte thymotische Bewegung“ sei. Die AfD unterscheide sich durch ihren positiven Bezug zum Thymos von allen anderen politischen Parteien. Einzig die AfD lege „Wert darauf, die Thymos-Spannung in unserer Gesellschaft wieder zu heben“, wird Jongen zitiert. „Stolz und Wut sind in der AfD wichtige Emotionen“, sagte er. Auf Demonstrationen wie in Magdeburg würden sich diese „Energien in etwas unreiner Form“ äußern. Nach Jongens Auffassung weisen die vom Höcke-Lager organisierten Demonstrationen dennoch in die richtige Richtung. Sie seien ein Mittel gegen die Thymos-Schwäche der Deutschen, die sie sich angesichts der vielen Einwanderer nicht erlauben könne. Das zentrale Ziel der „Psychopolitik“ der AfD müsse es deshalb sein, den deutschen Thymos wieder hochzuregulieren. Eine scharfe Trennlinie zwischen sich und dem Höcke-Flügel der AfD zog der „Parteiphilosoph“ dem FAZ-Bericht zufolge nicht. „Ich bin kein Gegner von Höcke.“ Dass es Schnittmengen zwischen ihnen gebe, leugne er nicht. Jongen widerspreche auch nicht Höckes Ansichten über das Fortpflanzungsverhalten von Afrikanern. Er würde den Sachverhalt allerdings sozioökonomisch erklären und nicht mit einer „biologistischen Theorie“, sagte er der FAZ. Im Interview mit der Neuen Südtiroler Tageszeitung ergänzte er: „Anstatt aber diesen sachlichen und politischen Fehler zum ‚Rassismus‘ hochzustilisieren, sollte man über das Problem diskutieren, auf das Höcke richtigerweise hingewiesen hat, nämlich den rapiden Bevölkerungsanstieg in Afrika und im Nahen Osten. Der wird in den kommenden Jahrzehnten zu einem enormen Migrationsdruck auf Europa führen. Wenn wir uns nicht rechtzeitig wappnen, haben wir einen Ansturm auf Europa zu erwarten, gegen den die aktuelle Migrationswelle ein laues Lüftchen ist.“<sup>186</sup>

Die Gefahr, dass sich der Thymos so steigern, dass er die Grundordnung der Gesellschaft bedrohe, müsse man auf sich nehmen, „wenn man der existentiellen Großgefahr eines Verschwindens der deutschen Kultur begegnen will“, sagte Jongen der FAZ. Das Blatt resümierte: „Die Deutschen sollen also ihre Kultur dadurch verteidigen, dass sie ihre eigentlich sehr deutsche Mäßigung aufgeben. Um sich gegen die laut Jongen ‚thymotisierten‘ Islamisten zur Wehr zu setzen, müssten sie ihnen ähnlicher werden.“

---

**185** Jongen bezieht sich hierbei auf ein Werk des Philosophen Peter Sloterdijk, bei dem er auch als Assistent tätig gewesen ist. (Peter Sloterdijk (2008): Zorn und Zeit, Frankfurt a.M.)

**186** Heinrich Schwazer: „Ansturm auf Europa“ (Interview mit Marc Jongen), in: Die Neue Südtiroler Tageszeitung vom 9.2.2016, <http://www.tageszeitung.it/2016/02/09/ansturm-auf-europa/>, abgerufen 14.2.2016

Jongens Äußerungen sind von ganz praktischer Relevanz angesichts seiner Positionen in den Programmkommissionen auf Landes- und Bundesebene. Er ist nicht nur einer der Autoren des Landtagswahlprogramms, sondern auch einer Erklärung des Landesverbandes zum Gender Mainstreaming, die Ende Juli 2015 von einem Landesparteitag einstimmig beschlossen wurde. Grundsätzlich hieß es in der Begründung des Papiers:<sup>187</sup>

„1. Gender-Mainstreaming zielt auf einen permanenten ‚Kampf der Geschlechter‘ ab und führt damit zu einer schleichenden Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas.

2. Gender-Mainstreaming führt in seiner Anwendung regelmäßig zur Verletzung von Artikel 1-6 Grundgesetz, insbesondere von Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz, da es mit der Diskriminierung konkreter Personen – in der Regel von Männern – aus geschlechtsspezifischen Gründen einhergeht.

3. Die gegen die Natur des Menschen gerichtete Gender-Ideologie ist der wichtigsten bevölkerungspolitischen Herausforderung, vor der Deutschland steht, nämlich die Geburtenrate signifikant zu steigern, in extremer Weise abträglich.“

Drei Forderungen erhob der Landesverband in der Erklärung: „1. Gender Mainstreaming als durchgängiges politisches Leitprinzip in Form einer Querschnittsaufgabe staatlichen Handelns ist auf allen Ebenen unverzüglich und ersatzlos zu beenden.“ Die AfD halte „die politisch-bürokratisch verordnete Nivellierung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen für einen unzulässigen Eingriff des Staates in das private und gesellschaftliche Leben der Menschen“. Für „untragbar“ erklärt es die AfD es zudem, „dass Mütter, die sich ihren Kindern in Vollzeit widmen wollen, einem politischen und ökonomischen Druck ausgesetzt werden, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen“. Die AfD fordere deshalb die Beendigung aller Versuche, Frauen und Ehepaare in dieser Frage zu bevormunden. „Für einen sittenwidrigen Eingriff in die Kinderseelen und für eine schwerwiegende Beeinträchtigung der psychischen und physischen Entwicklung junger Menschen“ halte die AfD „einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der ‚zu sexuellem Experimentieren ermutigen soll‘“. Als „unvereinbar mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie mit dem Subsidiaritätsprinzip“ lehnt die Partei „die fortschreitende Aushöhlung des Erziehungsrechts von Eltern und dessen Übertragung auf den Staat“ ab. Eine Absage erteilt sie „geschlechtsbezogenen Quotenregelungen für alle Arbeits- und Lebensbereiche, aber auch jede Form der Quotierung nach anderen soziodemographischen Merkmalen“, da sie den Prinzipien der Chancengleichheit und des freien Wettbewerbs widersprächen. Die AfD wendet sich auch gegen „jegliche staatliche Propaganda (...) für bestimmte sexuelle Orientierungen oder

---

**187** Alternative für Deutschland Baden-Württemberg: Gender Mainstreaming, <http://afd-bw.de/gender-mainstreaming/>, abgerufen 2.2.2016



Verhaltensweisen“. Dabei macht sie eine Ausnahme: „Die Förderung der klassischen Familie ist davon ausgenommen.“

Die Partei plädiert für eine „Willkommenskultur für Un- und Neugeborene“ und wendet sich „gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, sie staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem ‚Menschenrecht‘ zu erklären“.

In einem zweiten Punkt der Erklärung fordert der Landesverband „die ersatzlose Rücknahme aller Gesetze und Vorschriften im Sinne der Gender-Ideologie“. Ausdrücklich genannt werden das Bundesgleichstellungsgesetz, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und § 4 des Landeshochschulgesetzes.

Schließlich heißt es im dritten und letzten Punkt: „Die Alternative für Deutschland fordert den Entzug sämtlicher Steuer- und Fördermittel für gender-ideologische Maßnahmen.“ Gestrichen werden sollen beispielsweise „alle Stellen für sog. ‚Gleichstellungsbeauftragte‘ (früher: ‚Frauenbeauftragte‘)“. Schließlich verlangt die AfD „einen sofortigen Förderstopp für die sogenannten ‚Gender Studies‘ an Hochschulen und Universitäten. Bestehende ‚Gender‘-Lehrstühle sollen traditionellen Studiengängen zugeordnet und bei Ausscheiden der Stelleninhaber nicht wieder nachbesetzt werden“.

Gegen die Kritik an dieser Erklärung wehrte sich die AfD und sprach von „heftigen, teils maßlosen Reaktionen des politischen Gegners“.<sup>188</sup> Meuthen beklagte eine „staatlich verordnete Diskriminierung von Männern, zu der etwa das Bundesgleichstellungsgesetz oder das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz geführt hat“. Mit keinem Wort ziele die Resolution auf die Diskriminierung von Homosexuellen oder Frauen ab, es gehe vielmehr – gerade umgekehrt – um die Beendigung derjenigen Diskriminierungen, die durch Gender Mainstreaming erst gesetzlich festgeschrieben worden seien. Jongen wurde mit den Worten zitiert: „Im Zeichen von Gender Mainstreaming verbreitet sich in Deutschland ein intolerantes, latent totalitäres Meinungsklima, in dem abweichende Stimmen zunehmend mit gesellschaftlicher Ächtung bestraft werden.“ Demgegenüber gehe es der AfD darum, dem Prinzip „echter Liberalität“ wieder zur Geltung zu verhelfen, wonach der Staat sich nicht in die privaten Belange und die Lebensgestaltung seiner Bürger einzumischen habe.

Bei der Landtagswahl am 13. März 2016 kam die AfD in Baden-Württemberg auf 15,1 Prozent.

---

**188** Alternative für Deutschland Baden-Württemberg: Prof. Dr. Jörg Meuthen / Dr. Marc Jongen: Aufklärung über Gender Mainstreaming, vom 31.7.2015, <http://afd-bw.de/2015/07/prof-dr-joerg-meuthen-dr-marc-jongen-aufklaerung-ueber-gender-mainstreaming/>, abgerufen 2.2.2016

## Bayern

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 2895 Mitglieder.<sup>189</sup>

Ende Januar 2016 waren es 2384,<sup>190</sup> wie in Baden-Württemberg noch immer ein Siebtel weniger als vor der Niederlage Luckes.

Ebenso wie in Baden-Württemberg stand auch die Parteispitze in Bayern bis zu seinem Scheitern in Essen hinter dem Ex-Sprecher. Nach Luckes Niederlage verließ der Landesvorsitzende Andre Wächter die AfD, mit ihm gingen weitere fünf von sieben Vorstandsmitgliedern. Wächters Angaben zufolge waren in den ersten zweieinhalb Wochen nach dem Essener Parteitag rund 500 bayerische Mitglieder aus der Partei ausgetreten.<sup>191</sup>

Manche vorherige Lucke-Unterstützer freilich blieben. Der Abgang Luckes hatte auch in Bayern eine Abspaltung zur Folge, aber keine Spaltung der Partei. So erklärten etwa die Mitglieder des Kreisvorstands Augsburg-Land, dessen Mitglieder sich nach eigenem Bekunden zuvor geschlossen zur „Gefolgschaft“ Luckes gerechnet hatten, man bekenne sich uneingeschränkt zu den Zielen der AfD und betrachte es „als unsere historische Aufgabe, das durch den kontinuierlichen Linkskurs der Union / FDP große freie Feld im demokratischen Parteiengefüge mit einem liberal – konservativen Angebot vernünftiger, bodenständiger Politik zu füllen“.<sup>192</sup> Die Funktionäre aus dem Augsburger Land weiter: „Wir sprechen den gewählten Sprechern der AfD, Frau Dr. Petry und Herrn Prof. Meuthen, unser Vertrauen aus und schätzen die Wahrscheinlichkeit, dass sie die AfD auf Erfolgskurs halten, als hoch ein. Sie werden das volle Spektrum unseres Programmes gut repräsentieren.“ Vilmos Holczhauser, Vorstandsmitglied in München-Land, räumte

---

**189** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**190** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**191** Daniela Kuhr: Sechs von sieben AfD-Vorständen treten zurück, in Süddeutsche Zeitung vom 20.7.2015, <http://www.sueddeutsche.de/bayern/landesverband-bayern-sechs-von-sieben-afd-vorstaenden-zurueckgetreten-1.2574293>, abgerufen 26.3.2016

**192** Alternative für Deutschland Landesverband Bayern: Kreisverband Augsburg-Land zur aktuellen Situation der Partei, vom 27.7.2015, <http://www.afdbayern.de/kreisverband-augsburg-land-zur-aktuellen-situation-der-partei/>, abgerufen 26.3.2016

ein, eine „Akzentverschiebung“ habe in der AfD tatsächlich stattgefunden.<sup>193</sup> Allerdings habe „die neu formierte AfD (...) das wirtschaftsliberale Programm keineswegs widerrufen, sondern ihm das Thema ‚Nation‘ gleichberechtigt zur Seite gestellt“.

Werner Meier, in der Partei verbliebenes Vorstandsmitglied der Bayern-AfD, erklärte, „insbesondere der in den Medien kolportierte Rechtsruck“ sei vor Essen dazu benutzt worden, „persönliche Befindlichkeiten und Machtansprüche auf einen Streit über die politische Ausrichtung herunter zu brechen“.<sup>194</sup> Der Vorwurf werde nach Essen „nun zum Ködern von AfD-Mitgliedern benutzt und gleichzeitig auch zur Diffamierung der AfD als politischer Gegner“. Er beteuerte, der gesamte neu gewählte Bundesvorstand stehe uneingeschränkt zu den 2014 beschlossenen Leitlinien der Partei, die nach wie vor die politische Ausrichtung der AfD bestimmen würden. „Die behauptete Übernahme des Bundesvorstands durch nationalkonservative Kräfte ist Unsinn: Im neuen Bundesvorstand sind mit Alice Weidel, Beatrix von Storch, Jörg Meuthen, Albrecht Glaser und Dirk Driesang die liberalen Persönlichkeiten besser positioniert und zahlreicher vertreten als im alten Bundesvorstand.“

Seit Oktober 2015 wird der Landesverband von Petr Bystron geführt. In der Süddeutschen Zeitung hieß es über ihn, er habe schon für rechte Zeitungen und Blogs geschrieben, als es die „Alternative für Deutschland“ noch nicht gegeben habe.<sup>195</sup> Bystron beherrsche den Spagat zwischen seriösem Auftreten und Populismus. Im Kern sei seine Agenda ein Angriff gegen eine seiner Meinung nach linke Politik aus Willkommenskultur, Umverteilung und Gender Mainstreaming. Ihm scheine es wenig auszumachen, dass die AfD das „Schmuddelkind“ der Landespolitik sei, schrieb die Süddeutsche Zeitung und zitierte Bystron mit den Worten: „Bernd Lucke wollte immer anschlussfähig an andere Parteien sein. Wir zeigen klare Kante.“

Wiederholt wurden Bystrons Sympathien für die rechtspopulistische österreichische FPÖ deutlich. Überschwänglich gratulierte er im Oktober 2015 dem FPÖ-Bundesobmann Heinz-Christian Strache zu dessen Erfolg bei den Regionalwahlen in Österreich: „Wenn Sie weiterhin im gleichen Tempo zulegen, ist Ihnen die Kanzlerschaft bald gewiss“,

---

**193** Alternative für Deutschland Landesverband Bayern: Gebt Petry die 100 Tage!, vom 24.7.2015, <http://www.afdbayern.de/gebtpetry-die-100-tage/>, abgerufen 26.3.2016

**194** Alternative für Deutschland Landesverband Bayern: Information statt Manipulation, vom 24.7.2015, <http://www.afdbayern.de/information-statt-manipulation/>, abgerufen 26.3.2016

**195** Christoph Dorner: Wie Petr Bystron die AfD in Bayern weiter nach rechts gerückt hat, in Süddeutsche Zeitung vom 29.1.2016, <http://www.sueddeutsche.de/bayern/landesverband-wie-petry-bystron-die-afd-in-bayern-weiter-nach-rechts-gerueckt-hat-1.2840198>, abgerufen 26.3.2016

schrieb Bystron.<sup>196</sup> Strache habe mit seiner „erfrischenden Art“ zahlreiche Nichtwähler wieder für die Politik eingenommen und „der Demokratie in Wien neues Leben eingehaucht“.

Besondere Bedeutung kommt dem Landesverband im Zusammenhang mit den Bemühungen zu, die Zusammenarbeit zwischen AfD und FPÖ zu intensivieren. Wenige Tage nach einem von dem Europaabgeordneten Marcus Pretzell organisierten Kongress mit Teilnehmern beider Parteien in Düsseldorf verkündete Bystron den Start einer „Blauen Allianz“ – angelehnt an die Parteifarben von AfD und FPÖ.<sup>197</sup> Beide Parteien hätten als Ergebnis der Düsseldorfer Veranstaltung beschlossen, im Rahmen jener „Blauen Allianz“ enger zusammenzuarbeiten, berichtete Bystron. Ab sofort könnten Mitglieder der AfD zu ihren Veranstaltungen auch Redner aus den Reihen der FPÖ einladen und umgekehrt, „obwohl die beiden Parteien unterschiedlichen Fraktionen im Europäischen Parlament angehören und in vielen Punkten auch verschiedene Positionen vertreten“. Aus geografischen Gründen, so die Bayern-AfD, werde die Zusammenarbeit „zunächst“ in der bayerisch-österreichischen Grenzregion im Raum Salzburg und Passau ihren Schwerpunkt haben. Die Summe der Gemeinsamkeiten sei groß, erklärte Bystron. Solche Gemeinsamkeiten sehe er „vor allem zu liberalen Positionen, mit Erhalt der bürgerlichen Freiheitsrechte und rechtsstaatlicher Positionen“. Bystron ergänzte seine Pressemitteilung mit einer Grafik, die zwischen seinem und dem Bild Straches eine Deutschland-Karte mit anhängendem Österreich zeigt; dazu der Text: „Die blaue Allianz überwindet die Grenzen: FPÖ und AfD gemeinsam für die Zukunft Europas!“

In einer Umfrage – gefragt wurde nach den Wahlabsichten auf Landesebene – erreichte die bayerische AfD zuletzt Mitte April einen Wert von neun Prozent.<sup>198</sup>

---

**196** Alternative für Deutschland Landesverband Bayern: FPÖ: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel, vom 11.10.2015, <http://www.afdbayern.de/nach-dem-spiel-ist-vor-dem-spiel/>, abgerufen 26.3.2016

**197** Alternative für Deutschland Landesverband Bayern: AfD und FPÖ beschließen Zusammenarbeit, vom 18.2.2016, <http://www.afdbayern.de/afd-und-fpoe-beschliessen-zusammenarbeit/>, abgerufen 26.3.2016

**198** wahlrecht.de: Umfragen Bayern, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/bayern.htm>, abgerufen 26.3.2016

## Berlin

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 919 Mitglieder.<sup>199</sup> Ende Januar 2016 waren es 837,<sup>200</sup> was nach wie vor einem Verlust von einem Elftel der Mitglieder entsprach.

In Berlin wurden Mitte Januar 2016 Beatrix von Storch und Georg Pazderski als neue Landessprecher gewählt. Die Europaabgeordnete von Storch erhielt rund 71 Prozent der Stimmen. Abgewählt wurde der bisherige Landesvorsitzende Günter Brinker. Er hatte erneut für die Parteispitze kandidiert, unterlag aber gegen Pazderski mit 112 zu 163 Stimmen. Im Bundesvorstand, dem Pazderski und von Storch angehören, gelten beide als Vertreter des nationalkonservativen Lagers.

Zu blass, zu unscheinbar, zu wenig populistisch-lautsprecherisch hatte die Berliner AfD unter Brinker, der manchen als Relikt der Lucke-Ära galt, nach Auffassung vieler Mitglieder agiert. So gingen die Meinungen zum Beispiel in der Frage, wo die AfD im Zuge ihrer Herbstkampagne gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik demonstrieren sollte, auseinander. „Einige Berliner Parteimitglieder“, so Brinker in einem Rundbrief an Mitglieder und Förderer,<sup>201</sup> befürworteten eine Aktion vor dem umstrittenen Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo). Brinker war dagegen. Dort „mit AfD- und Deutschlandfahnen zu demonstrieren, ist vom Landesvorstand als politisch untragbar zurückgewiesen worden“, ließ er in seinem Schreiben wissen.

Insbesondere von Beatrix Storch wird erwartet, dass die AfD in der Bundeshauptstadt nun sichtbarer wird.<sup>202</sup> Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nannte sie eine „Protestunternehmerin“:<sup>203</sup> „Sie lebt vom Dagegensein. Das Ausmaß des Protests ist ihr Gewinn.

---

**199** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**200** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**201** Alternative für Deutschland Landesverband Berlin: Rundbrief des Landesvorsitzenden zur Asylkrise, vom 1.9.2015, <http://www.afd-berlin.de/2015/09/mitgliederrundbrief-des-landesvorsitzenden-guenter-brinker-vom-27-august-2015/>, abgerufen 26.3.2016

**202** Sigrid Kneist: Beatrix von Storch: Knallhart, konservativ, rechts, in Der Tagesspiegel vom 18.1.2016, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/afd-landeschefin-berlin-beatrix-von-storch-knallhart-konservativ-rechts/12842234.html>, abgerufen 26.3.2016

**203** Markus Wehner: Die Protestunternehmerin, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.8.2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/beatrix-von-storch-ist-bei-afd-ganz-vorne-dabei-13764053.html>, abgerufen 26.3.2016

Und auf den schaut sie genau.“ Ein äußerst konservatives Familienbild, die Klage gegen „Gender-Wahn“, die Ablehnung von Euro und Europäischer Union sind ihre Themen, aktuell vor allem die Asylpolitik. Pazderski wird bei der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 18. September 2016 als Spitzenkandidat antreten,<sup>204</sup> während von Storch weiter im EU-Parlament bleibt.

In einer Umfragen nach den Wahlabsichten auf Landesebene erreichte die Berliner AfD zuletzt Anfang April 2016 einen Wert von 13 Prozent.<sup>205</sup>

## Brandenburg

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 659 Mitglieder.<sup>206</sup>

Ende Januar 2016 waren es 734.<sup>207</sup> Wie die anderen vier Ost-Verbände hat die Brandenburger AfD damit zugelegt, konkret um etwas mehr als zehn Prozent.

Dominierende Figur in der Brandenburger AfD ist der Landes- und Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland, der als Vertreter des nationalkonservativen Flügels gilt. Obwohl er sich wiederholt durch politische Äußerungen und Aktionen – so als Pegida-Sympathisant, Höcke-Unterstützer und Unterzeichner der „Erfurter Resolution“ – als Vertreter des rechten Flügels präsentiert hat, genießt er Vertrauen auch beim „gemäßigten“ Kräften. So hielt Parteisprecher Jörg Meuthen eine Laudatio voller Lob und Anerkennung bei

---

**204** Thomas Rogalla: Spitzenkandidatur zur Abgeordnetenhauswahl - Ex-Oberst Pazderski will AfD ins Berliner Parlament führen, in Berliner Zeitung vom 4.2.2016, <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/spitzenkandidatur-zur-abgeordnetenhauswahl-ex-oberst-pazderski-will-afd-ins-berliner-parlament-fuehren-23545626#plx775985042>, abgerufen 26.3.2016

Fabian Leber: Mit diesem Mann will die AfD ins Abgeordnetenhaus, in Der Tagesspiegel vom 26.1.2016, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-neuer-afd-chef-georg-pazderski-mit-diesem-mann-will-die-afd-ins-abgeordnetenhaus/12880378.html>, abgerufen 26.3.2016

**205** wahlrecht.de: Umfragen Berlin, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/berlin.htm>, abgerufen 26.3.2016

**206** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**207** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

Gaulands Empfang zu seinem 75. Geburtstag.<sup>208</sup> Welche Wertschätzung Gauland über Lagergrenzen hinaus entgegengebracht wird, zeigte sich auch beim Essener Parteitag. Mit dem zweitbesten Ergebnis des gesamten Parteitags (83,8 Prozent) wurde er als Bundesvize gewählt.<sup>209</sup>

Als Gaulands potenzieller Nachfolger wird Andreas Kalbitz gehandelt. Er wurde im November 2015 zum 1. stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.<sup>210</sup> Bei dem Parteitag verwendete er Argumentationsmuster, wie sie für Vertreter des rechten Flügels typisch sind. Die Partei dürfe sich nicht kaufen lassen mit der Aussicht auf Ministerposten, warnte er. „Es ist die Entscheidung, sich nicht schnellstmöglich zu prostituieren in Richtung der etablierten Parteien, die dieses Land von Misserfolg zu Misserfolg geführt haben. Wir müssen Verantwortung übernehmen, aber nicht als Bittsteller der etablierten Versagenspolitik, sondern als gestaltende Kraft.“

Für einen gemäßigeren Kurs steht er erkennbar nicht. Kalbitz war einer der Erstunterzeichner der „Erfurter Resolution“.<sup>211</sup> Im Impressum der von der Gruppe „Der Flügel“ betriebenen Internetseite wird er neben dem Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, dem Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, Andre Poggenburg und dem Bundessprecher der „Patriotischen Plattform“, Hans-Thomas Tillschneider, als einer der vier Verantwortlichen genannt.<sup>212</sup>

Schlagzeilen machte er in den letzten beiden Jahren wiederholt: 2014, weil es die Mehrheit des Landtags unter Hinweis auf Kalbitz' frühere Mitgliedschaft bei den „Republikanern“ ablehnte, ihn in die Parlamentarische Kontrollkommission zu delegieren.<sup>213</sup> 2015, weil bekannt wurde, dass Kalbitz als Vorsitzender des Vereins „Kultur- und Zeitgeschichte - Archiv der Zeit“ fungierte, dem vom bayerischen Verfassungsschutz ein

---

**208** Justus Bender: Frauke Petry droht an sich selbst zu scheitern, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.3.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kritik-aus-afd-frauke-petry-droht-an-sich-selbst-zu-scheitern-14145262.html>, abgerufen 26.3.2016

**209** Alternative für Deutschland: Protokoll - Außerordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland, Samstag, 04. Juli bis Sonntag, 05. Juli 2015, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/08/Protokoll-Bundesparteitag-Essen.pdf>, abgerufen 26.3.2016

**210** Berliner Morgenpost: Kalbitz Stellvertreter von Gauland: Rigorose Asylpolitik, vom 22.11.2015, <http://www.morgenpost.de/berlin/article206700521/Kalbitz-Stellvertreter-von-Gauland-Rigorose-Asylpolitik.html>, abgerufen 26.3.2016

**211** derfluegel.de: Erfurter Resolution, <http://www.derfluegel.de/erfurter-resolution/>, abgerufen 26.3.2016

**212** derfluegel.de: Impressum, <http://www.derfluegel.de/impressum/>, abgerufen 26.3.2016

**213** Alexander Fröhlich: Gaulands Kronprinz von ganz weit rechts, in Potsdamer Neueste Nachrichten vom 16.10.2015, <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1015465/>, abgerufen 26.3.2016



rechtsextremistisch orientiertes Geschichtsbild bescheinigt wurde.<sup>214</sup> Nach der öffentlichen Kritik legte Kalbitz den Vorsitz nieder und trat aus dem Verein aus.

In einer Umfrage – gefragt wurde nach den Wahlabsichten auf Landesebene – erreichte die brandenburgische AfD zuletzt Mitte März einen Wert von 19 Prozent.<sup>215</sup>

## Bremen

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 141 Mitglieder.<sup>216</sup>

Ende Januar 2016 waren es 109,<sup>217</sup> ein Viertel weniger als vor der ALFA-Abspaltung. Bremen stellt mit deutlichem Abstand den kleinsten Landesverband.

Zu finden war er bis Mitte 2015 stets auf der Seite von Ex-Sprecher Lucke. Das gilt auch für den ehemaligen Landessprecher Christian Schneider, den seinerzeit bekanntesten Vertreter des Landesverbands und Spitzenkandidaten bei der Bürgerschaftswahl 2015. Wenige Tage nach dem Essener Parteitag verließ er die AfD, mit ihm zwei weitere Abgeordnete der ursprünglich vierköpfigen AfD-Gruppe in der Bürgerschaft. Einem Bericht von Radio Bremen zufolge beklagte er eine fehlende Einhaltung demokratischer Spielregeln und die Pöbeleien beim Bundesparteitag.<sup>218</sup> Er sprach von einer „Entfremdung zu Teilen der Mitgliedschaft“. Eine Einteilung in „wirtschaftsliberal“ und „national-konservativ“ fand er nicht richtig. Er sprach stattdessen lieber von „Realos“ und „Fundis“ und verglich die AfD mit den Anfangsjahren der Grünen. Beide Flügel würden gebraucht und müssten gut zusammenarbeiten, damit die Partei funktioniere, meinte Schäfer. Genau daran glaube er seit dem Bundesparteitag und der anschließenden Austrittswelle aber nicht mehr.

---

**214** Ulrich Thiessen: Kalbitz beugt sich Druck, in Märkische Oderzeitung vom 22.10.2015, <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1431098>, abgerufen 26.3.2016

**215** wahlrecht.de: Umfragen Brandenburg, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/brandenburg.htm>, abgerufen 26.3.2016

**216** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**217** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**218** Radio Bremen: Die Austrittswelle schwappt auch nach Bremen, vom 8.7.2015, <http://www.radiobremen.de/politik/themen/afd-bremen-austritte100.html>, abgerufen 27.3.2016

In der AfD geblieben ist der Abgeordnete Alexander Tassis. Er fungiert auch als einer der Bundessprecher der Interessengemeinschaft „Homosexuelle in der AfD“ und als Stellvertreter des Landessprechers Frank Magnitz. Eine Woche nach dem Essener Parteitag wendete sich Magnitz an die Mitglieder in Bremen und ritt eine scharfe Attacke gegen den Ex-Bundessprecher:<sup>219</sup> „Sicherlich wird niemand ernsthaft Bernd Luckes Verdienste an Gründung und Aufbau der Partei in Frage stellen wollen. Um so mehr verwundert es, wie sich dieser Mann zur tragischen Figur macht und mit aller Kraft versucht sein Werk zu zerstören. Würde es nur ihn persönlich betreffen, könnte man über die psychologischen Hintergründe solchen Handelns rätseln und zur Tagesordnung übergehen.“ Unverständlich sei es, „just in dem Moment sich allenthalben einstellenden Erfolges plötzlich auf die Bremse zu treten und die dynamisch aufstrebende Kraft beschneiden zu wollen. Eine Klientel-Partei mit dauerhaft 5 - 7 Prozent? Das sollte unsere AfD werden? Damit würde sie allenfalls dazu dienen, jegliche aufkommende Opposition im Keim zu ersticken.“

Bis hin zu einem offenen Machtkampf eskalierten in den letzte Monaten die früheren Reibereien zwischen Tassis und Magnitz.<sup>220</sup> Hintergrund sind persönliche Animositäten und Fragen der Organisationsstruktur der Partei in der Hansestadt. Inhaltliche Differenzen sind bisher nicht bekannt geworden. Für Ende Mai ist ein vorgezogener Parteitag geplant, der eine Klärung in der Auseinandersetzung bringen könnte. Inzwischen wurde gar ein Ausschlussantrag gegen Tassis gestellt.<sup>221</sup>

Bei der Bürgerschaftswahl im Mai 2015 kam die AfD auf 5,5 Prozent. Meinungsumfragen zur Landespolitik wurden seither nicht mehr veröffentlicht.<sup>222</sup>

---

**219** Alternative für Deutschland – Bremen: Facebookeintrag vom 12.7.2015, [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=466100943549729&id=159841780842315](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=466100943549729&id=159841780842315), abgerufen 27.3.2016

**220** Von Jürgen Theiner: Zerwürfnis unter führenden Funktionären - Machtkampf in der Bremer AfD, Weserkurier vom 14.4.2016, [http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft\\_artikel,-Machtkampf-in-der-Bremer-AfD-\\_arid,1354540.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft_artikel,-Machtkampf-in-der-Bremer-AfD-_arid,1354540.html), abgerufen 22.4.2016

**221** Radio Bremen: Streit in der Partei - Bremer AfD will Alexander Tassis rauswerfen, vom 28.4.2016, <http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/streit-afd100.html>, abgerufen 29.4.2016

**222** wahlrecht.de: Umfragen Bremen, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/bremen.htm>, abgerufen 26.3.2016

## Hamburg

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 482 Mitglieder.<sup>223</sup> Ende Januar 2016 waren es 413,<sup>224</sup> ein Siebtel weniger als vor der Abspaltung der meisten Lucke-Anhänger.

Zu der Gruppe rund um Lucke wurde auch der Fraktionsvorsitzende und frühere Landesvorsitzende Jörn Kruse gerechnet. Er verließ die Fraktion nach Luckes Ausscheiden freilich nicht, sondern gab nur die Position an der Landesspitze der Partei ab. Den AfD-Vorsitz übernahm Anfang Oktober 2015 Bernd Baumann. In seiner Parteitage-Rede sagte er: „Im Orient und Afrika werden 100 Millionen Menschen durch die Grenzöffnung und Versprechen angelockt. Wir sind die einzige wirksame Kraft, die sich dem entgegenstellen kann.“<sup>225</sup> Als Stellvertreter wurden unter anderem das ehemalige „Republikaner“-Mitglied Alexander Wolf und Julian Flak, Bundesvorstandsmitglied der AfD und Funktionär der „Jungen Alternative“, gewählt. Die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit wertete die Ergebnisse als „Burgfrieden“ in der Hamburger AfD: „Eine befürchtete Spaltung der Partei blieb aus.“<sup>226</sup>

Das rechtspopulistische Vokabular beherrscht Baumann deutlich besser als Kruse. So wetterte er in einem Schreiben an die Mitglieder Anfang Februar 2016 gegen eine „Willkommens-Besoffenheit“ und das „Merkel-Regime“ und machte für die in jenen Tagen nach einem Petry-Interview entstandene Diskussion über einen Schusswaffengebrauch an den deutschen Grenzen letztlich die Medien verantwortlich: „Viele einwanderungsfanatische Journalisten lechzen mit ihren Fragen danach, in ein Zitat von AfDlern irgendwie die Worte ‚Flüchtling‘, am besten noch ‚Frauen und Kinder‘ und das Wort ‚Schießen‘ gemeinsam unterbringen zu können. Die beabsichtigte Verdrehung auf

---

**223** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenheiten nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**224** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**225** Hamburger Abendblatt: Der neue Vorsitzende der AfD kritisiert Flüchtlingspolitik, vom 3.10.2015, <http://www.abendblatt.de/hamburg/article205905775/Der-neue-Vorsitzende-der-AfD-kritisiert-Fluechtlingspolitik.html>, abgerufen 27.3.2016

**226** Junge Freiheit: Hamburger AfD schließt Burgfrieden, vom 4.10.2015, <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2015/hamburger-afd-schliesst-burgfrieden/>, abgerufen 27.3.2016

dem politischen Glatteis liefern sie prompt mit: eine versuchte Brutalisierung und Verhetzung des Images unserer AfD.<sup>227</sup>

Bei der Bürgerschaftswahl im Mai 2015 kam die AfD auf 6,1 Prozent. Seither wurden – im Januar und April 2016 - nur zwei Meinungsumfragen zur Landespolitik veröffentlicht. Sie sahen die AfD in der Hansestadt bei 13 bzw. 8 Prozent.<sup>228</sup>

## Hessen

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 2019 Mitglieder.<sup>229</sup> Ende Januar 2016 waren es 1623,<sup>230</sup> knapp ein Fünftel weniger Mitglieder als vor dem Zerwürfnis vom Sommer 2015.

In Hessen wurden die innerparteilichen Machtkämpfe stets mit besonderer Schärfe geführt. An der Spitze des Landesverbandes stehen seit Ende Mai 2015 drei gleichberechtigte Sprecher: Albrecht Glaser, Peter Münch und Rolf Kahnt.<sup>231</sup> „Als nationalkonservative Sieger im Richtungskampf gegen die Befürworter der liberaleren Ausrichtung von Ex-AfD-Bundeschef Bernd Lucke“ sah sie der Hessische Rundfunk.<sup>232</sup> Münch war mehrere Jahre Mitglied der rechtsextremen „Republikaner“ – auch noch, als die Partei schon vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Er war ihr Fraktionschef in Bad Homburg. Zwischenzeitlich hatte er wegen seiner REP-Mitgliedschaft durch einen Schiedsgerichtsspruch das Sprecheramt in Hessen verloren. Albrecht Glaser gilt als der Satzungsexperte in der Partei. Mit Lucke verband ihn eine tiefe gegenseitige Ab-

---

**227** Alternative für Deutschland Landesverband Hamburg: Rasanter Aufstieg der AfD, vom 3.2.2016, <https://alternative-hamburg.de/rasanter-aufstieg-der-afd/>, abgerufen 27.3.2016

**228** wahlrecht.de: Umfragen Hamburg, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/hamburg.htm>, abgerufen 27.3.2016

**229** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**230** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**231** Alternative für Deutschland Landesverband Hessen: Hessische AfD wählt neuen Landesvorstand, vom 1.6.2015, <http://www.afd-hessen.org/hessische-afd-wahlt-neuen-landesvorstand/>, abgerufen 27.3.2016

**232** Wolfgang Türk: Die AfD Hessen und der äußerste rechte Rand, in Hessenschau vom 20.1.2016, <http://hessenschau.de/politik/die-afd-hessen-und-der-aeusserste-rechte-rand,afd-landesverband-100.html>, abgerufen 27.3.2016

neigung. Zum Vorstand zählt auch Andreas Lichert, der in der Führung des neu-rechten „Instituts für Staatspolitik“ aktiv ist.<sup>233</sup>

Den Erfolg sucht die hessische AfD nicht zuletzt mit dezidiert antiislamischen Äußerungen. So notierte Glaser im Januar 2016, sechs Wochen vor den Kommunalwahlen: „Die kulturelle Problematik, die sich aus der Tatsache ergibt, dass insbesondere die meisten Muslime weder ‚integriert‘ werden wollen noch ‚integriert‘ werden können, wird durch Polizeimaßnahmen nicht lösbar sein. Der ganz normale Islam – ohne jede Radikalität – betrachtet Frauen als Menschen zweiter Klasse. Die Gleichheit der Geschlechter ist unislamisch. Der ganz normale Islam anerkennt keine zivilstaatliche Autorität oberhalb der Religion an. Die Inhalte des Koran haben einen höheren Geltungsanspruch als das Grundgesetz und die nationale Rechtsordnung.“<sup>234</sup> Wer dies verdränge und meine, mit „staatlichen Umerziehungsprogrammen“ Menschen in ihrer angestammten Sichtweise ändern zu können, kenne „weder den Koran, noch den Islam als Kultur, noch die Geschichte Europas und des Mittelmeers“.

Eines rechtspopulistischen Jargons bedient sich auch Ko-Sprecher Kahnt. In einer Rede in Dietzenbach Anfang Oktober 2015 klagte er im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation über einen „über Deutschland unweigerlich hineingebrochenen Tsunami“.<sup>235</sup> Flüchtlinge kämen „in aller Regel unter dem Vorwand des Asyl-Forderns“, meinte Kahnt, der von einer „Invasion ungebeter Eindringlinge“ und einer „Willkommensdiktatur“ sprach. Bundeskanzlerin Merkel warf er vor, mit ihrer Politik suche sie sich ein neues Volk. Kahnt: „Deutschland muss Deutschland bleiben!“

Bei der Kommunalwahl Anfang März 2016 zog die Partei in alle fünf Großstadtparlamente sowie in 20 von 21 Kreistage ein. Landesweit erzielte sie als drittstärkste Kraft ein Ergebnis von 11,9 Prozent.<sup>236</sup> In einer Umfrage – gefragt wurde nach den Wahlab-

---

**233** Claudia Isabel Rittel, Petra Zeichner: Kaum Vorschläge fürs Kommunale, in Frankfurter Rundschau vom 2.3.2016, <http://www.fr-online.de/kommunalwahl-in-bad-vilbel-und-der-wetterau/wetterau-kaum-vorschlaege-fuers-kommunale,5230766,33903820.html>, abgerufen 27.3.2016

**234** Alternative für Deutschland Landesverband Hessen: Sympathiewerte für die AfD in Hessen im zweistelligen Bereich, vom 20.1.2016, <http://www.afd-hessen.org/sympathiewerte-fur-die-afd-in-hessen-im-zweistelligen-bereich/>, abgerufen 27.3.2016

**235** AfD Darmstadt-Dieburg: Begrüßungsrede Rolf Kahnt (Sprecher LV-Hessen), vom 12.10.2015, <https://www.facebook.com/278499765691761/videos/436164196591983/>, abgerufen 27.3.2016

**236** Frankfurter Rundschau; AfD in Hessen drittstärkste Kraft, vom 21.3.2016, <http://www.fr-online.de/kommunalwahl--in-hessen/afd-in-hessen-afd-in-hessen-drittstaerkste-kraft,7175784,33995380.html>, abgerufen 27.3.2016

sichten auf Landesebene – erreichte die hessische AfD zuletzt im April 2016 einen Wert von zehn Prozent.<sup>237</sup>

## Mecklenburg-Vorpommern

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 329 Mitglieder.<sup>238</sup>

Ende Januar 2016 waren es 367.<sup>239</sup> Damit stieg die Mitgliederzahl um etwas mehr als zehn Prozent.

Dem Landesverband sitzen Leif-Erik Holm und Matthias Manthei als gleichberechtigte Sprecher vor. Bei einem Landesparteitag im Februar 2016 stellte die Partei eine Landesliste für die Wahl im September auf. Auf den ersten vier Plätzen sind Holm, Manthei, Petra Federau und Holger Arppe zu finden.<sup>240</sup> Insbesondere Federau und Arppe werden dem explizit rechten Flügel zugerechnet.<sup>241</sup>

An der Person Federau entwickelte sich in der Folge eine Kontroverse. Ihr wurde vorgeworfen, einen Escort-Service für Scheichs in Saudi-Arabien betrieben zu haben. Die FAZ berichtete, unter Berufung auf Holm, die Schwerinerin solle zum Verzicht auf die Kandidatur bewegt werden. Verzichte sie nicht, werde geprüft, wie eine Streichung von der Liste möglich wäre.<sup>242</sup> Einen Fürsprecher fand Federau in der „Patriotischen Plattform“, die erklärte, Federaus Tätigkeit erscheine nur aus einer „ausgesprochen pruden Haltung“ heraus fragwürdig, „die wir als moderne Patrioten von uns weisen“.<sup>243</sup> Das

---

**237** wahlrecht.de: Umfragen Hessen, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/hessen.htm>, abgerufen 27.3.2016

**238** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**239** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**240** Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern: Kandidatenliste zur Landtagswahl bestimmt, vom 21.2.2016, <http://afd-mv.de/?p=1146>, abgerufen 27.3.2016

**241** NDR: AfD will mindestens 20 Prozent erreichen, vom 21.2.2016, <http://www.fr-online.de/kommunalwahl--in-hessen/afd-in-hessen-afd-in-hessen-drittstaerkste-kraft,7175784,33995380.html>, abgerufen 27.3.2016

**242** Frank Pergande: AfD will Kandidatin von Landesliste streichen, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.3.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-will-kandidatin-petra-federau-von-landesliste-streichen-14140476.html>, abgerufen 27.3.2016

**243** Patriotische Plattform: SOLIDARITÄT MIT PETRA FEDERAU!, vom 23.3.2016, <http://patriotische-plattform.de/blog/2016/03/23/solidaritaet-mit-petra-federau/>, abgerufen 27.3.2016

Problem sei „nicht eine Handvoll deutscher Frauen, die meinen, ihr Geld verdienen zu müssen, indem sie arabische Ölmillionäre begleiten, sondern das Problem sind Millionen arabischer Versorgungsnomaden, die hierher kommen, um von unserem Sozialstaat zu profitieren, und unsere Frauen sexuell belästigen“.

Landessprecher Leif-Erik Holm sieht seine Partei in einer Traditionslinie zur 89er-Bewegung in der DDR. Im Oktober 2015 schrieb er: „25 Jahre nach dem glücklichsten Moment zieht nun tatsächlich die Gefahr unserer Abmeldung aus der Geschichte auf, das Aufgehen der Deutschen in einem Vielvölkerstaat ohne Leitkultur und -religion.“<sup>244</sup> Er erinnerte an seine Äußerung bei einem Parteitag wenige Tage zuvor – Deutschland solle das Land der Deutschen bleiben, hatte er gefordert – und wandte sich gegen die Kritik an dieser Aussage: „Wer sein Wort gegen die unkontrollierte Massenzuwanderung erhebt, ist prinzipiell ausländerfeindlich, rassistisch und vermutlich eine Reinkarnation des ‚GröFaZ‘. Wie armselig. Wir Osis kennen diese Diffamierungsstrategie aus DDR-Zeiten nur zu gut. Aber wir lassen uns die Freiheit, die wir 1989 erkämpft haben, nicht mehr nehmen! Weder von Politikern, die ihren Amtseid vergessen haben, noch von Nazikeulen schwingenden Medienleuten.“ Die Stimmung im Lande sah er im Herbst 2015 zugunsten der AfD kippen: „Vieles erinnert in diesen Tagen an den Herbst 1989, als die senilen DDR-Herrscher ob der anschwellenden Proteste nicht mehr weiterwussten. Kurze Zeit später fiel die Mauer.“

In einer Umfrage – gefragt wurde nach den Wahlabsichten auf Landesebene – erreichte die AfD in Mecklenburg-Vorpommern zuletzt Anfang Februar 2016 einen Wert von 18 Prozent.<sup>245</sup>

---

**244** Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern: Zum Tag der Deutschen Einheit, vom 3.10.2015, <http://afd-mv.de/?p=851>, abgerufen 27.3.2016

**245** wahlrecht.de: Umfragen Mecklenburg-Vorpommern, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm>, abgerufen 30.04.2016



## Niedersachsen

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 1814 Mitglieder.<sup>246</sup> Ende Januar 2016 waren es 1620,<sup>247</sup> etwa ein Neuntel weniger als vor dem Essener Parteitag.

Niedersachsen war der Heimatlandesverband Luckes. Dort verfügte er zunächst auch über eine stabile Basis. Dies änderte sich deutlich, als eine Initiative „Bürgerliche AfD“ im Bundesland aktiv wurde und sich bei einem Landesparteitag im März 2015 weitgehend durchsetzen konnte. Die von ihr vorgeschlagenen Kandidaten verfügen über dominierenden Einfluss im Landesverband. Geführt wird die niedersächsische AfD vom Landesvorsitzenden Paul Hampel, der auch dem Bundesvorstand angehört.

Den Erfolg der Lucke-Gegner beim Bundesparteitag der AfD in Essen kommentierte Jens Wilharm, Gründungsmitglied der Initiative „Bürgerliche AfD“ und stellvertretender Landesvorsitzender in Niedersachsen, so: „Diejenigen, die sich als Unterlegene des Parteitages empfanden, konnten das Ergebnis einer demokratischen Wahl nicht akzeptieren. So wie sie auch bereits im März 2015 das Ergebnis der satzungsgemäßen Neuwahl des niedersächsischen Landesvorstandes nicht akzeptieren wollten und seither Unfrieden in der Partei stifteten. Es ist wie ein Befreiungsschlag, dass diese Leute die Partei nun endlich verlassen haben.“<sup>248</sup> Bereits kurz nach dem Parteitag hatte er geschrieben, die AfD habe „nicht nur eine Richtungsentscheidung getroffen, sondern sie hat sich auch befreit von denjenigen, die da meinten, eine Partei in der Partei gründen und die AfD mit aller Macht auf einen Kurs bringen zu müssen, der vorsah, sich möglichst wenig, und wenn überhaupt, dann nur in der Euro-Frage, von den Altparteien zu unterscheiden“.<sup>249</sup>

---

**246** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**247** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**248** Alternative für Deutschland Landesverband Niedersachsen: 25.07.2015 NACHTRETEN IM AFD-ORTSVERBAND SPRINGE, vom 25.7.2015, <http://afd-niedersachsen.de/index.php/medienspiegel/afd-presse-und-medien/afd-pressemitteilungen-nds/1580-25-07-2015-nachtreten-im-afd-ortsverband-springe>, abgerufen 28.3.2016

**249** Alternative für Deutschland Landesverband Niedersachsen: 06.07.2015 ZUR WAHL DES NEUEN BUNDESVORSTANDES DER AFD, vom 6.7.2015, <http://afd-niedersachsen.de/index.php/medienspiegel/afd-presse-und-medien/afd-pressemitteilungen-nds/1550-06-07-2015-zur-wahl-des-neuen-bundesvorstandes-der-afd>, abgerufen 28.3.2016

In einer Umfrage – gefragt wurde nach den Wahlabsichten auf Landesebene – erreichte die niedersächsische AfD zuletzt im November 2015 einen Wert von vier Prozent.<sup>250</sup>

## Nordrhein-Westfalen

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 4107 Mitglieder.<sup>251</sup> Ende Januar 2016 waren es 3293.<sup>252</sup> NRW stellt nach wie vor den größten Landesverband. Nirgendwo sonst jedoch verlor die Partei in absoluten Zahlen so viele Mitglieder – und fast nirgendwo sonst auch so viele in Relation zur Gesamtmitgliedschaft. Anfang 2016 lag die Zahl der Mitglieder immer noch ein Fünftel niedriger als Mitte 2015.

Zu den Mitgliedern, die im vorigen Jahr ihr Engagement einstellten und teils die Partei verließen, gehörten auch einige Mitglieder des Landesvorstands. Das Gremium hatte sich bis zum August 2015 halbiert und zählte nur noch fünf gewählte Mitglieder. Alle drei stellvertretenden Vorsitzenden hatten den Hut geworfen, außerdem der für Kommunalpolitik Verantwortliche und die Beisitzerin, die lange Zeit für die Mitgliederbetreuung zuständig war.<sup>253</sup>

Im Amt bestätigt wurde bei einem Parteitag Ende August 2015 Landessprecher Marcus Pretzell. Ihm zur Seite gestellt wurde mit Martin Renner ein gleichberechtigter Sprecher.<sup>254</sup> Renner, im Februar 2013 einer der Mitbegründer der AfD und ein Vertreter ihres rechten Flügels, attestierte zum dreijährigen Bestehen der Partei der Lucke-Führung, sie habe immer eigenwilliger agiert und sich zunehmend an das politische Establishment angepasst. Deutschland leide unter „politischen Verwüstungen, die ursächlich und letztlich auf einem über Jahrzehnte andauernden Durchmarsch linker

---

**250** wahlrecht.de: Umfragen Niedersachsen, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/niedersachsen.htm>, abgerufen 27.3.2016

**251** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**252** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**253** Rainer Roeser: AfD-Rechtsaußen fordern Belohnung, in *blick nach rechts* vom 26.8.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-rechtsau-en-fordern-belohnung>, abgerufen 28.3.2016

**254** Nina Magoley: „Wir wollen nicht nur die ‚netten Nazis‘ sein“, in WDR vom 31.8.2015, <http://www1.wdr.de/nachrichten/afd-landesparteitag-104.html>, abgerufen 28.3.2016

Ideologie basieren und die völlige Zerstörung unserer kulturellen und nationalen Identität (und unserer europäischen Nachbarn) bewirken sollen und bedeuten werden“.<sup>255</sup>

Nachdem aus verschiedenen Großstädten in der Folge der Kommunalwahlen vom Mai 2014 Berichte über ein gemeinsames Verhalten von AfD und „pro NRW“ bei Abstimmungen bekannt geworden waren und nachdem insbesondere „pro NRW“ wiederholt eine besondere Nähe zur AfD suggeriert hatte, beschloss ein Landesparteitag Mitte November 2015 ein „umfassendes Kooperationsverbot mit Parteien oder Mandatsträgern des links- und rechtsradikalen Spektrums“. In dem Beschluss heißt es: „Die Zusammenarbeit mit den ‚Pro-Parteien‘, der Partei ‚die Rechte‘, der NPD, der Partei Die Republikaner ‚REPs‘, der Partei ‚Die Linke‘ und Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt. Als Zusammenarbeit gelten: Gemeinsame Listen, Anträge, Anfragen, Fraktionen und Ratsgruppen.“<sup>256</sup>

Nur scheinbar gering ist der Einfluss des größten Landesverbandes auf die Bundespartei. Zwar ist er im Bundesvorstand nicht vertreten – ihr Europaabgeordneter Marcus Pretzell nutzte aber wiederholt die Möglichkeiten, die ihm sein Mandat bietet, die quantitative Stärke der NRW-AfD, die ein knappes Fünftel aller Mitglieder stellt, und auch seine private Beziehung zu Petry, um Einfluss auf strategische Entscheidungen zu nehmen. Deutlich wurde dies etwa bei der Vorbereitung der „Herbstoffensive“, bei der Organisation eines Kongresses mit führenden Politikern der FPÖ oder mit seiner Festlegung beim Bundesparteitag in Essen, die AfD sei neben anderem auch eine „Pegida-Partei“.

In einer Umfrage – gefragt wurde nach den Wahlabsichten auf Landesebene – erreichte die NRW-AfD zuletzt im Februar 2016 einen Wert von neun Prozent.<sup>257</sup>

---

**255** AfD Land NRW: Wie schön, dass du gegründet bist, wir hätten dich sonst sehr vermisst, vom 12.2.2016, <http://afd.nrw/aktuelles/2016/02/wie-schoen-dass-du-gegruendet-bist-wir-haetten-dich-sonst-sehr-vermisst/>, abgerufen 28.3.2016

**256** AfD Land NRW: AfD NRW mit neuer Satzung - Klare Abgrenzung von radikalen Parteien, vom 23.11.2015, <http://afd.nrw/pressemeldungen/2015/11/landesparteitag-festigt-arbeitsgrundlagen/>, abgerufen 28.3.2016

**257** wahlrecht.de: Umfragen Nordrhein-Westfalen, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm>, abgerufen 30.4.2016

## Rheinland-Pfalz

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 1206 Mitglieder.<sup>258</sup> Ende Januar 2016 waren es 993,<sup>259</sup> ein Sechstel weniger als vor dem Essener Parteitag.

Die rheinland-pfälzische AfD zählte bis in den vorigen Sommer zu den Landesverbänden, die am deutlichsten hinter dem früheren AfD-Gründer und Parteisprecher Bernd Lucke standen. Nach dessen Niederlage gegen Frauke Petry verließ der damalige Landessprecher Uwe Zimmermann gemeinsam mit fünf weiteren von elf Vorstandsmitgliedern die Partei. „Ich bin in eine bürgerliche Partei eingetreten, nicht in eine Pegida-Partei“, begründete Zimmermann seinen Austritt.<sup>260</sup>

Kommisarisch geleitet wurde der Landesverband nach Zimmermanns Ausscheiden durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Uwe Junge. Er habe „früher als Kompromisskandidat zwischen dem nationalkonservativen und dem liberalen AfD-Flügel in Rheinland-Pfalz“ gegolten, charakterisierte ihn die Wormser Zeitung.<sup>261</sup>

Mitte Juli 2015 bestritt Junge, dass es einen Rechtsruck in der AfD gebe.<sup>262</sup> Programatisch habe es keine starken Differenzen mit den ausgetretenen Mitgliedern gegeben. Junge erklärte: „Die Freunde, die ausgetreten sind - ich benutze diesen Begriff ganz bewusst aufgrund der langen gemeinsamen Arbeit - haben ja noch an dem AfD-Programm für die Landtagswahl 2016 mitgewirkt, und an diesem Programm hat sich auch nichts verändert.“ Nach dem Weggang Luckes gebe es allerdings „ein Gefühl der Befreiung“. Lucke habe oft autokratisch in Abläufe und Diskussionen in der Partei eingegriffen.

---

**258** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**259** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**260** Reinhard Breidenbach: AfD erlebt Austrittswelle in Rheinland-Pfalz: „Entsetzen über Rechtsruck“, Wormser Zeitung vom 7.7.2015, [http://www.wormser-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/afd-erlebt-austrittswelle-in-rheinland-pfalz-entsetzen-ueber-rechtsruck\\_15811295.htm](http://www.wormser-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/afd-erlebt-austrittswelle-in-rheinland-pfalz-entsetzen-ueber-rechtsruck_15811295.htm), abgerufen 10.2.2016

**261** Reinhard Breidenbach: AfD wählt in Bingen neuen Landesvorstand - Ex-Chef Zimmermann bei Luckes „Weckruf“, Wormser Zeitung vom 16.7.2015, [http://www.wormser-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/afd-waehlt-in-bingen-neuen-landesvorstand-ex-chef-zimmermann-bei-luckes-weckruf\\_15847245.htm](http://www.wormser-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/afd-waehlt-in-bingen-neuen-landesvorstand-ex-chef-zimmermann-bei-luckes-weckruf_15847245.htm), abgerufen 10.2.2016

**262** Reinhard Breidenbach: AfD Rheinland-Pfalz versichert: „Es gibt keinen Rechtsruck“, Allgemeine Zeitung vom 17.7.2015, [http://www.allgemeine-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/afd-rheinland-pfalz-versichert-es-gibt-keinen-rechtsruck\\_15854929.htm](http://www.allgemeine-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/afd-rheinland-pfalz-versichert-es-gibt-keinen-rechtsruck_15854929.htm), abgerufen 10.2.2016

Am 25. Juli 2015 wurde Junge mit der breiten Mehrheit von 103 von 115 Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Erste stellvertretende Landesvorsitzende wurde Christiane Christen, die als Vertreterin des rechten Flügels galt, 2. stellvertretender Landesvorsitzender wurde Joachim Paul. Junge erklärte seinerzeit zu den Mitgliederverlusten und den gesunkenen Umfragewerten: „Ich bin [...] sicher, dass wir mit einem Wahlprogramm, das sachlich ist, das bürgerlich ist, ja, das auch konservativ ist, aber in vielen Teilen auch liberal, diese Stimmen und diese Wähler auch wieder zurückgewinnen werden.“<sup>263</sup>

Am 5. September 2015 nominierte ein Landesparteitag in Bingen Junge zum Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl im März 2016, ebenfalls mit großer Mehrheit: 118 von 135 Stimmen. Auch eine kurz zuvor aufgekommene Diskussion konnte daran nichts ändern. Der SWR hatte berichtet, Junge sei einst Mitglied in der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit“ gewesen, habe dies aber in seiner Bewerbung um ein Parteiamt bei der rheinland-pfälzischen AfD nicht angegeben.<sup>264</sup> Junge erklärte zu seiner „Freiheit“-Mitgliedschaft: „Das war eine Partei, die sich zu diesem Zeitpunkt so gab, als würde sie die konservativen Grundüberzeugungen der CDU aufgreifen, die die CDU verloren hatte. Und dann stellte sich das im Laufe der Zeit, innerhalb eines ganz kurzen Jahres, für mich eben dar, dass das nicht der Fall sein würde. Und dann habe ich meine Konsequenz gezogen und bin ausgetreten.“<sup>265</sup>

Einem Bericht der Rhein-Zeitung zufolge hatte der Landesverband bis Anfang September durch die Abspaltung der ALFA etwa 20 Prozent seiner Mitglieder, rund 200, verloren, verzeichnete nach eigenen Angaben aber wieder Zugewinne.<sup>266</sup>

---

**263** Landesschau aktuell, zitiert nach AfD Rheinland-Pfalz: Zum Abschluss des erfolgreichen Tages, AfD vom 25.7.2015, <https://www.facebook.com/afdrheinlandpfalz/videos/526198207532774/>, abgerufen 12.2.2016

**264** Südwestrundfunk: AfD-Landesparteitag in Bingen - Delegierte schenken Junge das Vertrauen, SWR vom 5.9.2015, <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/afd-landesparteitag-in-bingen-delegierte-schenken-junge-das-vertrauen/-/id=1682/did=16106058/nid=1682/1cu6cvn/>, abgerufen 10.2.2016

**265** Landesschau aktuell Rheinland-Pfalz: Es wird eng im rechtskonservativen Lager, SWR vom 5.9.2015, <http://www.ardmediathek.de/tv/Landesschau-aktuell-Rheinland-Pfalz/Es-wird-eng-im-rechtskonservativen-Lager/SWR-Rheinland-Pfalz/Video?documentId=30421484&bcastId=205724>, abgerufen 12.2.2016

**266** Dietmar Brück: Rechte Parteien im Land: AfD steigt in Wahlkampf ein, Rhein-Zeitung vom 6.9.2015, [http://www.rhein-zeitung.de/region/politik-rheinland-pfalz\\_artikel,-Rechte-Parteien-im-Land-AfD-steigt-in-Wahlkampf-ein-\\_arid,1365120.html](http://www.rhein-zeitung.de/region/politik-rheinland-pfalz_artikel,-Rechte-Parteien-im-Land-AfD-steigt-in-Wahlkampf-ein-_arid,1365120.html), abgerufen 10.2.2016

Beim AfD-Bundesparteitag Ende November 2015 in Hannover setzte sich Junge mit deutlichen Worten von Ex-Parteisprecher Bernd Lucke ab.<sup>267</sup> Die AfD habe im Januar des Jahres – gemeint war der Bremer Satzungsparteitag der AfD – „den schwachen Versuch eines egozentrischen Möchtegern-Patriarchen erlebt, sich unserer Partei zu ermächtigen“. Man habe aber mit dem Essener Parteitag im Sommer die „Wiedergeburt einer bürgerlich-konservativen Partei in Deutschland erzwungen“. In Rheinland-Pfalz habe man die Strukturen „in nur fünf Monaten vollständig regeneriert“. Zugleich warnte er indirekt vor einer zu weitgehenden Radikalisierung: „Es muss uns aber auch klar sein, dass uns jedes Abweichen von der programmatischen Zielvorstellung auf einen Schlingerkurs führt.“ Ein solches Verhalten könne die „historische Chance, ja historische Verpflichtung“ der AfD gefährden. Sie müsse „klar und unbeirrt auf der Grundlage unserer Leitlinien und unserer bürgerlich-konservativen Wahlprogramme auch in schwerer See Kurs halten“. Junge: „Gelassen, seriös, freundlich im Umgang, aber hart in der Sache und mit unserem Mut zur Wahrheit werden wir gewinnen.“

Bei der Landtagswahl am 13. März 2016 kam die AfD in Rheinland-Pfalz auf 12,6 Prozent.

#### Saarland

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 329 Mitglieder.<sup>268</sup> Ende Januar 2016 waren es 280,<sup>269</sup> etwa ein Siebtel weniger als vor dem Essener Parteitag.

An der Spitze des Landesverbandes steht seit April 2015 Josef Dörr, ein früheres Mitglied der CDU und der Grünen. Schon mit seiner Bewerbungsrede hatte er für Aufsehen gesorgt. „Ein Hauch von Geschichte weht durch diesen Saal, das sage ich ohne Pathos“, hatte Dörr erklärt.<sup>270</sup> „Hier und heute, davon bin ich überzeugt, wird saarländische AfD-Geschichte geschrieben. Und ihr werdet diese Geschichte mitgeschrieben haben.“

---

**267** 4. ordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland in Hannover 28. - 29. 11. 2015, vom 1.12.2015, [https://www.youtube.com/watch?v=MJQ8nzBYm\\_E](https://www.youtube.com/watch?v=MJQ8nzBYm_E), abgerufen 10.2.2016

**268** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**269** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**270** Daniel Kirch, Ute Klockner: „Ein Hauch von Geschichte weht durch diesen Saal“, in Saarbrücker Zeitung vom 4.5.2015, <http://www.saarbruecker-zeitung.de/aktuell/lokalnews/Brandkatastrophen-Freunde-Geschichte-Landesparteitage-Reden-Volksparteien;art27857,5732326>, abgerufen 28.3.2016



Die Saarländerinnen und Saarländer würden auf die AfD geradezu warten: „Sie hoffen auf uns. Zu oft ist ihnen zu viel versprochen worden, und zu oft wurden sie bitter enttäuscht. Unser schönes Saarland ist verkommen zum Bittsteller und Bettler. Wir tragen die Hoffnung unserer Landesleute, wir sind die letzte Hoffnung, und dieser Hoffnung müssen wir uns würdig erweisen.“ Die AfD wolle nicht nur mitreden: „Wir wollen auch mitbestimmen, ja wir wollen auch bestimmen. Wir müssen Großes tun, um groß zu werden. Um Großes tun zu können, müssen wir den Mut haben, groß zu denken. Wir werden von einer kleinen Volkspartei zur großen Volkspartei wachsen und viele Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Landräte und Bürgermeister stellen.“ Zum Ende seiner Rede erklärte er: „Wir spüren eine tiefe Glut in uns. Diese Glut ist nicht die Glut einer ohnmächtigen Wut, es ist die Glut einer mächtigen Wut. An ihr werden wir das Feuer entfachen. Die Missstände in unserem Land sind der Wind, der diese Glut entfacht. Eine Flamme kommt zur anderen Flamme. Die Flammen wachsen zu einem Flammenmeer und schließlich zu einem Feuersturm. Dieser Feuersturm wird alles hinwegfegen und vernichten, was schlecht ist: Filz und Korruption, aber auch Ängstlichkeit, Verzagtheit und Mutlosigkeit.“ Dörrs Wahl – er setzte sich deutlich gegen den vormaligen Vorsitzenden Johannes Trampert durch - wurde weithin als Erfolg des rechten Flügels gewertet.

Aufgefallen war Dörr auch durch eine eigenwillige Interpretation des Essener Parteitags mit seinen Pöbeleien und scharfen Auseinandersetzungen. In einem Mitgliederbrief an die „lieben Mitkämpferinnen und Mitkämpfer“ im Saar-Landesverband schrieb er: „Tatsächlich war jedoch von Anfang an der entschiedene Wille fast aller Teilnehmer festzustellen, den Parteitag unbedingt zum Erfolg werden zu lassen.“<sup>271</sup> Lediglich im Vorfeld der Wahl der Bundessprecher und danach habe es „einige unschöne Gefühlsausbrüche (Buhrufe bzw. Pfiffe)“ gegeben, die aber von der Versammlungsleitung unmissverständlich gerügt und untersagt worden seien. Dörr: „An zwei langen Tagen haben sich die anwesenden Teilnehmer die Ausführungen der zahlreichen Kandidaten für die verschiedenen Ämter trotz brütender Hitze geduldig und interessiert angehört. Dabei war eine enorme Übereinstimmung der Ansichten festzustellen und viele Beiträge wurden von allen (!) Teilnehmern begeistert gefeiert.“

Bereits 2015 startete der Bundesvorstand Untersuchungen wegen vermutlicher Kontakte von Dörr nach rechtsaußen. Sie führten zu einer Abmahnung Dörrs, die jedoch

---

**271** Alternative für Deutschland > Landesverband Saar: Auszug aus dem Mitgliederbrief des Landesvorsitzenden vom 07. Juli 2015, vom 8.7.2015, <http://www.afdsaarland.de/2015/07/auszug-aus-dem-mitgliederbrief-des-landesvorsitzenden-vom-07-juli-2015/>, abgerufen 28.3.2016



im Februar 2016 zurückgenommen wurde.<sup>272</sup> Im Monat darauf veröffentlichte das Wochenmagazin *stern* Dokumente, denen zufolge der Saar-Vorstand über Monate enge Verbindungen zu Neonazis und rechten Parteien und Gruppierungen unterhalten habe. Das Magazin stützte sich auf Protokolle von Vorstandssitzungen, E-Mails des Landesvorsitzenden Dörr und Whats-App-Nachrichten des stellvertretenden Landesvorsitzenden Lutz Hecker. Der AfD-Bundesvorstand löste den Landesverband im März 2016 auf.<sup>273</sup> Die Entscheidung beschäftigte in der Folge das Bundesschiedsgericht<sup>274</sup>, das schließlich zu Dörrs Gunsten entschied. Derzeit, so die Parteirichter, lägen „keine belastbaren Anhaltspunkte dafür vor (...), dass der Vorstand des Antragstellers gezielt den Kontakt zu rechtsextremistischen Personen bzw. Organisationen gesucht“ habe.<sup>275</sup> Mehr als eine „gewisse Blauäugigkeit oder Naivität“ könne den Vorständen bislang nicht vorgehalten werden. Die Delegierten eines Landesparteitags sprachen Mitte April 2016 Dörr und Hecker mit einer breiten Mehrheit das Vertrauen aus.<sup>276</sup> Auf dem AfD-Bundesparteitag wurde am 30.04.2016 mit einer knappen Mehrheit von 51,9 % die vom Vorstand angeordnete Auflösung des AfD-Landesverbandes Saar gebilligt.<sup>277</sup>

Für das Saarland liegt keine aktuelle Umfrage vor. Nach einer Meinungsbefragung aus dem März 2015 wäre die AfD bei einer Landtagswahl auf vier Prozent gekommen.<sup>278</sup>

- 
- 272** Wigbert Lör: *stern*-Recherche belegt Nähe von Landeschef der AfD zu Neonazis, in *stern* vom 9.3.2016, <http://www.stern.de/investigativ/afd--landeschef-mit-naehe-zu-neonazis-und-rechtsextremisten-6737484.html>, abgerufen 28.3.2016
- 273** Zeit online: AfD löst saarländischen Landesverband auf, vom 24.3.2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/afd-saar-landesvorstand-josef-doerr-rechtsextremismus>, abgerufen 28.3.2016  
Alternative für Deutschland: Auflösung des Saarländischen Landesverbandes, vom 24.3.2016, <https://www.alternativefuer.de/2016/03/24/aufloesung-des-saarlaendischen-landesverbandes/>, abgerufen 28.3.2016
- 274** Augsburger Allgemeine: Saar-AfD wehrt sich gegen Auflösung von Landesverband, vom 26.3.2016, <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Saar-AfD-wehrt-sich-gegen-Aufloesung-von-Landesverband-id37330252.html>, abgerufen 28.3.2016
- 275** Daniel Kirch: Derbe Klatsche für den AfD-Bundesvorstand, in *Saarbrücker Zeitung* vom 15.4.2016, <http://www.saarbruecker-zeitung.de/aktuell/standpunkt/Saarbruecken-Landesverbaende-Parteiausschlusse-Rechtsradikalismus;art10796,6120227>, abgerufen 22.4.2016
- 276** Daniel Kirch: Dörr muss in der AfD Saar keinen fürchten, in *Saarbrücker Zeitung* vom 15.4.2016, <http://www.saarbruecker-zeitung.de/politik/themen/Voelklingen-Islam-Muslime-Parteitage-Reden-Bundestagswahlkampf-Grundgesetz-Landesverbaende-Minarett-Politische-Ideologien-Sonntagszeitungen;art2825,6122324>, abgerufen 22.4.2016
- 277** Saar-AfD: Parteitag billigt Auflösung, unter: heute-online, <http://www.heute.de/afd-parteitag-billigt-aufloesung-von-landesverband-saar-43325574.html>, abgerufen am 30.04.2016
- 278** wahlrecht.de: Umfragen Saarland, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/saarland.htm>, abgerufen 28.3.2016

## Sachsen

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 847 Mitglieder.<sup>279</sup> Ende Januar 2016 waren es bereits 1041<sup>280</sup>, eine Zunahme um fast ein Viertel.

Der sächsische AfD-Landesverband steht ganz im Schatten der Landtagsfraktion, die materiell besser ausgestattet ist, einen leichteren Zugang zur Medienöffentlichkeit hat und einen besseren Zugriff auf Informationen.

Wie die Fraktion wird der Landesverband von Frauke Petry geführt. Bei einem Parteitag Ende Februar 2016 in Markneukirchen wurde sie ohne Gegenkandidaten mit 218 gegen 40 Stimmen im Amt bestätigt.<sup>281</sup> Unumstritten ist und war sie aber nicht. Dabei geht es zum einen um die Umstände, unter denen 2014 ein Kandidat von der Landesliste der Partei gestrichen wurde – ein Thema, das auch den Wahlprüfungsausschuss des Landtages nach wie vor beschäftigt -, zum anderen um Petrys Haltung zu Pegida. Medienberichten zufolge äußerte sich Petry bei dem Parteitag ausweichend zu Pegida.<sup>282</sup> Gefragt, ob die AfD der politische Arm der Bewegung werden solle, habe sie geantwortet, sie verstehe jeden Bürger, der in Sachsen auf die Straße gehe. Die AfD wolle aber genau wie Pegida unabhängig bleiben. Auf eine Gegenkandidatur verzichtete bei dem Parteitag Roland Ulbrich, der Landessprecher der „Patriotischen Plattform“, dennoch.<sup>283</sup> Er hatte zu den schärfsten Kritikern Petry gehört und für mehr Nähe zu Pegida geworben.

---

**279** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**280** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**281** Tino Moritz: Heimspiel für die AfD-Vorsitzende, in Freie Presse vom 29.2.2016, <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Heimspiel-fuer-die-AfD-Vorsitzende-artikel9449043.php>, abgerufen 28.3.2016

**282** Frankfurter Allgemeine Zeitung: Petry will schnell Regierungsverantwortung, vom 28.2.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-landesparteitag-petry-will-schnell-regierungsverantwortung-14095518.html>, abgerufen 28.3.2016

**283** Gunnar Saft, Karin Schlottmann: Frauke Petry stellt die Machtfrage, in Sächsische Zeitung vom 29.2.2016, <http://www.sz-online.de/sachsen/frauke-petry-stellt-die-machtfrage-3334718.html>, abgerufen 28.3.2016

Unter den 13 Mitgliedern des aktuellen Landesvorstands<sup>284</sup> finden sich acht bekannt gewordene Unterzeichner der „Erfurter Resolution“.<sup>285</sup> Sein Comeback erlebte Thomas Hartung bei dem Parteitag in Markneukirchen. Nach der Kritik an einem abwertenden Facebook-Kommentar über Menschen mit Down Syndrom war er im Juni 2014 als Landesvize zurückgetreten. Nun wurde er mit 72,6 Prozent der Stimmen wieder in sein altes Amt eingesetzt.<sup>286</sup> Verantwortlich ist er im Vorstand für Kommunikation und PR – und damit auch für das Parteiorgan „AfD-Sachsen aktuell“.

Nach der Landtagswahl im September 2014, bei der die AfD 9,7 Prozent erzielte, wurde nur eine Meinungsumfrage veröffentlicht: Im September 2015 wurde die Partei auf 13 Prozent taxiert.<sup>287</sup>

## Sachsen-Anhalt

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 308 Mitglieder.<sup>288</sup> Ende Januar 2016 waren es 335.<sup>289</sup> Damit legte der Landesverband um rund neun Prozent zu.

Gemeinsam mit dem Nachbar-Landesverband Thüringen zählt die AfD Sachsen-Anhalt zum rechten Flügel der Partei. Exemplarisch deutlich wurde dies am Umgang mit der „Erfurter Resolution“<sup>290</sup>, als deren Initiatoren die beiden Landesvorsitzenden Björn

---

**284** Alternative für Deutschland Landesverband Sachsen: Landesvorstand Sachsen, <http://afdsachsen.de/index.php?ct=landesvorstand>, abgerufen 28.3.2016

**285** derfluegel.de: 3. Unterzeichnerliste: Landesverband Sachsen, vom 21.3.2015, <http://www.derfluegel.de/2015/03/21/3-unterzeichnerliste-landesverband-sachsen/>, abgerufen 28.3.2016  
derfluegel.de: Weshalb unterstützen Sie die „Erfurter Resolution“, Herr Wiesemann? , vom 30.3.2015, <http://www.derfluegel.de/2015/03/30/weshalb-unterstuetzen-sie-die-erfurter-resolution-herr-wiesemann/>, abgerufen 28.3.2016

**286** Tino Moritz: Heimspiel für die AfD-Vorsitzende, in Freie Presse vom 29.2.2016, <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Heimspiel-fuer-die-AfD-Vorsitzende-artikel9449043.php>, abgerufen 28.3.2016

**287** wahlrecht.de: Umfragen Sachsen, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm>, abgerufen 28.3.2016

**288** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**289** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**290** Der Flügel: Erfurter Resolution – Die Gründungsurkunde des Flügels, <http://www.derfluegel.de/erfurter-resolution/>, abgerufen 26.1.2016

Höcke und Andre Poggenburg gelten. Zu den weiteren, derzeit 18 genannten Erstunterzeichnern der Resolution gehörten zudem drei weitere Landesvorstandsmitglieder aus Sachsen-Anhalt sowie ein Kreisvorsitzender. Von den aktuell neun Mitgliedern des Landesvorstands haben sieben die Erklärung unterschrieben; nur zwei gehören nicht zu den – bekannt gewordenen – Unterzeichnern. Mitte April 2015 stellte sich ein Landesparteitag in Ziegenhagen mit großer Mehrheit ausdrücklich hinter das Papier.<sup>291</sup>

Zur Veröffentlichung der Resolution erklärte Poggenburg, seit Sommer 2014 Landesvorsitzender: „Die Bewegung soll nach innen wie nach außen klar stellen, dass die AfD nicht im Sinne etablierter sondern ganz klar alternativer Politik zu verstehen ist und dies auch real so leben will.“<sup>292</sup> Zugleich beklagte er in Abgrenzung zur damaligen Parteispitze unter Bernd Lucke eine „Verengung und Beschneidung des innerparteilichen Spektrums am bürgerlich-konservativen, nationalen Flügel“. Er sehe „den Grundtenor der Erfurter Resolution tatsächlich als jenes Profil, mit dem die AfD Sachsen-Anhalt sehr erfolgreich den anstehenden Landtagswahlkampf bestreiten wird“.

Beim Bundesparteitag der AfD Anfang Juli 2015 in Essen kandidierte Poggenburg als Vertreter des rechten Flügels für den Bundesvorstand. In seiner schriftlich eingereichten Kandidatenvorstellung hieß es: „Im neuen Bundesvorstand möchte ich couragiert die patriotischen, vor allem auch nichtakademischen und beruflich selbstständigen Mitglieder vertreten.“ Bei jenem turbulenten Parteitag hatte er sich zudem mit den Worten „Ich stehe für eine nationale politische Grundausrichtung“ für einen Platz im Bundesvorstand empfohlen und hinzugefügt, dies sei ja wohl eine Einstellung, „die in nahezu jedem anderen Land als vorausgesetzte Grundeinstellung eines jeden redlichen Bürgers gilt, nur nicht in Deutschland“.<sup>293</sup>

Bei einem Bundesparteitag Ende November 2015 zog er eine erste Zwischenbilanz der Partearbeit ohne den früheren AfD-Sprecher Bernd Lucke. In Essen habe man sich „unsere AfD zurückgeholt“, sagte er.<sup>294</sup> 2015 sei „das Jahr ihrer zweiten Geburt“ gewesen. Seither habe man den „Höhenflug wieder aufgenommen“. Die Landesver-

---

**291** Alexander Schierholz: Die AfD will rechts überholen, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 19.4.2015, <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/parteitag-in-ziegenhagen-die-afd-will-rechts-ueberholen,20641266,30472000.html>, abgerufen 26.1.2016

**292** Der Flügel: Drei Fragen an Andre Poggenburg, vom 15.3.2015, <http://www.derfluegel.de/2015/03/15/drei-fragen-an-andre-poggenburg/>, abgerufen 26.1.2016

**293** Rainer Roeser: Sachsen-Anhalt AfD Auf klarem Rechtskurs, in blick nach rechts vom 8.1.2016, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/sachsen-anhalt-afd-auf-klarem-rechtskurs>, abgerufen 29.1.2016

**294** 4. ordentlicher Bundesparteitag der Alternative für Deutschland in Hannover 28. -29. 11. 2015, vom 1.12.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=g4-Cqu67-FY>, abgerufen 27.1.2016

bände Sachsen-Anhalt und Thüringen dienten der Partei dabei „ein wenig auch in die alten Bundesländer hinein als Antrieb und Motivator“. Ohne Namen oder Anlässe zu nennen – der rechte Flügel und insbesondere Höcke waren des Öfteren in die Kritik geraten – warnte Poggenburg vor innerparteilichem Streit: „Zweifelsfrei muss gelten, dass Angriffe innerhalb unserer AfD auf Grund beispielsweise von politischen Äußerungen oder Handlungen – so lange diese natürlich nicht eklatant und eindeutig gegen die Grundhaltung der AfD verstoßen –, die nach außen ein Bild von Uneinigkeit vermitteln, nicht stattzufinden haben.“

Auf Kritik stieß Ende 2015 in der Öffentlichkeit eine Weihnachtsbotschaft des Landesverbandes. Darin hieß es: „Gerade in dieser Zeit ist es angebracht einmal über gemeinsame Werte, Verantwortung für die Volksgemeinschaft und nächste Generationen sowie die eigene Pflicht und Courage vor dem Hintergrund großer gesellschaftlicher Umbrüche und Gefahren nachzudenken.“<sup>295</sup> Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn von der Universität Göttingen erklärte, historisch sei der Begriff der Volksgemeinschaft „eindeutig durch den Nationalsozialismus belegt“.<sup>296</sup> Selbst wenn man sich auf den Standpunkt historischer Naivität zurückziehen würde, sei der Begriff in einer Demokratie unhaltbar. Die Idee einer Volksgemeinschaft sei generell nicht mit den Vorstellungen von Demokratie vereinbar. Der Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke sprach angesichts der Entwicklung von Teilen der AfD gegenüber tagesschau.de von einer Radikalisierung ins offene Rechtsradikale. Die Neue Rechte versuche, den klassischen Konservatismus mit dem antidemokratischen Rechtsextremismus zu fusionieren. Protagonisten wie Höcke, Poggenburg oder Kubitschek – einer der Protagonisten der Neuen Rechten – seien Vertreter einer „extremen neuen Rechten“, die auf düstere Demagogie und nationalrevolutionäre Rhetorik setze. Funke: „Es handelt sich um ein Spektrum, das als Brücke in den Rechtsextremismus fungiert.“ Daher sei die Verwendung von Begriffen aus dem historischen Nationalsozialismus oder rassistische Sprache sicherlich kein Zufall - sondern Strategie.

Poggenburg erwiderte auf der Internetseite seines Landesverbandes: „Die AfD Sachsen-Anhalt spricht eine klare, unideologische Sprache und verwehrt sich gegen das ideologische Überzeichnen und einseitige Zuordnen sprachlicher Begriffe, die in ihrem Ursprung und ihrer grundsätzlichen Bedeutung ein positiver Ausdruck und Bestandteil

---

**295** Alternative AfD für Sachsen-Anhalt: Liebe Mitbürger und Mitstreiter, vom 24.12.2015, <https://www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD/photos/a.384418898339525.1073741828.363842953730453/898617830252960/?type=3>, abgerufen 27.12.2016

**296** Patrick Gensing: Neurechter Kurs – Die AfD und die „Volksgemeinschaft“, in tagesschau.de vom 29.12.2015, <https://www.tagesschau.de/inland/afd-volksgemeinschaft-103.html>, abgerufen 27.1.2016,

der deutschen Sprache sind.<sup>297</sup> Volksgemeinschaft ist für ihn ein solcher Begriff: „Die enthaltenen Worte Volk und Gemeinschaft sind in keiner Weise negativ zu sehen, so wie der Begriff Volksgemeinschaft insgesamt.“ Einer „neuerlichen Sprachdiktatur“ werde sich die AfD entgegenstellen. „Die deutsche Sprache mit ihrer langen Geschichte und Entwicklung gehört allein dem deutschen Volk und nicht einer Demagogenclique aus längst vergangener Zeit oder heutigen selbsternannten Sprach- und Tugendwächtern.“ Zugleich beklagte er „endlose Stigmatisierungs- und Diffamierungsversuche“ gegenüber der AfD. Sie sei und bleibe „die Partei der Meinungs- und Redefreiheit“.

Auf seiner Facebookseite wurde Poggenburg noch etwas deutlicher: „Es ist wohl eher ein viertel Jahrhundert politischer Fehlentwicklung und die wird nicht damit aufgehalten, dass man sich brav weiter duckt und bückt (...). Damit erreicht man nichts, außer die Oberen weiter zu stärken. Was gesagt werden sollte muss endlich auch gesagt werden.“<sup>298</sup>

Gemeinsam mit Björn Höcke veröffentlichte Poggenburg am 9. Dezember 2015 eine „Gratulation nach Frankreich“. Wenige Tage zuvor war der „Front National“ (FN), von dem sich die Parteispitze wiederholt distanziert hatte, mit knapp 28 Prozent als stärkste Partei aus der ersten Runde der französischen Regionalwahlen hervorgegangen. AfD-Sprecher Christian Lüth hatte einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuters zufolge direkt nach der Wahl betont, seine Partei sehe im FN keinen Partner für eine Zusammenarbeit in Europa.<sup>299</sup> Die FN lehne unter anderem die Europäische Union ab, was die AfD nicht tue.

Lüths Erklärung konnte Höcke und Poggenburg nicht von ihren Glückwünschen abhalten. „Für unsere Vaterländer, für unser gemeinsames europäisches Haus geht es in dieser historischen Wendezeit um Sein oder Nichtsein. Die in- und ausländischen Altparteien stehen auf der Seite des Nichtseins. Unsere Verbündeten stehen auf der Seite des Seins. Wir gratulieren Marine Le Pen zu ihrem überragenden Wahlerfolg. Frankreich und Europa dürfen noch hoffen!“, erklärten die beiden.<sup>300</sup>

---

**297** Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt: Neurechter Kurs: Die AfD und die „Volksgemeinschaft“ tagesschau.de, vom 30.12.2015, <http://www.afd-lsa.de/start/2015/12/30/neurechter-kurs-die-afd-und-die-volksgemeinschaft-tagesschau-de/>, abgerufen 27.1.2016

**298** Andre Poggenburg: „Volksgemeinschaft“ und wieder mit der Nazikeule?, vom 30.12.2015, <https://www.facebook.com/poggenburg/posts/1249762595039034>, abgerufen 27.1.2016

**299** Reuters: Seehofer warnt nach Frankreich-Wahl vor Erstarren der AfD, vom 7.12. 2015, <http://de.reuters.com/article/domesticNews/idDEKBN0TQ1GQ20151207>, abgerufen 11.12.2015

**300** Der Flügel: Gratulation nach Frankreich, vom 9.12.2015, <http://www.derfluegel.de/2015/12/09/gratulation-nach-frankreich/>, abgerufen 27.1.2016



AfD-Sprecher Jörg Meuthen sagte hingegen, er halte es „für falsch und unangemessen, dem französischen Front National (FN) zu seinem Wahlerfolg am vergangenen Sonntag zu gratulieren“.<sup>301</sup> Die französischen Regionalwahlen seien „ein rein innerfranzösischer Vorgang“. Die AfD unterhalte zudem „weder im Europäischen Parlament noch an anderer Stelle Beziehungen zum FN“.

Der sachsen-anhaltinische Landeschef bemühte sich freilich, Verständnis für die Gratulation zu wecken. Das Handelsblatt zitierte ihn mit den Worten: „Bei der EU-Kritik und der Masseneinwanderung, da steht die FN zumindest nahe bei der AfD.“<sup>302</sup> Auf seiner Facebookseite entdeckte er weitere Parallelen. „In wichtigen und momentan zentralen Punkten sind die Position sehr ähnlich. Europa der Vaterländer, Beendigung der unkontrollierten Masseneinwanderung, EU-Kritik, Patriotismus usw...“, erklärte Poggenburg und sah weite Teile der Parteibasis auf seiner Seite: „Ein Großteil unserer Mitglieder und Wähler hält nichts von dieser Distanzierung zu FN!“<sup>303</sup>

Bei der Landtagswahl am 13. März erreichte die AfD 24,3 Prozent.

## Schleswig-Holstein

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 845 Mitglieder.<sup>304</sup> Ende Januar 2016 waren es 710<sup>305</sup>, ein Siebtel weniger als vor dem Essener Parteitag.

Unter der früheren Landesvorsitzenden Ulrike Trebesius und ihrem Generalsekretär Jürgen Joost zählte der Landesverband bis Mitte 2015 zum Lucke-Flügel. Beide verließen nach dem Essener Parteitag die AfD – und mit ihnen viele weitere Funktionäre.

---

**301** AfD: Meuthen: Höckes Äußerungen sind inakzeptabel, vom 14.12.2015, <https://www.alternativefuer.de/2015/12/14/meuthen-hoeckes-aeusserungen-sind-inakzeptabel/>, abgerufen 27.1.2016

**302** Dietmar Neuerer: AfD-Rechtsausleger fordern Parteispitze heraus, Handelsblatt vom 14.12.2015, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/hoecke-poggenburg-und-co-afd-rechtsausleger-fordern-parteispitze-heraus/12721216.html>, abgerufen 27.1.2016

**303** Andre Poggenburg: Erfurter Resolution, vom 10.12.2015, <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=1679135195666094&set=a.1385137301732553.1073741826.100007088892315&type=3&theater>, abgerufen 12.12.2015

**304** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenden nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**305** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016



Zehn der 13 Mitglieder des Landesvorstandes waren Mitglied des von Lucke initiierten „Weckruf“-Vereins gewesen.<sup>306</sup> Insgesamt sollen 250 Mitglieder ausgetreten sein.<sup>307</sup>

Als neue Doppelspitze wurden im August 2015 Thomas Thomsen und Markus Scheb gewählt.<sup>308</sup>

Über die neuen Vorstandsmitglieder sagte Ex-Generalsekretär Joost: „Es sind jetzt Leute dort am Ruder, die vorher in einer Oppositionsrolle innerhalb des Landesverbands waren. Die standen dem gut funktionierenden Landesvorstand gegenüber und wurden ein bisschen als Querulanten bezeichnet.“<sup>309</sup>

Sieben Monate nach seiner Wahl präsentierte sich der Vorstand tief zerstritten, ohne irgendwelche Inhalte gesetzt zu haben. Der Landesvorsitzende Thomsen räumte ein, das Gremium sei nicht mehr handlungsfähig. Er plädierte für eine Neuwahl des Vorstands. Sieben andere Vorstandsmitglieder forderten hingegen Thomsens Rücktritt. Im Kern ging es offenbar bei dem Streit um Platzierungen auf der Landesliste bei den nächsten Wahlen in Schleswig-Holstein. Thomsens Kritiker schrieben: „Herr Thomsen hat, statt inhaltlich, organisatorisch oder gar politisch zu wirken, seine ganze Energie darauf verwendet, sich als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2017 zu positionieren.“<sup>310</sup> Bei einem Parteitag Mitte April 2016 wählte die schleswig-holsteinische AfD Bruno Hollnagel und Jörg Nobis als neue, gleichberechtigte Vorsitzende, Thomsen trat nicht wieder an.<sup>311</sup> Gemeinsam mit Anhängern verließ er noch vor der Neuwahl unter Protest den Parteitag.

---

**306** Peter Höver: Lucke vs. Petry: AfD in SH in Turbulenzen. in shz.de (Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag) vom 6.7.2015, <http://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/politik/lucke-vs-petry-afd-in-sh-in-turbulenzen-id10154106.html>, abgerufen 28.3.2016

**307** Simon Kremer: AfD im Norden: Kampf um Pfründe und Positionen, NDR vom 10.3.2016, <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/AfD-im-Norden-Kampf-um-Pfruede-und-Positionen,afd540.html>, abgerufen 28.3.2016

**308** Kieler Nachrichten: AfD Schleswig-Holstein wird von Doppelspitze geführt, vom 9.8.2015, <http://www.kn-online.de/News/Nachrichten-Politik/Aktuelle-Nachrichten-Politik/AfD-Schleswig-Holstein-wird-von-Doppelspitze-gefuehrt>, abgerufen 28.3.2016

**309** NDR: Ex-AfD-Mitglied: „Zunehmend rechtes Gedankengut“, vom 10.3.2016, <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Ex-AfD-Mitglied-Zunehmend-rechtes-Gedankengut,afd546.html>, abgerufen 28.3.2016

**310** André Klohn : Machtkampf innerhalb Schleswig-Holsteins AfD-Führungsriege, in Hamburger Abendblatt vom 10.3.2016, <http://www.abendblatt.de/region/schleswig-holstein/article207151219/Machtkampf-innerhalb-Schleswig-Holsteins-AfD-Fuehrungsriege.html>, abgerufen 28.3.2016

**311** NDR: Hollnagel und Nobis neue AfD-Doppelspitze, vom 18.4.2016, <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Hollnagel-und-Nobis-neue-AfD-Doppelspitze,afd608.html>, abgerufen 22.4.2016

In einer Umfrage nach den Wahlabsichten auf Landesebene erreichte die schleswig-holsteinische AfD im April 2016 einen Wert von neun Prozent.<sup>312</sup>

## Thüringen

Zur Jahresmitte 2015 zählte der Landesverband einer Angabe der AfD zufolge 421 Mitglieder.<sup>313</sup>

Ende Januar 2016 waren es 510.<sup>314</sup> Das ist ein Zuwachs von rund 20 Prozent.

Der Landesverband der AfD steht deutlich im Schatten der Landtagsfraktion, die über weit bessere Möglichkeiten verfügt, was den Zugang zu Informationen und medialen Möglichkeiten oder die Finanzausstattung anbelangt.

Geführt wird der Landesverband durch Björn Höcke, der zugleich der Fraktion vorsitzt. Höcke, einer der Initiatoren der „Erfurter Resolution“, kann seit Monaten als der wohl umstrittenste Funktionär der AfD gelten:

- wegen seiner Nähe zur Neuen Rechten, was politische Agenda und Wortwahl betrifft. Mit Götz Kubitschek, dem Herausgeber der Zeitschrift „Sezession“ und Kopf des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS), verbindet ihn eine offenbar langjährige Freundschaft.<sup>315</sup> Medien der Szene – neben der „Sezession“ auch dem Online-Magazin „Blaue Narzisse“ – gab er ausführliche Interviews. Bei einer Tagung des IfS im November 2015 hielt er eine Rede, deren Passagen zum unterschiedlichen Reproduktionsverhalten von Afrikanern und Europäern weithin als rassistisch aufgefasst wurden.<sup>316</sup>
- wegen umstrittener Äußerungen zur NPD. So zitierte ihn die Thüringer Allgemeine im Mai 2015 mit der Aussage: „Ich gehe nicht davon aus, dass man jedes einzelne

---

**312** wahlrecht.de: Umfragen Schleswig-Holstein, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/schleswig-holstein.html>, abgerufen 26.3.2016

**313** Alternative für Deutschland AfD: Bundesparteitag Essen - proportionale Verteilung der Anwesenheiten nach Landesverbänden, vom 9.7.2015, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/971886256175047/?type=1&theater>, abgerufen 9.7.2015

**314** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

**315** Rainer Roeser: Barbarossas Geist für die AfD, in blick nach rechts vom 4.6.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/barbarossas-geist-f-r-die-afd>, abgerufen 15.8.2015

**316** Oda Lambrecht und Christian Baars: Empörung über Höckes „biologischen Rassismus“, in tageschau.de vom 11.12. 2015, <https://www.tagesschau.de/inland/hoecke-rede-101.html>, abgerufen 22.4.2016

NPD-Mitglied als extremistisch einstufen kann.“<sup>317</sup> Er räumte zwar ein, die NPD habe „große Teile in sich, die eindeutig als extremistisch einzustufen sind und die die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht achten“. Das konnte jedoch im Umkehrschluss die Folgerung nahe legen, dass die NPD nach Auffassung Höckes auch Teile in sich hat, die nicht als extremistisch zu gelten hätten und die der bundesdeutschen Demokratie mit Achtung begegnen würden. Der damalige Hamburger AfD-Sprecher Jörn Kruse nannte seinen Thüringer Amtskollegen gar einen, „der den Unterschied zwischen AfD und NPD nicht kennt“.<sup>318</sup>

- wegen des durch zahlreiche Indizien unterlegten Verdachts, Höcke habe vor seinem Engagement in der AfD unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ für eine Zeitung der NPD im Eichsfeldkreis und für die von dem NPD-Funktionär Thorsten Heise verbreitete Neonazi-Zeitschrift „Volk in Bewegung“ Beiträge geschrieben.<sup>319</sup> Eine vom früheren Bundesvorstand unter Bernd Lucke verlangte eidesstattliche Versicherung, dies nicht getan zu haben, mochte Höcke nicht abgeben.<sup>320</sup>

- wegen seiner ausgeprägten Nähe zu Pegida. „Das deutsche Volk ist ein gutherziges und barmherziges Volk, es ist ein hilfsberechtigtes und tolerantes Volk und es ist ein duld-

---

**317** Michael Backfisch: Thüringer AfD-Chef Höcke distanziert sich nicht von der NPD, in Thüringer Allgemeine vom 6.5.2015, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Thueringer-AfD-Chef-Hoecke-distanziert-sich-nicht-von-der-NPD-1797819952>, abgerufen 2.9.2015

**318** Rainer Roeser: Barbarossas Geist für die AfD, in blick nach rechts vom 4.6.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/barbarossas-geist-f-r-die-afd>, abgerufen 15.8.2015

**319** Andreas Kemper: Wieviel NPD hockt in der AfD?, vom 15.3.2015, <https://andreaskemper.wordpress.com/2015/03/15/wieviel-mpd-hockt-in-der-afd/>, abgerufen 2.9.2015

Andreas Kemper: „Je suis Landolf Ladig“?! Zu den NPD-Bekanntnissen der AfD, vom 2.5.2015, <https://andreaskemper.wordpress.com/2015/05/02/je-suis-landolf-ladig-zu-den-mpd-bekanntnissen-der-afd/>, abgerufen 2.9.2015

Andreas Kemper: Björn Höcke – ein verkappter NS-Sympathisant?, vom 22.9.2015, <https://andreaskemper.org/2015/09/22/bjoern-hoecke-ein-verkappter-ns-sympathisant/>, abgerufen 22.4.2016

Andreas Kemper: Höckes völkische Postwachstumsökonomie, vom 22.10.2015, <https://andreaskemper.org/2015/10/22/hoeckes-voelkische-postwachstumsoekonomie/>, abgerufen 22.4.2016

Andreas Kemper: Ladigs Text, vom 27.10.2015, <https://andreaskemper.org/2015/10/27/ladigs-text/>, abgerufen 22.4.2016

Andreas Kemper: Landolf Ladig, NS-Verherrlicher, vom 9.1.2016, <https://andreaskemper.org/2016/01/09/landolf-ladig-ns-verherrlicher/>, abgerufen 22.4.2016

Andreas Kemper: Die sich aufpotenzierende Krisendynamik für Björn Höcke, vom 17.4.2016, <https://andreaskemper.org/2016/04/17/die-aufpotenzierte-krisendynamik-fuer-bjoern-hoecke/>, abgerufen 22.4.2016

**320** Alternative für Deutschland Landesverband Thüringen: Offener Brief an AfD-Bundesvorstand und AfD-Mitglieder, vom 29.4.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/04/offener-brief-an-afd-bundesvorstand-und-afd-mitglieder/>, abgerufen 22.8.2015

sames Volk. Die Pegida-Demonstranten sind Teil dieses Volkes“, schrieb Höcke zum Jahreswechsel 2014/15.<sup>321</sup> Die Unterstützer von Pegida würden die im Grundgesetz niedergelegten Freiheits- und Bürgerrechte „in vorbildlicher Art und Weise“ ausüben. Statt sich glücklich schätzen, solche Bürger zu haben, grenze die Bundeskanzlerin einen „hervorragenden Teil des deutschen Volkes“ aus, nur weil sich dieser Sorgen um die Zukunft seines Landes mache. „Die Pegida-Schelte der Bundeskanzlerin zeige“, so hieß es auf der Internetseite der AfD Thüringen, „wie weit sich Frau Merkel von einem Volksempfinden entfernt habe, das im gesunden Menschenverstand“ gründe.

- wegen seiner scharfen Rhetorik bei der im September 2015 startenden Demonstrationsserie seines Landesverbandes.<sup>322</sup>

Der Landesvorstand und seine führenden Funktionäre stellten sich regelmäßig hinter den Vorsitzenden. So erklärte der Vorstand angesichts der Äußerungen von Höcke über NPD-Mitglieder: „Wir stehen voll und ganz zu Björn Höcke und einem sachlichen, politischen Diskurs ohne Denk- oder Sprechverbote. Die Forderung nach einer Ämterniederlegung und einen Parteiaustritts von Björn Höcke lehnen wir ab.“<sup>323</sup> (Fehler im Original) Es dränge sich der Eindruck auf, dass die Zuspitzung der Auseinandersetzung durch die Rücktrittsforderung weniger inhaltlich begründet sei, als vielmehr mit der nahenden Bundesvorstandswahl und der damit einhergehenden innerparteilichen Auseinandersetzung zu erklären sei.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über Pegida fasste sogar ein Landesparteitag Mitte März 2015 einen Beschluss. Darin hieß es: „Der Parteitag der AfD Thüringen fordert nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung und die unbehinderte Versammlungsfreiheit, sondern stellt sich auch solidarisch hinter die PEGIDA-Bewegung und die Inhalte in den 10 veröffentlichten Thesen.“<sup>324</sup> Nicht Pegida sei „eine Schande für Deutschland, sondern das Fehlen des öffentlichen angemessenen Protestes angesichts des massenhaften Mordens, Vergewaltigens und Versklavens von Christen und Andersgläubigen im Namen des Islam heute“; nicht Pegida sei „eine Schande für Deutschland,

---

**321** Alternative für Deutschland Landesverband Thüringen: Höcke: Merkel wendet sich in Neujahrsansprache gegen das eigene Volk, vom 2.1.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/01/hoecke-merkel-wendet-sich-in-neujahrsansprache-gegen-das-eigene-volk/>, abgerufen 23.8.2015

**322** Cornelia Barthelme: An der Grenze des Erträglichen, in Frankfurter Neue Presse vom 23.10.2015, <http://www.fnp.de/nachrichten/politik/An-der-Grenze-des-Ertraeglichen;art673,1658982>, abgerufen 22.4.2016

**323** Alternative für Deutschland Landesverband Thüringen: Mitgliederbrief zu Forderungen nach Rücktritt von Björn Höcke, vom 10.5.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/05/mitgliederbrief-zu-forderungen-nach-ruecktritt-von-bjoern-hoecke/>, abgerufen 22.8.2015

**324** Zitiert nach: „Der Aufbruch - Infomagazin für AfD-Mitglieder, Förderer, Freunde und interessierte Leser“, Ausgabe 1, 2015, Seite 3

„sondern die Ignoranz der Politiker, eine in Jahrhunderten erkämpfte freie und abendländisch kultivierte Zivilisation ohne Not aufs Spiel zu setzen und die friedliche Zukunft der nächsten Generationen zu opfern.“

In einer Meinungsumfrage vom April 2016 würde die Partei auf 15 Prozent taxiert.<sup>325</sup>

---

**325** wahlrecht.de: Umfragen Thüringen, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm>, abgerufen 28.3.2016

## 5.5 Parlamentarische Praxis

Die AfD besetzt derzeit in den Landtagen von acht Bundesländern insgesamt 102 Mandate:

- in Sachsen 14,
- in Brandenburg zehn,<sup>326</sup>
- in Thüringen acht,
- in Hamburg sieben,
- in Bremen eines,<sup>327</sup>
- in Baden-Württemberg 23,
- in Rheinland-Pfalz 14,
- in Sachsen-Anhalt 25.

Außerdem gehören zwei Mitglieder der Partei dem EU-Parlament an.

### 5.5.1 Aktivitäten – Schwerpunkt Zuwanderung und Asyl

Den Schwerpunkt der parlamentarischen Aktivitäten in den Landesparlamenten bildet der Themenkomplex Zuwanderung/Asyl, häufig in Verbindung mit den Bereichen Innere Sicherheit/Kriminalität sowie Demografie/Familien. Nicht zuletzt geht es der AfD auf Landesebene um den Kampf gegen eine angebliche „Political Correctness“ in Verbindung mit einem Einsatz gegen „Linksextremismus“. Vergleichsweise nachrangig werden hingegen Initiativen zur Wirtschafts- oder Sozialpolitik behandelt, am ehesten noch in Hamburg bzw. Brandenburg.

---

**326** In Brandenburg wurde der über die Landesliste gewählte AfD-Kandidat Stefan Hein drei Wochen nach dem Urnengang aus der Fraktion ausgeschlossen. Ihm wurde vorgeworfen, dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel Falschinformationen über seine Partei und den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland zugespielt zu haben. (die tageszeitung: AfD-Fraktion ohne Hein, vom 7.10.2014, <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ba&dig=2014%2F10%2F07%2Fa0140&cHash=3ac621b025a483b4b68e580833e6bda9>, abgerufen 16.4.2016)

**327** In Bremen steht der AfD nach einer Überprüfung des Wahlergebnisses vom 10. Mai 2015 ein weiteres Mandat zu. Eine entsprechende Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts (Ralf Michel: Einspruch gegen Wahlauszählung stattgegeben - AfD erhält zusätzliches Mandat in der Bürgerschaft, in Weserkurier vom 21.12.2015, [http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft\\_artikel,-AfD-erhaelt-zusaetzliches-Mandat-in-der-Buergerschaft-\\_arid,1278243.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft_artikel,-AfD-erhaelt-zusaetzliches-Mandat-in-der-Buergerschaft-_arid,1278243.html), abgerufen 16.4.2016) beschäftigt derzeit den Staatsgerichtshof der Hansestadt.

Empirische Daten zur Arbeit jener AfD-Abgeordneten, bei denen man bereits von einer entwickelten parlamentarischen Praxis sprechen kann,<sup>328</sup> liegen kaum vor. Lediglich für Sachsen legte der ehemalige Grünen-Landtagsabgeordnete Miro Jennerjahn eine Bewertung vor.<sup>329</sup> Ernüchternd, so befand Jennerjahn im Herbst 2015, falle die Bilanz des ersten Jahres der parlamentarischen Arbeit der AfD aus: „Wenig Anträge und keine Gesetzesentwürfe, die Kernstücke der parlamentarischen Arbeit, sind hier zu verzeichnen, auch wenn die Zahl der Anträge im Vergleich zum ersten halben Jahr angestiegen ist.“ Deutlich gestiegen im Vergleich zu den ersten sechs Monaten der Parlamentszugehörigkeit sei einzig die Zahl der Kleinen Anfragen.

Allerdings bleibe die AfD nach wie vor weit hinter den Aktivitäten der anderen Oppositionsparteien zurück. Linke und Grüne, beide ebenfalls in der Opposition, hätten auch im Verhältnis zu ihrer Größe deutlich mehr parlamentarische Initiativen vorzuweisen. Auch im Vergleich zu den zehn Jahre zuvor neu in den Landtag gewählten Fraktionen schneide die AfD schlecht ab. Ein Vergleich mit dem Jahr 2004, als mit Grünen, FDP und NPD drei Fraktionen neu ins Parlament einzogen – ebenso wie die AfD 2014 –, zeige, dass diese neuen Fraktionen damals „deutlich schneller in die parlamentarische Arbeit hineinfanden als die AfD und das obwohl alle drei Fraktionen über weniger Abgeordnete verfügten als die AfD heute“.

Inhaltlich seien die Anträge der AfD überwiegend oberflächlich und ohne ernstzunehmenden Gestaltungsanspruch. Die Auswertung der Politikbereiche, in die die parlamentarischen Initiativen der AfD fallen, zeige, dass die AfD thematisch sehr limitiert sei und sich in erster Linie auf die Innenpolitik stürze. Damit versuche sie sich offenkundig als „Law and Order“-Partei zu inszenieren.

Nach einem Jahr im Parlament hatte die AfD demnach 288 Kleine Anfragen, eine Große Anfrage, 19 Anträge und 28 Änderungsanträge eingereicht. Dringliche Anträge, Entschließungsanträge und Gesetzesentwürfe waren von der AfD nicht zu verzeichnen.

Vor allem im innenpolitischen Bereich werde die AfD aktiv, so Jennerjahn: 42,4 Prozent aller Anfragen seien diesem Bereich zuzuordnen gewesen. Weit abgeschlagen folgten die Komplexe Wirtschaft und Arbeit (8 %) und Bildungspolitik (7,3 %). Von den Anfragen zur Innenpolitik griffen 42 Prozent das Thema Asyl auf, weitere 28 Prozent bezogen sich auf die Polizei und acht Prozent auf das Thema Linksextremismus. Auch bei den

---

**328** Dies gilt für die 2014 und 2015 gewählten Landesparlamente, nicht jedoch für die erst im März 2016 gewählten Landtage in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

**329** Miro Jennerjahn: Thematisch limitiert - Ein Jahr AfD im sächsischen Landtag, vom 30.9.2015, <http://www.miro-jennerjahn.eu/535/thematisch-limitiert-ein-jahr-afd-im-saechsischen-landtag/>, abgerufen 15.4.2016



von der AfD eingereichten Anträgen zeigte sich Jennerjahn zufolge eine deutliche thematische Schlagseite. Zehn von 19 Anträgen seien dem Bereich Innenpolitik zuzuordnen gewesen. Davon wiederum habe sich die Hälfte mit dem Thema Asyl beschäftigt. In den Bereichen Wirtschafts-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Energiepolitik wurden nur jeweils zwei Anträge gezählt, einer im Bereich Sozialpolitik. Viele der von der AfD eingereichten Anträge seien inhaltlich wenig ausgearbeitet gewesen; sie hätten lediglich aus einem kurzen Absatz bestanden, in dem die AfD auch keine eigenen konzeptionellen Vorschläge gemacht, sondern andere aufgefordert habe, etwas zu tun.

Im folgenden halben Jahr nach Jennerjahns Veröffentlichung steigerte die AfD-Fraktion ihren parlamentarischen Output. Mitte März 2016 berichteten Medien über mittlerweile 30 Anträge, knapp 600 Kleine Anfragen, zwei Große Anfragen und vier Gesetzentwürfe, die die 14 sächsischen AfD-Abgeordneten „nach größeren Anlaufschwierigkeiten“ vorgelegt hätten.<sup>330</sup>

Thematisch änderte sich nicht viel. Viele Anträge hätten sich mit der Flüchtlingsthematik beschäftigt, befand wie Jennerjahn die Tageszeitung Die Welt: „Knapp ein Viertel der AfD-Eingaben geht in die Richtung.“<sup>331</sup> Ähnlich wie Jennerjahn schätzte auch der in dem Bericht zitierte Politikwissenschaftler Dr. Steffen Kailitz vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung die Qualität der AfD-Initiativen in den ersten sechs Monaten ein: „Die Anträge sind nicht besonders gut ausgearbeitet. Sie haben eine unterdurchschnittliche parlamentarische Leistung von dem gezeigt, was man normalerweise als Fraktion auf die Beine stellt.“ Uwe Wurlitzer, der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD in Sachsen, wurde mit der Aussage zitiert: „Wir mussten bei null anfangen zu arbeiten und müssen erst lernen, Abgeordnete zu sein. Dafür gibt es kein Handbuch.“ Alle Abgeordneten seien vorher noch nie in der Politik tätig gewesen, darum habe es am Anfang ein bisschen gedauert.

Bereits 2014 hatte die sächsische AfD in ihrem Wahlprogramm deutlich und auch in Abgrenzung zum Islam ihre politische Orientierung an „Werten des christlichen Abendlandes“ formuliert.<sup>332</sup> Im Januar 2015 veröffentlichte Petry eine Pressemitteilung mit der Stellungnahme, dass die AfD die „geschlossene Haltung“ habe: Der „politische

---

**330** Leipziger Volkszeitung: Ruhige Sachsen, laute Thüringer: Die AfD und ihre Rolle in den Landtagen, vom 18.3.2016, <http://m.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Ruhige-Sachsen-laute-Thueringer-Die-AfD-und-ihre-Rolle-in-den-Landtagen>, abgerufen 16.4.2016

**331** Henrik M. Pomeranz: Parlamentarische Leistung der AfD? Unterdurchschnittlich, in Die Welt vom 23.2.2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article152546427/Parlamentarische-Leistung-der-AfD-Unterdurchschnittlich.html>, abgerufen 16.4.2016

**332** AfD Sachsen: Wahlprogramm 2014, verfügbar unter: <http://afd-fraktion-sachsen.de/audiowahlprogramm.html>, abgerufen am 24.04.2016

Islam“ gehöre nicht zu Deutschland.<sup>333</sup> Einen Monat darauf veröffentlichte sie gar eine Stellungnahme, in der es hieß, „dass Salafisten und Islamisten in Deutschland inzwischen agieren können wie in muslimisch geprägten Ländern“.<sup>334</sup>

Die sächsische AfD versucht, ein Bild des Islams zu konstruieren, das die Religion und ihre Anhänger als gewaltbereit darstellt. Zu den Terroranschlägen in Brüssel im März 2016 hieß es: „Wer heute noch in Deutschland kräht – der Islam gehöre zu Deutschland - muss sich bewusst sein, dass eben solche barbarischen Akte von Menschen mit islamischem Glauben verübt werden.“<sup>335</sup> Zudem forderte sie eine zeitweilige „Aufhebung von Bürgerrechten“ bei „islamischen Gefährdern“ und die „Wiedereinführung von Grenzkontrollmaßnahmen“.<sup>336</sup>

Die anti-islamische Ausrichtung findet sich auch in Anfragen der sächsischen Landtagsfraktion zum Thema Islam wieder, beispielweise in einer Anfrage zu „Islamische[n] Werbeaktivitäten vor und in Asyl-Unterkünften“<sup>337</sup> oder einer Anfrage zum Thema „Razzia bei Islamisten in Sachsen am 8. Dezember 2015“.<sup>338</sup> Beide zielten auf einen Nachweis ab, dass der Islam gewaltbereit sei. Das Thema Islam wird von der sächsischen Landesfraktion immer wieder in Verbindung mit den verschiedensten Politikfeldern aufgegriffen (Integrationspolitik, Flüchtlingspolitik, Sicherheitspolitik, Frauenpolitik).

Bereits in ihrem Wahlprogramm aus dem Jahr 2014 hatte die sächsische AfD mit der Forderung nach Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten eine anti-is-

---

**333** Alternative für Deutschland - Fraktion im Sächsischen Landtag: AfD-Fraktion PM: Frauke Petry: Islam und Pegida spalten Volksparteien, vom 26.01.2015, <http://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/frauke-petry-islam-und-pegida-spalten-volksparteien.html>, abgerufen am 23.04.2016

**334** Alternative für Deutschland - Fraktion im Sächsischen Landtag: AfD-Fraktion PM: Frauke Petry: Hass-Prediger gehören nicht zu Deutschland, vom 04.02.2015, <http://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/frauke-petry-hass-prediger-gehoren-nicht-zu-deutschland.html>, abgerufen am 24.04.2016

**335** Alternative für Deutschland - Fraktion im Sächsischen Landtag: AfD-Fraktion PM: Islamische Kriegserklärung im Herzen Europas, vom 23.03.2016, <http://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/islamische-kriegserklaerung-im-herzen-europas.html>, abgerufen am 24.04.2016

**336** Ebd.

**337** Sebastian Wippel, AfD Fraktion Sachsen: Kleine Anfrage zum Thema: Islamistische Werbeaktivitäten vor und in Asyl-Unterkünften, vom 05.10.2015 (verfügbar unter: [http://afd-fraktion-sachsen.de/files/afd/fraktion-sachsen/Dokumente/Kleine%20Anfragen/6\\_Drs\\_2958\\_0\\_1\\_1\\_1\\_.pdf](http://afd-fraktion-sachsen.de/files/afd/fraktion-sachsen/Dokumente/Kleine%20Anfragen/6_Drs_2958_0_1_1_1_.pdf), abgerufen 24.04.2016)

**338** Sebastian Wippel, AfD Fraktion Sachsen: Kleine Anfrage zum Thema: Razzia bei Islamisten in Sachsen am 8. Dezember 2015, vom 10.12.2015 (verfügbar unter: [http://afd-fraktion-sachsen.de/files/afd/fraktion-sachsen/Dokumente/Kleine%20Anfragen/6\\_Drs\\_3575\\_0\\_1\\_1\\_1\\_.pdf](http://afd-fraktion-sachsen.de/files/afd/fraktion-sachsen/Dokumente/Kleine%20Anfragen/6_Drs_3575_0_1_1_1_.pdf))

lamische Haltung vertreten.<sup>339</sup> Bis in die jüngste Vergangenheit ist die Partei dieser Position treu geblieben. So veröffentlichte Carsten Hütter, der religionspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Anfang April 2016 eine Pressemitteilung zu einem geplanten Moscheebau in Chemnitz. Hütter erklärte, „die freie Religionsausübung für Muslime“ sei in Sachsen „auch ohne Großmoschee gewährleistet.“ Er forderte, dass zukünftig Bürgerentscheide über den Bau von Moscheen entscheiden sollten. Ein Minarett symbolisiere einen „optischen Machtanspruch des Islams“, der in einer „christlich-abendländisch geprägten“ Architektur, wie es sie in Sachsen gebe, nicht ohne Zustimmung der Bürger hingenommen werden dürfe.<sup>340</sup>

Zum Verhältnis zwischen der sächsischen Fraktion und Pegida wurde Anfang 2015 nach einem Treffen der AfD-Landesvorsitzenden Petry mit sieben Vertretern der Pegida-Spitze erklärt: „Die Landtagsfraktion der Alternative für Deutschland plant keinen Schulterchluss mit der Bürgerbewegung Pegida in Dresden.“<sup>341</sup> Dieser Auffassung, so weiter, seien auch die Pegida-Organisatoren. Hinweise in der Presse, mit denen etwas anderes behauptet werde, seien „schlichtweg unwahr“. Als weitere Erkenntnis der Gespräche wurde festgehalten, dass es zwischen AfD und Pegida „mehrere gemeinsame Schnittmengen“ gebe, „unter anderem bei der Forderung nach einem modernen Einwanderungsrecht in Deutschland und nach einer Stärkung der Bürgerbeteiligung“.<sup>342</sup>

Trotz des öffentlichen Bekenntnisses zu gemeinsamen Inhalten gab es auch nach dem Treffen keine Auftritte von Petry bei Pegida-Demonstrationen. Im Gegenteil: Sie schloss ihre Teilnahme an den Dresdener Veranstaltungen ausdrücklich aus.<sup>343</sup>

---

**339** AfD Sachsen: Wahlprogramm 2014, verfügbar unter: <http://afd-fraktion-sachsen.de/audiowahlprogramm.html>, abgerufen am 24.04.2016

**340** Alternative für Deutschland - Fraktion im Sächsischen Landtag: AfD-Fraktion PM: Keine neue Moschee ohne Volksabstimmung!, vom 14.04.2016, <http://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/keine-neue-moschee-ohne-volksabstimmung.html>, abgerufen am 23.04.2016

**341** Alternative für Deutschland - Fraktion im Sächsischen Landtag: AfD-Fraktion PM: Quo vadis Pegida? AfD-Fraktion trifft Bürgerbewegung, vom 08.01.2015, <http://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/quo-vadis-pegida-afd-fraktion-trifft-buergerbewegung.html>, abgerufen am 23.04.2016

**342** Alternative für Deutschland - Fraktion im Sächsischen Landtag: AfD-Fraktion PM: Quo vadis Pegida? AfD-Fraktion trifft Bürgerbewegung, vom 08.01.2015, <http://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/quo-vadis-pegida-afd-fraktion-trifft-buergerbewegung.html>, abgerufen am 23.04.2016

**343** Vgl.: Stern: „Schnittstellen ja“ – „Schulterchluss: nein“, vom 08.01.2015, <http://www.stern.de/politik/deutschland/afd-vorsitzende-petry-ueber-pegida---schnittstellen--ja---schulterchluss-nein-3476084.html>, abgerufen am 23.04.2016

Zur Begründung der Gespräche mit Pegida erklärte Petry, die AfD halte es für wichtig, dass „Politiker mit Bürgern in einen Dialog treten“.<sup>344</sup> Das Treffen kam zustande, nachdem Petry das Organisatorenteam von Pegida im Dezember 2014 zu Gesprächen eingeladen hatte.<sup>345</sup> Petry kritisierte, dass andere Parteien solche Gespräche ablehnten. Die Einschätzung, Pegida verfolge rassistische und fremdenfeindliche Ziele, nannte sie „falsch“.<sup>346</sup> Anfang Dezember 2014 hatte sie bereits ein Pressestatement veröffentlicht, in dem sie verurteilte, wenn Pegida-Demonstrationen durch Blockaden verhindert würden.<sup>347</sup>

Im März 2015 veröffentlichte die AfD-Fraktion eine „Grundsätzliche Positionierung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag zur ‚Pegida‘-Bewegung“<sup>348</sup>. In dieser „begrüßte“ sie „ausdrücklich die friedlichen und demokratischen Demonstrationen der ‚Pegida‘-Spaziergänger“<sup>349</sup>. Die Versammlungen seien wichtig und unverzichtbar für dringend benötigte politische Veränderungen in Sachsen und ganz Deutschland. Zu den von Pegida proklamierten Forderungen erklärte die Fraktion, sie befänden „sich seit Gründung der AfD in ihren Programmen“ und würden bereits von der Fraktion thematisiert.<sup>350</sup>

Auch wenn Treffen zwischen der AfD und Pegida in der Folge nicht mehr stattfanden, so betonte Petry doch weiterhin wiederholt, dass es gemeinsame Themen gebe. Zudem hob sie hervor, dass sich die AfD für Forderungen der Pegida-Anhängerschaft politisch

---

**344** Stern: „Schnittstellen ja“ – „Schulterschluss: nein“, vom 08.01.2015, <http://www.stern.de/politik/deutschland/afd-vorsitzende-petry-ueber-pegida---schnittstellen--ja---schulterschluss-nein-3476084.html>, abgerufen am 23.04.2016

**345** Vgl.: Spiegel Online: AfD und Pegida: Landeschefin Petry sieht inhaltliche Schnittmengen, vom 08.01.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-afd-in-sachsen-strebt-zusammenarbeit-an-a-1011904.html>, abgerufen am 23.04.2016

**346** Die Zeit: AfD Sachen sieht Gemeinsamkeiten mit Pegida, vom 08.01.2015, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/dresden-afd-pegida>, abgerufen am 23.04.2016

**347** Alternative für Deutschland - Fraktion im Sächsischer Landtag: AfD-Fraktion PM: Presstatement Pertry zur Blockade von Pegida, vom 03.12.2014, <http://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/presstatement-petry-zur-blockade-von-pegida.html>, abgerufen am 23.04.2016

**348** Alternative für Deutschland - Fraktion im Sächsischen Landtag: AfD-Fraktion PM: Grundsätzliche Positionierung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag zur „Pegida“-Bewegung, vom 19.03.2015, <http://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/grundsatzliche-positionierung-der-afd-fraktion-im-saechsischen-landtag-zur-pegida-bewegung.html>, abgerufen am 23.04.2016

**349** Alternative für Deutschland - Fraktion im Sächsischen Landtag: AfD-Fraktion PM: Grundsätzliche Positionierung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag zur „Pegida“-Bewegung, vom 19.03.2015, <http://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/grundsatzliche-positionierung-der-afd-fraktion-im-saechsischen-landtag-zur-pegida-bewegung.html>, abgerufen am 23.04.2016

**350** Ebd.

einsetze: „Wir haben uns mit Pegida nicht verbrüdered, aber festgestellt, dass Pegida Themen auf die Straße gebracht hat, um die wir uns kümmern müssen.“<sup>351</sup>

Auf Überlegungen, eine „Pegida-Partei“ zu gründen, reagierte der sächsische AfD-Generalsekretär Uwe Wurlitzer im Spätsommer 2015 mit „Bedauern“. Er nannte Pegida eine „wichtige und richtige Bürgerbewegung“ und äußerte die Befürchtung, durch die Gründung einer solchen Partei könne das „konservative Lager“ gespalten werden.<sup>352</sup> In jüngster Zeit, so die Tageszeitung Die Welt, versucht Petry, Fragen zum Verhältnis zwischen AfD und Pegida auszuweichen; sie betone statt gemeinsamer Inhalte die gewünschte Unabhängigkeit beider Institutionen mit dem Hinweis darauf, dass die AfD und Pegida „politisch unterschiedliche Instrumente“<sup>353</sup> seien.

Während der AfD in Sachsen in Medienberichten das Bemühen um ein „betont sachliches“ Auftreten attestiert wird – dort gab es bis ins Frühjahr 2016 auch nur einen Ordnungsruf<sup>354</sup> –, gestaltete sich die Arbeit im Erfurter Landtag deutlich ruppiger. Schon nach dem ersten Halbjahr der Wahlperiode habe Landtagspräsident Christian Carius (CDU) festgestellt, dass sich die Anzahl der Ordnungsrufe auf einem Allzeithoch aller Legislaturperioden bewege, berichtete das ZDF.<sup>355</sup> Erstplatzierte in dieser Statistik seien AfD-Abgeordnete. Die Frankfurter Rundschau berichtete Anfang April 2016 von 39 Ordnungsrufen als „Ausdruck einer Polarisierung“ seit Beginn der Legislaturperiode im September 2014.<sup>356</sup> Dies seien mehr Ordnungsrufe als in der gesamten vorherigen Wahlperiode. Die meisten Ordnungsrufe gingen an die AfD, dicht gefolgt von der Linken. Das Blatt zitierte Carius mit der Aussage, bei der AfD beobachte er eine Strategie, „sich

---

**351** Die Zeit: „Mit dem Front National hat die AfD nichts gemeinsam“, vom 08. 07 2015, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/frauke-petry-afd-bernd-lucke>, abgerufen am 23.04.2016

**352** Focus: Sachsen-AfD umgarnt Pegida - Angekündigte Parteigründung „schade“, vom 25.09.2015, [http://www.focus.de/regional/dresden/parteien-sachsen-afd-umgarnt-pegida-angekuendigte-partiegruendung-schade\\_id\\_4972909.html](http://www.focus.de/regional/dresden/parteien-sachsen-afd-umgarnt-pegida-angekuendigte-partiegruendung-schade_id_4972909.html), abgerufen am 23.04.2016

**353** Die Welt: Wenn es um Pegida geht, weicht Frauke Petry aus, vom 28.02.2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article152747362/Wenn-es-um-Pegida-geht-weicht-Frauke-Petry-aus.html>, abgerufen am 23.04.2016

**354** Thüringer Allgemeine: In ostdeutschen Parlamenten ist die AfD aktiver als im Westen, vom 22.2.2016, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/In-ostdeutschen-Parlamenten-ist-die-AfD-aktiver-als-im-Westen-694398380>, abgerufen 16.4.2016

**355** Hagen Mikulas: Die AfD in Thüringen - Zwischen Ordnungsrufen und Realpolitik, in ZDF – heute vom 25.2.2016, <http://www.heute.de/afd-in-thueringen-kaempft-gegen-asylrecht-in-parlament-und-auf-der-strasse-und-faellt-mit-irregulaeren-finanzierungsmethoden-auf-42393624.html>, abgerufen 15.4.2016

**356** Tobias Peter: Wie geht man mit der AfD um?, in Frankfurter Rundschau vom 6.4.2016, <http://www.fr-online.de/politik/afd-im-landtag-wie-geht-man-mit-der-afd-um-,1472596,34051464.html>, abgerufen 16.4.2016

selbst zum Märtyrer zu machen“. So suche die AfD-Fraktion ganz bewusst Abstimmungen, bei denen klar sei, dass sie allein stehe. „Damit wollen die Abgeordneten einen Opfermythos schaffen und das Signal setzen: ‚Alle sind gegen uns.‘“ Bis Ende März 2016 sammelte die AfD 15 Ordnungsrufe.<sup>357</sup>

Bis Ende Februar 2016 kam die Thüringer AfD mit ihren zunächst elf und später nur noch acht Abgeordneten auf 20 Anträge, eine Große und 207 Kleine Anfragen sowie neun Gesetzesentwürfe.<sup>358</sup> Dabei vergehe im Thüringer Landtag keine Sitzung, ohne dass sie das Thema Asyl auf die Tagesordnung hebe, bilanzierte die Thüringer Allgemeine.<sup>359</sup> So rief der Fraktionsvorsitzende Höcke etwa im Januar 2016 dazu auf, Deutschland müsse eine „Verabschiedungskultur“ ausbilden.<sup>360</sup> Zu der Forderung der CSU nach einer Asylobergrenze von 200.000 Menschen erklärte er, diese Forderung sei „nicht ansatzweise geeignet, die aktuelle Staatskrise zu lösen“. Höcke: „Was wir brauchen ist ein negativer Asylsaldo. Illegale Immigranten müssen zur Erfüllung ihrer Ausreisepflicht veranlasst werden. Minus 200.000 Asylbewerber pro Jahr muss das mittelfristige Ziel deutscher Politik sein.“

Auch der Islam ist immer wieder Thema. Es sei „klar, dass der Islam nicht zu Thüringen – also unseren Traditionen, unserer Kultur und unserer Lebensweise – gehört“, erklärte der Parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Möller Mitte März 2015.<sup>361</sup> Der Islam sei „seinem Wesen nach eine politische Theologie, die Religion, Kultur, Gesellschaft und Politik nicht getrennt betrachtet“. Eine liberale Reformströmung, die die Anschlussfähigkeit des Islams im Hinblick auf einen säkularen Staat, die pluralistische Demokratie und ein durch die Aufklärung geprägtes Verständnis von Menschenrechten zum Ziel habe, sei selbst nach Einschätzung der Bundeszentrale für politische Bildung nicht erkennbar, so Möller. Eine Äußerung von Ministerpräsident Bodo Ramelow, dass der Islam

---

**357** Kevin Hagen und Christoph Henrichs: Rechtspopulisten: AfD in den Landtagen - die Bilanz, in Spiegel online vom 21.4.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-in-den-landtagen-buehne-fuer-die-scharfmacher-a-1085749.html>, abgerufen 29.4.2016

**358** Ida Haltaufderheide: Die AfD im Parlament - So wenig hat die Partei in den Landtagen bewegt, in Focus Online vom 26.2.2016, [http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-ohne-fleiss-und-plan-parlamentarische-faulheit-wieso-die-afd-im-plenarsaal-nur-wenig-bewegt\\_id\\_5318116.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-ohne-fleiss-und-plan-parlamentarische-faulheit-wieso-die-afd-im-plenarsaal-nur-wenig-bewegt_id_5318116.html), abgerufen 16.4.2016

**359** Thüringer Allgemeine: In ostdeutschen Parlamenten ist die AfD aktiver als im Westen, vom 22.2.2016, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/In-ostdeutschen-Parlamenten-ist-die-AfD-aktiver-als-im-Westen-694398380>, abgerufen 16.4.2016

**360** Alternative für Deutschland - Landesverband Thüringen: Deutschland braucht minus 200.000 Asylbewerber pro Jahr, vom 10.1.2016, <http://afd-thueringen.de/2016/01/deutschland-braucht-minus-200-000-asylbewerber-pro-jahr/>, abgerufen 18.4.2016

**361** AfD Thüringen: Möller: Islam gehört nicht zu Thüringen, vom 16.3.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/03/moeller-islam-gehört-nicht-zu-thueringen/>, abgerufen 22.8.2015



sehr wohl zu Thüringen gehöre, bezeichnete Möller als „Wohlfühlbotschaft“, die „nichts mit der Realität zu tun“ habe.

Im März 2016 veröffentlichte die Fraktion „Leitlinien zum Umgang mit dem Islam“, mit denen die Partei gegen eine angebliche „Scharia-Paralleljustiz“, gegen den Einfluss islamischer Verbände sowie gegen ein Verständnis der Religionsfreiheit als „Supergrundrecht“ Stellung bezog.<sup>362</sup> Der Bau von Moscheen sei „nicht allein am Recht der freien Religionsausübung zu bemessen, weil Moscheen auch weltliche Zentren sind – nämlich Versammlungs-, Wirtschafts- und Unterrichtsgebäude muslimischer Gemeinden“, erklärte die Thüringer AfD. Und zum Thema „Islamisierung“ hieß es: „Eine drohende Islamisierung Deutschlands und Europas ist kein abwegiges Gedankenkonstrukt, sondern kann sich auch unterhalb der Schwelle einer vollständigen Abschaffung der säkularen Staatsordnung z. B. durch den Import innerislamischer Konflikte, die (teilweise) Aufhebung der Trennung von Religion und Politik, die Etablierung islamischer Parallelgesellschaften sowie den mehr oder weniger sanften Zwang zur Rücksichtnahme auf muslimische Verhaltensregeln zeigen.“ Angesichts des „gewaltigen Ausmaßes muslimischer Zuwanderung“ werde der Umgang mit dem Islam auf eine neue Grundlage gestellt werden müssen.<sup>363</sup>

Während die Kontakte der brandenburgischen und der sächsischen AfD zu den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ öffentlich weithin thematisiert wurden, stieß der Besuch einer Delegation der Thüringer Landtagsfraktion bei einer der Pegida-Aktionen am 12. Januar 2015 in Dresden auf weniger Resonanz. Tags darauf teilte die Fraktion mit, der Fraktionsvorsitzende Höcke, seine Stellvertreterin Wiebke Muhsal und der Parlamentarische Geschäftsführer Möller hätten „die Pegida und die Gegendemonstration besucht, um mit den Demonstranten zu sprechen und sich selbst ein Bild zu machen“.<sup>364</sup> Das Fazit des Trios fiel erwartungsgemäß positiv aus. Höcke erklärte: „Es ist für uns unverständlich, wieso die Altparteien und Medien gerade die Pegida-Demonstranten als Brandstifter und Schlimmeres verleumden. Historisch betrachtet waren es meist die Feinde der Demokratie, die glaubten, festlegen zu dürfen, wer die Feinde der Demokratie seien.“ Muhsal befand: „Bei Pegida haben wir freundliche, friedliche und bürgerliche Spaziergänger gesehen, die ihr Recht auf freie

---

**362** Alternative für Deutschland - Landesverband Thüringen: Leitlinien zum Umgang mit dem Islam in Deutschland, vom 23.3.2016, <http://afd-thl.de/2016/03/23/leitlinien-zum-umgang-mit-dem-islam-in-deutschland/>, abgerufen 18.4.2016

**363** Alternative für Deutschland - Landesverband Thüringen: Ergebnisse der Osterklausur der AfD-Fraktion, vom 23.3.2016, <http://afd-thl.de/2016/03/23/ergebnisse-der-osterklausur-der-afd-fraktion/>, abgerufen 18.4.2016

**364** AfD Thüringen: AfD-Abgeordnete bei Pegida und Gegendemo, vom 13.1.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/01/afd-abgeordnete-bei-pegida-und-gegendemo/>, abgerufen 23.8.2015



Meinungsäußerung wahrgenommen haben.“ Höckes Nähe zu Pegida war bereits einen Monat zuvor deutlich geworden. In einem am 19. Dezember 2014 auf der Internetseite des neurechten Magazins „Sezession“ veröffentlichten Interview äußerte er: „Ich würde mich freuen, wenn Pegida und AfD noch enger kooperierten.“<sup>365</sup>

Ein weiterer Schwerpunkt der Thüringer AfD-Fraktion war die Verteidigung der „klassischen Familie“, bestehend aus „Vater, Mutter und Kindern“. Als die Landesregierung im Mai 2015 eine Bundesratsinitiative startete, um mit einer Grundgesetzänderung homosexuellen Paaren die Eheschließung zu ermöglichen, veröffentlichte die AfD unter dem Titel „AfD fordert klassische Familie als gesellschaftliches Leitbild – Nein zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare“ eine Erklärung, in der ein solcher Vorstoß abgelehnt wurde.<sup>366</sup> Höcke erklärte, die Ehe zwischen Mann und Frau und die Familie stünden aus gutem Grund unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes: „Die Verbindung zwischen Mann und Frau ist die einzige, aus der Kinder hervorgehen können und nur unsere Kinder garantieren den Bestand unserer Gesellschaft und geben unserem Land eine Zukunft.“ Die rot-rot-grüne Koalition achte „aus ideologischen Gründen in der Familienpolitik nur auf die Wünsche einer sehr kleinen, aber lauten Minderheit“. Viel wichtiger sei es jedoch, „die Familie mit Vater, Mutter und Kindern, die die Keimzelle unserer Gesellschaft ist, zu stärken“. Die AfD-Fraktion setze sich dafür ein, die „klassische Familie“ zum „politischen und gesellschaftlichen Leitbild zu erklären“.

Als „Familienzerstörungs- und -Verhinderungspolitik“ wertete die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wiebke Muhsal die Entscheidung der Thüringer Koalitionsregierung, das Landeserziehungsgeld auslaufen zu lassen, um mit dem eingesparten Geld den Einstieg in ein beitragsfreies Kita-Jahr ab 2017 ermöglichen.<sup>367</sup> Höcke sprach in diesem Zusammenhang von einer „staatlichen Bevormundung“.<sup>368</sup> Muhsal betonte, man wende sich gegen eine „staatliche Zwangserziehung“: „Hier soll im Grunde die Erziehung von

---

**365** Götz Kubitschek: „Glücklich der Staat, der solche Bürger hat!“ – AfD-Landeschef Björn Höcke im Gespräch über die PEGIDA, in: Sezession im Netz, vom 19.12.2014, <http://www.sezession.de/47597/gluecklich-der-staat-der-solche-buerger-hat-afd-landeschef-bjoern-hoecke-im-gespraech-ueber-die-pegida.html/2>, abgerufen 23.8.2015

**366** AfD Thüringen: AfD fordert klassische Familie als gesellschaftliches Leitbild – Nein zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, vom 27.5.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/05/afd-fordert-klassische-familie-als-gesellschaftliches-leitbild-nein-zur-ehe-fuer-gleichgeschlechtliche-paare/>, abgerufen 22.8.2015

**367** MDR: Rot-Rot-Grün schafft Landeserziehungsgeld ab, zuletzt aktualisiert: 17.6.2015, <http://www.mdr.de/thueringen/thueringen-landtag-erziehungsgeld-abgeschafft100.html>, abgerufen 31.8.2015

**368** AfD Thüringen: PM AfD-Fraktion: Landeserziehungsgeld: Rot-Rot-Grün setzt auf staatliche Bevormundung – Kostenfreies Kita-Jahr nutzt nur Besserverdienenden, vom 10.1.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/01/pm-afd-fraktion-landeserziehungsgeld-rot-rot-gruen-setzt-auf-staatliche-bevormundung-kostenfreies-kita-jahr-nutzt-nur-besserverdienenden/>, abgerufen 31.8.2015

Kindern in Kindertageseinrichtungen mit rot-rot-grünem Bildungsplan inklusive Frühsexualisierung alimentiert werden, anstatt die Erziehung der Kinder bei ihren Familien zu fördern.“

Auf der Agenda der Brandenburger AfD-Fraktion stünden zwar auch der Kampf für weniger Windräder, mehr Bürgerbeteiligung oder weniger Massentierhaltung – die schrillsten Töne schlage sie aber in der Asylpolitik an, analysierte Hanno Christ für den Rundfunk Berlin-Brandenburg.<sup>369</sup> Jens Schneider, der Brandenburg-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, wird in diesem Zusammenhang mit der Aussage zitiert, entscheidend sei der Ton, mit dem argumentiert werde: Die AfD stelle ihre Forderungen in einer Art „Das-Boot-ist-voll-Rhetorik“ auf und lasse dabei jegliche Empathie für notleidende Menschen vermissen.

Dabei solidarisierte sich Gauland auch mit Pegida. In einer Pressemitteilung vom 9. Dezember 2014 erklärte er: „Selbstverständlich unterstütze ich es, wenn sich unsere Mitglieder an den friedlichen Veranstaltungen beteiligen!“<sup>370</sup> Er wolle aber auch „ganz deutlich machen, dass wir uns nicht an die Spitze der Bewegung stellen. Wir sind ganz bestimmt nicht der ‚parlamentarische Arm‘ der Pegida, wie vereinzelt schon vermutet wurde. Und doch sind wir mit vielen der Ziele weitgehend einverstanden. Wir verstehen die Furcht der Menschen vor islamistischem Terror auf deutschem Boden, wir verstehen die Furcht davor, dass sich unsere christlich-abendländisch-jüdische Gesellschaft in eine Richtung entwickelt, die die Menschen nicht haben wollen“. Deutlich wurden seine Sympathien für Pegida auch, als er im Januar 2015 nach den Terroranschlägen unter anderem gegen die Redaktion von „Charlie Hebdo“ erklärte, vor dem Hintergrund dieser Taten erhielten „die Forderungen von Pegida besondere Aktualität und Gewicht“.<sup>371</sup>

Gauland setze, so die Süddeutsche Zeitung, bei seinen gezielten Provokationen auf das Parlament als „Bühne“ und finde stets einen Dreh zum Thema Flüchtlinge - so etwa als er im Frühjahr 2016 mehr Unterstützung für sozial schwache Deutsche forderte, die von der Politik vernachlässigt würden, und dies in die Formulierung kleidete: „Muss der sozialbedürftige Bürger erst das Mittelmeer überqueren, bevor er von der Politik

---

**369** Hanno Christ: Ein Jahr AfD im Brandenburger Landtag - Populismus als Alternative, in Rundfunk Berlin-Brandenburg vom 10.11.2015, <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2015/11/AfD-Brandenburg-1-jahr-bilanz.html>, abgerufen 15.4.2016

**370** Alternative für Deutschland - Fraktion im Brandenburgischen Landtag: Pressemitteilung: PEGIDA, vom 9.12.2014, <http://afd-fraktion-brandenburg.de/pressemitteilung-pegida/>, abgerufen 18.4.2016

**371** Alternative für Deutschland - Fraktion im Brandenburgischen Landtag: Pressemitteilung: Gauland: „Ich nehme keines meiner Worte zurück“, vom 16.1.2015, <http://afd-fraktion-brandenburg.de/pressemitteilung-gaulandich-nehme-keines-meiner-worte-zurueck/>, abgerufen 18.4.2016

wahrgenommen wird?<sup>372</sup> Deutlich stärker als andere Landesverbände versucht die Brandenburger AfD, sich als Sachwalter der „kleinen Leute“ darzustellen. So versicherte die Fraktion im März 2016, sie stehe ohne Wenn und Aber zum gesetzlichen Mindestlohn.<sup>373</sup> Gauland wurde mit der Aussage zitiert: „Mindestlöhne sind unverzichtbar, um zu gewährleisten, dass Arbeitnehmer von ihrer Arbeit leben können!“ Nicht zuletzt werde mit dem Mindestlohn auch sichergestellt, dass Berufstätige nicht von staatlichen Transferleistungen abhängig würden. Gauland weiter: „Die abgehobenen etablierten Parteien haben die Interessen der ‚kleinen Leute‘ längst aus den Augen verloren. Dagegen bietet die AfD ihren Wählern auch eine soziale Alternative.“

Das Wochenmagazin Focus zählte bis Ende Februar 2016 39 Anträge und fünf Gesetzesentwürfe der Brandenburger Fraktion, außerdem eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Redebeiträgen der AfD: Während andere Abgeordneten sich in Brandenburg im Schnitt etwa 21 Mal zu Wort meldeten, kamen die AfD-Abgeordneten demnach auf knapp 33 Redebeiträge pro Kopf.<sup>374</sup>

Bescheiden nimmt sich die qualitative Bilanz der Hamburger Bürgerschafts-Fraktion bis Ende Februar 2016 aus. „Während die sieben AfD-Abgeordneten 34 Anträge stellten, kam die FDP mit nur zwei Sitzen mehr auf 71. Gesetzesentwürfe brachte die AfD einen ein, die FDP sechs. Auf drei große Anfragen der AfD kommen 12 von der FDP und kleine Anfragen hat die FDP (746) mehr als sechs Mal so viel gestellt wie die AfD (118).“<sup>375</sup> Themen sind ganz überwiegend Innere Sicherheit und Migration.

„In den meisten Anfragen und Anträge geht es um Flüchtlinge“, meint Jörn Straehler-Pohl, NDR-Reporter im Hamburger Rathaus.<sup>376</sup> „Für sich genommen kann man so

---

**372** Cornelius Pollmer und Jens Schneider: Die AfD macht Showpolitik, in Süddeutsche Zeitung vom 16.3.2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagspolitik-die-afd-macht-showpolitik-1.2908450>, abgerufen 16.4.2016

**373** Alternative für Deutschland - Fraktion im Brandenburgischen Landtag: AfD-Fraktion PM: AfD-Fraktion in Brandenburg steht zum Mindestlohn!, vom 10.3.2016, <http://afd-fraktion-brandenburg.de/afd-fraktion-in-brandenburg-steht-zum-mindestlohn/>, abgerufen 18.4.2016

**374** Ida Haltaufderheide: Die AfD im Parlament - So wenig hat die Partei in den Landtagen bewegt, in Focus Online vom 26.2.2016, [http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-ohne-fleiss-und-plan-parlamentarische-faulheit-wieso-die-afd-im-plenarsaal-nur-wenig-bebewegt\\_id\\_5318116.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-ohne-fleiss-und-plan-parlamentarische-faulheit-wieso-die-afd-im-plenarsaal-nur-wenig-bebewegt_id_5318116.html), abgerufen 16.4.2016

**375** Ida Haltaufderheide: Die AfD im Parlament - So wenig hat die Partei in den Landtagen bewegt, in Focus Online vom 26.2.2016, [http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-ohne-fleiss-und-plan-parlamentarische-faulheit-wieso-die-afd-im-plenarsaal-nur-wenig-bebewegt\\_id\\_5318116.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-ohne-fleiss-und-plan-parlamentarische-faulheit-wieso-die-afd-im-plenarsaal-nur-wenig-bebewegt_id_5318116.html), abgerufen 16.4.2016

**376** Patrick Gensing: AfD-Arbeit in den Landtagen - Zwischen Fundamentalopposition und Sachpolitik, in tagesschau.de vom 29.2.2016, <https://www.tagesschau.de/inland/zwischenbilanz-afd-101.html>, abgerufen 16.4.2016

was natürlich fragen, im AfD-Kontext ist aber klar, worauf es hinausläuft.“ Dennoch bemühe sich die AfD, als seriöse, liberal-konservative Kraft aufzutreten. Der dpa-Journalist Markus Klemm teilt diese Einschätzung. Die Hamburger AfD-Fraktion unterscheide sich in ihrer politischen Ausrichtung bis heute von jenen etwa in Ostdeutschland.<sup>377</sup> Auch in der Hansestadt würden die AfD- Abgeordneten „poltern und pöbeln“ und „mit populistischen Thesen beim Thema Flüchtlinge“ provozieren. Sie seien jedoch „weit entfernt von Schießbefehlen (Petry), Reden über den ‚afrikanischen Ausbreitungstyp‘ (Thüringens AfD-Chef Björn Höcke) oder die ‚deutsche Volksgemeinschaft‘ (Sachsen-Anhalts AfD-Chef André Poggenburg)“.

Quantitativ fiel das Engagement der AfD-Vertreter eher dürftig aus, meinte auch der FDP-Bürgerschafts-Abgeordnete Michael Kruse, der die Ausschussaktivitäten der AfD in den Blick nahm.<sup>378</sup> Er befand: „Die Abgeordneten der AfD haben sich im ersten Jahr der Wahlperiode nur sehr spärlich an den inhaltlichen Diskussionen der Hamburgischen Bürgerschaft beteiligt.“ Nach Auswertung sämtlicher Sitzungsprotokolle der Fachausschüsse haben die zunächst acht und seit Februar 2016 sieben AfD-Abgeordneten sich nur sehr selten mit Wortbeiträgen oder Fragen in den Ausschüssen beteiligt. „In mehr als 70 Prozent der Ausschusssitzungen des ersten Bürgerschaftsjahres hat die AfD-Fraktion nicht einen einzigen inhaltlichen Beitrag abgeliefert, hat also weder etwas gefragt noch eine inhaltliche Einschätzung vorgenommen.“ Der AfD-Parteichef und Fraktionsvize Bernd Baumann räumte ein, die Einarbeitungszeit habe länger gedauert habe „als erwartet“. Man müsse bedenken, dass die AfD erst wenige Jahre alt und zum ersten Mal in der Bürgerschaft vertreten sei. Der AfD-Innenpolitiker Dirk Nockemann hingegen meinte, ihm seien die Plenardebatten wichtiger. „In den Ausschüssen können Sie sich auf den Kopf stellen, die Mehrheit stimmt sowieso ab, wie sie will.“ Er stelle „da doch nicht unsinnige Fragen, um anderen Menschen die Zeit zu stehlen oder nur, um im Protokoll aufzutauchen. Ich will schließlich kein Schaulaufen absolvieren, sondern Politik machen“.

## 5.5.2 Personelle Differenzen

Während die Landtagsfraktion in Erfurt und die AfD-Gruppe in Bremen im Umfeld des Essener Parteitags Mitte letzten Jahres eine Reihe von Abgängen zu verkraften hat-

---

**377** Markus Klemm (dpa): Amateurhaft, dilettantisch, ausgegrenzt - Ein Jahr AfD-Arbeit im Hamburger Parlament, vom 28.3.2016, [http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id\\_77386596/afd-im-hamburger-parlament-amateurhaft-dilettantisch-ausgegrenzt.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_77386596/afd-im-hamburger-parlament-amateurhaft-dilettantisch-ausgegrenzt.html), abgerufen 16.4.2016

**378** Jens Meyer-Wellmann: FDP: „AfD verweigert die Arbeit“, in Hamburger Abendblatt vom 4.4.2016, <http://www.abendblatt.de/hamburg/article207370887/FDP-AfD-verweigert-die-Arbeit.html>, abgerufen 16.4.2016

ten, blieben die Fraktionen in Sachsen und Brandenburg von solchen Entwicklungen unberührt. In Brandenburg, wo immerhin die Hälfte der Abgeordneten eine politische Vergangenheit bei „Republikanern“, „Die Freiheit“ oder „pro Deutschland“ aufzuweisen hat, wurde dies unter anderem mit der dominanten Rolle des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Gauland erklärt, der als einziger der Parlamentsneulinge eine professionelle Politikerfahrung vorweisen konnte.<sup>379</sup>

In Thüringen hingegen schieden drei Abgeordnete, die dem Lager Luckes zugerechnet wurden, durch Austritt oder Ausschluss aus der Fraktion aus. Schon früh waren Spannungen innerhalb der ursprünglich elfköpfigen Fraktion deutlich geworden, insbesondere zwischen den Abgeordneten Siegfried Gentele, Jens Krumpe und Oskar Helmerich auf der einen Seite und der hinter Höcke stehenden Mehrheit der AfD-Parlamentarier auf der anderen Seite. Dabei ging es unter anderem um die Nähe zu Kreisen der Neuen Rechten.

Auch öffentlich nicht mehr zu übersehen waren die Konflikte nach der Veröffentlichung der „Erfurter Resolution“, zu deren Erstunterzeichnern sieben Landtagsabgeordnete gehörten.<sup>380</sup> Gentele, Krumpe und Helmerich waren hingegen Erstunterzeichner der „Deutschland-Resolution“, mit der der Lucke-Flügel auf die „Erfurter Resolution“ geantwortet hatte.<sup>381</sup> Auch mit persönlichen Stellungnahmen hatten sie sich hinter Lucke gestellt. „Wenn ein Weg eingeschlagen wird, der zu sehr rechtslastig ist, führt uns das in einen tiefen Graben, das ist wie im Straßenverkehr. Rechte Splitterparteien treten bei jeder Wahl an ohne breite Unterstützung zu finden. Wer deren Parolen vertreten will, soll sich einer solchen Partei anschließen und nicht die AfD als Plattform missbrauchen“, schrieb zum Beispiel Gentele.<sup>382</sup> Helmerich empörte sich, „einige“ würden versuchen, „in unserer Partei Rechtsaußenpositionen einzubringen, die nicht gesellschaftsfähig sind“.<sup>383</sup> Helmerich: „Mit solchen Aussagen sind bereits andere Parteien

---

**379** Hanno Christ: Ein Jahr AfD im Brandenburger Landtag - Populismus als Alternative, in Rundfunk Berlin-Brandenburg vom 10.11.2015, <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2015/11/AfD-Brandenburg-1-jahr-bilanz.html>, abgerufen 15.4.2016

**380** Erfurter Resolution: 7. Unterzeichnerliste: Thüringen, vom 27.3.2015, <http://derfluegel.de/7-unterzeichnerliste-thueringen/>, abgerufen 4.8.2015

**381** Deutschland-Resolution: Erstunterzeichner, <http://deutschland-resolution.de/erstunterzeichner/>, abgerufen 4.8.2015

**382** Deutschland-Resolution: Siegfried Gentele (MdL Thüringen) zur Deutschland-Resolution, vom 30.3.2015, <http://deutschland-resolution.de/siegfried-gentele-mdl-thueringen-zur-deutschland-resolution/>, abgerufen 5.8.2015

**383** Deutschland-Resolution: Oskar Helmerich, Stimme der Vernunft aus Thüringen!, vom 1.4.2015, <http://deutschland-resolution.de/oskar-helmerich-stimme-der-vernunft-aus-thueringen/>, abgerufen 5.8.2015

gescheitert. Am äußerst rechten Rand sind kaum Stimmen zu gewinnen, in der Mitte der Gesellschaft dagegen können wir weiter zulegen, wenn wir bürgerliche Politik machen.“

Bereits Mitte April wurde Gentele aus der Fraktion ausgeschlossen. Im Mai ging es der Fraktion um eine Disziplinierung von Helmerich und Krumpe, wobei ein Ausschluss aber noch vermieden werden sollte. Das von der Fraktionsmehrheit gewählte Verfahren konnten die beiden Abgeordneten durchaus als demütigend empfinden. Über Helmerich befand die AfD, er habe „eine mangelhafte Arbeitseinstellung gezeigt. Weder hat er sich in die parlamentarische Arbeit ausreichend eingebracht, noch hat er die Termine, für die er zuständig war, zuverlässig wahrgenommen“.<sup>384</sup> Aber: Er erhielt noch eine Chance. In einer „Bewährungszeit“ könne er „beweisen, dass er willens und fähig ist, unsere politische Arbeit umzusetzen und voranzubringen“. Zu Krumpe hieß es, „seine mangelhafte Teamfähigkeit“ habe „zu großen Konflikten“ geführt. Auch er erhielt eine Chance zur Bewährung: Er werde „zeitlich begrenzt von den Fraktionssitzungen freigestellt, um sich dem Abbau der genannten Defizite widmen zu können“. Laut Höcke gehörte zu Helmerichs Auflagen eine Besonderheit: „Herr Helmerich erhält den Auftrag, im Rahmen eines geplanten Informationsabends im Landtag einen 45-minütigen Vortrag zu halten, in dem die politische Arbeit und das politische Wollen der AfD-Fraktion dargestellt wird.“<sup>385</sup> Ende Mai verließen beide die Fraktion.

In Bremen bilden drei der ursprünglich vier AfD-Parlamentarier seit Mitte letzten Jahres eine ALFA-Gruppe in der Bürgerschaft. Kurz nach dem Essener Parteitag verließen Christian Schäfer, Piet Leidreiter und Klaus Remkes ihre vorherige Partei.<sup>386</sup> Schäfer hatte zuvor als AfD-Landesvorsitzender fungiert und war Spitzenkandidat bei der Bürgerschaftswahl gewesen, Leidreiter hatte als Schatzmeister von März 2014 bis Mai 2015 dem Bundesvorstand angehört. Kurz vor seinem Austritt hatte Schäfer erklärt, wenn der Essener Parteitag dazu führe, „dass die guten, fähigen und klugen Köpfe die Partei verlassen, dann könnte es passieren, dass aus der AfD eine Art populistische Resterampe wird“.<sup>387</sup> Seinen AfD-Mitgliedsausweis behielt der vierte Abgeordnete Alexander Tassis, einer der Sprecher der Interessengemeinschaft der Homosexuellen in

---

**384** zitiert nach: Rainer Roeser: Spalter und Intimfeinde, in blick nach rechts vom 29.5.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/spalter-und-intimfeinde>, abgerufen 8.8.2015

**385** Martin Debes: Durchgefallen, in Thüringer Allgemeine, vom 18.5.2015, <http://www.thueringer-allgemeine.de/blogs/debes-zwischenruf/-/blogs/durchgefallen>, 27.8.2015

**386** Radio Bremen: Nach Bundesparteitag - Bremer AfD-Abgeordnete verlassen Partei, vom 8.7.2015, <http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/afd120.html>, abgerufen 19.4.2016

**387** Radio Bremen: Spaltung der AfD - „Eine populistische Resterampe“, vom 6.7.2015, <http://www.radiobremen.de/politik/themen/afd-schaefer100.html>, abgerufen 19.4.2016



der AfD. Als Einzelabgeordneter verfügt er aber nur über sehr beschränkte parlamentarische Möglichkeiten.

Von den zunächst sieben EU-Parlamentariern traten mit Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel, Ulrike Trebesius, Joachim Starbatty und Bernd Kölmel gleich fünf nach Luckes Niederlage beim Bundesparteitag in Essen aus der AfD aus. In der Partei blieben lediglich Beatrix von Storch und Marcus Pretzell. Von Storch und Pretzell versuchten, sich insbesondere mit Aussagen gegen den Euro, gegen TTIP und gegen eine Gender-Politik in Brüssel und Straßburg zu profilieren. Bis April 2016 gehörten sie ebenso wie die aus der AfD ausgetretenen EU-Abgeordneten der Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformisten“ (EKR) an. Wegen ihrer Äußerungen zu einem Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge an den deutschen Grenzen und der insbesondere von Pretzell vorangelebener Suche der AfD nach neuen Partnern auf europäischer Ebene – insbesondere ging es um Kontakte zur FPÖ - leitete die EKR jedoch im Frühjahr 2016 ein Ausschlussverfahren gegen beide ein.<sup>388</sup> Von Storch kam dem Ausschluss durch einen Wechsel in die von der rechtspopulistischen „United Kingdom Independence Party“ dominierte EFDD-Fraktion („Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“) zuvor. Pretzell wurde aus der Fraktion ausgeschlossen und gehört dem EU-Parlament vorerst als fraktionsloses Mitglied an.

Auch in Hamburg war eine Spaltung der Fraktion, zumindest aber der Rücktritt oder Austritt des Fraktionsvorsitzenden Jörn Kruse erwartet worden. Kruse gehörte zum Lager Luckes. Die Wahl von Frauke Petry hatte er als Zeichen dafür gewertet, „dass wir inzwischen zu einer rechten Partei geworden sind und vermutlich auch immer mehr werden“. <sup>389</sup> Den Landesvorsitz gab er zwar ab, Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft blieb er jedoch. Überraschend war dies auch, weil bereits in den Monaten zuvor deutliche Spannungen zwischen Kruse und dem Abgeordneten Dirk Nockemann,

---

**388** Süddeutsche Zeitung: AfD-Mann Pretzell fliegt aus Fraktion im EU-Parlament, vom 12.4.2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-afd-mann-pretzell-fliegt-aus-fraktion-im-eu-parlament-1.2947085>, abgerufen 19.4.2016

Malte Pieper: Europaabgeordneter ohne Fraktion - Konservative schmeißen AfD-Mann Pretzell raus, in tagesschau.de vom 13.4.2016, <http://www.tagesschau.de/ausland/pretzell-fraktion-101.html>,

Martin Teigeler: AfD-NRW-Chef fliegt aus Europa-Fraktion, in WDR vom 13.4.2016, <http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/afd-pretzell-104.html>, abgerufen 19.4.2016

Rainer Roeser: Kurs auf die Rechtsaußenpartner, in blick nach rechts vom 13.4.2016, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/kurs-auf-die-rechtsau-enpartner>, abgerufen 19.4.2016

**389** Markus Klemm (dpa): Amateurhaft, dilettantisch, ausgegrenzt - Ein Jahr AfD-Arbeit im Hamburger Parlament, vom 28.3.2016, [http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id\\_77386596/afd-im-hamburger-parlament-amateurhaft-dilettantisch-ausgegrenzt.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_77386596/afd-im-hamburger-parlament-amateurhaft-dilettantisch-ausgegrenzt.html), abgerufen 16.4.2016



einem früheren Politiker der „Schill-Partei“ und Vertreter des rechten AfD-Flügels, nicht zu übersehen gewesen waren.

Statt Kruse verließ aber der Abgeordnete Ludwig Flocken die Hamburger Fraktion. Er galt als Vertreter des radikaleren Teils der AfD und hatte wiederholt mit besonders scharf formulierten Initiativen für Aufsehen gesorgt. Im Februar 2016 trat er aus der Fraktion aus. Auf der Internetseite der Fraktion hieß es, es habe „eine Reihe nicht unerheblicher inhaltlicher Differenzen im Bereich der Zusammenarbeit innerhalb der Fraktionsgemeinschaft“ gegeben.<sup>390</sup> Dies habe insbesondere auch die interne Abstimmung parlamentarischer Anfragen und sonstiger Initiativen“ betroffen. Die Fraktion habe sich einmütig gezwungen gesehen, ein Ausschlussverfahren gegen Flocken aus der AfD-Fraktion einzuleiten; diesem Ausschluss sei Flocken mit seinem Austritt zuvorgekommen. Vorgeworfen wurde ihm unter anderem, dass er fremdenfeindliche Formulierungen unabgesprochen in Kleinen Anfragen an den Senat untergebracht hatte.<sup>391</sup> Der NDR befand, Flocken habe, indem er „in kleinen Anfragen offen rassistische Fragen gestellt“ habe, das „Spiel mit den roten Linien nicht verstanden“. <sup>392</sup> Flocken habe „den Bogen mit - freundlich formuliert - tendenziösen Anfragen an den Senat überspannt“. <sup>393</sup> Nach einer antiislamischen Rede Flockens in der Bürgerschaft, die der AfD-Landesvorsitzende Baumann als „unterirdisch“ bezeichnete, wird derzeit geprüft, ob Flocken auch aus der Partei ausgeschlossen werden kann.<sup>394</sup>

### 5.5.3 Grenzen parlamentarischer Konzepte

In allen Landesparlamenten macht die AfD die Erfahrung der Isolation, die allenfalls in wenigen Einzelfällen durchbrochen wird. „Offiziell werden wir so weit ausgegrenzt, wie

---

**390** Alternative für Deutschland - Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft: Austritt von Dr. Ludwig Flocken aus der AfD-Fraktion, vom 10.2.2016, <https://afd-fraktion-hamburg.de/austritt-von-dr-ludwig-flocken-aus-der-afd-fraktion/>, abgerufen 9.4.2016

**391** Jens Meyer-Wellmann: Die AfD beschäftigt sich vor allem mit sich selbst, in Hamburger Abendblatt vom 15.4.2016, <http://www.abendblatt.de/hamburg/article207428317/Die-AfD-beschaefigt-sich-vor-allem-mit-sich-selbst.html>, abgerufen 16.4.2016

**392** Jörn Straehler-Pohl: Analyse: Wie arbeitet die Hamburger AfD-Fraktion?, in NDR vom 29.3.2016, <http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Analyse-Wie-arbeitet-die-Hamburger-AfD-Fraktion,afd-hamburg104.html>, abgerufen 16.4.2016

**393** Patrick Gensing: AfD-Arbeit in den Landtagen - Zwischen Fundamentalopposition und Sachpolitik, in tagesschau.de vom 29.2.2016, <https://www.tagesschau.de/inland/zwischenbilanz-afd-101.html>, abgerufen 16.4.2016

**394** Jens Meyer-Wellmann: Nach Eklat: AfD will Flocken aus der Partei ausschließen, in Hamburger Abendblatt vom 28.4.2016, <http://www.abendblatt.de/hamburg/article207486859/Nach-Eklat-AfD-will-Flocken-aus-der-Partei-ausschliessen.html>, abgerufen 29.4.2016

das gerade noch mit der Geschäftsordnung vereinbar ist“, klagt etwa der Hamburger Fraktionsvorsitzende Kruse.<sup>395</sup>

Isoliert ist die AfD in einigen Fällen auch bei der Besetzung parlamentarischer Gremien. In Hamburg wird etwa über die Besetzung der Härtefallkommission diskutiert. Die von der AfD vorgeschlagenen Kandidaten fanden in der Bürgerschaft bisher keine Mehrheit. In Brandenburg geht es in einem ähnlich gelagerten Fall um den Vertreter der Partei in der Parlamentarischen Kontrollkommission.

In Zweifel gezogen wurde insbesondere von den Fraktionsvorsitzenden in Brandenburg und Thüringen, Alexander Gauland und Björn Höcke, die Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit rein parlamentarischer Arbeit. Sie wollen diese Arbeit vermehrt durch Aktivitäten auf der Straße ergänzen. Gauland klagte: „Die AfD muss leider davon ausgehen, dass parlamentarische Arbeit nichts bewegt.“<sup>396</sup> Der Parlamentarismus, wie er zurzeit praktiziert werde, sei kein Transmissionsriemen gesellschaftlicher Veränderungen mehr. Er zementiere allein die Macht der Herrschenden. Gauland: „Schon deshalb müssen wir an das Volk appellieren. (...) Es gibt ein Volk außerhalb der politischen Entscheidungsmechanismen des delegitierten Parlamentarismus, dessen Stimme wir sind.“

Höcke schrieb er im Sommer 2015 der AfD die Aufgabe zu, „nun auf den Straßen und Plätzen dieser Republik dauerpräsent [zu] sein“ und „unser Volk über die Hintergründe einer aus dem Ruder laufenden Einwanderungsdynamik auf[zu]klären“.<sup>397</sup> „Alle Altparteien“ hätten über Jahrzehnte eine Politik betrieben, „die das finis germaniae jetzt wahrscheinlich werden läßt“.

In einer Rede beim neurechten „Institut für Staatspolitik“<sup>398</sup> im November 2015 erinnerte Höcke an die bescheidenen Anfänge der AfD in seinem Bundesland: „Der Lan-

---

**395** Markus Klemm (dpa): Amateurhaft, dilettantisch, ausgegrenzt - Ein Jahr AfD-Arbeit im Hamburger Parlament, vom 28.3.2016, [http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id\\_77386596/afd-im-hamburger-parlament-amateurhaft-dilettantisch-ausgegrenzt.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_77386596/afd-im-hamburger-parlament-amateurhaft-dilettantisch-ausgegrenzt.html), abgerufen 16.4.2016

**396** Alexander Gauland: AfD muss davon ausgehen, dass ihre Arbeit nichts bewegt, in Die Welt vom 29.3.2016, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article153763539/AfD-muss-davon-ausgehen-dass-ihre-Arbeit-nichts-bewegt.html>, abgerufen 19.4.2016

**397** Björn Höcke: 51 % für die AfD = 100 % Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern, vom 21.8.2015, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591.1073741828.1424631334444815/1606536326254314/?type=1>, abgerufen 21.8.2015

**398** Alle Zitate in der Folge aus: Asyl - Eine politische Bestandsaufnahme – Höcke beim IfS, vom 12.12.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=eZTw3ORSqIQ>, abgerufen 29.12.2015  
Siehe auch: Uwe Schmitt: Anfänger für Deutschland, in Welt am Sonntag vom 13.3.2016, <http://www.welt.de/print/wams/politik/article153229872/Anfaenger-fuer-Deutschland.html>, abgerufen 16.4.2016

desverband Thüringen, der hatte gerade mal das Geld, eine Bürokraft anzustellen, und ein 60-Quadratmeter-Büro anzumieten. Das ist doch eher überschaulich, die Möglichkeiten, die so ein kleiner Landesverband hat.“

Demgegenüber strich er die Vorzüge, die eine Parlamentszugehörigkeit mit sich bringt, heraus:

- die finanzielle Ausstattung der Fraktion, deren Höhe Höcke in Thüringen auf etwa 100.000 Euro im Monat bezifferte, wovon 60 Prozent in die Arbeit von Referent investiert würden,
- die Informationsbeschaffung durch Parlamentsanfragen, „die man dann natürlich auch medial, pressemäßig umsetzen kann“,
- die „enorm gute Möglichkeit“, mit aktuellen Stunden und der Einberufung von Landtagsondersitzungen „mediale Aufmerksamkeit zu generieren“
- ein erhöhter Arbeitseinsatz der „Fraktionsmitglieder, die auch Parteimitglieder sind und die eine vergrößerte Bringschuld haben“ zugunsten der Partei, etwa bei den regelmäßigen Demonstrationen in Erfurt,
- „das Privileg, als frei gewählter Abgeordneter jetzt hauptberuflich zur Politik freigesetzt zu sein“.

„Die Fraktion ist deswegen eine ganz wichtige Stütze des Landesverbands und wir müssen als AfD dahin kommen, natürlich in den nächsten Jahren überall in Deutschland im Landtag zu sein und natürlich dann 2017 spätestens im Bundestag anzukommen, weil, nur wenn wir diese Kraft der Fraktionen haben, können wir wirklich die Massenmobilisierung im politischen Meinungskampf in einer Intensität und in einer Breite führen, dass wir innerhalb von kürzester Zeit doch noch die Wende in Deutschland schaffen“, erklärte Höcke.

Allerdings sah er auch Grenzen der Parlamentsarbeit: „Klar ist aber auch, und das muss für alle Fraktionen, die jetzt schon bestehen, der AfD, und die in Bälde bestehen werden, oberste Maxime sein: Wir können uns in Anbetracht der Staatskrise, wir können uns in Anbetracht des einsetzenden Staatszerfalls nicht mit Landtagsarbeit überbeschäftigen. Wir müssen, und da kann's nur eine deutliche und ganz klare Ansage geben – das gilt für jeden Abgeordneten, und das gilt für jeden Mandatsträger –: Wir müssen raus auf die Straßen und aufklären, aufklären, aufklären!“ Als Beispiele nannte er Demonstrationen, „Bürgerdialogveranstaltungen“ und „Rednerveranstaltungen“ der Abgeordneten. Schließlich ging er auf die Frage ein, „ob die AfD eine klassische Parlamentspartei oder eine Bewegungspartei“ sei. „Pfründejäger und Spießbürger“ würden seiner Meinung nach „die AfD natürlich so schnell wie möglich zu einer Parlamentspartei machen, um dann entsprechend ein ruhiges Auskommen zu genießen“. Solchen – von ihm unterstellten – Absichten erteilte er eine klare Absage: „Ich kann Ihnen garantieren, liebe

Freunde, solange ich etwas in der AfD zu sagen habe und solange die Lage so ist, wie sie ist – nämlich die Lage ist einfach da, dass dieses Land sich in einer existenziellen Notlage befindet – solange kann es nur eine Charakterisierung für die AfD geben: Die AfD ist und muss in dieser Lage eine fundamentaloppositionelle Bewegungspartei sein!“

Der Brandenburger AfD-Fraktion attestierte Gideon Botsch, Politikwissenschaftler am Moses-Mendelssohn-Zentrum und der Universität Potsdam, ein Konzept von Opposition als „Regierung im Wartestand“ sei bei ihr nicht zu erkennen.<sup>399</sup> Insbesondere Gauland forcieren einen schärferen Kurs.

In einem Interview mit der Wochenzeitung Die Zeit erklärte Gauland Mitte April 2016 auf die Frage, wie lange er bis zur Regierungsfähigkeit brauche: „Da will ich gar nicht hin.“ Wenn die AfD jetzt eine Regierungsfähigkeit anstrebe, werde sie „genauso geschluckt wie die kleinen Parteien der alten Bundesrepublik, BHE, DP, FVP, von der CDU geschluckt wurden“. Gauland: „Um Gottes willen, wir sind die Opposition, wir bewirken doch nur durch diese Opposition etwas, wir wollen nicht irgendeine Verantwortung.“ Irgendwann werde man diese Frage beantworten müssen. „Aber im Moment sehe ich das nicht.“<sup>400</sup>

## 5.6 Politische Fraktionen und Interessengemeinschaften

Zusätzlich zu den regionalen Gliederungen der AfD auf Landes-, Bezirks-, Kreis- und städtischer Ebene haben sich innerhalb der Partei und in unmittelbarer Nähe Vereinigungen und Gruppen gebildet, die sich an inhaltlichen und ideologischen Orientierungen, sozialstrukturellen Kriterien und anderen, besonderen Interessenlagen orientieren. Einige, wie das „Mittelstandsforum“ oder die „Bundesinteressengemeinschaft Homosexuelle in der AfD“ arbeiten als offiziell von der Partei anerkannte Gruppierung innerhalb der AfD; andere, wie die „Patriotische Plattform“, hingegen bewegen sich als Verein bewusst außerhalb ihrer Organisation, bemühen sich aber um einen zunehmenden

---

**399** Robert Kiesel: Die AfD: Wohl keine Alternative, in: blick nach rechts vom 9.3.2016, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/die-afd-wohl-keine-alternative>, abgerufen 16.4.2016

**400** Die Zeit: „Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen“ - Ein Gespräch mit dem AfD-Politiker Alexander Gauland über deutsche Komplexe, Homosexuelle und Hindenburg, den Islam und Frauke Petry, Die Zeit vom 14.4.2016

Einfluss auf die Partei. Weitgehend ohne formelle Strukturen schließlich arbeitet die einflussreichste Gruppe, „Der Flügel“.<sup>401</sup>

## 5.6.1 Der Flügel

„Der Flügel“ nennt sich jene Gruppe, die im Frühjahr 2015 die „Erfurter Resolution“ initiierte. Mit ihr griffen Vertreter des rechten Parteiflügels Mitte März vorigen Jahres in den Machtkampf innerhalb der AfD ein. Verantwortlich waren vor allem die Landesvorsitzenden aus Thüringen und Sachsen-Anhalt, Björn Höcke und Andre Poggenburg. Als dritter Unterzeichner aus der Reihe der Landesvorsitzenden stieß kurz nach Veröffentlichung des Papiers Alexander Gauland hinzu.

In der Resolution<sup>402</sup> wurde an die Erfolge der Partei im ersten Jahr nach ihrer Gründung erinnert und zugleich vor einer politischen Aufweichung gewarnt: „Die Bürger haben uns gewählt, weil sie hoffen, daß wir anders sind als die etablierten Parteien: demokratischer, patriotischer, mutiger. Anstatt nun jedoch die Alternative zu bieten, die wir versprochen haben, passen wir uns ohne Not mehr und mehr dem etablierten Politikbetrieb an: dem Technokratentum, der Feigheit und dem Verrat an den Interessen unseres Landes. Wir orientieren uns in unserem politischen Handeln ängstlich an dem, was uns Institutionen, Parteien und Medien als Spielraum zuweisen, anstatt selbst den Radius unseres Handelns abzustecken und zu erweitern. Wir zeigen zu oft jenen vorauseilenden Gehorsam, der die Verhältnisse, gegen die wir angetreten sind, nicht verändert, sondern zementiert.“ Die Initiatoren warnten davor, „die politische Spannbreite der AfD über Gebühr und ohne Not zu begrenzen. Wir verlieren damit genau das, was unsere Daseinsberechtigung ausgemacht hat“.

Die Partei habe „Mitglieder verprellt und verstoßen, deren Profil unverzichtbar ist“ und, wie es mit erkennbarem Bezug auf Pegida hieß, „sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten und in vorauseilendem Gehorsam sogar distanziert, obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen“. Gewarnt wurde in der Resolution vor einem „provokativen Umbau der AfD zu einer technokratisch ausgerichteten Partei“. „Zahllose unserer Mitglieder“

---

**401** Die folgende Zusammenstellung geht nur auf die wichtigsten Gruppen in und am Rande der AfD ein. Alle weiteren, hier nicht im Detail erwähnten Vereinigungen und Gruppierungen verfügen über deutlich weniger Einfluss in der Partei. Einige, wie der Verein „Konservative Avantgarde“ wirken nur wie ein Label oder ein sehr limitierter Freundeskreis. Andere, wie die „Initiative Bürgerliche AfD“ haben ihre Arbeit eingestellt, nachdem ihr Ziel, Lucke von der Spitze der Partei zu verdrängen, erreicht war.

**402** derfluegel.de: Erfurter Resolution – Die Gründungsurkunde des Flügels, <http://www.derfluegel.de/erfurter-resolution/>, abgerufen 12.3.2016

verstünden die AfD „immer noch und gegen jede Verengungstendenz als grundsätzliche, patriotische und demokratische Alternative zu den etablierten Parteien, als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usw.), als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands, als Partei, die den Mut zur Wahrheit und zum wirklich freien Wort besitzt“. Ziel der Resolution, für die in der Folge in allen Landesverbänden Unterschriften gesammelt wurden, war „die Sammlung aller auf eine echte Alternative zu den bestehenden Parteien ausgerichteten Kräfte innerhalb der AfD“.

Im parteiinternen Machtkampf konnten sich die „Flügel“-Vertreter im Sommer 2015 gegen Lucke durchsetzen. Zum Jahresbeginn 2016 wurde die Zahl der Unterzeichner der Resolution, die als „Gründungsurkunde“ des „Flügels“ bezeichnet wurde, mit „über 3500“ angegeben.<sup>403</sup> Dies entsprach zu diesem Zeitpunkt etwa einem Fünftel der AfD-Mitglieder. Definiert wurde „Der Flügel“ als „Sammlungsbewegung innerhalb und im Dienste der Alternative für Deutschland“. Als „Maximen unseres Handelns“ wurden neben der „Erfurter Resolution“ die „Fünf Grundsätze für Deutschland“ genannt, die Höcke und Gauland Mitte November 2015 wortgleich bei zwei Demonstrationen in Erfurt und Magdeburg vorstellten.

Im ersten Grundsatz („Deutschland ist nicht verhandelbar!“) verkündeten Höcke und Gauland: „Unser Staat – unsere Nation ist kein Zufallsprodukt. Es ist das Werk vieler Generationen. Mit Stolz blicken wir auf eine reiche Kultur, bürgerliche und politische Freiheiten und Wohlstand. Wir helfen vielen Ländern dieser Welt. Doch eines werden wir nicht tun: unser Land und unsere Nation aus der Hand geben. Deutschland ist unser Land!“<sup>404</sup>

„Deutschland ist kein Labor für Gesellschaftsexperimente!“ lautet der zweite Grundsatz. „Wir verweigern uns verantwortungslosen Experimenten mit und an unserem Volk. Nur Ideologen glauben, dass Gesellschaft ohne Familie funktionieren kann oder dass jeder zu einem Deutschen wird, sobald er die Landesgrenze überschritten hat. Gefährlichen Ideologien, die die multikulturelle Gesellschaft erschaffen und die klassische Familie abschaffen wollen, erteilen wir eine klare Absage!“, heißt es zur Erläuterung.

„Deutschland muß selbstbestimmt handeln!“, fordert der dritte Grundsatz: „Wir brauchen endlich eine handlungswillige politische Führung, die eigenständige Ent-

---

**403** derfluegel.de: Willkommen auf der neuen Netzseite des Flügels, vom 1.1.2016, <http://www.derfluegel.de/2016/01/01/willkommen/>, abgerufen 12.3.2016

**404** derfluegel.de: Fünf Grundsätze für Deutschland - Wegweiser für eine neue Politik, <http://www.derfluegel.de/fuenf-grundsätze-fuer-deutschland/>, abgerufen 12.3.2016

scheidungen im nationalen Interesse trifft!“ „Deutschland muß seine innere Freiheit zurückgewinnen!“ wird als vierter Grundsatz formuliert, der sich gegen „die von vielen so genannte ‚Lügenpresse‘“, das „GEZ-gebührenfinanzierte Staatsfernsehen“ und gegen eine „politische Korrektheit“ wendet, die „wie Mehltau auf unserem Land“ liege. „Die Deutschen müssen mündig werden!“ fordern Höcke und Gauland abschließend in ihrem fünften Grundsatz.

In einer „Neujahresbotschaft des Flügels“<sup>405</sup> hieß es, die Lage im Lande drohe außer Kontrolle zu geraten: „Eine verantwortungslose Regierung setzt unser Volk der Gefahr einer existentiellen Krise aus. Der Staatszerfall hat mit den ungeschützten Außengrenzen bereits eingesetzt und schreitet mit der zunehmenden Handlungsunfähigkeit unserer Sicherheitsorgane im Inneren weiter fort. Aber nicht nur Deutschland ist von diesem Abwärtsstrudel betroffen: ganz Europa steht vor der Gefahr eines Kultur- und Zivilisationsbruchs historischen Ausmaßes.“ Den „Deutschlandabschaffern“, womit offenbar die Befürworter der Regierungspolitik gemeint sind, wird vorgeworfen, ein „Zerstörungswerk“ und die „Aushöhlung wirklicher demokratischer Selbstbestimmung“ zu betreiben.

In eigener Sache appellierte „Der Flügel“ in dieser „Botschaft“ zum Jahreswechsel an die Solidarität der Gesamtpartei: „In dieser aufgeheizten, bössartigen Atmosphäre ist es umso wichtiger, unsere Geschlossenheit zu zeigen und sich nicht auseinanderdividieren zu lassen. Wir müssen uns in der AfD – auch bei möglichen Sach- und Stildifferenzen – solidarisch gegenüber öffentlich angegriffenen Vertretern unserer Partei zeigen. Etwaiger interner Dissens ist grundsätzlich auch intern zu klären. Eine Instrumentalisierung medial inszenierter Kampagnen für innerparteiliche oder persönliche Interessen ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch politisch für den Erfolg der AfD kontraproduktiv.“

Für die Internetseite des „Flügels“ zeichnen neben Höcke und Poggenburg der Brandenburger Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kalbitz sowie der Bundessprecher der „Patriotischen Plattform“ und sachsen-anhaltinische Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider, verantwortlich.<sup>406</sup>

## 5.6.2 Patriotische Plattform

Nicht nur durch die Person Hans-Thomas Tillschneider sind „Der Flügel“ und die „Patriotische Plattform“ eng miteinander verbunden. Nach ihrer Mitgliederversammlung

---

**405** derfluegel.de: Neujahresbotschaft des Flügels - Zum Jahresauftakt 2016, vom 2.1.2016, <http://www.derfluegel.de/2016/01/02/neujahresbotschaft-des-fluegels/>, abgerufen 12.3.2016

**406** derfluegel.de: Impressum, <http://www.derfluegel.de/impressum/>, abgerufen 12.3.2016



Anfang März 2016 in Schnellroda, am Sitz des neu-rechten Instituts für Staatspolitik (IfS), erklärte die „Plattform“, man verstehe sich als „als fester Bestandteil der Flügelbewegung“.<sup>407</sup>

Die „Plattform“, gegründet Ende März 2014, ist als Verein organisiert, der AfD-Mitgliedern offen steht. In der Gründungserklärung heißt es, man halte an Deutschland fest:

- „an seiner politischen Souveränität gegen alle Versuche, die Kernrechte des Parlaments auf supranationale Organisationen zu übertragen;
- an seiner finanziellen Stabilität gegen alle Versuche, es mit den Folgen der Misswirtschaft anderer Staaten zu belasten;
- an seiner Sprache und Kultur gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf seinem Boden;
- an seiner ökonomischen Stärke, die von der Energiewende bis hin zu einem falsch eingestellten Sozialstaat vielerlei Anfechtung ausgesetzt ist;
- an seinem Sozialstaat, der durch falsche Strukturen, vor allem aber durch massenhafte Einwanderung in die Sozialsysteme zunehmend in Frage gestellt wird“.<sup>408</sup>

Nach der Mitgliederversammlung in Schnellroda erklärte die „Plattform“, unter den Teilnehmern habe große Einigkeit darüber geherrscht, dass die AfD sich zu einer „grundsätzlichen Alternative zu allen Altparteien entwickeln“ müsse, wenn sie ihrer historischen Rolle gerecht werden wolle.<sup>409</sup> „Von der Patriotischen Plattform erwarten die Mitglieder, daß sie als Taktgeber dieser Entwicklung fungiert. Sie wird Akzente zur programmatischen Profilierung setzen, Anpassungs- und Aufweichungstendenzen mit aller Kraft entgegentreten und den politischen Druck aufbauen, der notwendig ist, damit die Führung sich bewegt.“

Zufrieden war die „Patriotische Plattform“ mit den Ergebnissen des Essener Parteitags. Die Mitglieder hätten sich dort „für das entschieden, wofür auch die Patriotische Plattform immer gekämpft hat: eine echte, grundsätzliche Alternative zum dekadenten Politikbetrieb der Altparteien“.<sup>410</sup>

---

**407** Patriotische Plattform: Patriotische Plattform neu aufgestellt! vom 9.3.2016, <http://patriotische-plattform.de/blog/2016/03/09/patriotische-plattform-neu-aufgestellt/>, abgerufen 12.3.2016

**408** Patriotische Plattform: Gründungserklärung der Patriotischen Plattform, <http://patriotische-plattform.de/>, abgerufen 12.3.2016

**409** Patriotische Plattform: Patriotische Plattform neu aufgestellt! vom 9.3.2016, <http://patriotische-plattform.de/blog/2016/03/09/patriotische-plattform-neu-aufgestellt/>, abgerufen 12.3.2016

**410** Patriotische Plattform: Patrioten wählen!, vom 28.8.2015, <http://patriotische-plattform.de/blog/2015/08/28/patrioten-waehlen/>, abgerufen 12.3.2016

Der Verein, dessen Mitglieder bereits sehr früh an Aktionen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“ (Pegida) teilnahmen, plädiert für einen „Schulterschluss der AfD mit Pegida“<sup>411</sup>: „Die Gefahren, die Deutschland drohen, sind so groß, dass nur ein starker Zusammenhalt aller Patrioten, einen erfolgreich Kampf für unsere Nation garantiert.“

Auch für Positionen der Neuen Rechten ist die „Plattform“ offen. So unterstützte der Verein die von Luckes Mehrheit im Bundesvorstand gestoppte Aufnahme der neu-rechten Vordenker Götz Kubitschek und von Ellen Kositzka in die Partei. Der Stopp der Aufnahme sei eine schwere Fehlentscheidung, klagte der Verein.<sup>412</sup> „Niemand hat sich in den vergangenen Jahren in Deutschland mehr um die intellektuelle Aufrüstung des demokratischen Spektrums rechts von der CDU verdient gemacht als Götz Kubitschek und Ellen Kositzka.“ Die beiden seien „die natürlichen Verbündeten der AfD“. Nach Ansicht der „Plattform“ wäre es sogar „eine angemessene Reaktion auf seinen Entschluß, nun doch die Mitgliedschaft zu beantragen, (...) gewesen, ihn [Kubitschek] zum Hauptprogrammverantwortlichen zu ernennen“. Es sei „keine Übertreibung, wenn wir sagen: Die AfD wird entweder mit Götz Kubitschek sein oder sie wird gar nicht sein!“

Die Europäische Union wird von der „Plattform“ als „monströser Vielvölkerstaat“ und „Brüsseler Diktatur“<sup>413</sup> bezeichnet: „Die EU knechtet die europäischen Völker und verhindert eine selbstbewußte europäische Politik. Die EU muß zugrunde gehen, damit der Weg hin zu einem lockeren Staatenbund frei wird.“

Zuverlässig steht die „Plattform“ an der Seite von AfD-Funktionären des rechten Flügels. Nachdem Thüringens Fraktions- und Landeschef Höcke Ende 2015 wegen einer weithin als rassistisch aufgefassten Rede auch parteiintern in die Kritik geraten war, forderte die „Plattform“ schon in der Überschrift eines Beitrags auf ihrer Internetseite: „Lasst unseren Björn Höcke in Ruhe!“<sup>414</sup> „Die Patriotische Plattform steht ohne Wenn und Aber zu Björn Höcke. Björn Höcke begeistert die Menschen, er ist ein aufrichtiger Patriot, ein ehrlicher Idealist und unverzichtbar für die AfD. Wir können uns eine AfD

---

**411** Patriotische Plattform: Schulterschluss der AfD mit Pegida, vom 4.3.2016, <http://patriotische-plattform.de/blog/2016/03/04/schulterschluss-der-afd-mit-pegida/>, abgerufen 12.3.2016

**412** Patriotische Plattform: Erklärung der Patriotischen Plattform: Die AfD wird entweder mit Götz Kubitschek sein oder sie wird gar nicht sein!, vom 21.2.2015, <http://patriotische-plattform.de/blog/2015/02/21/erklaerung-der-patriotischen-plattform-die-afd-wird-entweder-mit-goetz-kubitschek-sein-oder-sie-wird-gar-nicht-sein/>, abgerufen 12.3.2016

**413** Patriotische Plattform: Standpunkt der Patriotischen Plattform: Weg mit dem Brüsseler Politbüro!, vom 9.2.2016, <http://patriotische-plattform.de/blog/2016/02/09/standpunkt-der-patriotischen-plattform-weg-mit-dem-bruesseler-politbuero/>, abgerufen 12.3.2016

**414** Patriotische Plattform: Lasst unseren Björn Höcke in Ruhe! vom 19.12.2015, <http://patriotische-plattform.de/blog/2015/12/19/lasst-unseren-bjoern-hoecke-in-ruhe/>, abgerufen 12.3.2016

ohne Björn Höcke nicht vorstellen.“ Auch dass er den französischen „Front National“ zu einem Erfolg bei den französischen Regionalwahlen beglückwünscht hatte, fand die „Patriotische Plattform“ nicht beanstandenswert. Im Gegenteil: „Was seine Gratulation an Marine le Pen angeht, so kann es nicht den geringsten Zweifel daran geben, daß sie richtig und wichtig war.“<sup>415</sup> Besonders die Kritik aus der eigenen Partei missfiel der Gruppe rund um Tillschneider: „Was uns (...) sprachlos macht und was wir aufs Schärfste verurteilen, das sind Versuche aus den eigenen Reihen, Björn Höcke unisono mit dem linksliberalen und linksradikalen Hauptstrom zu diskreditieren. (...) Wer einen Parteifreund, der für seine aufrichtige patriotische Politik medial im Feuer steht, in den Rücken fällt, der ist keine Alternative für, der ist eine Alternative gegen Deutschland!“<sup>416</sup>

Ohne sie beim Namen zu nennen, richtete sich die Kritik der „Plattform“ vor allem gegen AfD-Bundessprecherin Frauke Petry. Zwei Monate zuvor war sie offen angegangen worden. Petry hatte Höcke nach einer Talkshow angegriffen, bei der er vor allem aufgefallen war, weil er eine schwarz-rot-goldene Fahne über seiner Armlehne ausgebreitet hatte. Man sehe keinen Anlass, an Björn Höcke öffentlich Kritik zu üben, so die „Plattform“.<sup>417</sup> Indem die „Frau Bundesvorsitzende“ Höcke „für seine tadellosen Stellungnahmen angreift, legt sie ein Bekenntnis zur Meinungshoheit der etablierten Parteien ab, das in einer Partei, die eine grundsätzliche Alternative für Deutschland sein will, fehl am Platz ist“. Was sie selbst zum Thema Asyl von sich gebe, spreche „die Sprache einer Scheinkritik“, die Protestpotenzial abfange, aber nicht in echte Opposition umsetze. „Sie sollte Björn Höcke nicht kritisieren, sie sollte sich ein Beispiel an ihm nehmen.“ Etwas verklausuliert wird Petry gar unterstellt, „die herrschende Propaganda (...) nachzuplappern“. Höcke sei es gelungen, „mit seinem Charisma, seiner unverstellten Art und seinen richtungsweisenden Reden in Erfurt eine eigene Straßenbewegung aufzubauen. Damit hat er gezeigt, daß er mehr ist als ein Parteiapparatschik, nämlich ein wahrer Politiker. Der Frau Bundesvorsitzenden ist Vergleichbares leider noch nicht gelungen“. Wenn jemand für steigende Umfragewerte der Partei verantwortlich zeichne, dann sei dies Björn Höcke.

Offensiv plädierte die „Plattform“, lange vor der Bundespartei, für eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien im europäischen Ausland. „Wir, die Patriotische

---

**415** Patriotische Plattform: Keine Rüge für Björn Höcke!, vom 14.12.2015, <http://patriotische-plattform.de/blog/2015/12/14/keine-ruege-fuer-bjoern-hoecke/>, abgerufen 12.3.2016

**416** Patriotische Plattform: Björn Höcke ist unser Mann!, vom 13.12.2015, <http://patriotische-plattform.de/blog/2015/12/13/bjoern-hoecke-ist-unser-mann/>, abgerufen 12.3.2016

**417** Patriotische Plattform: So nicht, Frau Bundesvorsitzende!, vom 22.10.2015, <http://patriotische-plattform.de/blog/2015/10/22/so-nicht-frau-bundesvorsitzende/>, abgerufen 12.3.2016

Plattform, betrachten die FPÖ in Österreich, den Front National in Frankreich und die UKIP in Großbritannien als unsere Verbündeten im Kampf gegen die Politik der EU, gegen linken Zeitgeist und Masseneinwanderung!“, hieß es im Dezember 2015.<sup>418</sup> So habe etwa die FN-Chefin Le Pen gezeigt, wie sich Wahlen „durch Überwindung altrechter Argumentationsmuster und knallharten Angriff auf die Oligarchie der etablierten Parteien, durch intelligente Provokation und Prinzipienfestigkeit“ gewinnen ließen: „Die AfD sollte sich davon eine Scheibe abschneiden!“

### 5.6.3 Junge Alternative (JA)

Die „Junge Alternative“ (JA) ist seit dem Bundesparteitag in Hannover vom November 2015 als offizielle Jugendorganisation der AfD anerkannt. Der frühere Bundesvorstand unter Bernd Lucke hatte eine solche offizielle Anerkennung vermieden, vor allem, da die JA politisch auf dem rechten Flügel der Partei beheimatet war. Bis zur Entscheidung des Hannoveraner Bundesparteitags war die JA bereits von elf Landesverbänden als Nachwuchsorganisation anerkannt worden.<sup>419</sup>

Nach eigenen Angaben zählt die JA etwa 900 Mitglieder zwischen 14 und 35 Jahren.<sup>420</sup> Der Verband nimmt auch Nicht-Mitglieder der AfD auf. Ihm steht eine Doppelspitze vor<sup>421</sup>: der Kölner Sven Tritschler, der als Mitarbeiter des Europaabgeordneten und nordrhein-westfälischen AfD-Landessprechers Marcus Pretzell beschäftigt war, sowie aus Baden-Württemberg der Jura-Student Markus Frohnmaier, den gute Kontakte zu „Der Flügel“ und zur „Patriotischen Plattform“ auszeichnen.

Programmatisch fordert die JA „ein Ende des Konfrontationskurses der Bundesrepublik gegenüber Russland“. <sup>422</sup> Zur Begründung heißt es: „Russland war und ist traditionell für Deutschland von großer Bedeutung und hat sich insbesondere in den letzten Jahren als umsichtiger geopolitischer Spieler und zuverlässiger Partner seiner Verbündeten erwiesen. Die Deutschlands internationalen Spielraum einschränkende, einseitige Fixierung auf die

---

**418** Patriotische Plattform: Marine Le Pen zeigt, wie's geht!, vom 8.12.2015, <http://patriotische-plattform.de/blog/2015/12/08/marine-le-pen-zeigt-wies-geht/>, abgerufen 12.3.2016

**419** Junge Alternative: Junge Alternative als offizielle Jugendorganisation anerkannt, vom 29.11.2015, <http://www.jungealternative.com/junge-alternative-als-offizielle-jugendorganisation-anerkannt/>, abgerufen 13.3.2016

**420** Junge Alternative: Über uns, <https://www.jungealternative.com/info/ueber-uns/>, abgerufen 12.3.2016

**421** Junge Alternative: Bundesvorstand, <http://www.jungealternative.com/vorstand/#>, abgerufen 12.3.2016

**422** Junge Alternative: Programmatik, <http://www.jungealternative.com/info/programmatik/>, abgerufen 12.3.2016

USA lehnen wir folglich ab.“ Einsetzen will sich der Verband „für eine radikale Reform der Europäischen Union“ bzw. „eine demokratische Auflösung der Europäischen Union“. Ziel ist „eine Wirtschaftsgemeinschaft nach Vorbild der ‚Europäischen Wirtschafts-gemeinschaft‘ (EWG)“. Zum Thema Zuwanderung verlangt die JA „eine europäische ‚NO WAY“-Kampagne nach australischem Vorbild“. Integration sei kein Ziel von Flüchtlings- und Asylpolitik. Vielmehr sollten Unterbringungs- und Bildungsangebote für Flüchtlinge „eine möglichst unkomplizierte Reintegration in die Herkunftsländer sicherstellen“.

Nach den Terroranschlägen vom 22. März in Brüssel forderte die JA ein „Verbot isla-mischer Migration nach Europa“. <sup>423</sup> JA-Sprecher Frohnmaier wurde mit den Worten zitiert: „Bei aller Liebe für die vielen friedlichen Muslime, die unter uns leben – ge-nug ist genug. Nach Europa kommende Muslime sind spätestens jetzt ein potentielles Sicherheitsrisiko. Jedenfalls für die nächsten Jahre darf es deshalb keinen einzigen ausländischen Muslim geben, der nach Europa kommt. Die zunehmende Islamisierung und Terrorisierung des Abendlandes muss beendet werden.“

Offensiver als die Mutterpartei setzte sich die JA für Kontakte zu anderen rechtspopu-listischen Parteien in Europa ein. Schlagzeilen machte besonders eine Veranstaltung mit Nigel Farage, dem Vorsitzenden der „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) Ende März 2014 in Köln. <sup>424</sup> Früher als die führenden Funktionäre ihrer Mutterpartei suchten Frohnmaier und Tritschler auch den direkten Kontakt zur FPÖ. Beide nahmen im Herbst 2015 an einer Wahlfeier der „Freiheitlichen“ teil. „Die FPÖ zeigt, wie es gemacht wird. (...) Ich freue mich, dass unsere Jugendorganisationen und Parteien ihre Kontakte intensivieren“, erklärte Tritschler. <sup>425</sup> Im Januar 2016 besuchte eine vierköp-fige Delegation der „Jungen Alternative“ einen Kongress der „Jungen Schweizerischen Volkspartei“. „Nach dem Beitritt zu den European Young Conservatives (EYC) im Vorjahr und Besuchen bei zahlreichen ausländischen Jugendorganisationen (u.a. der FPÖ und der Wahren Finnen), baut die erst zweieinhalb Jahre alte AfD-Jugend damit ihr

---

**423** Junge Alternative: Der Terror kommt zur Wurzel zurück – AfD-Jugendorganisation fordert ein Verbot islamischer Migration nach Europa, vom 22.3.2016, <https://www.jungealternative.com/der-terror-kommt-zur-wurzel-zurueck-afd-jugendorganisation-fordert-ein-verbot-islamischer-migra-tion-nach-europa/>, abgerufen 23.4.2016

**424** Junge Alternative: Nigel Farage kommt zur Jungen Alternative nach Köln, vom 12.10.2015, <http://www.jungealternative.com/nigel-farage-kommt-zur-jungen-alternative-nach-koeln/>, abgerufen 13.3.2016

**425** Junge Alternative: Bundesvorsitzende der Jungen Alternative für Deutschland überbrin-gen Glückwünsche zum FPÖ-Wahlerfolg, vom 12.10.2015, <http://www.jungealternative.com/bundsvorsitzende-der-jungen-alternative-fuer-deutschland-ueberbringen-glueckwuen-sche-zum-fpoe-wahlerfolg/>, abgerufen 13.3.2016

internationales Netzwerk abermals aus“, berichtete der Verband.<sup>426</sup> Im Februar 2016 trafen sich Vertreter der JA mit einer Delegation der Jugendorganisation der „Schwedendemokraten“, die, wie der AfD-Jugendverband berichtete, „über die Mutterpartei mit der EU-Parlamentsfraktion EFDD um den britischen Euroskeptiker Nigel Farage verbunden“ sei.<sup>427</sup> Im April 2016 meldete das Nachrichtenmagazin Der Spiegel, die „Junge Alternative“ und die „Junge Garde“, die Jugendorganisation der Putin-Partei „Einiges Russland“, hätten beschlossen, ein Bündnis einzugehen.<sup>428</sup>

Anlässlich des Beitritts zu den „European Young Conservatives“ (EYC) erklärte Frohnmaier im Dezember 2015: „Die EYC-Mitgliedschaft wird uns natürlich nicht daran hindern, freundlichen Kontakt zu anderen europäischen Parteien und ihren Jugendorganisationen zu pflegen, beispielsweise zu den österreichischen Freiheitlichen. Wir bleiben auch selbstverständlich unserem außenpolitischen Programm treu und werden unsere nationalen Interessen unvermindert formulieren.“<sup>429</sup>

Frohnmaier und Tritschler nahmen auch an Demonstrationen der AfD Thüringen in Erfurt teil. Tritschler erklärte dabei nach den Vorfällen der Kölner Silvesternacht: „Unsere Kanzlerin hat in der Welt nicht nur den Eindruck erweckt, wir seien so eine Art Sozialstation für jeden, der zuhause unzufrieden ist. Offenbar hat sie auch noch den Eindruck erweckt, unser Land sei (ein) großes Freiluftbordell, für jeden, der sich zuhause nicht austoben darf.“<sup>430</sup> Frohnmaier hatte Monate zuvor bei einer der Erfurter AfD-Demonstrationen ins Mikrofon gerufen: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und zwar nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk“.<sup>431</sup>

---

**426** Junge Alternative: Junge Alternative zu Gast bei der Jungen SVP, vom 31.1.2016, <http://www.jungealternative.com/junge-alternative-zu-gast-bei-der-jungen-svp/>, abgerufen 12.3.2016

**427** Junge Alternative: Erste Kontakte zwischen Junger Alternative für Deutschland und der Jugend der Schwedendemokraten (Ungsvenskarna), vom 18.2.2016, <http://www.jungealternative.com/erste-kontakte-zwischen-junger-alternative-fuer-deutschland-und-der-jugend-der-schwedendemokraten-ungsvenskarna/>, abgerufen 12.3.2016

**428** Spiegel Online: Rechtspopulisten: AfD-Jugend und Putin-Jugend verbünden sich, vom 23.4.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-jugend-und-putin-jugend-verbueden-sich-a-1088721.html>, abgerufen 23.4.2016

**429** Junge Alternative: Junge Alternative tritt European Young Conservatives bei, vom 9.12.2015, <http://www.jungealternative.com/junge-alternative-tritt-european-young-conservatives-bei/>, abgerufen 13.3.2016

**430** Junge Alternative: Demonstration mit 3.000 Teilnehmern in Erfurt: Der Bundesvorsitzende der AfD-Jugendorganisation übt scharfe Kritik an der Asylpolitik der Bundesregierung., vom 14.1.2016, <http://www.jungealternative.com/demonstration-mit-3-000-teilnehmern-in-erfurt-der-bundesvorsitzende-der-afd-jugendorganisation-uebt-scharfe-kritik-an-der-asylpolitik-der-bundesregierung/>, abgerufen 12.3.2016

**431** zitiert nach: Rainer Roeser: Störung des Burgfriedens, in: blick nach rechts vom 2.2.2016, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/st-rung-des-burgfriedens/>, abgerufen 13.3.2016



## 5.6.4 Mittelstandsforum

Das „Mittelstandsforum“ wurde in der Ära Lucke gebildet, um als AfD für mittelständische Interessen attraktiv zu erscheinen und Personen aus diesen Kreisen für die Partei zu interessieren. Nach Luckes Abwahl arbeitet das Forum mit weitgehend neuem Personal weiter. Ein Einfluss auf die Positionierungen der Partei in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen oder zur allgemeinen programmatischen Diskussion der Partei ist nicht erkennbar. Eher wirkt es so, als ginge es der AfD darum, das Label und damit den Anspruch eines mittelstandsfreundlichen Politikverständnisses zu bewahren.

Das Forum arbeitet als eingetragener Verein. Er „steht sowohl unternehmerisch tätigen Mitgliedern der Alternative für Deutschland als auch unternehmerisch tätigen Mitgliedern ohne Parteizugehörigkeit offen, die sich mit den Grundwerten der AfD identifizieren“.<sup>432</sup> Vorsitzender ist seit Herbst 2015 Hansjörg Müller, der zuvor als stellvertretender Bundesvorsitzender fungierte.<sup>433</sup> Zu den radikaleren Kräften der Partei besteht offenbar zumindest kein grundsätzlicher Dissens. Jedenfalls durfte Müller bei einer der AfD-Demonstrationen in Thüringen als Redner auftreten.

Noch als stellvertretender Bundesvorsitzender hatte Müller nach Luckes Abwahl im Juli 2015 gemeinsam mit Frauke Petry eine Erklärung veröffentlicht, in der es hieß: „Selbstverständlich bleibt die AfD-Partei nach dem Essener Parteitag die gleiche Heimat für wirtschaftsliberale Unternehmer, die sie vorher auch gewesen war. Die AfD-Partei befindet sich jetzt wieder im ursprünglichen, programmatischen Fahrwasser wie bei Ihrer Gründung im Jahre 2013. Die Zeiten der einseitigen, programmatischen Verengung ursprünglich breiter und basisdemokratischer Ansätze, insbesondere durch die abgewählte Parteiführung, gehören der Vergangenheit an. Die Wiederherstellung der patriotisch/konservativen Ausrichtung der AfD-Partei geht nicht zu Lasten wirtschaftsliberaler Positionen, weil sie komplementär zu ihnen erfolgt. In der öffentlichen Berichterstattung über die AfD-Partei gibt es ein großes Missverständnis: die Begriffe ‚patriotisch/konservativ‘ und ‚wirtschaftsliberal‘ werden als Gegensätze dargestellt, obwohl sie es in keiner Weise sind.“<sup>434</sup>

---

**432** Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V.: Herzlich willkommen im AfD Mittelstandsforum, <http://mittelstandsforum.org>, abgerufen 18.3.2016

**433** Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V.: Mittelstandsforum der AfD startet neu durch – harmonische Vorstands-Neuwahlen in Schweinfurth, vom 1.11.2015, <http://mittelstandsforum.org/mittelstandsforum-der-afd-startet-neu-durch-harmonische-neuwahlen-in-schweinfurth/>, abgerufen 18.3.2016

**434** Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V.: Gemeinsame Presseerklärung der AfD-Partei und des AfD-Mittelstandsforums, vom 17.7.2015, <http://mittelstandsforum.org/gemeinsame-presseerklaerung-der-afd-partei-und-des-afd-mittelstandsforums/>, abgerufen 18.3.2016



## 5.6.5 Christen in der AfD (ChrAfD)

Kaum zu übersehen ist der christlich-fundamentalistische Einfluss auf die AfD. Auf Bundesebene ist er vor allem den Aktivitäten einzelner Akteure geschuldet – weniger der Stärke einer Struktur wie der „Christen in der AfD“ (ChrAfD). Auf Landesebene, vor allem in Baden-Württemberg, sieht das freilich anders aus.

In einer Grundsatzerklärung<sup>435</sup> haben die „Christen in der AfD“, zu deren Gründungsmitgliedern die stellvertretende Bundessprecherin Beatrix von Storch zählte, ihre wesentlichen Ziele zusammengefasst. Dies sind unter anderem:

- der Kampf gegen die „herrschende Praxis von Abtreibungen“,
- die Forderung nach einer „dringend notwendigen Diskussion der ethischen Folgen der Präimplantationsdiagnostik“,
- der Kampf gegen eine „Euthanasie“, womit unter anderem eine „Hilfe zum selbstbestimmten Sterben“ gemeint ist,
- der Schutz von Ehe und Familie, wobei die Ehe als „die natürliche Gemeinschaft zwischen Mann und Frau“ verstanden wird,
- die frühkindliche Erziehung von Kindern in der Familie,
- der konfessionelle Religionsunterricht,
- die „Auseinandersetzung mit dem Islam in Deutschland“ ohne „Denk- und Sprechverbote“.

In der Präambel ihrer Satzung<sup>436</sup> bezeichnen die ChrAfD es als ihr Ziel, „eine christlich-konservative Politik entsprechend der biblischen Ethik in unsere Gesellschaft und Politik hineinzutragen“. Bei den Mitgliedern und insbesondere den Funktionsträgern der ChrAfD solle „ein persönlicher Lebenswandel erkennbar sein, durch den die sittlichen Maßstäbe der Bibel in der Öffentlichkeit ihre Bestätigung finden“.

Als Bundessprecher fungieren Anette Schultner und Jens Beckmann, als stellvertretender Sprecher Joachim Kuhs.<sup>437</sup>

Vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg erklärte Schultner, die beim Essener Parteitag erfolglos für den Bundesvorstand kandidiert hatte, man werde „wohl kein

---

**435** Bundesvereinigung Christen in der AfD (ChrAfD): Grundsatzerklärung, <https://christeninderafd.wordpress.com/grundsatzerklaerung/>, abgerufen 18.3.2016

**436** Bundesvereinigung Christen in der AfD (ChrAfD): Satzung des nicht eingetragenen Vereins Bundesvereinigung Christen in der Alternative für Deutschland (BV ChrAfD), <https://christeninderafd.files.wordpress.com/2015/12/satzung-chrafd.pdf>, abgerufen 18.3.2016

**437** Bundesvereinigung Christen in der AfD (ChrAfD): Organisation, <https://christeninderafd.wordpress.com/organisation/>, abgerufen 18.3.2016

Programm finden, das sich derart für christliche Werte einsetzt wie das der AfD<sup>438</sup>. Es bekenne sich „nicht nur zu den christlichen Wurzeln unserer Kultur und unseres Staates, sondern will auch ganz konkret unbiblische Entwicklungen wieder abschaffen“. Als Beispiele nannte Schultner die Ablehnung von Gender Mainstreaming, den Einsatz für die „traditionelle Ehe“ und den Kampf gegen „die Frühsexualisierung an den Schulen“.

### 5.6.6 Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA) / Arbeitnehmer in der AfD (AidA)

Als Arbeitnehmervereinigungen in der AfD dienen sich gleich zwei Gruppen an: die „Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer“ (AVA) sowie die „Arbeitnehmer in der AfD“ (AidA). Über einen tatsächlichen personellen oder programmatischen Einfluss verfügen beide Gruppen nicht. Eher wirkt es wie der Versuch einzelner Mitglieder, durch Namendropping Bedeutung zu suggerieren: nach innen in die Partei wie nach außen in die Öffentlichkeit.

AVA wurde nach eigenen Angaben im Februar 2015 mit Unterstützung der NRW-AfD gegründet.<sup>439</sup> Die Vereinigung nennt als ihre Aufgabe, „die Arbeitnehmer als größte gesellschaftspolitische Bevölkerungsgruppe zur aktiven Mitarbeit in der AfD zu gewinnen und an der Gestaltung einer modernen Arbeits- und Sozialpolitik mitzuwirken“. Sie vertrete die Interessen der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien in der AfD und in der Öffentlichkeit und verstehe sich als „Forum für den Austausch von Informationen und der Entwicklung von Ideen zu den Themen Arbeits- und Sozialpolitik“. Im Interesse ihrer Mitglieder wolle man Einfluss auf die arbeits- und sozialpolitische Ausrichtung der AfD nehmen. Dem neunköpfigen Bundesvorstand gehören sieben Mitglieder aus NRW - darunter der Vorsitzende Uwe Witt aus Herdecke -, eines aus Schleswig-Holstein und eines aus Thüringen an.<sup>440</sup>

Selten sind die öffentlichen Interventionen in die AfD-interne Diskussionen über Arbeitnehmerrechte. Auf der Facebookseite der Vereinigung fanden sich von Anfang Januar bis Mitte März 2016 nur zwei solche Beiträge. Am 12. Januar postete AVA die Forderung

---

**438** kath.net, Katholische Nachrichten: Ist die AfD für Christen wählbar?, vom 19.2.2016, <http://www.kath.net/news/54062>, abgerufen 18.3.2016

**439** Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer e.V.: Herzlich Willkommen auf unserer Internetpräsenz, <http://www.ava-bund.de>, abgerufen 19.3.2016

**440** Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer e.V.: Über uns, <http://www.ava-bund.de/Ueber-uns/>, abgerufen 19.3.2016

„Hände weg vom Mindestlohn“.<sup>441</sup> Zum Mitte März bekannt gewordenen Entwurf für ein Grundsatzprogramm der AfD, das deutlich eine neoliberale Handschrift trug, notierte AVA am 17. März: „Insbesondere die ‚Anti‘-Arbeitnehmer Thesen, müssen aus dem Bundesparteiprogramm verschwinden. Nur so können wir die Partei des ‚kleinen Mannes‘ bleiben.“<sup>442</sup>

„Als größte gesellschaftliche Bevölkerungsgruppe ist AidA die Interessenvertretung für Arbeitnehmer in der AfD“, heißt es in einer Selbstdarstellung der zweiten Gruppe, der „Arbeitnehmer in der AfD“.<sup>443</sup> „Wir gestalten Ideen und erarbeiten Lösungen und Positionen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel, die Außendarstellung der AfD durch gemeinsame inhaltliche und programmatische Positionen zu schärfen und somit die Kompetenz der AfD für die [für] Arbeitnehmer relevanten politischen Themen im Außenverhältnis zu stärken und zu unterstreichen.“ Betont wird, dass man „innerhalb der AfD“ arbeite und „kein externer Verein“ sei. Man unterstütze zudem die Mitglieder vor Ort durch die Förderung und Durchführung von Bildungs- und Schulungsmaßnahmen sowie „bei der Darstellung einzelner Themenkomplexe in der Öffentlichkeit“.

AidA beklagt Fehlentwicklungen in vielen Bereichen, „auf die die aktuell politischen Verantwortlichen keine oder nur sehr wenig Antworten haben“.<sup>444</sup> Eine Politik, „die sich mehr der Rettung von Finanzinstituten und Staaten verschreibt, Politik zugunsten multinationaler Konzerne macht, erkennt nicht die Notwendigkeit zur Korrektur fehlerhafter Entwicklungen in vielen Lebensbereichen von Arbeitnehmern und macht so eine Politik fernab des realen, täglichen Lebens vieler Menschen in diesem Land“. Niedriglohnsektor, Altersarmut, prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkverträge, Alterssicherung, Kranken- und Pflegeversicherung, Kinderbetreuung, Schulbildung, kalte Progression seien Themen, die die Menschen bewegen würden, meint AidA und mahnt an, „dass soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Eigenverantwortung und Zukunftssicherung wieder zu den unerschütterlichen Grundfesten unserer sozialen Marktwirtschaft werden“.

---

**441** AVA e.V. Bund - Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer: Gestalten SIE mit - Ihre Interessen in AfD vertreten, vom 12.1.2016, <https://www.facebook.com/512869408855836/photos/a.537546003054843.1073741828.512869408855836/668691733273602/?type=3>, abgerufen 19.3.2016

**442** AVA e.V. Bund - Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer: Facebookeintrag vom 17.3.2016, [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=696767560466019&id=512869408855836](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=696767560466019&id=512869408855836), abgerufen 19.3.2016

**443** AidA Arbeitnehmer in der AfD: Das neue Rot der Arbeitnehmer ist blau, <http://aidabund.de/>, abgerufen 19.3.2016

**444** AidA Arbeitnehmer in der AfD: AidA | Arbeitnehmer in der AfD, <http://aidabund.de/ueberuns/>, abgerufen 19.3.2016

An einen Ausbau sozialstaatlicher Regelungen denkt AidA freilich nicht: Der „vermeintliche Wunsch eines jeden Bürgers nach einer möglichst umfänglichen Absicherung soziale[r] Risiken“ sei zwar menschlich absolut verständlich, aber er sei auch „nicht generationengerecht“ und „auch dauerhaft nicht finanzierbar, wenn die sozialen Errungenschaften auch noch zahlreichen Generationen zugute kommen und nicht mit Schulden finanziert werden sollen“. <sup>445</sup> Die Verantwortung zur Übernahme sozialer Risiken müsse „in Teilbereichen aus den Händen des Staates zurück in die Hände der Bürger gegeben werden“. Aufgaben und Absicherungen des Staates müssten auf die „Kernaufgaben und Kernelemente“ zurückgeführt werden.

Zwischen Anfang Januar und Mitte März 2016 schaltete sich AidA zwei Mal in sozialpolitische Diskussionen ein. Forderungen aus der CDU nach einem Aussetzen des Mindestlohns für Flüchtlinge beantwortete man mit dem Hinweis, dies wäre „Lohndumping auf Kosten einheimischer Arbeitskräfte“ und schaffe „zusätzliches Konfliktpotential durch Verteilungskämpfe im Niedriglohnsektor“. <sup>446</sup> Einmal mehr zeige sich, „wer in den Reihen der CDU die Leitlinien der Politik zu bestimmen“ scheine. Auf Medienberichte, denen zufolge den Krankenversicherungen wegen der zu geringen Beitragszahlungen des Bundes für anerkannte Flüchtlinge und Hartz-IV-Bezieher ein Milliardendefizit drohe, reagierte AidA mit der Forderung, umgehend zur paritätischen Beitragszahlung in der Gesetzlichen Krankenversicherung zurückzukehren. <sup>447</sup> „Arbeitnehmer dürfen nicht einseitig mit den Kosten im Gesundheitswesen für Flüchtlinge und Hartz IV Empfänger belastet werden.“

Organisatorischer Schwerpunkt von AidA scheint Hamburg zu sein. Aus der Hansestadt kommt auch Bundessprecher Christian Waldheim. <sup>448</sup> Über Ansprechpartner vor Ort verfügt die Vereinigung in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Sachsen. <sup>449</sup>

---

**445** AidA Arbeitnehmer in der AfD: Programm, <http://aidabund.de/programm/>, abgerufen 19.3.2016

**446** AidA - Arbeitnehmer in der AfD: Facebookeintrag vom 14.2.2016, <https://www.facebook.com/aidabund/photos/a.675194409219898.1073741829.669504239788915/1007162312689771/?type=3/>, abgerufen 19.3.2016

**447** AidA - Arbeitnehmer in der AfD: „Krankenkassen droht Milliardendefizit durch Flüchtlinge“, Facebookeintrag vom 18.2.2016, <https://www.facebook.com/aidabund/photos/a.675194409219898.1073741829.669504239788915/1009283852477617/?type=3>, abgerufen 19.3.2016

**448** AidA Arbeitnehmer in der AfD: Ansprechpartner, <http://aidabund.de/ansprechpartner/>, abgerufen 19.3.2016

**449** AidA Arbeitnehmer in der AfD: Landesverbände, <http://aidabund.de/landesverbaende/>, abgerufen 19.3.2016

## 5.6.7 Bundesinteressengemeinschaft Homosexuelle in der AfD (BIGH)

Faktisch ohne Einfluss bleibt auch die „Bundesinteressengemeinschaft Homosexuelle in der AfD“ (BIGH). Tatsächlich scheint sie fast nur auf dem Papier zu existieren. Ihre Internetpräsenz ist abgesehen von einer inaktuellen Startseite fast ohne jeden Inhalt.<sup>450</sup> Als Bundessprecher fungieren Mirko Welsch aus dem Saarland und der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Alexander Tassis.

„Die Bundesinteressengemeinschaft ‚Homosexuelle in der AfD‘ vertritt die Interessen der Bürgerlichen Homosexuellen und Transsexuellen in der AfD“, heißt es in einer nur diesen Satz beinhaltenden Selbstdarstellung auf der Facebookseite der Interessengemeinschaft. Gegenüber der Öffentlichkeit geriert sich die BIGH als Fürsprecher Homosexueller gegen homophobe Gruppen von Muslimen: „Haben wir den Mut zur Wahrheit: Schwule müssen als Erstes mit Repressalien rechnen, wenn der Islam an Gewicht gewinnt.“<sup>451</sup> Zugleich unterstützt sie das Familienbild der AfD. „Die AfD hat nix gegen Homosexuelle. Die AfD hat zurecht was dagegen, dass die Linksparteien und LSVD<sup>452</sup> die traditionellen Familien abwerten will. Denn sie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Und nicht die ELP.<sup>453</sup> Wir sind Minderheit und sollten mit Weitsicht agieren. Wir sind schwule, lesbische und transsexuelle Politiker. Wir sind keine Schwulenpolitiker. Und das ist auch gut so.“<sup>454</sup> Und an anderer Stelle: „Die Homosexuellen in der AfD führen im Gegensatz zu Schwusos, Grünen & LSVD keinen Krieg gegen die traditionelle Familie. Wir stehen für ein Miteinander der Lebensentwürfe.“<sup>455</sup>

---

**450** Bundesinteressengemeinschaft „Homosexuelle in der AfD“: Herzlich Willkommen auf der Internetseite der Bundesinteressengemeinschaft „Homosexuelle in der AfD“, <http://www.homosexuellefuer.de/>, abgerufen 19.3.2016

**451** Homosexuelle in der AfD: Facebookeintrag vom 25.12.2015, <https://www.facebook.com/1490981311156762/photos/a.1491128981141995.1073741828.1490981311156762/1659610570960501/?type=3>, abgerufen 19.3.2016

**452** Lesben- und Schwulenverband in Deutschland

**453** eingetragene Lebenspartnerschaft

**454** Homosexuelle in der AfD: Facebookeintrag vom 17.3.2015, [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=1687594431495448&id=1490981311156762](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1687594431495448&id=1490981311156762), abgerufen 19.3.2016

**455** Homosexuelle in der AfD: Facebookeintrag vom 11.3.2015, [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=1684849675103257&id=1490981311156762](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1684849675103257&id=1490981311156762), abgerufen 19.3.2016

## 5.6.8 Transatlantiker

Zumindest auf dem Papier noch existent ist die „Interessengemeinschaft“ der „Transatlantiker der AfD“, die – gegründet im September 2014 – die AfD auf einen dezidiert westlichen Kurs bringen bzw. auf einem solchen Kurs halten wollte. Ihre Internetseite präsentiert sich inzwischen ohne Inhalt. Nur per Facebook meldet sich die Arbeitsgemeinschaft noch zu Wort; ein Verantwortlicher wird auch dort aktuell nicht mehr genannt.<sup>456</sup> Interventionen der „Transatlantiker“ in AfD-interne Diskussionen sind seit Monaten nicht mehr bekannt geworden. Unter anderem fordern die „Transatlantiker“ eine Verdoppelung des deutschen Verteidigungsetats.<sup>457</sup>

## 5.7 „Staatskrise“ durch Asylpolitik: Die AfD und die Straßenpolitik

Zwar hatte die AfD auch vor ihrer „Herbstoffensive 2015“ öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen auf den Straßen und Plätzen durchgeführt. Ab September 2015 fanden solche Aktionen aber in einer zuvor nicht erlebten Häufigkeit und Größe statt.

Dabei stachen die Demonstrationen der Thüringer AfD in der Landeshauptstadt Erfurt besonders hervor. An den acht Demonstrationen zwischen dem 16. September und dem 18. November nahmen jeweils zwischen rund 1000 und 5000 Teilnehmer teil.<sup>458</sup> Die Partei selbst nannte Zahlen zwischen 2000 und 10.000 Personen. Insgesamt dürften, realistisch betrachtet, ca. 25.000 Personen bei den acht Veranstaltungen dabei gewesen sein.

Die Erfurter Veranstaltungen wurden wegen ihrer Kontinuität und Größe zum Vorbild für Aktionen andernorts. Aktionen anderer Landesverbände blieben freilich deutlich zurück. So standen etwa die Veranstaltungen von Frauke Petry der sächsischen AfD in Dresden ganz im Schatten der örtlichen Pegida-Aktionen; Ende September etwa kamen lediglich rund 500 Teilnehmer zu einer Demonstration der sächsischen AfD in die Landeshaupt-

---

**456** Transatlantiker der AfD: Über Transatlantiker der AfD, [https://www.facebook.com/transatlantiker.der.afd/info/?tab=page\\_info](https://www.facebook.com/transatlantiker.der.afd/info/?tab=page_info), abgerufen 19.3.2016

**457** Transatlantiker der AfD: Facebookeintrag vom 3.12.2015, <https://www.facebook.com/transatlantiker.der.afd/posts/442538319273284>, abgerufen 19.3.2016

**458** Durchgezählt: Abschlussbericht zur Herbstoffensive 2015 der AfD und deren Gegenprotest in Erfurt, vom 27.11.2015, <https://durchgezaehlt.org/2015/11/27/abschlussbericht-zur-herbstoffensive-2015-der-afd-und-deren-gegenprotest-in-erfurt/>, abgerufen 9.4.2016

stadt.<sup>459</sup> Und auch eine Demonstration Anfang November in Berlin zum Abschluss der „Herbstoffensive“ zog zwar laut Medienberichten ungefähr 5000 Teilnehmer an – angesichts der bundesweiten Werbung und der langen Vorbereitungszeit erscheint dies aber als eher bescheidenes Ergebnis, zumal zunächst mit einer doppelt so hohen Teilnehmerzahl gerechnet worden war.<sup>460</sup>

Den Erfurter Organisatoren gelang es, zahlreiche Spitzenpolitiker der AfD als Redner zu gewinnen, darunter bei den Veranstaltungen im vorigen Jahr Parteivize Alexander Gauland aus Brandenburg, Höckes thüringischer Ko-Sprecher Stefan Möller, die Landessprecher aus Hessen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, Peter Münch, Andre Poggenburg und Paul Hampel, der Bundesvorsitzende der „Jungen Alternative“, Markus Frohnmaier, und Baden-Württembergs stellvertretende Vorsitzende Christina Baum.

Ein eigentlich fest eingeplanter Auftritt der Bundessprecherin Frauke Petry in Erfurt kam hingegen nicht zustande. Eine Begründung für ihre Absage gab die Partei offiziell nicht. Allerdings richteten Petry und ihr Ko-Sprecher Meuthen am Tag der Absage eine E-Mail an die Parteimitglieder, mit der sie sich deutlich von Höcke absetzten und sich von seinem Auftritt in einer TV-Talkshow wenige Tage zuvor distanzieren. Petry und Meuthen schrieben, dass man sich „vom derzeitigen Stil des Auftretens des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke nicht vertreten“ fühle.<sup>461</sup> Höcke sei legitimiert, für den Landesverband Thüringen zu sprechen, nicht aber für die Bundespartei.

Ungeachtet der Absage von Petry und trotz mancher auch internen Kritik am verbalradikalen Gebaren von Höcke bei seinen Auftritten trugen die Erfurter Demonstrationen dazu bei, innerhalb der Partei das Renommee des Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzenden weiter zu stärken. „Höcke hat in Erfurt etwas geschafft, was mir in Brandenburg bislang nicht gelungen ist“, räumte etwa Alexander Gauland anerkennend

---

**459** Durchgezählt: Zwischen 460 und 520 Menschen bei AfD-Demo am 24.09.15 in Dresden, vom 24.9.2015, <https://durchgezaehlt.org/2015/09/24/zwischen-460-und-520-bei-afd-demo-am-24-09-15-in-dresden/>, abgerufen 10.4.2016

**460** Focus: [http://www.focus.de/politik/deutschland/demonstrationen-afd-protestiert-in-berlin-mehrere-gegenkundgebungen\\_id\\_5069864.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/demonstrationen-afd-protestiert-in-berlin-mehrere-gegenkundgebungen_id_5069864.html), vom 7.11.2015, [http://www.focus.de/politik/deutschland/demonstrationen-afd-protestiert-in-berlin-mehrere-gegenkundgebungen\\_id\\_5069864.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/demonstrationen-afd-protestiert-in-berlin-mehrere-gegenkundgebungen_id_5069864.html), abgerufen 10.4.2016

**461** Dietmar Neuerer: AfD-Chefin Petry sagt Demo-Auftritt mit Asyl-Hardliner Höcke ab, in Handelsblatt vom 21.10.2015, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/alternative-fuer-deutschland-afd-chefin-petry-sagt-demo-auftritt-mit-asyl-hardliner-hoecke-ab/12481290.html>, abgerufen 10.4.2016



ein.<sup>462</sup> Er bewundere es, „dass er es schafft, jede Woche in Erfurt Tausende auf die Straße zu bringen“.<sup>463</sup>

In zwei Reden bei einer Veranstaltung der „Jungen Alternative“ in Berlin und beim neurechten „Institut für Staatspolitik“ (IfS) erläuterte Höcke sein Konzept der regelmäßigen Demonstrationen. In Berlin erklärte er am 26. September 2015 nach der zweiten Demonstration seines Landesverbandes in Erfurt: „Die Parlamentsarbeit ist natürlich auch wichtig. Aber sie bringt uns im Moment keinen Schritt weiter. Und deswegen habe ich auch meiner Fraktion den Auftrag erteilt: Raus auf die Straße, raus auf die Plätze! Die AfD muss jetzt omnipräsent sein, draußen auf den Straßen und auf den Plätzen!“<sup>464</sup> Das Ziel könne nur lauten: „Ende des Jahres oder spätestens Anfang des Jahres eine Massendemonstration in Berlin vor dem Kanzleramt durchzuführen mit einer klaren Botschaft. Dort dürfen dann nicht nur 10.000, [20.000] oder 30.000 zugegen sein. Dort müssen dann 100, 200 oder 300.000 oder wie in Frankreich eine Million Menschen zugegen sein. Und die Kernbotschaft kann nur lauten: Wir fordern Neuwahlen!“

Beim IfS in Schnellroda erklärte er am 21. November 2015 nach Abschluss der ersten Demo-Serie mit bis dahin acht Veranstaltungen: „Wir können uns in Anbetracht der Staatskrise, wir können uns in Anbetracht des einsetzenden Staatsverfalls nicht mit Landtagsarbeit überbeschäftigen, liebe Freunde. Wir müssen – und da kann’s nur eine deutliche und ganz klare Ansage geben, das gilt für jeden Abgeordnete, das gilt für jeden Mandatsträger: Wir müssen raus auf die Straßen und aufklären, aufklären, aufklären. Das machen wir. Denn diese Direktive haben wir uns gegeben.“<sup>465</sup> Diese Aussage verband er mit strategischen Positionierung seiner Partei: „Mir wird oft die Frage gestellt, ob die AfD eine klassische Parlamentspartei oder eine Bewegungspartei ist. (...) Die Pfründejäger und Spießbürger, die wollen die AfD natürlich so schnell wie möglich zu einer Parlamentspartei machen. Das ist natürlich klar. Um dann entsprechend ein ruhiges Auskommen zu genießen. Aber ich kann ihnen garantieren: So lange ich etwas in der AfD zu sagen habe und so lange die Lage so ist, wie sie ist – nämlich die Lage ist einfach da, dass dieses Land sich in einer existenziellen Notlage befindet – so lange kann es

---

**462** Günther Lachmann und Olaf Sundermeyer: Rechts überholt, in Die Welt vom 24.1.2016, <http://www.welt.de/print/wams/politik/article151381273/Rechts-ueberholt.html>, abgerufen 10.4.2016

**463** Jana Simon: Alexander Gauland - Die Rolle seines Lebens, in ZEITmagazin Nr. 10/2016 vom 11. März 2016, <http://www.zeit.de/zeit-magazin/2016/10/alexander-gauland-afd-fluechtlingskrisse-fluechtlingspolitik-fraue-petry-bjoern-hoecke>, abgerufen 10.4.2016

**464** Björn Höcke (AfD): Rede in Berlin am 26.09.2015, vom 29.9.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=Mgp99wm83c4>, abgerufen 29.12.2015

**465** Asyl - Eine politische Bestandsaufnahme – Höcke beim IfS, vom 12.12.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=ezTw30RSqIQ>, abgerufen 29.12.2015

nur eine Charakterisierung für die AfD geben: Die AfD ist und muss in dieser Lage eine fundamentaloppositionelle Bewegungspartei sein!“

## 6. Wahlkampf in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt: Flüchtlinge als Kampagnenthema

Bereits einen Monat vor den drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zeichnete sich ab, dass die AfD nicht nur in allen drei Ländern fest mit einem Einzug in die Parlamente rechnen konnte, sondern dass ihr dies auch mit sehr souveränen Ergebnissen gelingen würde. In Baden-Württemberg waren die Werte der Partei bei Meinungsumfragen von Mitte 2015 bis Februar 2016 von rund 4 auf 10 Prozent und mehr Prozent gestiegen<sup>466</sup>, in Rheinland-Pfalz von ebenfalls rund 4 auf etwa 9 Prozent,<sup>467</sup> in Sachsen-Anhalt schließlich von 5 bis 6 auf nun 13,5 bis 15 Prozent.<sup>468</sup>

Damit wurde auch das Erreichen der wichtigsten Wahlziele immer wahrscheinlicher: in Sachsen-Anhalt das beste Ergebnis in der erst dreijährigen Geschichte der AfD zu erreichen und in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erstmals in die Parlamente westdeutscher Flächenländer einzuziehen.

Insbesondere mit dem Thema Flüchtlinge konnte die AfD punkten. In einem Interview mit dem Bonner General-Anzeiger erklärte Mitte Februar der Meinungsforscher Manfred Güllner: „Die Flüchtlingsfrage ist für die AfD wie ein Magnet, ein Wählermagnet. Ihre Wähler kommen aus einem gesellschaftlichen Segment, dem es objektiv wirtschaftlich gut geht, das aber zugleich von starken Abstiegsängsten geprägt ist. Diese Menschen sind verängstigt, sie fühlen sich bedroht, fürchten ins Proletariat abzugleiten. Nun suchen sie Sündenböcke, und finden sie in den Flüchtlingen.“<sup>469</sup>

---

**466** wahlrecht.de: Umfragen Baden-Württemberg, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm>, abgerufen 14.2.2016

**467** wahlrecht.de: Umfragen Umfragen Rheinland-Pfalz , <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/rheinland-pfalz.htm>, abgerufen 14.2.2016

**468** wahlrecht.de: Umfragen Umfragen Sachsen-Anhalt, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm>, abgerufen 14.2.2016

**469** Kai Pfundt: Interview mit Forsa-Chef Manfred Güllner - „Die AfD-Wähler suchen Sündenböcke“, in: Bonner General-Anzeiger vom 15.2.2016, <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/Die-AfD-Wähler-suchen-Sündenböcke-article3184840.html>, abgerufen 15.2.2016

Medien berichteten über eine Art Stillhalteabkommen innerhalb der AfD: Der Wahlkampf solle keinesfalls durch irritierende Äußerungen von Funktionären gestört werden. Nicht immer ließ sich der Wunsch umsetzen. Für Schlagzeilen sorgten etwa Parteisprecherin Frauke Petry und ihre Stellvertreterin Beatrix von Storch mit ihren Äußerungen zu einem Schusswaffeneinsatz an den deutschen Grenzen. Doch davon abgesehen blieben Auseinandersetzungen, wie sie lange das Bild der AfD geprägt hatten, weitestgehend aus.

Wiederholt gerierte sich die AfD als Opfer anderer Kräfte: der „Antifa“, der Altparteien, der Gewerkschaften oder der Kirche. Das betraf zerstörte Wahlplakate, gestörte oder verhinderte Infostände und Wahlveranstaltungen, die Nichteinladung zu Informationsveranstaltungen zum Beispiel der Gewerkschaften.

## 6.1 Personal

### Personal Baden-Württemberg

Landeslisten kennt das Wahlrecht in Baden-Württemberg nicht. Die Wähler haben lediglich eine Stimme, mit der sie in einem der 70 Wahlkreise für einen Direktkandidaten votieren können. Bewerber können sich in maximal zwei Kreisen nominieren lassen. Der AfD-Landesverband hatte in sämtlichen 70 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt.<sup>470</sup>

In 20 Wahlkreisen traten (bekannt gewordene) Unterzeichner der „Erfurter Resolution“ an. Dabei kandidierten drei der Unterzeichner jeweils in zwei Wahlkreisen. Zu diesen 17 Unterzeichnern der Resolution kamen drei ehemalige Funktionsträger der „Patriotischen Plattform“ hinzu: Eberhard Brett war Gründungsmitglied der „Patriotischen Plattform“ (PP).<sup>471</sup> Bis ins Jahr 2015 führte ihn die Vereinigung auf Bundesebene als Mitglied ihres siebenköpfigen Vorstands. Auch als sich in Baden-Württemberg im Mai 2014 ein „Landeskreis“ der „Plattform“ bildete, war Brett als neues Vorstandsmitglied mit von der Partie. Auch Joachim Kuhs gehörte den Vorständen der

---

**470** Alternative für Deutschland Baden-Württemberg: Landtagskandidaten, <http://afd-bw.de/landtagskandidaten/>, abgerufen 24.1.2016; Die Landeswahlleiterin des Landes Baden-Württemberg: PM LTW Zulassung Wahlvorschläge samt Anhang 21012016, vom 21.1.2016, [https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/pdf/PM\\_LTW\\_Zulassung\\_Wahlvorschlaege\\_samt\\_Anhang\\_21012016.pdf](https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/pdf/PM_LTW_Zulassung_Wahlvorschlaege_samt_Anhang_21012016.pdf), abgerufen 18.2.2016

**471** Rainer Roeser: AfD-Richter mit Rechtsdrill, in *blick nach rechts* vom 9.7.2015, <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/afd-richter-mit-rechtsdrill>, abgerufen 24.1.2016

„Patriotischen Plattform“ auf Bundes-<sup>472</sup> und Landesebene<sup>473</sup> an. Aktuell fungiert er als stellvertretender Sprecher der „Christen in der AfD“ (ChrAfD).<sup>474</sup> Zum PP-Landesvorstand zählte bei seiner Gründung auch Eugen Ciresa.<sup>475</sup>

## Personal Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzische AfD trat mit insgesamt 30 Listenkandidaten – darunter fünf Frauen - zur Landtagswahl an.<sup>476</sup> Auf den ersten zehn Plätzen waren zu finden:<sup>477</sup>

1. Uwe Junge (Kreis Mayen-Koblenz),
2. Joachim Paul (Koblenz),
3. Jan Bollinger (Neuwied),
4. Michael Frisch (Trier),
5. Heribert Friedmann (Worms),
6. Sylvia Groß (Rhein-Hunsrück-Kreis),
7. Matthias Joa (Germersheim),
8. Damian Lohr (Donnersbergkreis),
9. Jürgen Klein (Kreis Bad Kreuznach)
10. Gabriele Bublies-Leifert (Kreis Birkenfeld).

Drei der ersten 15 Kandidaten zählten zu den bekannt gewordenen Unterzeichnern der „Erfurter Resolution“: Gabriele Bublies-Leifert als Listen-Zehnte, als 13. Timo Böh-

---

**472** Rainer Roeser: Die neue AfD: Ganz liebe Menschen von rechtsaußen, in blick nach rechts vom 27.7.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/die-neue-afd-ganz-liebe-menschen-von-rechtsau->en, abgerufen 24.1.2016

**473** Die Patriotische Plattform: Gestern abend wurde in Stuttgart der Landkreis Baden-Württemberg der Patriotischen Plattform gegründet!, vom 10.5.2014, <https://www.facebook.com/Patriotische-Plattform/posts/506978006090714>, abgerufen 24.1.2016

**474** Bundesvereinigung Christen in der AfD: Organisation, <https://christeninderafd.wordpress.com/organisation/>, abgerufen 24.1.2016

**475** Die Patriotische Plattform: Gestern abend wurde in Stuttgart der Landkreis Baden-Württemberg der Patriotischen Plattform gegründet! vom 10.5.2014, <https://www.facebook.com/Patriotische-Plattform/posts/506978006090714>, abgerufen 24.1.2016

**476** Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: Bekanntmachung des Landeswahlleiters über die zugelassenen Landes- und Bezirkslisten für die Wahl zum 17. Landtag Rheinland-Pfalz am 13. März 2016, vom 18.1.2016, [http://www.wahlen.rlp.de/ltw/bekwkr/bek/2\\_LW2016\\_Bekanntmachung\\_LL\\_.pdf](http://www.wahlen.rlp.de/ltw/bekwkr/bek/2_LW2016_Bekanntmachung_LL_.pdf), abgerufen 18.2.2016

**477** Alternative für Deutschland Rheinland-Pfalz: AfD wählt Landesliste: Uwe Junge ist Spitzenkandidat, <http://www.alternative-rlp.de/afd-waehlt-landesliste-uwe-junge-ist-spitzenkandidat>, abgerufen 24.1.2016

me (Ludwigshafen) und als 15. Friedrich-Wilhelm Servaty (Kreis Bad Kreuznach).<sup>478</sup> Zum Personaltabeau hieß es zudem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, mit dem Listenzweiten Joachim Paul kandidiere ein „Mitglied einer Burschenschaft, die 2011 verlangt hat, dass Neumitglieder ihre deutsche Abstammung nachzuweisen hätten“.<sup>479</sup> Auf Listenplatz vier folge ein Abtreibungsgegner, auf Platz sechs eine Ärztin, die vor der Infektionsgefahr durch Flüchtlinge gewarnt habe, auf Platz elf ein Journalist, der nach seinen eigenen Worten ‚nicht unwesentlich am Aufbau der Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘ beteiligt‘ gewesen sei.

Direktkandidaten hatte die Partei in 31 der insgesamt 51 Wahlkreise aufgestellt.<sup>480</sup>

Der Altersdurchschnitt aller AfD-Kandidaten lag mit 53,2 Jahren deutlich über dem von SPD (44,9), CDU (45,0), Grünen (47,0), FDP (48,8) und Die Linke (46,2).<sup>481</sup> Lediglich drei Bewerber waren jünger als 30 Jahre. Der Anteil von Frauen auf der Landesliste lag mit 16,7 Prozent deutlich unter dem von SPD (34,9), CDU (38,6), Grünen (51,6), FDP (20,0) und Die Linke (50,0).

## Personal Sachsen-Anhalt

Die AfD Sachsen-Anhalt trat mit insgesamt 36 Listenkandidaten zur Landtagswahl an.<sup>482</sup> Auf den ersten zehn Plätzen<sup>483</sup> zu finden waren:

### 1. André Poggenburg (Kreisverband Burgenlandkreis)

---

**478** Der Flügel: 13. Unterzeichnerliste: Rheinland-Pfalz, <http://www.derfluegel.de/2015/04/11/13-unterzeichnerliste-rheinland-pfalz/>, abgerufen 24.1.2016

**479** Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AP20\\_AFD.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP20_AFD.pdf), abgerufen 26.3.2016

Timo Frasch: AfD in Rheinland-Pfalz - Militärisch korrekte Mäßigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.3.2016, [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/in-rheinland-pfalz-verhaelt-sich-die-afd-gemaessigt-14099923-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/in-rheinland-pfalz-verhaelt-sich-die-afd-gemaessigt-14099923-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2), abgerufen 3.3.2016

**480** Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: 719 Bewerberinnen und Bewerber treten zur Landtagswahl an - Altersspanne reicht von 19 bis 90 Jahre, vom 29.1.2016, <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/presse/lwl16004.html>, abgerufen 18.2.2016

**481** Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz: Die Wahl zum 17. Landtag Rheinland-Pfalz am 13. März 2016 - Wahlvorschläge (Zugelassene Landes- und Bezirkslisten sowie Wahlkreisvorschläge), [http://wahlen.rlp.de/ltw/kurz/zugvor/LW2016\\_Auswertung\\_der\\_Wahlvorschlaege.pdf](http://wahlen.rlp.de/ltw/kurz/zugvor/LW2016_Auswertung_der_Wahlvorschlaege.pdf), abgerufen 18.2.2016

**482** Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt: Landeslistenkandidaten, <http://www.afd-lsa.de/start/landeslistenkandidaten-1-10/>, <http://www.afd-lsa.de/start/landeslistenkandidaten-11-20/>, <http://www.afd-lsa.de/start/listenkandidaten-21-36/>, abgerufen 24.1.2016

**483** Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt: Landeslistenkandidaten, <http://www.afd-lsa.de/start/landeslistenkandidaten-1-10/>, abgerufen 24.1.2016

- 2: Daniel Roi (KV Anhalt-Bitterfeld)
- 3: Alexander Raue (KV Halle-Saalekreis)
- 4: Sarah Sauermann (KV Anhalt-Bitterfeld)
- 5: Jan Wenzel Schmidt (KV Magdeburg)
- 6: Lydia Funke (KV Burgenlandkreis)
- 7: Tobias Rausch (KV Salzlandkreis)
- 8: Matthias Lieschke (KV Wittenberg)
- 9: Hagen Kohl (KV Magdeburg)
- 10: Hans-Thomas Tillschneider (KV Halle-Saalekreis)

14 der 36 Kandidaten zählten zu den bekannt gewordenen Unterzeichnern der „Erfurter Resolution“:<sup>484</sup> der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende Andre Poggenburg, Daniel Roi, Alexander Raue, Sarah Sauermann, Jan Schmidt, Lydia Funke, Tobias Rausch, Hans-Thomas Tillschneider, Matthias Büttner (Platz 11), Oliver Kirchner (16), Daniel Rausch (17), Hannes Loth (18), Jens Diederichs (22) und Evelyn Nitsche (23). Damit befanden sich auf den ersten sieben Plätzen sowie auf acht der zehn ersten Plätze ausschließlich Unterstützer der „Erfurter Resolution“.<sup>485</sup> Tillschneider ist zudem „Kopf“ der „Patriotischen Plattform“.

Überraschen konnte die Dominanz des rechten Flügels nicht. Im Landesvorstand ist das Bild recht ähnlich. Neun Mitglieder gehören ihm an. Sieben unterschrieben die Resolution, mit der die AfD auf klaren Rechtskurs gebracht werden sollte; nur zwei gehörten nicht zu den – bekannt gewordenen – Unterzeichnern.

Mit Direktkandidaten trat die AfD in 37 der 43 Wahlkreise an, darunter nur drei Frauen.<sup>486</sup> Mit fünf Kandidatinnen auf der 36 Personen umfassenden Landesliste betrug der Frauenanteil dort 13,9 Prozent. In den Wahlkreisen kandidierten 34 Männer, aber nur drei Frauen. Der Altersdurchschnitt aller AfD-Bewerber lag mit 44,0 Jahren unter dem von CDU (51,5), Die Linke (45,1), SPD (48,5), Grünen (45,9) und FDP (48,4).

---

**484** Der Flügel: 10. Unterzeichnerliste: Sachsen-Anhalt, <http://www.derfluegel.de/2015/04/06/10-unterzeichnerliste-sachsen-anhalt/>, abgerufen 24.1.2016

**485** Rainer Roeser: Sachsen-Anhalt AfD auf klarem Rechtskurs, in: blick nach rechts vom 8.1.2016, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/sachsen-anhalt-afd-auf-klarem-rechtskurs>, abgerufen 8.1.2016

**486** Die Landeswahlleiterin des Landes Sachsen-Anhalt: Wahlen 2016 - Wahl des 7. Landtages von Sachsen-Anhalt am 13. März 2016, Bewerberinnen und Bewerber, Februar 2016, [http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/and/lt16\\_bewerber.pdf](http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/and/lt16_bewerber.pdf), abgerufen 18.2.2016



## 6.2 Programme

### 6.2.1 Landtagswahlprogramm Baden-Württemberg:

#### „Beendigung des Massenzustroms größtenteils kulturfremder Menschen“

Die Ablehnung der aktuellen Flüchtlingspolitik und die Ablehnung von Gender Mainstreaming sind identitätsstiftend für die AfD in Baden-Württemberg. Zugleich gibt man sich als Verteidigerin bedrohter bürgerlicher Werte.

Gleich einleitend heißt es im Landtagswahlprogramm mit dem Titel „Für unser Land – für unsere Werte“<sup>487</sup>, würden die Zuwandererzahlen unverändert hoch bleiben, „dann werden Parallelgesellschaften, die Überlastung der Sozialsysteme, schwere Gefährdungen der inneren Sicherheit und soziale Unruhen unweigerlich die Folge sein“. Die AfD fordere „die unverzügliche Beendigung des Massenzustroms größtenteils nicht integrierbarer, kulturfremder Menschen in unser Land“. Zugleich werden CDU, SPD und Grüne scharf angegriffen: „Die Regierungsparteien in Berlin und Stuttgart, die die AfD aufgrund dieser Forderungen als ‚ausländerfeindlich‘ und ‚rechtspopulistisch‘ diffamieren, haben nicht nur alle Verantwortung für das eigene Volk abgelegt, sie handeln in zynischer Weise als Saboteure unseres Staates und unserer Gesellschaft.“ Im Gewand der Bürgerlichkeit würden sie die bürgerliche Ordnung zerstören. Die AfD gebe „dem erwachenden Widerstand des Bürgertums gegen seine Abschaffung eine politische Form.“

Schon deutlich vor der Veröffentlichung des Landtagswahlprogramms hatte die Baden-württembergische AfD mit einem weithin beachteten Parteitagebeschluss gegen Gender Mainstreaming Stellung bezogen. Im Landtagswahlprogramm bleibt der Landesverband dieser Linie treu. „Der grün-rote Kampf gegen die angeblich allgegenwärtige Diskriminierung, der unter der Fahne des ‚Gender Mainstreaming‘ geführt wird, hat die Zerstörung der traditionellen Familie und die Auflösung der geschlechtlichen Identität von Mann und Frau zu seinem eigentlichen Ziel“, heißt es in der Präambel des Wahlprogramms. Die AfD lehne „die Politik des ‚Gender Mainstreaming‘ mit all ihren Folgeerscheinungen wie Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragten und staatlicher Propaganda für sexuelle Minderheiten [...] rigoros ab“. Sie setze sich für den Schutz der traditionellen Ehe und Familie ein. „Nur aus der Verbindung zwischen Mann und Frau gehen Kinder hervor, die die nächste Generation unserer Gesellschaft bilden.“ Schutz,

---

**487** Alternative für Deutschland Baden-Württemberg: Für unser Land – für unsere Werte - Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, <http://afd-bw.de/wahlprogramm/>, abgerufen 29.12.2015

Förderung und steuerliche Entlastung der Familie seien „daher überlebensnotwendig für jedes Volk, das nicht seine eigene Abschaffung betreiben will“.

Aufgegriffen wird die Debatte über die Bildungspolitik in Baden-Württemberg. Die AfD fordere die „Beendigung der Frühsexualisierung und anderer ideologischer Beeinflussungen in Schulen und sogar Kindergärten“, wird in der Präambel formuliert. „Ein Staat, der sein Bildungsmonopol für Eingriffe in die Intimsphäre und ideologische Indoktrinationen der ihm anvertrauten Kinder missbraucht, ist auf dem Weg zur Gesinnungsdiktatur.“

Breiten Raum nehmen die Aussagen der Partei zu Asyl, Zuwanderung und Integration ein. Im Kapitel „Für ein Ende der Massenzuwanderung und des Asylmissbrauchs“ wird über eine „Völkerwanderung unter missbräuchlicher Berufung auf das Asylgrundrecht“ geklagt: „Sie droht, die kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen Deutschlands und Europas zu zertrümmern, wenn sie nicht umgehend gestoppt wird.“ Die AfD sei „die einzige demokratische Kraft, die dem schrankenlosen Einwanderungswahn und der Willkommensdiktatur der Altparteien widersteht“. Das „in bester Absicht für wenige geschaffene“ Grundrecht auf Asyl sei „durch die Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung wie auch der grün-roten Landesregierung von einer Zierde des Landes zur akuten Gefahr für dessen Existenz geworden“. Es müsse nach dem Vorbild fast aller anderen Staaten der Welt zu einem Gesetz transformiert werden, das dem Staat die Kontrolle über Art und Ausmaß der Zuwanderung ermögliche. „Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft sieht die AfD als endgültig gescheitert an.“ Merkel, der „Verpflichtungen gegenüber der Zukunft des eigenen Volkes [...] unbekannt“ seien, locke „hunderte Millionen Armutsfüchtlinge nach Deutschland“, heißt es im Wahlprogramm: „Wird dieser Zustrom nicht gestoppt, so ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt.“

Die AfD forderte, „für die Dauer des anhaltenden Migrantenzustroms“ den Schengen-Vertrag auszusetzen und die „Grenzen nach australischem Vorbild [zu] sichern. Die europäische Grenzschutzorganisation Frontex und die Bundesmarine hätten ihre „Schlepperhilfsdienste“ einzustellen: „Nach australischem Beispiel sind auf dem Mittelmeer aufgebrachte Flüchtlingsboote in ihre Heimathäfen zurückzuschleppen. Scheidet dies aus Sicherheitsgründen aus, werden die Menschen in mitgebrachten Rettungsbooten dorthin zurückgeschickt, ohne europäischen Boden betreten zu haben.“

Innenpolitisch verlangte die AfD unter anderem eine „konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber“, eine „kommunale Bürgerbeteiligung in Fragen der Asylbewerber-Unterbringung“, die Abschaffung der Härtefallkommission und des Widerspruchsverfahrens im Ausländerrecht. „Direkte Demokratie“, eine Kernforderung

der AfD, wurde „erst recht bei der Zuwanderung“ verlangt: „Die Bürger in Deutschland sind in angemessener Weise in die Entscheidungsprozesse bei Integrations- und Zuwanderungsfragen einzubeziehen. Hierfür müssen wir direktdemokratische Instrumente auf jeder Ebene, auch auf der kommunalen, anwenden. Die Bürger in Deutschland werden nicht gefragt, ob sie mit den Erscheinungen und Folgen der Massenzuwanderung zufrieden sind oder nicht. Stattdessen werden sie vor vollendete Tatsachen gestellt. Asylbewerberheime schießen wie Pilze aus dem Boden.“

„Multikulti“ berge „mehr Risiken als Chancen. Die AfD fordere „eine offene Diskussion über gesellschaftliche Fehlentwicklungen ohne Rücksicht auf Denkverbote der ‚Political Correctness‘“: „Politische Korrektheit liegt wie ein Nebel bleischwer über unserem Land.“ Dabei wendet sich die AfD gegen einen „Kulturrelativismus“: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Zur Realität Deutschlands gehören jedoch Menschen islamischen Glaubens, die wir akzeptieren, sofern sie friedlich und integriert unter uns leben.“ Das „scheibchenweise Vordringen integrationshemmender Rechte und Verhaltensweisen“ lehne man aber strikt ab: „Dazu gehört das Tragen des islamischen Kopftuchs.“

Abgelehnt wurden eine zu rasche Einbürgerung und die Praxis des Doppelpasses. Einbürgerung sei nur „als Abschluss gelungener Integration“ denkbar: „Einen Automatismus nach einer bestimmten Zeit lehnen wir ab, vielmehr muss wichtigste Voraussetzung die dauerhafte wirtschaftliche und soziale Integration sein.“ Den Doppelpass für Bürger aus Nicht-EU-Staaten lehnt die AfD ab. „Der deutsche Pass ist das Bekenntnis zu Deutschland; damit unvereinbar ist der weitere Besitz des bisherigen Passes.“ Gelten müsse der „strikte Grundsatzes der Einstaatigkeit“. Die Entscheidung für und gegen eine Staatsangehörigkeit müsse die bewusste Entscheidung eines mündigen Einwanderers sein. Mehrstaatigkeit bei Kindern müsse sich wieder allein auf die Kinder beschränken, deren Eltern verschiedenen Staaten angehören.

Vehement setzt sich die AfD „für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft“ ein, wie es in einer Kapitelüberschrift heißt. Versuche, Ehe und Familie durch das „sogenannte ‚Gender Mainstreaming‘ oder durch andere ideologisch motivierte Eingriffe in volkserzieherischer und damit bevormundender Absicht zu schwächen“, lehne die AfD entschieden ab. Die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe lehne die AfD ab. Das Recht auf Adoption müsse Ehepaaren vorbehalten bleiben.

„Ideologiefrei und altersgemäß“ müsse die „Familien- und Geschlechterziehung“ sein. Die AfD sehe den Wert des Menschen unabhängig von seinen privaten Interessen, seiner sexuellen Orientierung und seiner allgemeinen Lebensgestaltung. „Deshalb stellen wir uns entschieden gegen die volkserzieherische Überhöhung von nicht hetero-

sexuellen Menschen und gegen die Dekonstruktion der Familie.“ Der Landesregierung wird vorgehalten, durch ihren „Aktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte“ und ihren Bildungsplan 2016 solle die „pseudo-wissenschaftliche Gender-Ideologie“ durchgesetzt werden. Die AfD wolle die Schüler und Kindergartenkinder hingegen vor einer bewussten Irreführung schützen: „Die AfD fordert, die Familie in Schulbüchern positiv und realitätsnah darzustellen. Schulbücher, welche die Familie relativieren und zugleich gesellschaftlich kaum relevante Konstellationen (LSBTTIQ)<sup>488</sup> überhöhen, sollen für den Gebrauch an öffentlichen Schulen nicht zugelassen werden.“ Der Sexualkundeunterricht in der Schule dürfe in keinem Fall von „Lobbygruppen“ durchgeführt werden.

Unter dem Titel „Gender Mainstreaming abschaffen“ fordert die AfD, „dass alle Gelder für die Gender-Forschung und diesbezügliche Projekte und Lehrstühle an Hochschulen gestrichen werden“. Gender Mainstreaming als „Norm zur Dekonstruktion der Geschlechterordnung und Auflösung der Ehe von Mann und Frau“ lehne die AfD ab. Projekte und Lehrstühle an Hochschulen sollten helfen, den Wert von Ehe und Familie darzustellen und nicht – wie im Falle von Gender-Studies – genau das Gegenteil bewirken. Ersatzlos abgeschafft werden sollten nach Ansicht der AfD die an baden-württembergischen Universitäten und Hochschulen per Gesetz installierten „sogenannten Gleichstellungsbeauftragten“ sowie das Instrument der Frauenquote. Beides führe in Kombination „regelmäßig zur Diskriminierung von männlichen Stellenbewerbern“.

#### 6.2.2 Landtagswahlprogramm Rheinland-Pfalz: „Einwanderung nach unseren Regeln“

Im Vergleich der Landtagswahlprogramme für den 13. März 2016 fällt das in Rheinland-Pfalz („Mit Herz und Verstand für unser Land“) am gemäßigtsten aus.<sup>489</sup> Mit 30, noch dazu bebilderten Seiten ist es auch das kürzeste. Konfliktreiche Fragen werden gemieden oder deutlich knapper und zurückhaltender behandelt, als dies in den Programmen der anderen beiden Landesverbände der Fall ist.

Einleitend stellt sich die AfD in die Tradition des Hambacher Festes: Das am Rande des Pfälzerwaldes gelegene Hambacher Schloss sei die Wiege der Demokratie in Deutschland, heißt es in der Präambel. Dort habe sich das deutsche Bürgertum 1832 auf dem Hambacher Fest gegen Absolutismus und Kleinstaaterei erhoben: „Die Bürger stellten Forderungen nach nationaler Einheit, Souveränität, Demokratie und Meinungsfreiheit und traten für den Bildungsgedanken der Aufklärung ein.“ Daran will die AfD anknü-

---

**488** Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle, Intersexuelle, Queer

**489** Alternative für Deutschland Rheinland-Pfalz: Mit Herz und Verstand für unser Land - Wahlprogramm des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2016, <http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/11/wahlprogramm-ausfuhrlich.pdf>, abgerufen 29.12.2015

fen: „Im Jahr 2016 tritt das deutsche Bürgertum in der Alternative für Deutschland erneut für die Bewahrung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten ein, für die schon unsere Vorfahren stritten.“

Konsens ist in der AfD die Klage über eine angebliche „Political Correctness“. Entsprechend erklärt die rheinland-pfälzische Partei: „Wir treten für echte Meinungsfreiheit ein und gegen die sogenannte ‚politische Korrektheit‘ und die Tabuisierung von wichtigen Themenfeldern.“

Im Kapitel „Kinder und Familie“ bekennt sich die Partei „klar zum Leitbild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern“. Diese Familien seien für den Fortbestand der Gesellschaft von unersetzbarer Bedeutung. „Andere Formen menschlichen Zusammenlebens, die keinen reproduktiven Beitrag zum Erhalt unseres Landes leisten, verdienen Toleranz und Respekt, nicht aber staatliche Förderung.“ Eine Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit der Ehe lehne man aus diesem Grund ab. Die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare sei für die AfD mit dem Kindeswohl nicht vereinbar.

Abgelehnt wird auch „eine Gender-inspirierte Gleichstellungspolitik, die die durchgehende Vollerwerbstätigkeit beider Eltern als Idealbild anstrebt“, wie es unter der Zwischenüberschrift „Familienschutz statt Genderwahn“ heißt. Ergänzend schreibt die AfD im Kapitel zur Finanzpolitik: „Die Bezahlung von Gleichstellungsbeauftragten, Gender-Lehrstühlen an Hochschulen oder Fußballstadien gehören unserer Meinung nach nicht zu den akzeptablen Landesaufgaben!“

Eingeschränkt sieht die AfD die Informationsfreiheit offenbar insbesondere im Bereich von Kriminalität und Innere Sicherheit. „Um realistische Bewertungen der Kriminalitätsentwicklung und von Täterprofilen zu gewährleisten und daraus erfolgreiche Bekämpfungsmaßnahmen abzuleiten, sind umfassende und ehrliche Angaben zu Tat und Tätern in der Kriminalstatistik notwendig. Die AfD erkennt das Recht der Bürger an, über Verbrechensentwicklungen ohne politische Einflussnahme statistisch korrekt und hinreichend informiert zu werden“, wird im Programm formuliert.

Als Kernaussagen zu „Integration, Einwanderung und Asyl“ werden festgehalten:

- „Asylrecht bewahren, Missbrauch verhindern, konsequent abschieben
- Einwanderung nach unseren Regeln
- Integration ist Pflicht, keine Option – Parallelgesellschaften verhindern
- Mut zu Deutschland – Identität fördert Integration
- Einwanderung ist kein Mittel gegen Geburtenrückgang“

Das Asylrecht könne aber nur dann „in seiner jetzigen Form langfristig aufrecht erhalten werden, wenn es zügig und ohne Missbrauch umgesetzt wird“. EU und „Altparteien“

hätten in diesem Bereich seit Jahren versagt, „was eine große und weiter steigende Belastung für unser Land und eine Gefahr für die tatsächlich Asylberechtigten darstellt“. Der „Missbrauch des Asylrechts“ und die Betätigung von Menschenhändlern und Schleusern müssten konsequent bekämpft werden, meint die AfD und nennt als weitere Forderung eine wirksame Absicherung der Außengrenze Europas gegen illegale Einwanderung. Registrierungsstellen für Asylbewerber sollten schon außerhalb, spätestens aber an den Grenzen der Europäischen Union eingerichtet werden. „Grenzkontrollen sind kein Widerspruch zur Freizügigkeit innerhalb der EU“, meint die AfD. Asylberechtigte müssten nach einem fairen Verfahren auf ganz Europa verteilt, Verfahren beschleunigt und „abgelehnte, kriminelle und extremistische Asylbewerber umgehend abgeschoben“ werden. Antragsteller aus sicheren Herkunftsländern seien „unverzüglich abzuweisen“.

Zurückhaltender als andere Landesverbände formuliert die rheinland-pfälzische AfD ihre Forderungen zum Thema „Integration“. Dort heißt es unter anderem, die doppelte Staatsbürgerschaft müsse „die Ausnahme“ bleiben. Die religiöse Betätigung von Zuwanderern habe sich vollständig im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bewegen und unsere Kultur und Gesellschaft zu respektieren. Sie dürfe nicht zur Bildung von Parallelgesellschaften beitragen.

### 6.2.3 Landtagswahlprogramm Sachsen-Anhalt: Abschied vom individuellen Grundrecht auf Asyl

Das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt trägt einen doppelten Titel „Die Stimme unser Bürger – Unser Programm!“ und „Wir für unsere Heimat“.<sup>490</sup> Der erste Teil lässt sich fast als Idealdefinition dessen verstehen, was populistische Parteien zu sein vorgeben: die Partei als „Bürgerbewegung“, zumindest aber als direktes Sprachrohr für Bürgerinteressen, in Abgrenzung zu „Altparteien“ und „abgehobenen Berufspolitikern“, die diesem Anspruch nicht gerecht werden könnten.

Bereits in der Präambel des mit knapp 70 Seiten recht umfangreichen Textes werden wichtige Elemente der aktuellen Themenschwerpunkte der AfD – über ein Grundsatzzprogramm verfügte die Partei noch nicht, als das Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt beschlossen wurde – aufgegriffen. Dazu gehören:

---

**490** Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt: Die Stimme der Bürger - unser Programm! - Wahlprogramm - Zur Landtagswahl am 13. März 2016 - Wir für unsere Heimat, <http://www.afd-lsa.de/start/wahlprogramm-2016/>, abgerufen 30.12.2015

- eine ganz grundsätzliche Kritik an der Politik der letzten Jahre unter nationalistischen Vorzeichen: Die „heutige Politik“ erfülle „mit gekrümmtem Rücken fremde Vorgaben, anstatt sich aufrichtig für die Interessen unseres Landes einzusetzen“.
- die grundsätzliche Alternative dazu in Gestalt der AfD: „Wir, die Alternative für Deutschland, sind angetreten, genau das zu ändern! Wir haben den Mut, uns vorrangig für die Interessen unseres eigenen Landes einzusetzen. Dem linken Zeitgeist halten wir unseren gesunden Menschenverstand und unsere Heimatliebe entgegen.“ Dabei geriert sich die AfD als authentische Erbin der Wende von 1989: „Wir haben uns die Demokratie in der friedlichen Revolution von 1989 erkämpft, um sie mit Leben zu füllen, und nicht, um miterleben zu müssen, wie sie langsam aber stetig vergeht.“
- die Kritik an der Migrations- und Asylpolitik der letzten Jahre: „Die zügellose Masseneinwanderung bedroht unseren bescheidenen Wohlstand und unseren inneren Frieden.“
- die Kritik an der Erinnerungs- und Geschichtspolitik der letzten Jahre: „Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.“
- die Ablehnung der Europäischen Union in der Gestalt, die sie sich über Jahrzehnte gegeben hat: „Wir streben [...] einen freien Bund souveräner Nationalstaaten innerhalb Europas an – ein Europa der Vaterländer.“
- die Kritik an einer angeblichen „political correctness“: „Ebenso haben wir uns 1989 das Recht auf Meinungsfreiheit nicht erkämpft, um es anschließend auf dem Altar einer abstrusen ‚politischen Korrektheit‘ zu opfern.“
- ein durchaus illiberal zu nennendes Verständnis von gesellschaftlicher Liberalität: „Freiheit stärkt ein Gemeinwesen aber nur dann, wenn sie ihre Grenzen kennt und zum Wohle des Ganzen gebraucht wird. Ein gesunder Patriotismus und Heimatverbundenheit garantieren, dass Freiheit nicht in Zerstörung mündet.“
- die Betonung einer „regionalen und nationalen Identität“: Ihre Stärkung und Pflege müsse zur Aufgabe der Politik gemacht werden.
- die Kritik an einer sich modernisierenden Gesellschaftspolitik, insbesondere auch an einer Politik der Gleichstellung der Geschlechter: „Wir wehren uns gegen lebensfremde Gesellschaftsexperimente, die den Wandel der Geschlechterrollen manipulieren und einen neuen, geschlechtsneutralen Menschen erschaffen wollen.“

Im Kapitel zur Familienpolitik heißt es, sie müsse „stets primär die traditionelle Familie im Fokus haben und darf nicht über die Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik definiert werden“. Allen Versuchen, den ursprünglichen Begriff „Familie“ auf weitere Gemeinschaften auszudehnen und so den grundsätzlich garantierten Schutz der Familie zu relativieren, trete die AfD „entschieden entgegen“. Ausdrücklich erklärt die Partei, die



eingetragene Lebenspartnerschaft sei „etwas anderes als die Ehe von Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen können und die unter dem besonderen Schutz des Staates“ stehe. „Eine vollumfängliche rechtliche Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft, die sog. ‚Homo-Ehe‘, lehnen wir deshalb strikt ab.“ Dies gelte insbesondere für das Adoptionsrecht. Zugleich wendet sich die AfD gegen eine „Früh- und Hypersexualisierung“ in Kindergarten und Schule: Sexualekundeunterricht müsse mit der körperlichen und seelischen Entwicklung von Kindern Schritt halten. „Sie darf nicht zu früh ansetzen sondern gehört in die Zeit der Pubertät.“ Das „gesellschaftspolitische Experiment der Gender-Ideologie lehne man strikt ab, „da es unserer Wertevorstellung entgegensteht“. Grundsätzlich will die AfD Eltern eine Wahlfreiheit zwischen einem Schul- und dem Hausunterricht für ihre Kinder einräumen: „Schulpflicht ist durch Unterrichtspflicht zu ersetzen.“

Zur Bildungspolitik heißt es, Schulen müssten neben grundlegenden Kulturtechniken ebenso „die klassisch preußischen Tugenden“ vermitteln. Genannt werden „Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein“. Zugleich müssten Sekundarstufe I und II einen „positiven Bezug zu Deutschland fördern“. Die weiterführenden Schulen sollten auch Staatsbürger heranzubilden: „Dazu gehören ein grundsätzlich positiver Bezug zum eigenen Land und eine gefestigte Nationalidentität.“ Die deutsche Geschichte und die Geschichte Sachsen-Anhalts böten genügend Anknüpfungspunkte. An den Universitäten sollten nach Ansicht der AfD Gender-Studien vom Lehrplan verschwinden. „Wir wehren uns gegen eine schleichende Relativierung des klassischen Fächerkanons.“ Geschlecht sei keine geisteswissenschaftliche Disziplin. „Wir fordern deshalb, alle auf die Kategorie ‚Geschlecht‘ bezogenen Lehrstühle zu streichen und wieder jenen ordentlichen Universitätsfächern zurückzugeben, denen sie zuvor weggenommen wurden.“

Die „Pflege der deutschen Leitkultur“ fordert die AfD in der Kulturpolitik des Landes: „Die Internationalisierung aller Lebensbereiche, die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf deutschem Boden und der fehlende Mut zu unserer deutschen Leitkultur schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährden auf lange Sicht die Demokratie selbst.“ Dem wolle die AfD „mit einer Kulturpolitik gegensteuern, die in der Pflege einer deutschen Leitkultur eine sehr wichtige Aufgabe begreift und so dafür Sorge trägt, dass auch und gerade die integrationswilligen Einwanderer sich verstärkt mit unserem Land identifizieren“. Aufgaben erkennt die Partei dabei auch für die heimischen Kulturanbieter. Unter der Überschrift „Identitätsstiftende Kulturpflege statt nichtssagender Unterhaltung!“ heißt es: „Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern.“ Die Bühnen des Landes sollten „neben den großen klassischen internationalen Werken stets auch klassische

deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen“.

Besonders ausführlich fiel das Kapitel „Zuwanderung, Asyl und Integration“ aus. Dort heißt es: „Durch den ungebremsten Zustrom von Millionen von Einwanderern, die unsere Sprache nicht sprechen, die aus Kulturen stammen, die uns zutiefst fremd sind, und die zumeist über keine besondere Qualifikation verfügen, werden Parallelgesellschaften zementiert.“ Soziale Spannungen in einem bislang ungekannten Ausmaß kämen auf das Land zu. Anzustreben sei „eine qualifizierte Zuwanderung nach strengen Regeln“. Und weiter: „Sie darf weder dazu führen, dass unser geschichtliches Bewusstsein, unsere Kultur und unsere Lebensweise verdrängt werden, noch, dass die Reallöhne sinken oder den Entwicklungs- und Schwellenländern die dort dringend benötigten Fachkräfte dauerhaft entzogen werden.“ Zwar heißt es im Titel eines Unterkapitels: „Ja zum Asylrecht — Nein zum Missbrauch!“ Faktisch aber verabschiedet sich die AfD vom Grundrecht nach Artikel 16: „Wir fordern eine maximale Aufnahmequote für tatsächlich politisch Verfolgte und Flüchtlinge festzulegen, die sich am Willen der Bevölkerung orientiert und die daraus resultierenden Kosten nicht außer Acht lässt.“ Zur Integration von Migranten meint die AfD: „Gebraucht werden keine an die Bevölkerung gerichteten Kampagnen für Weltoffenheit, eine staatlich verordnete ‚Willkommenskultur‘, ‚Aufnahmebereitschaft‘ oder Antidiskriminierungsschulungen, sondern eine an die Einwanderer gerichtete aktivierende Integrationspolitik und Förderung der Integrationswilligkeit.“ Betont wird in diesem Kapitel der Wert einer „Identität“: „Unsere kulturelle Identität ist die Antwort auf die Frage, wer wir sind.“ Identität sei der Kern unserer Existenz. „Was heißt es, Deutscher zu sein? Welches Verhalten, welche Sitten und Gebräuche gehören hier her und welche nicht? Wo verläuft die Grenze zwischen dem Eigenen und dem Fremden? Wir brauchen einen breiten Konsens darüber, wie diese Fragen zu beantworten sind, damit unsere Gesellschaft nicht auseinander fällt.“ Diese Identität habe sich im Laufe vieler Jahrhunderte besonders aus den Traditionen des christlichen Abendlandes entwickelt. Nationale Traditionen, Symbole und Vorstellungen müssten von Einwanderern akzeptiert werden.

Klar ist für die AfD: „Der Islam gehört [...] nicht zu unserer Identität.“ Er habe „unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt“. Das hat ganz praktische Folgen: „Auch ohne Großmoscheen mit Minaretten“ sei „die private Religionsausübung muslimischer Mitbürger (...) in Sachsen-Anhalt“ möglich. Solche Bauprojekte, insbesondere wenn sie tief in historisch gewachsene Stadtbilder eingreifen würden, müssten erst von der „ansässigen deutschen Bevölkerung akzeptiert und dürfen nicht gegen deren Willen errichtet werden“. Bürger müssten in solche Planungen frühzeitig einbezogen werden und gegebenenfalls über Bürgerentscheide ihrem Willen Ausdruck verleihen können.

Ebenfalls im Kapitel „Identität“ wendet sich die AfD gegen eine angebliche sprachliche „Political Correctness“; zugleich plädiert sie dafür, die deutsche Sprache zu pflegen. „Durch Sprachregelungen, Euphemismen und Sprechverbote wird derzeit in Deutschland versucht, eine in der Gender- und Gleichstellungsideologie fundierte Weltanschauung durchzusetzen und kritisches Denken einzuschränken“, klagt die Partei. Die AfD wende sich entschieden gegen „derartige Sprachvorgaben in Ministerien, öffentlichen Einrichtungen, Medien und Schulen“. Zugleich erklärt die Partei: „Wir wollen weniger Anglizismen und Englisch im öffentlichen Sprachgebrauch und fordern stattdessen die Pflege der deutschen Sprache.“ Die AfD verlange, „dass das Land Sachsen-Anhalt Richtlinien erlässt mit dem Ziel, unnötige Anglizismen im amtlichen Sprachgebrauch zu vermeiden“. Es gelte, die deutsche Sprache zu schützen und zu erhalten.

Abgelehnt wird das derzeitige System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Es gehöre nicht zu den Aufgaben des Staates, „einen mithilfe von horrenden Zwangsabgaben künstlich aufgeblähten Staatsfunk zu unterhalten“. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse „drastisch verschlankt“ werden. Sachsen-Anhalt müsse den Rundfunkstaatsvertrag einseitig aufkündigen und so das „GEZ-System“ zur Neuordnung zwingen. Ziel solle „die Abschaffung der GEZ“ sein. „Der staatliche Rundfunk soll künftig aus ein bis zwei Kanälen bestehen, die der Grundversorgung der Staatsbürger mit Informationen dienen und dabei ein strenges Neutralitätsgebot zu beachten haben.“

Ungewöhnlich ist, dass sich in einem Programm zu einer Landtagswahl Aussagen zur Bundeswehr finden. Die AfD wende sich entschieden gegen Beleidigungen oder Verunglimpfungen deutscher Soldaten, heißt es dort. Man verurteile jegliche Sachbeschädigungen oder Zerstörungen an militärischen Geräten und Liegenschaften. Anschließend geht es um die Bundeswehr an sich: „Die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes muss uneingeschränkt aufrecht erhalten werden. Deutsche Streitkräfte müssen unter deutschem Befehl stehen.“

Im selben Kapitel spricht sich die AfD dafür aus, „an besonderen Brennpunkten“, wie es heißt, eine kommunale freiwillige Bürgerwehr einzuführen. Sie solle ausdrücklich nicht der Entlastung des Haushaltes, sondern der Verbesserung der Sicherheitslage bei gleichbleibenden Mitteln dienen. Sie dürfe auch keine regulären Polizeistellen ersetzen. „Eine solche kommunale Bürgerwehr an Brennpunkten der Kriminalität wird Straftäter abschrecken, Straftaten vereiteln und dazu beitragen, dass die Aufklärungsquote steigt.“

## 6.3 AfD im Wahlkampf

### 6.3.1 Baden-Württemberg

Insbesondere Jörg Meuthen, einer der drei Landessprecher in Baden-Württemberg und das eigentliche „Gesicht“ des Landesverbandes, bemühte sich, die AfD als „konservativ-liberale bürgerliche Partei“ darzustellen.<sup>491</sup> Ihrem Programm sei „jede Radikalität fremd“. Die Vorwürfe von Rechtspopulismus, Rassismus und Rechtsradikalismus seien „haltloser Quatsch“, der nur eines belege: die Verzweiflung des politischen Gegners angesichts der anhaltenden AfD-Erfolge, erklärte Meuthen beim politischen Aschermittwoch seiner Partei in diesem Jahr.<sup>492</sup>

Mit einer Regierungsbeteiligung nach der Wahl im März rechnete er im Vorfeld des Urnengangs nicht: „Wir werden in der Opposition bleiben, da eines sicher sein dürfte, dass nämlich keine der anderen im Landtag vertretenen Parteien derzeit mit uns an einer Koalition interessiert ist und wir trotz aller Zuwächse wohl auch nicht eine absolute Mehrheit erreichen werden.“<sup>493</sup> Zur Unwirksamkeit verdammt sah er seine Partei jedoch nicht: „Wir machen jetzt bereits Oppositionsarbeit außerparlamentarisch, und die wirkt, das können Sie sehen. Sie können ja sehen, wie sehr die etablierten Parteien sich unseren Positionen etwa in der Migrationsfrage anschließen. Das, wofür man uns vor drei Monaten oder zwei Monaten noch geziehen hat, wir seien äußerst rechtsaußen, das ist jetzt ungefähr das, was jetzt Herr Gabriel, Herr Kauder und viele andere vertreten und als die ihren Positionen zu verkaufen versuchen. Dabei übernehmen sie unsere Positionen, für die sie uns vor Kurzem noch geziehen haben. Insofern kann man selbst außerparlamentarisch gute Opposition machen. Innerparlamentarisch kann man es noch besser und das werden wir tun.“

Meuthens Bemühen um Seriosität und Solidität führte sogar dazu, dass er sich in einem Interview ein wenig von seinem Landtagswahlprogramm absetzte, zumindest was die Wortwahl betrifft. Bei einem Landesparteitag, der das Programm im Oktober 2015

---

**491** AfD Baden-Württemberg: AfD Prof. Dr. Jörg Meuthen Videobotschaft 2/2016, vom 9.2.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=IFi8VyZLYL4>, abgerufen 16.2.2016

**492** Alfred Wiedemann: AfD wirft bei ihrem Politischen Aschermittwoch den anderen Parteien Dif-famierung vor - Gegen die Etablierten , in Schwäbisches Tagblatt vom 11.2.2016, <http://www.tagblatt.de/Nachrichten/Gegen-die-Etablierten-276335.html>, abgerufen 11.2.2016

**493** Deutschlandfunk: TV-Debatten ohne AfD - „Ein sonderbares Demokratieverständnis“, Jörg Meuthen im Gespräch mit Thielko Grieb, vom 20.1.2016, [http://www.deutschlandfunk.de/tv-debatten-ohne-afd-ein-sonderbares-demokratieverstaendnis.694.de.html?dram:article\\_id=342998](http://www.deutschlandfunk.de/tv-debatten-ohne-afd-ein-sonderbares-demokratieverstaendnis.694.de.html?dram:article_id=342998), abgerufen 15.2.2016

zu beschließen hatte, hatte Meuthen noch von der „exzellenten Qualität unseres Programms“ gesprochen: „Ich finde, wir haben ein phantastisches Landtagswahlprogramm. Ich bin da richtig stolz darauf, was da erarbeitet wurde. Es ist wirklich toll.“<sup>494</sup>

Drei Monate später klang das etwas anders. Journalisten der Stuttgarter Zeitung hielten dem Hochschullehrer Passagen aus dem Text vor:<sup>495</sup> „Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien, allen voran die Bundeskanzlerin, ziehen alle Register der Massenpsychologie und Massensuggestion, um die Bevölkerung zu täuschen. Sie werden darin von einer weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft unterstützt (...) Merkel lockt hunderte Millionen Armutsfüchtlinge nach Deutschland. Wird dieser Zustrom nicht gestoppt, ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt“, hieß es im Programm. Die Interviewer schlossen an das Zitat die Frage an: „Sind solche Sätze liberal, konservativ, oder handelt es sich hier nicht um Verschwörungstheorien, die darauf abzielen, die Menschen zu hysterisieren?“ Meuthen antwortete zunächst etwas unpräzise: „Das eine oder andere Adjektiv hat für mich einen reißerischen Duktus, der nicht unbedingt meiner ist.“ An anderer Stelle sagte er: „Wenn ich den Text allein geschrieben hätte, dann wäre die Diktion an dem einen oder anderen Punkt womöglich etwas moderater.“ Der Begriff der „gleichgeschalteten Presse“ etwa käme ihm „nie über die Lippen“. Dass „Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien, allen voran die Bundeskanzlerin“ nichts anderes als „Hasardeure“ seien, wie es im Programm heißt: Auch diese Aussage mochte Meuthen nicht teilen. Ähnlich äußerte er sich in einem Interview mit dem Reutlinger General-Anzeiger.<sup>496</sup> Gefragt, was er darunter verstehe, wenn im AfD-Wahlprogramm im Zusammenhang von Flüchtlingen von einer weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft die Rede sei, antwortete er: „Die Print-Medien nehme ich ausdrücklich aus. Zudem ist das Wort gleichgeschaltet historisch kontaminiert. Ich persönlich verwende es deshalb nicht. Was mich allerdings stört, ist oft zu beobachtender wohlwollender Tendenzjournalismus gegenüber dem Kanzleramt seitens der öffentlich-rechtlichen Sender.“

Warum er vielen als „Gemäßigter“ gilt, erklärte Die Zeit so: „Meuthens großer Vorteil ist: Die wirklich unerhörten Dinge sagt er nicht selbst. Muss er auch nicht. Es gibt

---

**494** AfD Baden-Württemberg: AfD Prof. Dr. Jörg Meuthen am 24.10.2015, vom 31.10.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=kkKJykxDZ0>, abgerufen 2.2.2016

**495** Joachim Dorfs und Reiner Ruf: AfD-Spitzenkandidat Jörg Meuthen - „Ich bin kein Brandstifter“, in: Stuttgarter Zeitung vom 28.1.2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-spitzenkandidat-joerg-meuthen-ich-bin-kein-brandstifter.f323ee11-93b9-4aa5-ab5f-fc207df60624.html>, abgerufen 1.2.2016

**496** Davor Cvrlje: Jörg Meuthen: „Nils Schmid ist ein Zünder“, in Reutlinger General-Anzeiger vom 19.2.2016, <http://www.gea.de/nachrichten/politik/joerg+meuthen++nils+schmid+ist+ein+zuendler.4663791.htm>, abgerufen 20.2.2016

ja, nicht nur in Person des Thüringers Björn Höcke, genug Leute in der AfD, die immer weiter in völkische Gefilde vordringen. Die vom ‚deutschen Widerstand‘ raunen und der ‚tausendjährigen Zukunft‘ Deutschlands. Oder Dinge über Waffengewalt gegen Flüchtlinge sagen, die mindestens missverständlich sind. All das ermöglicht es Meuthen erst, sich als letzten gemäßigten Professor an der Parteispitze zu inszenieren.“<sup>497</sup>

Als solcher war Meuthen auch gefordert, als mitten im Wahlkampf berichtet wurde, dass AfD-Mitglieder vier Wochen vor dem Wahltermin an einer fremdenfeindlichen Aktion im sächsischen Clausnitz beteiligt waren. Meuthen drohte ihnen laut einem Bericht des Handelsblattes harte Konsequenzen an.<sup>498</sup> „Die AfD lehnt jedwede Bedrohung von Migranten, geschehe sie in oder vor Unterkünften oder bei Transporten zu Unterkünften oder wo auch immer - kategorisch ab“, sagte er. „Soweit Mitglieder der AfD an dem Geschehen in Clausnitz beteiligt waren, wird dies für sie parteirechtliche Konsequenzen haben. Für menschenfeindliche Gesinnung ist in der AfD kein Platz.“ Position der AfD sei nach wie vor, „dass sich die Proteste der Bürger gegen die chaotische Asylpolitik der Bundesregierung stets nur gegen die Regierung zu richten“ hätten, „nicht jedoch gegen die Migranten, denen ihr Gesuch um Aufnahme in unser Land nicht vorzuwerfen ist, wenn ihnen die Möglichkeit dazu eröffnet wird“.

Konterkariert wurde Meuthens Versuch, seine Partei als bürgerlich und nicht radikal zu präsentieren, zuweilen durch eigene Kandidaten. Zum Beispiel durch den Stuttgarter Gemeinderat Heinrich Fiechtner, der im Wahlkreis Göppingen schließlich ein Mandat erlangte. Zur Flüchtlingspolitik erklärte er, die Syrer würden nur „kleine Kinder mit großen Augen vorschicken“.<sup>499</sup> Zu Kanzlerin Merkel fiel ihm ein: „Sie ist eine Verbrecherin am deutschen Volk und den europäischen Völkern.“

Zu Gast im baden-württembergischen Landtagswahlkampf war auch der für seine radikalen Töne bekannte Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzende Höcke. In Geislingen (Landkreis Göppingen) referierte er am 11. Februar u.a. auf Einladung Fiechtners über das Thema Bildungspolitik. Einem Bericht der Stuttgarter Zeitung zufolge forderte er eine Rückbesinnung zu den „preußischen Tugenden“, denn vor allem der junge Mensch

---

**497** Lenz Jacobsen: AfD-Wahlkampf - Professor Meuthen wählt die Macht, in Zeit Online vom 11.2.2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-02/afd-politischer-aschermittwoch-blaubeuren>, abgerufen 11.2.2016

**498** Dietmar Neuerer: AfD-Mitgliedern droht Parteiausschluss, in Handelsblatt vom 24.2.2016, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/clausnitz-afd-mitgliedern-droht-parteiausschluss/13007718.html>, abgerufen 24.2.2016

**499** Eberhard Wein: AfD-Kandidat für Landtagswahl in Göppingen - „Angela Merkel ist eine Verbrecherin am deutschen Volk“, in: Stuttgarter Zeitung vom 10.2.2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-kandidat-fuer-landtagswahl-in-goeppingen-angela-merkel-ist-eine-verbrecherin-am-deutschen-volk.a04b8fce-a8b2-445e-a8b2-dd8d8c0bab97.html>, abgerufen 11.2.2016



brauche Orientierung.<sup>500</sup> Für den aus seiner Sicht beklagenswerten Zustand der Schulen machte er das „das verbrauchte Altparteienkartell“ verantwortlich und forderte zum Kampf gegen eine „praktizierte Zeitgeist-Diktatur“ auf. Höcke: „Unsere Gesellschaft ist sterbenskrank.“ Hauptursache sei eine Kulturrevolution der 68er. In der Bildungspolitik seien nur Ideologen am Werk. Dabei glaube er nicht mehr an einen Zufall: „Die Verblödung unserer Kinder geschieht mit Vorsatz.“ Dadurch würden sie vom Staat manipulierbar. Ähnlich äußerte er sich bei einem Wahlkampfauftritt in Unterballbach (Main-Tauber-Kreis).<sup>501</sup> Dort war er bei der stellvertretenden Landesvorsitzenden Christina Baum zu Gast, die ebenfalls ins Stuttgarter Parlament gewählt wurde. Bei einer Demonstration in Erfurt hatte sie erklärt, Merkel wolle „Deutschland in ein multikulturelles Krisengebiet verwandeln“. <sup>502</sup> Baum beklagte im Wahlkampf, in den Kindergärten würden Kinder zu homosexuellen Handlungen und Masturbation animiert. Ziel dieser und anderer Maßnahmen der Frühsexualisierung, die von der etablierten Politik betrieben werde, sei „Freiheit für die Pädophilen und Sex ab zwölf Jahren“. <sup>503</sup>

Regional machte auch der Neu-Parlamentarier Wolfgang Gedeon Schlagzeilen, der in Konstanz kandidierte. In der Vergangenheit fiel er dadurch auf, dass er behauptete, die deutsche Politik sei von DDR-Kadern gekapert<sup>504</sup> und im Jahr 2020 werde es in Deutschland zum Bürgerkrieg kommen. Gedeon riet: „Flüchtlinge vor die Grenze setzen und die Grenzen schließen.“ Das Argument Menschlichkeit war für ihn „nur Moralisieren“ und eben „Schmarrn“. <sup>505</sup> Bei einem Wahlkampfauftritt in Windegg klagte er,

- 
- 500** Dieter Fuchs: Umstrittener AfD-Politiker in Geislingen - Björn Höcke lässt sich bejubeln, in: Stuttgarter Zeitung vom 12.2.2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.umstrittener-afd-politiker-in-geislingen-bjoern-hoecke-laesst-sich-bejubeln.3363698b-8083-498d-acc1-062f3e1546e2.html>, abgerufen 12.2.2016
- 501** Michael Czygan: Drinnen Jubel, draußen Demo, in Mainpost vom 20.2.2016, <http://www.gea.de/nachrichten/politik/joerg+meuthen++nils+schmid+ist+ein+zuendler.4663791.htm>, abgerufen 21.2.2016
- 502** Roland Muschel: Wie die AfD in Baden-Württemberg um Stimmen kämpft, in Badische Zeitung vom 27.2.2016, <https://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/wie-die-afd-in-baden-wuerttemberg-um-stimmen-kaempft--118870884.html>, abgerufen 27.2.2016
- 503** Dieter Fuchs und Knut Krohn: Eine Partei zwischen zwei Polen - Die AfD begibt sich auf Kurssuche, in Stuttgarter Zeitung vom 17.3.2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.eine-partei-zwischen-zwei-polen-die-afd-begibt-sich-auf-kurssuche.94165ade-5f42-4544-9542-50469f45d4c1.html>, abgerufen 24.4.2016
- 504** Rüdiger Soldt: AfD in Baden-Württemberg - Meuthen hui, innen pfui, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.2.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/vor-der-wahl-die-masslosigkeit-der-afd-anhaenger-14090781.html>, abgerufen 26.2.2016
- 505** Georg Becker: Landtagswahl: Es gibt kein Recht auf Sympathie, in Südkurier vom 26.2.2016, <http://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/stockach/Podiumsdiskussion-der-Landtagskandidaten-AfD-Kandidat-Gedeon-zeichnet-duesteres-Bild;art372461,8547262>, abgerufen 26.2.2016



Assad und Putin seien Opfer einer „Buhmannpolitik“, die USA dagegen verantwortlich für den Bürgerkrieg in Syrien und das Asylproblem.<sup>506</sup> Die Islamisierung Europas sei ein „Bauernopfer“ der Amerikaner, um sich mit der Türkei als Verknüpfungspunkt von Europa und Asien gut zu stellen. Deutsche würden hingegen in einer fremden Kultur aufgehen: „Die ethnokulturelle Existenz Deutschlands ist im Grunde gefährdet.“ Die Deutschen müssten „lernen, dass sie für sich und Deutschland verantwortlich sind und nicht für die ganze Welt. Wir sind jetzt mutterseelenallein mit unserem Wahn“. In einer seiner früheren Schriften notierte Gedeon: „Offensichtlich ist es das Ziel der Berliner und Brüsseler Politik, den deutschen Staat via EU und das deutsche Volk via Verdünnung in einer multikulturellen Zuwanderungsgesellschaft vollständig aufzulösen.

In seinem Wahlkreis in Calw erfolgreich war auch der pensionierte Mediziner Heinrich Kuhn, der Deutschland eine „Parteiendiktatur“ nannte und den Klimawandel für „die Erfindung einer amerikanischen Werbeagentur“ hält, „die im Jahr 1986 aus dem CO2-Ausstoß Profit schlagen wollte“.<sup>507</sup>

Bernd Gögel, im Enz-Kreis gewählt, wurde durch einen gewagten historischen Vergleich auffällig. An die Pforzheimer Zeitung schrieb er in einem Leserbrief: „So wie Sie zurzeit über Russland, berichteten im August 1939 Zeitungen und Rundfunk fast täglich über Grenzverletzungen und Gewaltakte der Polen. Heute marschiert zwar nicht mehr die SA aber dafür die komplette gleichgeschaltete Presse im ideologischen kriegstreibenden Gleichschritt.“<sup>508</sup>

Carola Wolle, im Wahlkreis Neckarsulm mit einem Mandat versehen, bedauerte in einem Facebook-Eintrag: „Der wirksamen (möglichst dennoch gewaltfreien) Bekämpfung der ‚Migrationswaffe‘ stehen beharrlich Humanitätsduselei und Mitgefühl im Wege.“<sup>509</sup>

Freilich arbeiten in Baden-Württemberg auch einige Kreisverbände, denen die Rechtsentwicklung der Partei zu weit zu gehen scheint. So sagte der Kreisverband Zollernalb eine für den 26. Februar geplante Wahlkampfveranstaltung mit der Europaabgeordneten Beatrix von Storch ab - explizit mit Verweis auf ihre „nicht zu rechtfertigenden Äuße-

---

**506** Isabelle Arndt: AfD-Landtagskandidat Wolfgang Gedeon warnt vor Islamisierung, in Südkurier vom 2.3.2016, <http://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/singen/AfD-Landtagskandidat-Wolfgang-Gedeon-warnt-vor-Islamisierung;art372458,8559941>, abgerufen 5.3.2016

**507** Julia Bähr: AfD in Baden-Württemberg - Eigentlich alle ganz lieb?, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.3.2016, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/die-afd-in-baden-wuerttemberg-vor-der-landtagswahl-14119257.html>, abgerufen 24.4.2016

**508** Ebd.

**509** Ebd.

rungen“ zur Flüchtlingspolitik, wie der Schwarzwälder Bote berichtete.<sup>510</sup> Von Storch hatte in Balingen über „Familienpolitik auf der Basis eines christlichen Menschenbildes“ sprechen sollen. Dafür indes sei der Rahmen angesichts vorheriger Äußerungen von Storchs – gemeint waren offensichtlich ihre Aussagen zum Schusswaffengebrauch an den Grenzen – nicht mehr gegeben gewesen, befand der örtliche Landtagskandidat Stefan Herre, dem am 13. März der Sprung ins Parlament glückte. Mit ihren Äußerungen habe sich von Storch „ins politische Abseits manövriert“. Herre: „Mein ganzer Einsatz dient dem Ziel, dass die AfD eine bürgerliche, seriöse und konservativ-liberale Alternative ist und bleibt. Deshalb muss ein Zeichen der Abgrenzung gegen solche Äußerungen gesetzt werden.“

### 6.3.2 Rheinland-Pfalz

Auch die AfD in Rheinland-Pfalz profitierte vom gesellschaftspolitischen Klimawandel in Sachen Asyl. Sie diente nach Einschätzung der Nachrichtenagentur dpa als Auffangbecken für all die Ressentiments gegen Flüchtlinge, wie sie seit Jahresbeginn weiter zugenommen hätten.<sup>511</sup> Der Landesvorsitzende Uwe Junge sprach von der „massenhaften unregelmäßigen Zuwanderung von jungen Männern aus allen Konfliktregionen dieser Welt“ und von „massenhaft einreisenden Analphabeten“. Der Bundesregierung und den „Altparteien“ warf der 58-jährige Bundeswehroffizier „pflichtvergessenes und gegen unser eigenes Volk gerichtetes Treiben“ vor, dem seine Partei „entschiedenen Widerstand entgegensetzen“ werde.

Junge versuchte im Wahlkampf, seine Partei als ausdrücklich „bürgerlich-konservative Alternative für Deutschland“ darzustellen.<sup>512</sup> Bei einer Wahlkampfveranstaltung Anfang Februar in Bad Breisig erklärte er: „Was im Osten vor 5000 bis 6000 Leuten ankommt, kommt bei uns nicht an.“<sup>513</sup> Gedacht war dies offenbar als Abgrenzung zu Thüringens Landes- und Fraktionsvorsitzendem Höcke, der im rheinland-pfälzischen Wahlkampf – anders als in Baden-Württemberg - nicht auftrat. „Keine andere Partei in Deutschland

---

**510** Ebd.

**511** Schwarzwälder Bote: Zollernalbkreis - AfD lädt umstrittene Politikerin Beatrix von Storch aus, vom 4.2.2016, <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.zollernalbkreis-afd-laedt-umstrittene-politikerin-beatrix-von-storch-aus.82d1087f-dc61-4d7f-8486-adafef882782.html>, abgerufen 4.2.2016

**512** Peter Zschunke: Drei Kinder pro Frau und Ende des „Genderwahns“, in: Die Welt vom 26.1.2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article151464206/Drei-Kinder-pro-Frau-und-Ende-des-Gen-derwahns.html>, abgerufen 26.1.2016

**513** AfD Rheinland-Pfalz: Junge (AfD) zu SWR-Politrend: Wähler belohnen Mut zur Wahrheit der AfD!, vom 11.2.2016, <http://www.alternative-rlp.de/junge-afd-zu-swr-politrend-waehler-belohnen-mut-zur-wahrheit-der-afd-pressemeldung>, abgerufen 11.2.2016

bekannt sich so klar und eindeutig zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur Volksdemokratie wie diese AfD“, sagte Junge beim Wahlkampfauftakt seiner Partei Anfang Januar in Mainz.<sup>514</sup> Bei der Veranstaltung stellte er unter Beweis, dass er – wenn auch seltener als andere Funktionäre – auch eine schärfere Tonlage beherrscht. Er kritisierte eine „verantwortungslose Erklärung Merkels, die Aufnahmebereitschaft Deutschlands für Flüchtlinge kenne keine Obergrenze“ und schloss daran die Aussage an: „Sie tut das zum Schaden des eigenen Volkes, dem sie geschworen hat, jeden Schaden von ihm abzuwenden. Das ist nichts anderes als Verrat.“

Etwas gewunden setzte sich Junge von Äußerungen Petrys und von Storchs zum Schusswaffengebrauch an der Grenze zur Abwehr von Flüchtlingen ab. In einer Pressemitteilung des Landesverbandes wurde er am 5. Februar einerseits recht klar mit den Worten zitiert: „Für die AfD Rheinland-Pfalz stelle ich nachdrücklich fest: An deutschen Grenzen wird nicht auf Flüchtlinge geschossen, so lange keine bewaffneten Angriffe auf diese Grenzen oder unsere Grenzschrützer erfolgen. Unerwünschte Personen von der illegalen Einreise abzuhalten, ist mit einer Vielzahl anderer Mittel möglich.“<sup>515</sup> Zugleich machte er neben den beiden Parteifunktionärinnen aber auch die Medien für die Diskussion verantwortlich, die die Aussagen Petrys und von Storchs „in verkürzter Form und aus dem Zusammenhang gerissen“ wiedergegeben hätten. Er wende sich gegen Darstellungen, die AfD wolle einen „Schießbefehl“ an der Grenze. Sie seien Teil einer „gegen uns gerichteten Kampagne der Alt-Parteien“.

Es scheine, als gäbe es zwei Uwe Junges, befand Zeit Online:<sup>516</sup> „Den moderaten, konservativen Uwe Junge, der bei aller Skepsis klug und sachlich über Politik und Islam sprechen kann. Und den Populisten Junge, der für etwas Applaus und ein paar Prozentpunkte in den Umfragen gegen das System, gegen Flüchtlinge und gegen den Islam hetzt.“ In dem Bericht wird Junge mit der Aussage zitiert: „Er (der Islam, d. Verf.) wendet sich gegen alles, was unsere Werte ausmacht. Er ist mit unserer weltoffenen Gesellschaft komplett inkompatibel. Er befürwortet Gewalt und verhindert Toleranz und Gleichberechtigung.“

---

**514** Timo Frasch: AfD in Rheinland-Pfalz - Militärisch korrekte Mäßigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.3.2016, [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/in-rheinland-pfalz-verhaelt-sich-die-afd-gemaessigt-14099923-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/in-rheinland-pfalz-verhaelt-sich-die-afd-gemaessigt-14099923-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2), abgerufen 3.3.2016

**515** AfD RLP: Uwe Junge - Wahlkampfauftakt AfD Rheinland Pfalz , vom 7.1.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=hvVc50TUm5M>, abgerufen 11.2.2016

**516** AfD Rheinland-Pfalz: Junge (AfD): An deutschen Grenzen wird nicht geschossen!, vom 5.2.2016, <http://www.alternative-rlp.de/junge-afd-an-deutschen-grenzen-wird-nicht-geschossen-presse-meldung>, abgerufen 11.2.2016

Über weitere populismus-affine Aussagen Junges berichtete die Rhein-Zeitung:<sup>517</sup>  
-über die Flüchtlingssituation: „Die derzeit massenhaft einwandernden Analphabeten – und ich sage das so brutal, weil es der Realität entspricht – die zwangsweise in die hochtechnisierte deutsche Arbeitswelt verfügt werden sollen, werden für uns in der Breite keine Bereicherung sein, sondern eine unkalkulierbare Belastung für die Unternehmen und unseren Sozialstaat. Und das zum Schaden der heimischen Bevölkerung.“

-zum selben Thema: „Lassen wir uns nichts vormachen, meine Damen und Herren: Natürlich wird die Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsektor steigen. Natürlich wird die Quantität, die Qualität der Gesundheitsversorgung für alle sinken. Natürlich wird sich die Wohnungsnot bei günstigem Wohnraum verschärfen. Und natürlich wird die Kriminalität und die terroristische Bedrohung steigen. Natürlich fehlen gut ausgebildete und ausgerüstete Polizisten. Und noch mehr Lehrer. Und natürlich wird das Bildungsniveau im unteren Bereich noch weiter sinken.“

-über den Islam: „Ich habe in Afghanistan gelernt, der so stark verinnerlichte Islam steht gegen alles, was unsere demokratische Grundordnung ausmacht. Er wendet sich gegen jede Toleranz wie Religionsfreiheit, gegen jeden Andersdenkenden, und lehnt insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau vehement ab. Er ist mit unseren freiheitlichen Gesellschaftsmodellen nicht kompatibel, meine Damen und Herren, er gehört eben nicht zu Deutschland. Wer aber diese Realitäten in der Bewertung der Lage und damit die Gefahren für unser Land einfach ausblendet, ist entweder ein Narr oder ein Feind des eigenen Volkes.“

Im Wahlkampf attackierte die AfD nicht nur die „Alt-Parteien“, sondern auch den DGB. Anlass war die von der AfD beklagte Nichteinladung zu zwei Podiumsdiskussionen mit Landtagskandidaten in Neuwied und Idar-Oberstein. Jan Bollinger, Mitglied im AfD-Landesvorstand und Direktkandidat in Neuwied, erklärte, er empfinde dies als „unfair und undemokratisch“.<sup>518</sup> Dem Gewerkschaftsbund warf er eine „Ausgrenzung unerwünschter Stimmen“ vor. Die Funktion von Gewerkschaften als zwar parteipolitisch unabhängig, aber gesellschaftspolitisch nicht neutral verkennend, erklärte Bollinger: „Die Bürger haben einen Anspruch darauf, sich über eine Partei informieren zu können, die ihre Interessen mit Sicherheit in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus parlamentarisch vertreten wird!“

---

**517** Rhein-Zeitung: Dokumentation: Das wählen Sie, wenn Sie das Kreuz bei der AfD setzen, vom 3.3.2016, [http://www.rhein-zeitung.de/landtagswahl2016\\_artikel,-Dokumentation-Das-waehlen-Sie-wenn-Sie-das-Kreuz-bei-der-AfD-setzen-\\_arid,1448513.html](http://www.rhein-zeitung.de/landtagswahl2016_artikel,-Dokumentation-Das-waehlen-Sie-wenn-Sie-das-Kreuz-bei-der-AfD-setzen-_arid,1448513.html), abgerufen 6.3.2016

**518** AfD Rheinland-Pfalz: Bollinger zu Podiumsdiskussion des DGB ohne AfD: undemokratisch!, vom 3.2.2016, <http://www.alternative-rlp.de/bollinger-zu-dgb-podiumsdiskussionen-ohne-afd-undemokratisch-presse-meldung>, abgerufen 11.2.2016

### 6.3.3 Sachsen-Anhalt

In seinem Wahlkampf versuchte Poggenburg, seine Partei als eine „Mitte-Rechts-Partei“ zu präsentieren, die im Landtag konstruktiv für ihre Ziele kämpfen werde und mit einem völkischen Nationalismus nichts zu tun habe.<sup>519</sup> So jedenfalls stellte er seine Partei bei einem Parteitag Ende Januar 2016 dar. Zugleich forderte er, Deutschland müsse seine „Selbstgeißelung“ beenden.

In einem Interview mit dem rechtspopulistischen Magazin Compact beschrieb Poggenburg die AfD als „bürgerliche Partei“.<sup>520</sup> „Die AfD wird sich parlamentarisch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und dem Wählerauftrag nicht entziehen.“ Sogar die Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung stellte er als eine Option dar. Die AfD Sachsen-Anhalt wolle „keine Revolution, unterstützt und fördert aber den friedlichen politischen Protest auf der Straße“. Poggenburg: „Sie glaubt unbedingt an den Parlamentarismus.“

Bei einer Kundgebung in Magdeburg präzisierte Poggenburg seine Einschätzung zur politischen Orientierung und zu den Wahlaussichten seiner Partei. Er rief: „Wir haben jetzt die wirklich historische Chance, eine echte deutschnationale Partei felsenfest im Parlament zu verankern. Nicht mit zehn, nicht mit 15, nein, mit 20 Prozent oder mehr.“<sup>521</sup> Vielleicht werde man sogar zweitstärkste Kraft im Landtag. Poggenburg: „Damit wird in ganz Deutschland das politische Erdbeben deutlich seine Wirkung entfalten.“ An anderer Stelle seiner Rede beschrieb er die AfD als „liberal-nationalkonservative Partei Mitte rechts“ und legte ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab. Die AfD wolle „keine zerstörerische Revolution“, sondern „über eine konstruktive, aber deutliche Reform der parlamentarischen Arbeit die Geschicke unseres Landes zum Besseren wenden“. Erneut griff er Formulierungen auf, die er bereits in früheren Reden verwendet hatte: „Wir wollen endlich diese verordnete Selbstgeißelung beenden, die kollektive Psychose des deutschen Volkes überwinden und ein gesundes Nationalbewusstsein leben dürfen, so wie es in nahezu allen anderen Staaten der Welt, auch in Europa, eine Selbstverständlichkeit ist.“

---

**519** Hagen Eichler: Wahlkampf - Poggenburg: „Ihr werdet uns nicht aufhalten!“, Volksstimme vom 25.1.2016, <http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/wahlkampf-poggenburg-ihr-werdet-uns-nicht-aufhalten>, abgerufen 26.1.2016

**520** Klaus Gröbig: „Wir sind eine bürgerliche Partei“ – Interview mit AfD-Landesvorsitzenden André Poggenburg, in: Compact vom 24.1. 2016, <https://www.compact-online.de/wir-sind-eine-buergerliche-partei-interview-mit-afd-landesvorsitzenden-andre-poggenburg/>, abgerufen 15.2.2016

**521** AfD-Landtags-TV: André Poggenburg: Die AfD ist einfach nicht mehr aufzuhalten!, vom 27.1.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=YYwTWkiZYg&feature=youtu.be>, abgerufen 28.1.2016

Nationale Töne stimmte wiederholt Hans-Thomas Tillschneider an, Direkt- und Listenkandidat der AfD und Vorsitzender der „Patriotischen Plattform“. Beim bereits erwähnten Landesparteitag Ende Januar äußerte er sich zur Bildungspolitik.<sup>522</sup> Dem Bildungssystem fehle nicht mehr Geld, sagte Tillschneider, „sondern Mut zu sich selbst, zur nationalen Eigenart“. Dem Bericht der Magdeburger Volksstimme zufolge bezeichnete er die Pisa-Tests an Schulen, die Umstellung der Hochschulen auf die Abschlüsse Bachelor und Master und das Vordringen der englischen Sprache in der Wissenschaft als von außen gesteuerte Attacken auf deutsche Bildung. „Dieses geistige Vernichtungswerk muss mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Nur wenn wir erhobenen Hauptes in unserer Sprache lehren und forschen, sind wir auch attraktiv für Studenten aus dem Ausland.“

Als störend erwiesen sich im beginnenden Wahlkampf Berichte über die finanzielle Situation Poggenburgs. Im Gespräch mit Compact hatte er auf die Frage, ob er einen Wechsel in die Politik nötig habe, geantwortet: „Ich habe einen kaufmännischen sowie einen handwerklichen Beruf erlernt und mich zum Technischen Betriebswirt weitergebildet. Zur Zeit bin ich freier Unternehmer im Behälterbau. Aus Karrieregründen hätte ich das nicht nötig. Da gibt es in anderen Parteien Leute, die könnten ohne Mandat oder Parteijob zum Sozialfall werden.“<sup>523</sup>

Wenige Tage später stellte sich die Situation anders dar. Bei einer Pressekonferenz<sup>524</sup> räumte Poggenburg ein, dass es wegen nicht geleisteter Offenbarungseide in der Vergangenheit mehrere Haftbefehle gegen ihn gegeben habe. Poggenburg berichtete zudem,

---

**522** Hagen Eichler: Wahlkampf - Poggenburg: „Ihr werdet uns nicht aufhalten!“, Volksstimme vom 25.1.2016, <http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/wahlkampf-poggenburg-ihr-werdet-uns-nicht-aufhalten>, abgerufen 26.1.2016

**523** Klaus Gröbig: „Wir sind eine bürgerliche Partei“ – Interview mit AfD-Landesvorsitzenden André Poggenburg, in: Compact vom 24.1. 2016, <https://www.compact-online.de/wir-sind-eine-buergerliche-partei-interview-mit-afd-landesvorsitzenden-andre-poggenburg/>, abgerufen 15.2.2016

**524** Hendrik Kranert-Rydzy: Parteichef André Poggenburg hat noch mehr Finanz-Ärger, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 1.2.2016, <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/afd-in-sachsen-anhalt-partiechef-andr--poggenburg-hat-noch-mehr-finanz-aerger,20641266,33692588.html>, abgerufen 4.2.2016  
Frankfurter Allgemeine Zeitung: Trotz Haftbefehlen - AfD hält an Poggenburg fest, vom 1.2.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/trotz-haftbefehlen-afd-haelt-an-poggenburg-fest-14046646.html>, abgerufen 4.2.2016

Mitteldeutscher Rundfunk: Negativ-Schlagzeilen um alte Schulden - Poggenburg bleibt AfD-Spitzenkandidat, vom 1.2.2016, [http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/poggenburg-bleibt-spitzenkandidat100\\_zc-a2551f81\\_zs-ae30b3e4.html](http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/poggenburg-bleibt-spitzenkandidat100_zc-a2551f81_zs-ae30b3e4.html), abgerufen 4.2.2016

Stephan Schulz: Wer mit der AfD reden will, muss zum Arzt, in: Veto! - Das Politikblog von MDR Sachsen-Anhalt, vom 2.2.2016, <http://sachsen-anhalt-live.mdr.de/Event/veto-das-politik-blog-von-mdr-sachsen-anhalt/225490388>, abgerufen 4.2.2016



auch beim Finanzamt vor Jahren „in Zahlungsverzug“ geraten zu sein. Ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung wurde seinen Angaben zufolge aber gegen Zahlung von 500 Euro eingestellt.

„Umsturzansprüche oder Bestrebungen, Herrn Poggenburg abzusetzen“, habe es wegen der Meldungen zum Thema im Landesvorstand nicht gegeben, sagte Wahlkampfleiter Daniel Roi. „Vollständig“ habe sich die AfD-Spitze in Sachsen-Anhalt hinter ihren Vorsitzenden gestellt. Poggenburg selbst ließ sogar offen, ob ihm die Schlagzeilen zu seiner Person eher schaden oder sogar helfen könnten: „Wenn die Bürger merken, dass ich aus ihrer Mitte bin und die gleichen Probleme habe, die sie auch haben, weiß ich nicht, ob uns das ein paar Punkte bringt oder ein paar Punkte kostet“, zitierte ihn die Mitteldeutsche Zeitung.

Mit den steigenden Umfragewerten relativierte Poggenburg den fundamentaloppositionellen Gestus seiner Partei.<sup>525</sup> Nachdem die Meinungsforscher der AfD erstmals 17 Prozent attestiert hatten, schrieb Poggenburg auf seiner Facebookseite, die AfD sei „mit dem Anspruch einer starken Opposition in den Wahlkampf gegangen und möchte als solche auch in den Landtag einziehen und den Wählerauftrag umsetzen“. Daran habe sich grundlegend nichts geändert. Er schloss freilich die Aussage an: „Sollte Schwarz-Rot keine Mehrheit mehr finden, wovon fast auszugehen ist, stellt sich zwangsläufig die Frage nach einer Regierungsbildung mit der AfD. Es gäbe dann bspw. die Möglichkeit der Tolerierung einer Minderheitsregierung oder eine Regierung Schwarz-Blau, auch wenn die CDU dies bis dato ablehnt.“ Eine Koalition „mit der CDU und deren Merkel-Kurs bei der Asylpolitik und anderen Themenbereichen“ sei für die AfD zwar völlig ausgeschlossen. Einem Koalitionsgespräch werde sich die AfD jedoch „als ideologiefreie und sachorientierte Partei“ nicht verschließen. „Sollte sich dabei wider Erwarten herausstellen, dass die Schwerpunkte der AfD durchgesetzt und somit dem Wählerauftrag in Regierungsverantwortung zum Wohle unseres Landes nachgekommen werden kann, darf auch dieser Gedanke nicht von vornherein ausgeschlossen sein. Das nämlich unterscheidet Sachpolitik von Ideologiepolitik!“ Bedingungen für eine eventuelle Tolerierung nannte er keine.

---

**525** Andre Poggenburg: Opposition oder Regierung?, vom 17.2.2016, <https://www.facebook.com/poggenburg/posts/1280693041945989>, abgerufen 21.2.2016



## 6.4 Wahlanalyse: Das Thema ‚Flucht‘ beherrscht die Agenda

61 weitere Landtagsmandate errang die AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Legt man die Unterzeichnung der „Erfurter Resolution“ und eine führende Tätigkeit bei der „Patriotischen Plattform“ als Kriterium für eine Zugehörigkeit zum rechten Flügel der Partei zugrunde, können mindestens zwei Dutzend neue Abgeordnete diesem rechten Flügel zugerechnet werden.<sup>526</sup> Statt in nur fünf Landesparlamenten wird die selbst ernannte „Alternative für Deutschland“ künftig in acht Vertretungen präsent sein.

### 6.4.1 Sachsen-Anhalt

Wie erwartet, schnitt die AfD in Sachsen-Anhalt besonders stark ab. Mit 272.496 Zweitstimmen bzw. 24,3 Prozent<sup>527</sup> und 25 Abgeordneten zieht sie als zweitstärkste Partei nach der CDU ins Magdeburger Parlament ein. Die Hälfte der Abgeordneten zählte 2015 zu den bekannt gewordenen Unterzeichnern der „Erfurter Resolution“.

15 der 43 Wahlkreise gewann die AfD direkt (CDU 27, Linke 1).<sup>528</sup> Besonders hohe Ergebnisse erzielten dabei Volker Olenicak in Bitterfeld (33,4 %), Gottfried Backhaus in Querfurt (33,1 %), Willi Mittelstädt in Merseburg (32,3 %) und Matthias Büttner in Staßfurt (32,1 %). In ihren Wahlkreisen erfolgreich waren auch der Landesvorsitzende André Poggenburg (Zeitz, 31,6 %) und der Sprecher der „Patriotischen Plattform“, Hans-Thomas Tillschneider (Bad Dürrenberg-Saalekreis, 30,9 %).<sup>529</sup>

Als wahlentscheidende Themen nannten die AfD-Wähler die Themen Flüchtlinge (56 %), soziale Gerechtigkeit (42 %), innere Sicherheit (27 %) sowie Wirtschaft und Arbeit (25 %).<sup>530</sup>

---

**526** Rainer Roeser: AfD: Unübersehbare Rechtsdrift, in *blick nach rechts* vom 14.3.2016, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-un-bersehbare-rechtsdrift>, abgerufen 14.3.2016

**527** Landeswahlleiterin/Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Sachsen-Anhalt Vorläufiges Ergebnis, <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/erg/kreis/lt.15.ergtab.frametab.html>, abgerufen 23.4.2016

**528** Landeswahlleiterin/Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Gewählte Abgeordnete Vorläufiges Ergebnis, <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/fms/fms21116.html>, abgerufen 15.3.2016

**529** Landeswahlleiterin/Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Vorliegende Ergebnisse - Übersicht, <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/fms/fms21113.html>, abgerufen 14.3.2016

**530** Tagesschau.de: Umfragen Wahlentscheidende Themen, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-wahlentscheidend.shtml>, abgerufen 20.3.2016

Für die AfD entschieden sich vorherige Nichtwähler (101.000), frühere Wähler kleinerer Parteien (54.000) sowie frühere Wähler von CDU (38.000), Linken (28.000), SPD (20.000), FDP (6000) und Grünen (3000).<sup>531</sup>

Während nach einer Umfrage von Infratest dimap 54 Prozent aller Wähler in Sachsen-Anhalt erklärten, ihre Entscheidung habe auf einer „Überzeugung von meiner Partei“ basiert und 38 Prozent eine „Enttäuschung von anderen Parteien“ anführten, war das Mehrheitsverhältnis bei den AfD-Wählern umgekehrt: 27 Prozent wählten AfD, weil sie von der Partei überzeugt waren, 64 Prozent, weil sie von anderen Parteien enttäuscht waren.<sup>532</sup> Auffallend negativ bewerteten die AfD-Wähler die wirtschaftliche Lage des Landes. Unter allen Wählern sprachen 47 Prozent von einer guten und 51 Prozent von einer schlechten Lage; bei den AfD-Wählern waren dies 26 bzw. 70 Prozent. Auch die eigene wirtschaftliche Lage schätzten die AfD-Wähler negativer ein als der Durchschnitt. Deutlich vom Bevölkerungsdurchschnitt wichen bei den AfD-Wählern zudem die Antworten bei der Frage ab, ob sie für eine „offene, tolerante“ oder für eine „traditionelle“ Gesellschaft votieren. 52 Prozent aller Befragten votierten für die „offene, tolerante Gesellschaft“, aber nur 19 Prozent der AfD-Wähler. Umgekehrt befürworteten 37 Prozent aller Befragten eine „traditionelle Gesellschaft“, jedoch 72 Prozent der AfD-Wähler.

99 Prozent der AfD-Wähler erklärten, es sei gut, dass die Partei den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen wolle.<sup>533</sup> Ebenso viele sagten, die AfD habe besser als andere verstanden, dass sich Menschen nicht mehr sicher fühlten. 98 Prozent fanden es gut, dass die AfD „Probleme bei der Integration muslimischer Flüchtlinge anspricht“, 93 Prozent meinten, die AfD löse zwar keine Probleme, nenne die Dinge aber beim Namen. Auf die Frage, ob sie Flüchtlinge als eine Bereicherung für das Leben in Deutschland empfinden, antworteten 41 Prozent aller Befragten mit Ja, aber nur sechs Prozent der AfD-Wähler. Die „Sorge, dass der Einfluss des Islam zu stark wird“, äußerten 92 Prozent und die „Sorge, dass die Kriminalität in Deutschland ansteigen wird“, 95 Prozent der AfD-Wähler. Unter allen Befragten waren dies nur jeweils 67 Prozent. 92

---

**531** Tagesschau.de: Wählerwanderungen, [http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/analyse-wanderung.shtml#16\\_Wanderung\\_AFD](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/analyse-wanderung.shtml#16_Wanderung_AFD), abgerufen 20.3.2016

**532** Tagesschau.de: 2016 Sachsen-Anhalt, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-aktuellethemen.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**533** Tagesschau.de: Umfragen zur AfD, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-afd.shtml>, abgerufen 20.3.2016

Prozent der AfD-Wähler stimmten der Aussage zu, für Flüchtlinge werde mehr getan als für Einheimische.<sup>534</sup> Unter allen Befragten waren dies 54 und 43 Prozent.

Unter den Männern wählten 27 Prozent AfD, unter den Frauen nur 18 Prozent.<sup>535</sup> Deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die Partei in den Altersgruppen zwischen 25 und 59 Jahren.<sup>536</sup> Unter den Arbeitern und Arbeitslosen wurde die AfD mit 35 bzw. 36 Prozent zur stärksten Partei.<sup>537</sup> 22 Prozent der Selbstständigen, 21 Prozent der Angestellten und 18 Prozent der Rentner votierten für die AfD. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern wählten 25,1 Prozent AfD, knapp ein Prozent mehr, als die Partei im Gesamtergebnis erhielt.<sup>538</sup>

Die Forschungsgruppe Wahlen stellte zusammenfassend zum Ergebnis der AfD fest, ihr sei es gelungen, „das große Protestwahlpotenzial des Landes, in dem sich über die Hälfte der Wahlberechtigten skeptisch über die Zukunftsvorbereitung des Landes äußerte, voll auszuschöpfen“. <sup>539</sup> Anders als im Südwesten Deutschlands habe in Sachsen-Anhalt nur die Hälfte der Befragten (50 Prozent) die Meinung geäußert, die Flüchtlinge seien für ihr Land verkräftbar, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz waren es demnach jeweils mindestens zwei Drittel. Sehr kritisch bewerteten die Sachsen-Anhaltiner die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Auffassung, sie mache ihre Sache schlecht, äußerten 50 Prozent der Befragten. Gut die Hälfte der AfD-Wähler (52 Prozent) habe als Motiv ihrer Wahlentscheidung angegeben, die politischen Forderungen der AfD unterstützen zu wollen, 47 Prozent wollten den anderen Parteien vor allem einen „Denkzettel“ verpassen.

---

**534** Tagesschau.de: Umfragen zur Flüchtlingspolitik, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-fluechtlingspolitik.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**535** Tagesschau.de: Umfragen Wer wählte was?, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-werwas.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**536** Tagesschau.de: Umfragen Wähler nach Altersgruppen, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-alter.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**537** Tagesschau.de: Umfragen Wähler nach Tätigkeit, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-job.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**538** einblick - gewerkschaftlicher Info-Service: So haben Gewerkschaftsmitglieder gewählt, vom 21.3.2016, <http://einblick.dgb.de/++co++6e229004-ef4f-11e5-acf0-52540023ef1a>, abgerufen 28.3.2016

Gefragt wurde nach der Mitgliedschaft in sämtlichen Arbeitnehmerorganisationen; neben dem DGB folglich auch in Organisationen wie dem Deutschen Beamtenbund.

**539** Forschungsgruppe Wahlen: Wahlanalyse Sachsen-Anhalt, vom 14.3.2016, [http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse\\_Sachsen-Anhalt/](http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Sachsen-Anhalt/), abgerufen 21.3.2016

## 6.4.2 Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg können mindestens zehn der 23 neuen AfD-Abgeordneten zum explizit rechten Parteiflügel gerechnet werden. Auch die beiden Kandidaten, die ihre Wahlkreise direkt gewinnen konnten, zählen zu den Unterzeichnern der „Erfurter Resolution“: Bernd Grimmer, einer der drei Landessprecher, entschied das Rennen im Wahlkreis Pforzheim mit 24,2 Prozent für sich; Rüdiger Klos lag in Mannheim I mit 23,0 Prozent vorn.

Besonders gut schnitt die AfD auch in den Wahlkreisen Backnang und Bruchsal ab, wo der Landesvorsitzende Jörg Meuthen und Rainer Balzer auf jeweils 19,7 Prozent kamen. Mehr als 19 Prozent erzielten auch Bernd Gögel in Enz (19,2 %), Klaus Günther Voigtmann in Schwetzingen und Heinrich Kuhn in Calw (jeweils 19,1 %).<sup>540</sup> Zur neuen Fraktion werden auch Carola Wolle, Heinrich Fiechtner, Christina Baum und Wolfgang Gedeon vom rechten Flügel der Partei gehören. Landesweit kam die rechtspopulistische Partei als drittstärkste Kraft nach Grünen und CDU auf 809.564 Stimmen bzw. 15,1 Prozent<sup>541</sup> – mit einem deutlichen Schwerpunkt im Nordwesten Baden-Württembergs.

Zu mehr als einem Viertel rekrutierte die AfD den Zahlen von Infratest dimap zufolge aus dem Lager der Nichtwähler (209.000). 190.000 hatten sich 2011 für die CDU entschieden, 151.000 für kleinere Parteien, 90.000 für die SPD, 70.000 für die Grünen, 22.000 für die Linke und 18.000 für die FDP.<sup>542</sup>

Als wahlentscheidende Themen nannten die AfD-Wähler die Flüchtlingspolitik (69 %), soziale Gerechtigkeit (37 %) innere Sicherheit (32 %) sowie Wirtschaft und Arbeit (21 %).<sup>543</sup> Unter den Männern wählten 18 Prozent AfD, unter den Frauen nur 12 Prozent.<sup>544</sup> Ihre besten Ergebnisse erzielte die Partei unter den Arbeitslosen und

---

**540** Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Vorläufige Ergebnisse der Landtagswahl am 13.03.2016 in den Wahlkreisen Baden-Württembergs, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?E=LW>, abgerufen 14.3.2016

**541** Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl am 13.03.2016, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?R=LA>, abgerufen 23.4.2016

**542** Tagesschau.de: Wählerwanderungen, [http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml#16\\_Wanderung\\_AFD](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml#16_Wanderung_AFD), abgerufen 20.3.2016

**543** Tagesschau.de: Umfragen Wahlentscheidende Themen, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-wahlentscheidend.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**544** Tagesschau.de: Umfragen Wer wählte was?, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-werwas.shtml>, abgerufen 20.3.2016

den Arbeitern mit 32 bzw. 30 Prozent.<sup>545</sup> Angestellte wählten zu 17 Prozent AfD, Selbstständige zu 13 Prozent und Rentner zu 10 Prozent. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern kam die Partei auf 15,7 Prozent, etwas mehr als im Durchschnitt.<sup>546</sup>

Jeweils 99 Prozent der AfD-Wähler sagten, sie fänden es gut, dass die Partei den Zuzug von Flüchtlingen stärker begrenzen wolle und sie habe es besser als andere verstanden, dass sich viele nicht mehr sicher fühlen würden.<sup>547</sup> 96 Prozent betonten es, dass die AfD Probleme der Integration muslimischer Flüchtlinge anspreche.

Der Aussage, der Bund bekomme die Flüchtlingssituation langsam in den Griff, stimmten zehn Prozent der AfD-Wähler zu; 90 Prozent aller Befragten stimmten ihr nicht zu.<sup>548</sup> 85 Prozent der AfD-Wähler meinten, für Flüchtlinge werde mehr getan als für Einheimische. Unter allen Befragten waren dies 38 Prozent. 90 Prozent der AfD-Wähler (alle Befragten: 52 %) erklärten, in der Folge des Flüchtlingszuzugs werde der Einfluss des Islam zu stark.

Während 60 Prozent aller Wähler erklärten, sie hätten ihre Wahlentscheidung getroffen, weil sie von Ihrer Partei überzeugt seien, sagten dies nur 21 Prozent der AfD-Wähler.<sup>549</sup> Umgekehrt resultierte für 70 Prozent der AfD-Wähler ihre Entscheidung aus einer Enttäuschung über andere Parteien; bei allen Wählern waren dies nur 32 Prozent. Jeweils 93 Prozent der AfD-Wähler sagten, die Partei löse zwar keine Probleme, nenne die Dinge aber beim Namen, und die AfD sei näher an den Sorgen der Bürger als andere Parteien. Als Kompetenzen der eigenen Partei nannten 83 Prozent die Flüchtlingspolitik, 64 Prozent die Kriminalitätsbekämpfung, 32 Prozent die soziale Gerechtigkeit und 25 Prozent die Familienpolitik. 81 Prozent der AfD-Wähler zeigten sich mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Unter allen Befragten waren dies nur 36 Prozent. Überdurchschnittlich häufig wurde die Partei von den 25- bis 59-Jährigen gewählt.

---

**545** Tagesschau.de: Umfragen Wähler nach Tätigkeit, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-job.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**546** einblick - gewerkschaftlicher Info-Service: So haben Gewerkschaftsmitglieder gewählt, vom 21.3.2016, <http://einblick.dgb.de/++co++6e229004-ef4f-11e5-acf0-52540023ef1a>, abgerufen 28.3.2016

Gefragt wurde nach der Mitgliedschaft in sämtlichen Arbeitnehmerorganisationen; neben dem DGB folglich auch in Organisationen wie dem Deutschen Beamtenbund.

**547** Tagesschau.de: Umfragen Aussagen zu den Parteien, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-aussagen.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**548** Tagesschau.de: Umfragen zur Flüchtlingspolitik, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-fluechtlingspolitik.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**549** Tagesschau.de: Umfragen zur AfD, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-afd.shtml>, abgerufen 20.3.2016

### 6.4.3 Rheinland-Pfalz

Mit 14 Abgeordneten zieht die AfD in den Landtag von Rheinland-Pfalz ein. Landesweit kam sie auf 268.628 Stimmen bzw. 12,6 Prozent.<sup>550</sup> Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in Ludwigshafen 2 mit 20,7, Ludwigshafen 1 mit 18,8, Germersheim mit 18,5, Frankenthal mit 17,6 und Worms mit 17,5 Prozent.<sup>551</sup> Schwächer ausgeprägt als in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg ist in der künftigen Fraktion der Einfluss des offen rechten Flügels: Lediglich zwei Abgeordnete zählten zu den bekannt gewordenen Unterzeichnern der „Erfurter Resolution“.

Die meisten ihrer Wähler gewann die AfD aus dem Lager der Nichtwähler (80.000). Außerdem entschieden sich für die AfD: 50.000 frühere Wähler der CDU, 45.000 Wähler, die 2011 für kleinere Parteien votiert hatten, sowie ehemalige Wähler von SPD (37.000), Linken (12.000), FDP (8000) und Grünen (5000).<sup>552</sup>

99 Prozent der AfD-Wähler sagten, die Partei habe besser als andere verstanden, dass sich Menschen nicht mehr sicher fühlen würden.<sup>553</sup> 96 Prozent fanden es gut, dass die AfD den Zuzug von Migranten stärker begrenzen wolle. 90 Prozent befanden, dass die AfD zwar keine Probleme löse, die Dinge aber beim Namen nenne.

Als Kompetenzfelder ihrer Partei nannten die AfD-Wähler die Bewältigung der Flüchtlingssituation (74 %), die Kriminalitätsbekämpfung (43 %), soziale Gerechtigkeit (40 %) und Arbeitsplätze (24 %).<sup>554</sup>

83 Prozent der AfD-Wähler zeigten sich unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie (alle Befragten: 38 %).<sup>555</sup> Mit einer Enttäuschung über andere Parteien begründeten 62 Prozent der AfD-Wähler ihr Votum (alle Wähler: 28 %); nur 29 Prozent begründeten ihr Votum damit, dass sie von der Partei ihrer Wahl überzeugt seien (alle: 64 %). Unter den Arbeitslosen und Arbeitern stimmten 25 und 23 Prozent für die AfD.

---

**550** Rheinland-Pfalz Landeswahlleiter: Landesergebnis Rheinland-Pfalz - Endgültiges Ergebnis, <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/wahlen/2016/land/index.html>, abgerufen 23.4.2016

**551** Rheinland-Pfalz Landeswahlleiter: Landtagswahl 2016: Einzelergebnisse nach Wahlkreisen, <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/wahlen/2016/wahlkreise/index.html>, abgerufen 14.3.2016

**552** Tagesschau.de: Wählerwanderungen, [http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/analyse-wanderung.shtml#16\\_Wanderung\\_AFD](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/analyse-wanderung.shtml#16_Wanderung_AFD), abgerufen 20.3.2016

**553** Tagesschau.de: Umfragen Aussagen zu den Parteien, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-aussagen.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**554** Tagesschau.de: Umfragen Kompetenzen, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-kompetenz.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**555** Tagesschau.de: Umfragen zur AfD, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-afd.shtml>, abgerufen 20.3.2016



Bei den Angestellten waren es elf, bei den Rentnern zehn und bei den Selbstständigen acht Prozent. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern erzielte die AfD mit 14,3 Prozent ein überdurchschnittliches Ergebnis.<sup>556</sup>

15 Prozent der Männer wählten AfD, aber lediglich neun Prozent der Frauen.<sup>557</sup> Auch in Rheinland-Pfalz wählten die 25- bis 59-Jährigen besonders häufig AfD.<sup>558</sup>

Als wahlentscheidende Themen nannten die AfD-Wähler Flüchtlinge (65 %), soziale Gerechtigkeit (39 %), innere Sicherheit (33 %) sowie Wirtschaft und Arbeit (26 %).<sup>559</sup>

Lediglich neun Prozent der AfD-Wähler stimmten der Aussage zu, der Bund bekomme die Flüchtlingssituation langsam in den Griff (alle Befragten: 52 %); 90 Prozent der AfD-Wähler widersprachen dieser Aussage.<sup>560</sup> Dass für Flüchtlinge mehr getan werde als für Einheimische, glaubten 84 Prozent der AfD-Wähler (alle: 38 %). 95 Prozent ihrer Wähler meinten, in der Folge des Flüchtlingszuzugs werde der Einfluss des Islam zu stark (alle: 63 %). 91 Prozent äußerten die Sorge, dass die Kriminalität in Deutschland ansteigen werde (alle: 52 %).

Im Schatten des AfD-Erfolgs blieben Parteien des extremen Rechten wie die NPD oder die „Republikaner“ in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ohne Chance. In Sachsen-Anhalt verlor die NPD mit 1,9 Prozent gegenüber der Landtagswahl 2011 2,7 Prozentpunkte. In Baden-Württemberg büßte die NPD, verglichen mit der vorherigen Landtagswahl, mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft ein und kam nur noch auf 0,4 Prozent (2011: 1,0 %). Die „Republikaner“, die einst in Baden-Württemberg zwei Wahlperioden lang dem Landesparlament angehört hatten, verloren dort sogar mehr als zwei Drittel ihrer Wähler. Gerade noch 0,3 Prozent (2011: 1,1 %) stehen bei den REPs zu Buche. Auch in Rheinland-Pfalz halbierte sich die Zahl der NPD-Wähler. Die Partei

---

**556** einblick - gewerkschaftlicher Info-Service: So haben Gewerkschaftsmitglieder gewählt, vom 21.3.2016, <http://einblick.dgb.de/++co++6e229004-ef4f-11e5-acf0-52540023ef1a>, abgerufen 28.3.2016

Gefragt wurde nach der Mitgliedschaft in sämtlichen Arbeitnehmerorganisationen; neben dem DGB folglich auch in Organisationen wie dem Deutschen Beamtenbund.

**557** Tagesschau.de: Umfragen Wer wählte was?, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-werwas.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**558** Tagesschau.de: Umfragen Wähler nach Altersgruppen, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-alter.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**559** Tagesschau.de: Umfragen Wahlentscheidende Themen, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-wahlentscheidend.shtml>, abgerufen 20.3.2016

**560** Tagesschau.de: Umfragen zur Flüchtlingspolitik, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-fluechtlingspolitik.shtml>, abgerufen 20.3.2016



kam nur noch auf 0,5 Prozent (2011: 1,1 %). Die REPs verloren zwei Drittel ihrer Wähler und erzielten nur noch 0,2 Prozent (2011: 0,8 %).

Die Forschungsgruppe Wahlen kam in einer zusammenfassenden Bewertung zu dem Schluss,<sup>561</sup> bei kaum einer Landtagswahl habe ein einziges Thema so sehr die Agenda beherrscht wie diesmal das Flüchtlingsthema. Das Institut widersprach der Einschätzung, die Ergebnisse seien als ein Plebiszit gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu verstehen. Die AfD habe viel Zuspruch gefunden, aber auch noch weitaus mehr entschiedene Ablehnung. „Die meisten, die sie nicht wählten – und das ist in allen Ländern die ganz überwiegende Mehrheit – lehnen die AfD ganz entschieden ab.“ Kaum etwas polarisiere stärker als die rechtspopulistische AfD. „Sie profitiert davon, dass sie als vermeintlich erfolgversprechende Kraft die stark emotionalisierten Gegner von Angela Merkels Flüchtlingspolitik kanalisieren kann. Dennoch haben diese Wahlen gezeigt, dass der Anspruch ‚Wir sind das Volk‘, den die AfD und ihre Hilfstruppen für sich reklamieren, dieses Protestphänomen ganz sicher nicht zutreffend beschreibt.“

---

**561** Forschungsgruppe Wahlen: Trotz AfD-Triumph: Wahlen werden in der Mitte gewonnen, vom 13.3.2016, [http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Dreifachwahl\\_\\_Zusammenfassung/](http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Dreifachwahl__Zusammenfassung/), abgerufen 20.3.2016

# 7. Die AfD im Blick Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus

Im Rahmen der vorliegenden Forschungsstudie wurden Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bundesweiten Mobilen Beratungseinrichtungen gegen Rechtsextremismus geführt.

Die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus setzten sich seit mehr als 20 Jahren gegen jede Form von Rechtsextremismus (Demokratiefeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) und für eine tolerante, offene und demokratische Gesellschaft ein.

Bereits 1990 setzten sich Personen und Initiativen zusammen, um eine demokratische Zivilgesellschaft zu erreichen und zu stützen und gegen rassistische und rechtsextreme Einstellungen vorzugehen. In den darauffolgenden Jahren wurden für diese Ziele Konzepte und Strategien entwickelt, die bis heute durch Erfahrungen und neue wissenschaftliche Expertisen stetig weiterentwickelt werden.

Die mobilen Beratungseinrichtungen sind in jedem Bundesland mit mindestens einer Anlaufstelle vor Ort präsent. Neben unterschiedlichen Trägerstrukturen in den Bundesländern unterscheiden sich auch die Bezeichnungen, wie beispielsweise „Fachstellenberatung“, „Regionalzentrum“, „Regionalberatungsteam“ oder „Mobiles Beratungsteam“.

Unter der Organisation des „Bundesverband Mobiler Beratungen e.V.“ treffen sich die Beratungseinrichtungen zu regelmäßigen Strukturtreffen und arbeiten in gemeinsamen Facharbeitsgruppen zu verschiedenen Themenfelder Konzepte aus. Darüber hinaus gibt es gemeinsame Methoden und (Qualität-) Standards der Arbeit. Hierunter fallen zum Beispiel: eine ressourcenorientierte Arbeit nach der Empowerment-Methode oder das Prinzip der aufsuchenden Arbeit. Die Arbeit ist teamorientiert und transparent und zielt auf nachhaltige Ergebnisse. Zudem werden die einzeln betrachtenden Fälle immer in relevante gesamtgesellschaftliche und regionale Zusammenhänge eingebettet.

Bei ihrer Arbeit werden sie von einer Vielzahl unterschiedlicher regionaler und bundesweiter Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern unterstützt, wie beispielsweise der Bundesarbeitsgemeinschaft für Demokratieentwicklung (BAGD), der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGK+R), der Ama-

deu-Antonio-Stiftung oder dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

In ihrer Arbeit sind die Einrichtungen vor allem Ansprechpersonen für:

- Einzelpersonen, welche in jeglicher Form durch rechtsextremistische Taten betroffen sind oder sich für demokratische Strukturen einsetzen
- Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, wie beispielsweise Personen aus der Politik
- zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Parteien

Zu den wichtigsten Aufgaben gehören unter anderem umfangreiche Beobachtungen vor Ort (beispielsweise Demonstrationen oder Kundgebungen), wissenschaftsbasierte Analysen, umfangreiche Aufklärungsarbeit (beispielsweise Beratung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen), Öffentlichkeitsarbeit, im Rahmen von Publikationen, Informationsveranstaltungen oder Schulungen und Workshops.

Durch die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhalten die MitarbeiterInnen Einblicke in die regionale rechte/rechtsextreme Szene und Informationen über gesellschaftliche und politische Entwicklungen (beispielsweise das Erstarken rechter Mobilisierung).

Die ExpertInnenbefragung wurde mit dem Ziel durchgeführt, eine allgemeine Einschätzung der Partei AfD sowie eine Übersicht über die regionalen Aktivitäten aus dem Blickpunkt Mobiler Beratung zu erhalten. Zudem diente die Befragung dem Zweck, Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen auf das Arbeitsfeld der mobilen Beratungseinrichtungen kenntlich zu machen.

Die Interviews wurden im Zeitraum von Februar bis April 2016 geführt. Insgesamt beteiligten sich 15 regionale Beratungsstellen<sup>562</sup> aus 14 Bundesländern<sup>563</sup>. Die Interviews

---

**562** Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V.; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin; Mobiles Beratungsteam Frankfurt (Oder); Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Hamburg; Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e.V.; RAA Mecklenburg Vorpommern e.V. - Regionalzentrum für demokratische Kultur, Vorpommern-Greifswald; RAA Mecklenburg Vorpommern e.V. – Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg; Zentrum Demokratische Bildung Wolfsburg; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold; Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz, Regionalstelle Mainz / Rheinhessen / Nahe; Adolf-Bender-Zentrum e.V.; Kulturbüro Sachsen e.V., Mobiles Beratungsteam; Projekt GegenPart - Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Anhalt; Regionales Beratungsteam Flensburg, AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.; MOBIT e.V.

**563** Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen

wurden mittels eines Leitfadens geführt und anschließend in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring<sup>564</sup> (2010) ausgewertet. Im Fokus der Auswertung standen zum einen die Wahrnehmungen der AfD in den Regionen (Aktivitäten, Erfolge, Einordnung ins Parteienspektrum bzw. als Vehikel für rechtsextremistische Meinungen) und zum anderen die Wirkungen der Partei auf die Arbeit der Mobilen Beratungen (Aufkommen und Herausforderungen). Zudem wurden offene Fragen thematisiert und Anforderungen an eine zukünftige Expertise aus Wissenschaft und Forschung formuliert.

## Ergebnisse

### 7.1 Eindrücke über die Partei AfD

Zunächst war von Interesse, wie die AfD und vor allem Akteurinnen und Akteure der Partei und des Partei Umfelds bei politischen bzw. parlamentarischen Aktivitäten wahrgenommen wurden und welche Erfolge der Partei festzustellen waren.

#### 7.1.1 Parlamentarische Aktivitäten der AfD

Im Ergebnis zeigte sich, dass in den Bundesländern (und in den einzelnen Regionen) die Wahrnehmungen der politischen Aktivitäten der Partei unterschiedlich stark waren.

Zum einen gab es Bundesländer, in denen – bedingt durch Wahlkampfzeiten oder vereinzelten parlamentarischen Aktivitäten auf Landes- oder Kreistageebene – die AfD eher wahrnehmbar war (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen). Zum anderen gab es Länder, in denen derartige Aktivitäten kaum wahrzunehmen waren (Niedersachsen, Saarland). In manchen Ländern wurde die Partei insbesondere aufgrund einzelner Personen wahrgenommen (wie durch Alexander Gauland in Brandenburg oder Frauke Petry in Sachsen).

Insgesamt ließen sich heterogene Eindrücke zu den Funktionärinnen und Funktionären der Partei feststellen. Sie unterschieden sich:

a) bezogen auf politische Haltungen und Forderungen („radikal“ bis „gemäßigt“)

---

**564** Mayring, P. (2010): Qualitative Inhaltsanalysen: Grundlagen und Techniken, 11 aktualisierte und überarbeitete Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Verlag

b) bezogen auf politische Erfahrungen (beispielsweise ehemalige Mitglieder aus der CDU, von den Grünen oder der Freien Bürgerunion)<sup>565</sup> und

c) bezogen auf das Herkunftsmilieu (Personen aus dem bürgerlichen Milieu, beispielsweise Professoren oder Personen aus dem rechten Milieu, etwa aus Burschenschaften oder der Pro-Bewegung).

Bezogen auf das Antragsverhalten der Partei ließ sich im Ergebnis feststellen, dass die gestellten Anträge zum größten Teil einen rechtspopulistischen Charakter hatten („Scheinlösungen“ und „basierten auf Vorurteilen“) und sich vor allem auf die Themen Flucht, Asyl und innere Sicherheit bezogen. Kommunalpolitische Themen und Spezifika wurden kaum bis nicht wahrgenommen.

Weiter zeigte sich für einige Ländern, dass Kooperationen oder Zusammenarbeiten mit anderen demokratischen Parteien nicht stattfanden (Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen) oder Nichts über Kooperationen bekannt war. Im Gegenteil: Aufgrund der Inhalte und nicht anschlussfähiger Forderungen der AfD distanzieren sich die etablierten Parteien in den meisten Bundesländern generell von der Partei. Ausnahmen bildeten Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Dort gab es zwar ebenfalls keine offiziellen Kooperationen mit der AfD, aber eine „parlamentarische Normalität“ wurde beobachtet. Hierbei wurden Anträge der AfD in den Parlamenten, wie bei jeder anderen antragstellenden demokratischen Fraktion diskutiert (beispielweise im Gegensatz zum „Schweriner Weg“ und dem Umgang mit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern). In Sachsen kam es zur gemeinsamen Arbeit mit etablierten Parteien in Arbeitsgruppen<sup>566</sup> bzw. zu gemeinsamen öffentlichen Erklärungen.<sup>567</sup>

Neben einer deutlich erkennbaren Distanzierung der demokratischen Parteien von der AfD zeigten die Ergebnisse, dass auch die AfD sich von den etablierten Parteien größtenteils abgrenzte und die Rolle einer Fundamentalopposition einnahm. („Die AfD ist eine Protestpartei und macht Antipolitik.“ / „Die AfD arbeitet klar gegen die Altpartei-

---

**565** Die Freie Bürger Union (FBU) ist eine Die Freie Bürger Union (FBU) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von verschiedenen Wählergruppen und Kleinparteien, die eine konservative bis rechtsliberale Ausrichtung haben.

**566** Beispielsweise in Sachsen: Gemeinsame Arbeit zwischen der AfD, anderen etablierten Parteien und wichtigen städtischen Vertreterinnen und Vertretern in der AG 13 (vgl.: <http://13februar.dresden.de/de/ag/ag-13.-februar.php>, abgerufen am 21.04.2016)

**567** Beispielsweise in Sachsen eine gemeinsame öffentliche Reaktion auf die Vorfälle in Freital von der CDU, Bürger für Freital, SPD, Grüne und AfD, (vgl.: [http://freital.de/media/custom/530\\_7071\\_1.PDF?1435918534](http://freital.de/media/custom/530_7071_1.PDF?1435918534), abgerufen am 21.04.2016)

en.“)<sup>568</sup> In dieser Rolle kritisierte die AfD regelmäßig die Regierungen auf Landes- und Bundesebene und untermauerte damit ihre Selbstbetitelung als „Fundamentalopposition“. Daneben gab es vereinzelte Funktionäre, die versuchten, eine konsensorientierte Politik zu machen und parlamentarisch anschlussfähig zu bleiben („[Der Landesverband] ist um ein halbwegs seriöses Auftreten bemüht“).

Die Feststellung, dass wenig über parlamentarische Tätigkeiten bekannt war, wurde mit dem Alter der Partei begründet und damit, dass sich die AfD in einigen Regionen noch in der frühen Aufbauphase befand. („Die AfD ist in den Anfängen und nicht stark in Erscheinung getreten (...) der Landesverband ist neu, Ortsverbände sind z.T. in der Gründungsphase bzw. es gibt diese noch nicht überall.“) Des Weiteren gab es einzelne Strömungen, zum Beispiel um den thüringischen Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, die sich als Bewegungspartei verstanden und Schwerpunkte bei öffentlichen Aktionen sahen und nicht bei parlamentarischen Aktivitäten. (Höcke kommunizierte, dass er öffentliche Aktionen derzeit als wichtiger erachte als Parlamentstätigkeiten.)

## 7.1.2 Öffentliche Aktivitäten der AfD

Öffentliche Aktivitäten der AfD bzw. der Funktionärinnen und Funktionäre wurden in den befragten Bundesländern generell verstärkt wahrgenommen. Im Vordergrund standen Demonstrationen, die von der Partei organisiert wurden, und die Teilnahme von Personen der Partei bei Protestaktionen anderer Organisationen. Daneben machte die AfD Aktionen wie „Infostände“ vor Ort, wie beispielsweise in Baden-Württemberg oder Hamburg („Die AfD macht regelmäßige Infostände und kleinere Informationsveranstaltungen in den einzelnen Bezirken“).

Thematisch beschäftigten sich die Aktionen vor allem mit Asyl, Flucht, „Überfremdung“ und Antiislamismus. Unterschiede waren im Turnus der Veranstaltungen zu erkennen. Zum Beispiel wurden regelmäßige Aktionen in Brandenburg (in einigen Regionen), Hamburg (bei Informationsständen), Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Sachsen und Sachsen-Anhalt (Protestaktionen) durchgeführt. Zudem zeigten sich Unterschiede in der regionalen Mobilisierungsstärke (Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Protestaktionen) der AfD. Während sich zum Beispiel in Hamburg und Hessen weniger Personen an den Veranstaltungen beteiligten, gab es Regionen in Baden-Württemberg, Berlin, NRW, Sachsen und Sachsen-Anhalt, in denen die AfD viele Menschen mobilisie-

---

**568** Diese wie auch die folgenden in Klammern gesetzten Aussagen sind Zitatauszüge aus den Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Mobilen Beratung

ren konnte („Die Veranstaltungen sind immer recht gut besucht“ / „Die AfD kann sehr viele Anhänger mobilisieren“ / Es gibt „regelmäßig hochfrequentierte“ Aufmärsche). Im Ergebnis zeigte sich weiter, dass das Publikum, welches an den AfD-Aktionen teilnahm, insgesamt stark heterogen war. Auf der einen Seite beteiligten sich Personen aus dem eher bürgerlichen Spektrum („Bei den Aktionen sind sehr konservative national-denkende Akteure erkennbar“), und auf der anderen Seite wurden vermehrt Personen aus rechten Mischszenen beobachtet. Beispielsweise wurden in Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen auch die Teilnahmen von Personen aus rechtsextremen Parteien (NPD und Republikanern), aus der Hooliganszene, aus Kameradschaften oder aus der (Neo)Nazi-Szene beobachtet („Bei AfD Demos liefen ganz eindeutige NPD-Leute mit“ / „Bei Demonstrationen sind Personen aus dem Hooligan-Spektrum, organisierte Neonazis [erkennbar]“).

Die Vermischung von einzelnen Funktionärinnen und Funktionären der AfD und Personen aus rechten bis rechtsextremen Szenen wurde auch auf Demonstrationen anderer Bewegungen, bei denen diese mitliefen, deutlich (beispielsweise „Demo für Alle“, „Nein-zum-Heim-Bewegung“, „Identitäre Bewegung“, „Wehrt-sich-Bewegung“ oder „HoGeSa-Bewegung“).

Das Verhältnis zwischen der AfD und den „-gida-Gruppen“ war generell eher unklar. Neben einer zum Teil erkennbaren Abgrenzung („Pegida und die AfD sind inhaltlich verdammt eng verflochten, aber personell nicht“), gab es Beobachtungen von gemeinsamen öffentlichen Auftritten (die AfD lief mit mehreren Vertretern bei Pegida-Aktionen mit), Sympathiebekundungen (wie dem öffentlichen Verweis eines Kreisverbandes auf eine Pegida-Veranstaltung) oder gemeinsamen Gesprächen.

Die Kernthemen der Protestaktionen der rechten Mischszenen, unter Teilnahme einzelner Funktionärinnen und Funktionäre waren Asyl, Flucht, „Überfremdung“ und Antiislamismus.

Weitere Verbindungen einzelner Personen aus der AfD und rechten Mischszenen ergaben sich durch personelle Überschneidungen (ein Funktionär der Jungen Alternative ist Domaininhaber der Identitären Bewegung) oder Kontakte zu Initiativen (Bürgerinitiativen, freien Kameradschaften, Burschenschaften) oder bekannten Personen aus dem rechtsextremen Spektrum (Ulrike Reinhardt oder Sascha Wagner).

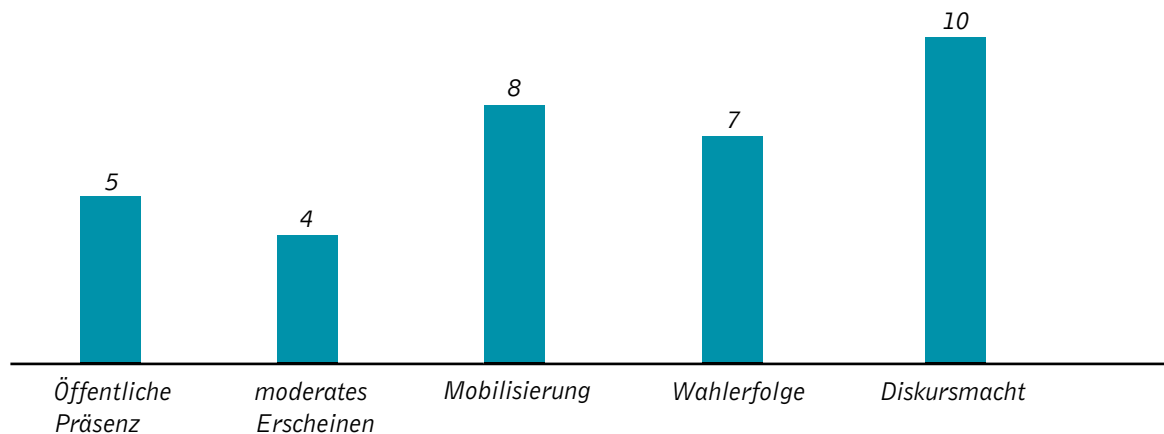
Insgesamt deutete die verstärkte Präsenz der AfD auf der Straße auf eine erfolgreiche Mobilisierung der eigenen Anhänger hin.

Als ein Erfolg der Partei wurde die starke Präsenz der jungen Partei in der Öffentlichkeit benannt. Neben der Präsenz bei Aktionen auf der Straße, wie Demonstrationen oder Kund-



gebungen, verstärkte sich bundesweit die Berichterstattung über die AfD und besonders über das Spitzenpersonal (Petry, Gauland, von Storch, Höcke). Neben Artikeln in lokalen und überregionalen Zeitungen und Zeitschriften wurde im TV über die Partei und deren Umfeld berichtet („Die Partei ist kontinuierlich in den Medien präsent“) und einzelne Vertreterinnen und Vertreter wurden regelmäßig in TV-Shows eingeladen (Funktionärinnen und Funktionäre waren „gefühl fast jeden Sonntag zu Gast in einer Talkshow“).

Abbildung 8: „Erfolge“ der AfD (Erwähnungen der Mobilen Beratungseinrichtungen gegen Rechts-  
extremismus, folgend abgekürzt mit „MBR“)



Hierdurch verschaffte sich die Partei eine große öffentliche Plattform und konnte ihre Parteiprogrammatik breiten Teilen der Bevölkerung vorstellen bzw. durch rechtspopulistische Meinungsäußerungen und gezielte Provokationen weitere Aufmerksamkeit erregen. Dennoch waren zum Teil die Partei bzw. die Funktionärinnen und Funktionäre vordergründig bemüht, ein gemäßigtes Bild zu vermitteln. Rechtspopulistische bis rechtsextreme Inhalte, die einzelne Personen vertraten, wurden subtil nach außen kommuniziert („weichgewaschener Rechtspopulismus“) und blieben ohne Rügen. („Menschenverachtenden Aussagen bleiben nach einem kurzen medialen Aufschrei ohne Konsequenzen.“).

Für den Ruf der AfD förderlich war, dass innerparteiliche Kontroversen (beispielsweise unterschiedliche Haltungen, Einstellungen oder Forderungen) oder personelle Streitigkeiten von der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet blieben („Trotz interner Querelen“ wurde die AfD von ihrer Wählerschaft nicht kritisiert).

Des Weiteren mobilisierte die AfD durchgehend Teile der Bevölkerung („[In] Hochzeiten schaffte es die AfD, bis zu 5000 Personen zu mobilisieren.“). Die AfD sprach sowohl Personen aus dem bürgerlichen Milieu als auch aus dem rechten Milieu an. Bei den Mobilisierten zeigte sich auch, dass die Partei es im rechten bzw. rechtsextremen Spektrum schaffte, unterschiedliche rechte Mischszenen zusammenzuführen und eine Anhängerschaft anzusprechen, die für sich bisher keine geeignete Partei oder Institution fand, welcher sie sich zugehörig fühlen konnte („von Neonazis über Hooligans bis zu Perso-

nen, die zuvor nicht aufgefallen waren oder politisch inaktiv waren“). Die AfD verbuchte unter anderem durch diese Mobilisierungskraft Wahlerfolge. Hierbei stimmten neben der Anhängerschaft insbesondere Protestwähler für die AfD. Durch die Wahlerfolge gewann die Partei an politischer Einflussmöglichkeit in Parlamenten und Gremien und erlangte finanzielle Unterstützung durch die Parteienfinanzierung („Man schreibt der AfD viel Macht zu und gibt ihr auch viel Macht“).

Politische Einflüsse der AfD zeigten sich bei der Verschiebung der Diskurse nach rechts, auf die im Anschluss die etablierten Parteien reagieren mussten („Neue Gesetzesentwürfe in Asylfragen“ / „radikalisierte Forderungen zur Abschiebung von Straftätern“).

Erkennbar war, neben dem Einfluss auf politische Debatten, auch der Einfluss auf bundesweite gesellschaftliche Diskurse, die sich nach rechts entwickelten. Dies war vor allem bei „verschärften“ Haltungen gegen geflüchtete Menschen zu erkennen (die Stimmung gegen Geflüchtete wurde „angeheizt“). „Rassistische Ressentiments“, welche die AfD bediente und verbreitete, wurden von breiten Teilen ihrer Anhängerschaft und Sympathisantinnen und Sympathisanten aufgenommen. Zudem wurden Diskursverschiebungen nach rechts bei den Themen Homophobie, Islamophobie und Gender beobachtet. Auch bei diesen Themen war erkennbar, dass rechtspopulistische Einstellungen hierzu „salonfähiger“ wurden.

### 7.1.3. Einschätzungen der AfD

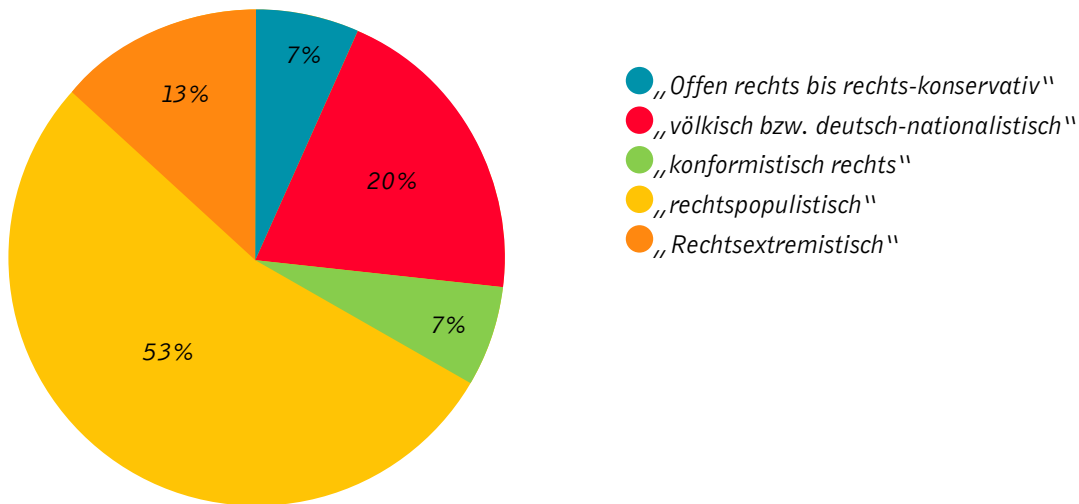
Bereits durchgeführte Analysen der Parteiprogrammatik (beispielsweise die Bedeutung und der Gebrauch der Begriffe „deutsche Kultur“ oder „Volksgemeinschaft“) und der Aussagen der Funktionärinnen und Funktionäre verschaffte den Expertinnen und Experten die Möglichkeit, weitestgehend fundierte Einschätzungen über die Partei und ihr Auftreten vorzunehmen. Zudem gründeten die Einschätzungen auf wissenschaftlichen Expertisen (beispielsweise Studien oder dem Austausch mit ExpertInnen) und praktischen Erfahrungen (Fort- und Weiterbildungen, Berufserfahrung) in den Themenfeldern Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Im Ergebnis zeigte sich, dass die Einschätzungen der AfD zwar unterschiedlich ausfielen, aber eine gemeinsame Tendenz erkennbar war.

Die meisten Übereinstimmungen gab es bei der Klassifizierung der AfD als „rechtspopulistische“ Partei. Diese Einschätzungen basierten vor allem auf rechtspopulistischen Haltungen und Forderungen sowie dem Gebrauch von rechtspopulistischer Rhetorik durch Funktionärinnen und Funktionäre - insbesondere bei den Themen Flucht, Asyl,

Islam und Gender-Mainstreaming (Vorstellungen zur „Bedrohung der abendländischen Kultur durch den Zuzug und die Zuwanderung“ / „gleichgeschaltete Medien“).

Abbildung 9: Einordnung der AfD (Erwähnungen MBR)



Ebenso wurde die AfD aufgrund von verwendeter Rhetorik und entsprechender Kontakte als „deutsch-nationalistische“ Partei klassifiziert („offensichtliche organisatorische Überschneidungen zur Neuen Rechten“ / „antimuslimischer Rassismus“ / „völkische Äußerungen“).

Des Weiteren wurde die AfD als „konformistische Rechte“ eingeordnet. Hierunter wurde eine neue Form innerhalb der rechten Bewegungen verstanden. Anders als non-konforme rechte Gruppierungen (wie beispielsweise: NPD), welche die Demokratie im gesamten abschaffen wollen, und stattdessen einen nationalistischen Staat anstreben, sehen konformistische rechte Bewegungen rassistische Haltungen und Forderungen innerhalb der Demokratie als legitim an.

Nach Einschätzung aller befragten Teilnehmerinnen und Teilnehmer war festzustellen, dass die Entwicklung der AfD tendenziell in Richtung Rechtsextremismus geht („Bezüge zum Rechtsextremismus“ / „versteckte rechtsextremistische Aspekte“).

Einschätzungen hinsichtlich des Verhältnisses der AfD zum „rechtsextremen“ Spektrum basierten auf Inhalten, Ideologien und Positionen von einzelnen VertreterInnen sowie von parteipolitischen Strömungen und Vereinigungen. Zudem bezogen sich die Einschätzungen auf Verbindungen einzelner VertreterInnen zur rechtsextremen Szene.

Im Kontext zur Einschätzung der AfD zeigte sich, dass derzeit eine klare Einordnung der Partei in das politische Parteienspektrum schwer zu vollziehen ist. Deutlich war jedoch, dass die AfD eine Lücke zwischen eindeutig extrem rechten Parteien und rechts-kon-

servativen Parteien geschlossen hat und somit eine „neuartige Formation“ im rechten Parteienspektrum darstellt. Diese Einordnung wurde besonders deutlich bei der Abgrenzung der AfD zur eindeutig rechtsextremistischen Partei NPD.

Zunächst unterschieden sich größtenteils die Positionen und Argumente beider Parteien in ihrer „Schärfe“. Im Gegensatz zu den eindeutig rechtsextremistischen Haltungen der NPD waren Positionen der AfD zum Teil „gemäßiger“ bzw. nicht in der gleichen Weise offen rechtsextremistisch. Daneben unterschied sich das AfD-Klientel, welches sich aus stark heterogenen Personen zusammensetzt (bürgerliches Spektrum bis rechtsextremistisches Spektrum), vom Klientel der NPD (größtenteils rechtsextreme Anhängerschaft). Des Weiteren unterschied sich die Akzeptanz der beiden Parteien in der Bevölkerung: Während der Großteil der Bevölkerung die NPD als „nicht wählbar“ ansah und sie klar als rechtsextremistische Partei verstanden, gab es von Teilen der Bevölkerung Zuspruch für die AfD (Teilnahme an Aktionen, Wahlergebnisse).

Letztlich zeigen sich Unterschiede im Umgang der etablierten Parteien mit der AfD und der NPD. Während demokratische Parteien eine Kooperation mit der NPD klar ausschlossen, ist der Umgang mit der AfD derzeit nicht einheitlich geregelt.

Ein interessanter Aspekt hierbei war, dass die AfD sich nicht, wie andere demokratische Parteien, in jeglicher Hinsicht klar von der NPD abgrenzte. Es gibt gemeinsame Abstimmungen und zum Teil werden ähnliche inhaltliche Anträge gestellt, die sich auch methodisch ähneln (beispielsweise: Skandalisierung von Themen). Die thematische Überschneidung beider Parteien zeigte sich auch bei Demonstrationen zu den Themen Flucht, Asyl und „Überfremdung“.

Die Unterschiede zwischen den beiden Parteien führten dazu, dass diese im Arbeitskontext der Beratungseinrichtungen unterschiedlich behandelt wurden. So wurde deutlich, dass Konzepte, Strategien und die Kommunikation nach außen, welche die Einrichtungen für den Umgang mit der NPD entwickelt haben, nicht auf die AfD übertragbar waren.

Letztlich führen die Ergebnisse zur Wahrnehmung und Einschätzung der AfD zu einem Bedeutungsanstieg der Partei im Arbeitskontext der Beratungseinrichtungen.

## 7.2 Die Bedeutung der AfD im Kontext Mobiler Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus

Korrespondierend mit den verstärkt wahrgenommenen Aktivitäten der Partei gewann das Thema AfD an Bedeutung für die Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus. Kennzeichnend für diese Entwicklung waren eine:

### 1. Verstärkte öffentliche Präsenz der AfD zu den Themen Flucht, Asyl und Zuwanderung:

Die thematische Ausrichtung der AfD zu den Themen Flucht und Zuwanderung war bereits durch die Spaltung der Partei auf dem Essener Parteitag erkennbar. Auch durch den Austritt von Bernd Lucke (der zusammen mit weiteren „liberalen“ und „gemäßigten“ Ex-AfDlern die Partei ALFA gründete) rückten die ursprünglichen Schwerpunktthemen „EU“ und „Euro-Kritik“ in den Hintergrund. Zudem führten gesellschaftliche Veränderungen, wie die Zunahme der geflüchteten Menschen (seit Sommer/Herbst 2015), und politischen und gesellschaftlichen Diskussionen und Debatten hierzu zu einer verstärkten Präsenz der AfD in der Öffentlichkeit, bspw. durch Protestaktionen gegen geplante Unterkünfte für Geflüchtete.

### 2. Zunahme rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Positionen einzelner Funktionsträger:

Im Kontext der Thematik Flucht und Asyl waren vermehrt rechtsgerichtete Statements („rassistisch“; „fremdenfeindlich“, „rechtsextremistisch“ deutbare Aussagen einzelner Funktionsträger, beispielsweise Höcke, Petry, Gauland und von Storch) in der Öffentlichkeit zu vernehmen.

### 3. Erweiterung des politischen Einflusses:

Im Kontext des Einzugs in Landes- und Kommunalparlamente nahm die AfD verstärkt Einfluss auf die politische Debatte. Zudem wurde die Parteistruktur ausgebaut (Organisation von Landes- und Kommunalverbände).

Im Ergebnis stellten sich für die Mobilen Beratungsstellen vor allem zwei Tätigkeitsschwerpunkte heraus, welche von der AfD direkt bzw. indirekt beeinflusst wurden: zum einen analytische Tätigkeiten und zum anderen Beratungstätigkeiten.

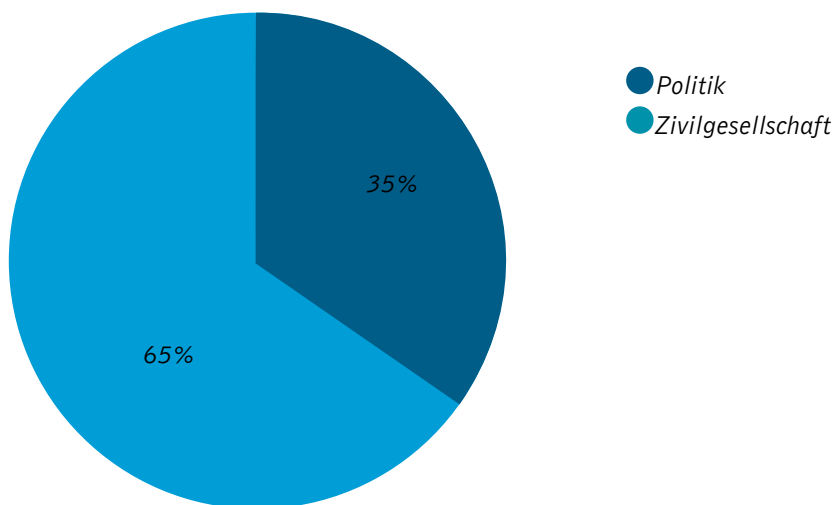
### 7.2.1 Beobachtungen und Analysen

Insgesamt war zu erkennen, dass die Relevanz der AfD in der Beratungspraxis anstieg („Wir stoßen letztlich überall an jeder Ecke auf deren Aktivitäten“). Im Fokus der Beobachtungen standen nicht die Partei selbst, sondern vor allem rechtsextremistische Äußerungen einzelner Funktionärinnen und Funktionäre. Des Weiteren spielten Be-

obachtungen von gemeinsamen Aktionen mit Vertretern der rechten Mischszenen und personelle oder inhaltliche Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene eine große Rolle. Die Wahrnehmung politischer Aktivitäten wurde durch Wahlkämpfe und durch den Einzug in kommunale Parlamente sowie durch die parlamentarischen Vertretung auf Länderebene begünstigt. Hierunter fielen vereinzelt die Auswertung von Wahlkampfveranstaltungen (bei denen rechtsextremistische Parolen geäußert und aggressive Dominanz- und Wortergreifungsstrategien angewendet wurden) oder die Beobachtung des parlamentarischen Agierens einzelner Personen (Antragsverhalten oder Wortbeiträge).

Neben den regelmäßigen Veröffentlichungen der Analyseergebnisse auf den Internetseiten wurden weitere Publikationen veröffentlicht, in denen die Aktivitäten der AfD thematisiert wurden.<sup>569</sup>

Abbildung 10: Beratungsbedarfe / Bereiche (Erwähnungen MBR)



**569** Unter anderem folgenden Veröffentlichungen:  
Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg Vorpommern e.V. (Hrsg) (2016): Rechts Oben II, (verfügbar unter: [http://www.raa-mv.de/sites/default/files/raa\\_ro2\\_0.pdf](http://www.raa-mv.de/sites/default/files/raa_ro2_0.pdf), abgerufen am 21.04.2016)  
Kulturbüro Sachsen e.V. (2015): Sachsen rechts unten 2015 (verfügbar unter: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/index.php/dokumente/category/14-sachsen.html>, abgerufen am 21.04.2015)  
MOBIT e.V. (Hrsg): Häusler, Alexander, Roeser, Rainer (2014): Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland, verfügbar unter [http://www.mobit.org/Material/Rechtspopulismus\\_08\\_2014.pdf](http://www.mobit.org/Material/Rechtspopulismus_08_2014.pdf), abgerufen am 21.04.2016

## 7.2.2 Aufklärungsarbeit und Beratung

Die Beratung war ein weiterer Schwerpunkt, bei dem das Thema AfD in den Einrichtungen an Bedeutung zunahm. In den meisten Ländern wurde Beratungsbedarf zur Thematik AfD an die Einrichtungen herangetragen.

Der Bedarf kam vor allem aus der Zivilgesellschaft und war eine Folge auf das verstärkte Auftreten der Partei vor Ort (beispielsweise Aktionen gegen Unterkünfte für geflüchtete Menschen, die von der AfD organisiert wurden oder an denen sie beteiligt war) und die Radikalisierung der Äußerungen und Forderungen bei politischen Aktionen (Verbreitung rassistischer Vorurteile gegenüber geflüchteten Personen oder MigrantInnen). Vermehrt gründeten sich Bürgerinitiativen wie lokale Willkommensinitiativen und bereits bestehende kommunale „Bündnisse gegen Rechts“ bzw. „Bündnisse für Demokratie und Toleranz“ organisierten Feste, Gegendemonstrationen oder Kundgebungen. Die Organisationsteams bestanden aus ehrenamtlichen Personen und zivilgesellschaftlichen Vereinen und Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen traten an die Einrichtungen heran und suchten Beratung zu den folgenden Themen:

- Einschätzung zu bestimmten Aussagen, Sachverhalten und zur Parteienklassifizierung („Wie ist die AfD zu verstehen?“ / „Wie sind Aussagen einzelner Vertreter zu interpretieren?“ / „Wie positioniert sich die AfD zu rechtsextremen Initiativen?“)
- Strategieberatung („Wie geht man mit der AfD um?“ / „Wie reagiert man auf Äußerungen?“ / „Wie greifen Ausschlussregeln von Veranstaltungen bei der AfD?“)

Des Weiteren wurden einzelne Beratungsstellen gefragt, ob sie Initiativen bei der generellen Organisation (Vor- und Nachbereitungen) unterstützen können.

Abbildung 11: Beratungsbedarfe: Politik (Erwähnungen MBR)

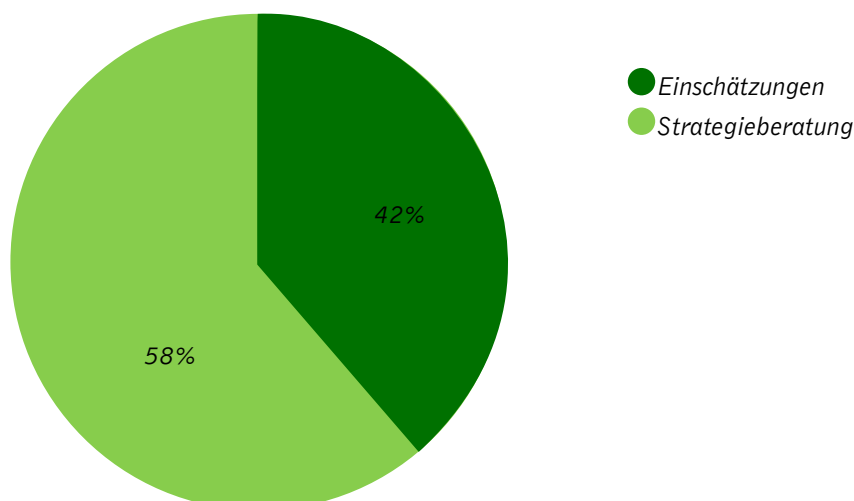
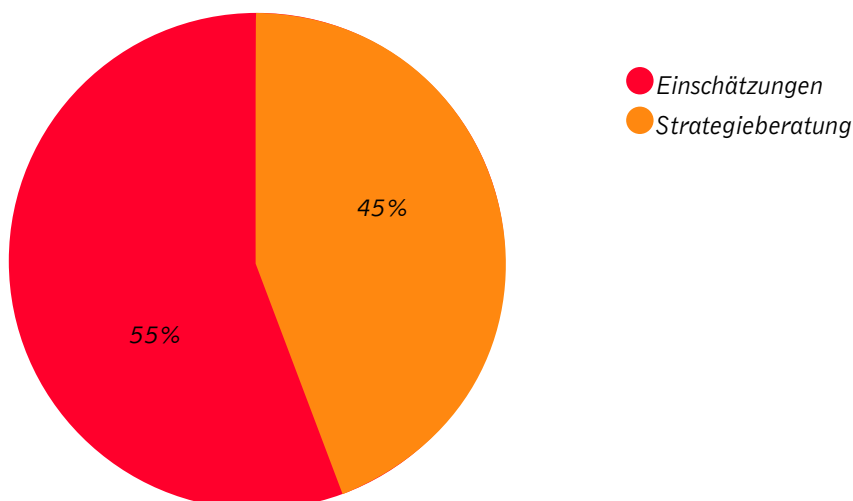




Abbildung 12: Beratungsbedarfe: Zivilgesellschaft (Erwähnungen MBR)



Neben zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren traten auch Personen mit Beratungsbedarf aus der Politik an die Einrichtungen heran. Hierunter waren Kommunalpolitiker (Stadträte oder Bürgermeister) aus verschiedenen Parteien und deren Jugendorganisationen. Der Beratungsbedarf bezog sich zum Beispiel auf rassistische Äußerungen einzelner Funktionärinnen und Funktionäre der AfD in politischen Sitzungen.

Die Beratungsanfragen thematisierten zudem Umgangsformen, Argumentationshilfen und Ausschlussklauseln bei öffentlichen Sitzungen.

Ein Großteil der Einrichtungen sah zwar einen bestehenden Beratungsbedarf, gab allerdings an, dass die Beratungsnachfrage – gemessen an den rechtsextremistischen und rassistischen Tendenzen innerhalb der Partei – relativ gering war („Gemessen an der Bedeutung, die die AfD hat bzw. bekommt, würde ich sagen, zu wenig“).

Mögliche Ursachen für den geringen Beratungsbedarf waren zum Beispiel, dass die Einrichtungen nicht als Anlaufstelle für Anfragen zum Thema AfD gesehen wurden bzw. andere Beratungseinrichtungen in den Regionen das Thema abdeckten. Zudem spielten auch die zivilgesellschaftlichen Bündnisse vor Ort eine Rolle, die aufgrund langjähriger Erfahrungen und professioneller Zusammensetzung keinen Beratungsbedarf hatten. Des Weiteren wurde vermutet, dass der heterogene Charakter der Partei dazu führte, dass diese je nach Region stellenweise als „unproblematisch“ eingestuft wurde.

Das Ziel der Beratungsarbeit war es, Bürgerinnen und Bürger sowie Amtsträger wie Politikerinnen und Politiker, oder auch Initiativen, welche sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie einsetzen, zu unterstützen. In Einzelfällen konnten die Einrichtungen auch auf rechtspopulistische „Scheinargumente“ in parlamentarischen Kontexten aufmerksam machen.

Neben dieser Aufklärungsarbeit boten einige Einrichtungen spezielle Informationsveranstaltungen mit der Thematik AfD an.

Insgesamt dienten die Tätigkeiten der Beratungsstellen auch dazu, auf gesellschaftliche Diskurse Einfluss zu nehmen und deren Entwicklungen nach rechts entgegenzuwirken (beispielsweise durch vermehrte Bürgergespräche, um Vorurteile abzubauen und Alltagsrassismus zu verhindern).

Die Bewältigung dieser Aufgaben war nicht unproblematisch für die Beratungseinrichtungen und barg zum Teil Konfliktpotenzial.

### 7.2.3 Probleme bei der Bearbeitung der Thematik AfD

Im Ergebnis war zu erkennen, dass der Umgang mit der AfD insgesamt problematisch war.

Zunächst stellte die Zunahme rechtspopulistischer bis rechtsextremistischer Haltungen ein generelles Problem dar, da diese diskriminierenden und menschenverachtenden Charakter haben und durch die verstärkte Präsenz der Partei eine größere öffentliche Plattform erhielten und nach dem Motto „Man wird doch wohl noch sagen dürfen“ zum Teil „salonfähig“ wurden.

Des Weiteren führte die politisch unterschiedliche Außendarstellung der Partei dazu, dass pauschale politische Bewertungen schwierig vorzunehmen sind und noch keine entsprechenden Konzepte für den Umgang mit der AfD gefunden worden sind („Die AfD ist in dem klassischen Bearbeitungsschema Rechtsextremismus nicht Fisch und nicht Fleisch und macht es dann schwierig.“ / „Der Umgang ist noch zu pauschal.“). Dies zeigte sich vor allem bei der kritischen Auseinandersetzung mit einzelnen Personen aus der Partei. Scheinbar harmlose Argumente basierten auf rassistischen und fremdenfeindlichen Vorurteilen, boten aber keine wirklichen „Angriffspunkte“ oder wurden zu allgemein behandelt. („Das sind ganz viele Wölfe in einem Lammfell (...), da ist nicht drin, was draußen draufsteht“).

Unter anderem führte das undefinierbare Bild der Partei zu einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung. Die AfD diente gerade vielen Wechsel- und Protestwählern als Projektionsfläche für die Kanalisierung ihrer Ängste und Sorgen bzw. als Ventil für ihre Unzufriedenheit. Letztlich handelte es sich bei der AfD dadurch um eine dem Anschein nach mit hoher Legitimation agierende Partei - die für die direkte Arbeit in den Beratungseinrichtungen Fragen aufwarf.

Die Beratungseinrichtungen befassen sich im Rahmen ihres Auftrages (Landesprojekte) nicht vordergründig mit den politischen Parteien, sondern gezielt mit einzelnen auffälligen Inhalten, Haltungen und Äußerungen, die rechtspopulistische, rechtsextremistische, rassistische oder demokratiefeindliche Aspekte beinhalten („Es geht gegen Rechtsextremismus und nicht gegen die AfD“ / „Wir arbeiten uns nicht an einer Person oder einer Partei ab, sondern an Inhalten“). Diese Abgrenzung nach außen zu kommunizieren war zum Teil schwierig.

Weitere Konflikte entstanden durch das Agieren der AfD gegen engagierte Aufklärungsprojekte in einigen Bundesländern. Die AfD stellte in einigen Parlamenten Anfragen und Anträge mit ablehnender Stoßrichtung zu „Projekten gegen Rechts“ (beispielsweise. Finanzierung der Arbeit oder Informationen zu MitarbeiterInnen)<sup>570</sup> oder warf Mitarbeitern der Einrichtung bei Veranstaltungen vor, „undemokratisch“ zu sein. Daneben zeigte sich generell, dass einzelne Funktionärinnen und Funktionäre bzw. AfD-Anhänger vermehrt versuchten, politische Gegnerinnen und Gegner einzuschüchtern und zu diffamieren. Zum Beispiel wurden Angriffe von Teilnehmenden einer AfD-Aktion auf Gegendemonstrierende toleriert („Bei AfD-Demonstrationen tauchen auch organisierte Neonazis auf, welche zum Beispiel Journalisten oder Beteiligte der Gegendemonstration angreifen, bisher hat die AfD dies auch toleriert“) oder es wurde versucht, juristisch gegen die Antifa oder Repräsentanten anderer Parteien vorzugehen.

Im Ergebnis zeigte sich deutlich, dass die Positionierungen und Strategien der AfD die Beratungsstellen vor neue Herausforderungen und offene Fragen stellen. Neben bereits kurzfristig angepassten Konzepten bei den einzelnen Arbeitsschwerpunkten suchten die Beratungseinrichtungen nach mittel- und langfristigen neuen Strategien im Umgang mit dem Thema AfD.

#### 7.2.4 Offene Fragen und Anforderungen an die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema AfD

In Wissenschaft und Forschung existieren bereits Analysen und Studien zum Thema AfD („Es gibt da schon relativ viel an wissenschaftlicher Expertise zur AfD“). Dennoch fehlten nach Auskunft der befragten Expertinnen und Experten weitere differenzierte Analysen zur AfD, die regionale und personelle Unterschiede darstellen. Die offenen Fragen beziehen sich auf die Parteiprogrammatik und Einstellungen und Werte in der

---

**570** Vgl. Kleine schriftliche Anfrage der AfD in Hamburg: [https://afd-fraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/09/1223\\_extremismus-bek%C3%A4mpft-hamburg-nicht-mit-extremisten.pdf](https://afd-fraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/09/1223_extremismus-bek%C3%A4mpft-hamburg-nicht-mit-extremisten.pdf) abgerufen am 19.04.2016 und Vgl.: Anfrage der AfD in Dresden: <http://www.afd-fraktion-dresden.de/unsere-anfragen/articles/anfrage-af035315.html>, abgerufen am 19.04.2106

Partei sowie auf regionale Differenzen im Auftritt der Partei. In den Experteninterviews wurde sehr detailliert auf für die Praxis relevante Forschungsfragen eingegangen. So wurden explizit rechtliche Fragen genannt, beispielsweise welche „menschenverachtenden“ Aussagen einzelne Funktionärinnen und Funktionäre rechtswidrig waren. Wichtig hierbei war, dass man neben den einzelnen Aussagen die Strategien und Methoden der politischen Kommunikation und Argumentation der AfD politik- und sprachwissenschaftlich hinterfragen muss.

Zudem war es in Hinblick auf die Auseinandersetzungen mit der Parteiprogrammatik wichtig, neben den derzeitigen „Kernthemen“ der Partei (Zuwanderung / Asyl / Migration / innere Sicherheit) die Analysen auf weitere Themen wie sozialpolitische Fragen (beispielsweise zum Wohnungsmarkt) auszuweiten. Ebenso ging es um das generelle Gesellschafts- und Familienbild, welches die Partei anstrebt (wie die Rolle der Frau / Umgang mit Minderheiten und Diversity).

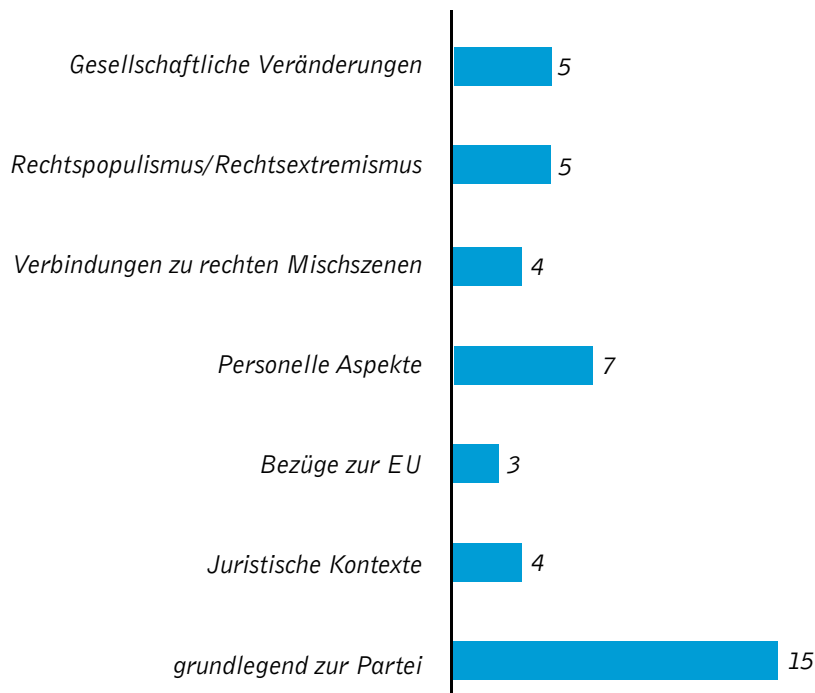
Weitere Fragen bezogen sich auf soziodemografische Merkmale der Anhängerschaft und der Sympathisierenden mit ihren generellen Einstellungen zu den Inhalten und Forderungen der Partei und insbesondere zu den Gründen und der Beständigkeit des Wahlzuspruchs. Hierbei sollten insbesondere die Gruppen der „unpolitischen“ (Nicht-)Wählerschaft betrachtet werden. Bezogen auf die Wahlergebnisse und Wahlprognosen wurden Fragen formuliert, welche auf generelle Politik- und Parteiverdrossenheit zielten, beispielsweise, warum die AfD gewählt wurde und andere etablierten Parteien nicht.

Ein weiterer Themenkomplex umfasste konkretere Informationen zu Funktionärinnen und Funktionären der Partei. Hierbei zielten Fragen auf die Vergangenheit der Personen und ihre ideologischen Einstellungen. Insbesondere ging es um Verbindungen und Überschneidungen mit rechten Mischszenen.

Im Kontext der Auseinandersetzung mit den Inhalten und Äußerungen der Partei wurde formuliert, die generelle Entwicklung des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als aktuelles Thema der Forschung nicht außer Acht zu lassen. Speziell sollen hermeneutische Ansätze für Definitionen und Abgrenzungen in der Begriffsvielfalt des rechten Spektrums angewendet werden, um Veränderungen des rechten bis rechtsextremistischen Potenzials in der Bevölkerung punktgenau analysieren zu können. Die Rolle der Medien bei der Verbreitung rechtspopulistischer bis rechtsextremistischer Ressentiments soll aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive beleuchtet werden.

Aus soziologischer Perspektive wurden Fragen formuliert, die auf herrschende Ängste und Sorgen breiter Teile der Bevölkerung zielen, nach deren Ursprüngen und insbesondere, wie man diesen entgegnet.

Abbildung 13: Themen: Offene Fragen (Erwähnungen MBR)



Des Weiteren wurde deutlich, dass der Forschungsbedarf nicht nur aus Bundes-, Landes- und Kommunalperspektiven abgedeckt werden muss, sondern die europäische Ebene aufgrund der Vernetzung der AfD in europaweiten rechten Szenen und der Zusammenarbeit im Europäischen Parlament mit anderen rechtspopulistischen Parteien wichtig ist. Interessant war in diesem Zusammenhang, ob die AfD politische Strategien anderer rechtspopulistischer Parteien verstärkt übernehmen kann und wie erfolgreich diese in Deutschland wären.

Ausgehend von den offenen Fragen und Forderungen lässt sich ein Anforderungskatalog an die Wissenschaft und Forschung formulieren, welche Bereiche im Zusammenhang mit der AfD zukünftig behandelt werden müssen:

- Differenzierte Analysen zur AfD (Programmatik, Strategien, Methoden), die Entwicklungslinien darstellen und aktuelle und komprimierte Informationen bereitstellen
- Analysen zu Funktionärinnen und Funktionären der AfD (Einstellungen, Ideologien, Vergangenheit, Verbindungen)
- Langzeitstudien zum AfD-Klientel (Wählerinnen und Wähler, Anhängerinnen und Anhänger, Sympathisantinnen und Sympathisanten)

-Analysen zur Entwicklung des Rechtspopulismus / Rechtsextremismus in der Gesellschaft (auch in Bezug zur europäischen Ebene)

-Analysen zur AfD auf der europäischen Ebene

-Handlungsanweisungen für die Praxis (hierbei vor allem für die Berufsgruppen, der Pädagoginnen und Pädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter)

Wichtig ist, dass eine interdisziplinäre wissenschaftliche Auseinandersetzung vorgenommen wird, indem sowohl Geschichtswissenschaften, Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften, Soziologie, Kommunikationswissenschaften, Linguistik und Pädagogik nach gemeinsamen Antworten und Lösungen suchen.

Die Klärung der offenen Fragen und die Bewältigung der Herausforderungen können letztlich nur dann gelingen, wenn es einen kontinuierlichen und breit angelegten Transfer zwischen Theorie und Praxis gibt. Hierdurch können wahrgenommene Eindrücke aus der Praxis in die wissenschaftliche Auseinandersetzung fließen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse von den Personen aus der Praxis umgesetzt werden.

### 7.3. Resümee

Die Arbeit der Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus hat sich durch die AfD verändert. Das Thema AfD rückte in das Spektrum der Beobachtungen und Analysen.

Zum einen, durch rechte bis rechtsextremistische Aussagen und Vermischungen mit rechten bis rechtsextremen Szenen einzelner Funktionärinnen und Funktionäre, die im Zusammenhang mit der Aufgabe der Einrichtungen standen, gegen Rechtsextremismus vorzugehen und eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft zu ermöglichen.

Zum anderen stiegen die Beratungsanfragen zum Thema AfD, welche an die Einrichtungen herangetragen wurden. Prognostiziert wurde zudem, dass vonseiten der Politik die Beratungsnachfrage durch die Einzüge der AfD in die Landesparlamente zunehmen wird. Ebenso ist zu erwarten, dass vonseiten ziviler Bündnisse das Beratungsaufkommen eher steigt, weil mit Blick auf neue politische Konflikte bei den Themen Zuwanderung, Islam und Integration der Einfluss der AfD auf gesellschaftliche Diskurse zunehmen wird. Gerade in der Ausübung der Beratungs- und Unterstützungsarbeit der zivilgesellschaftlichen Initiativen leisten die Einrichtungen einen großen und – im Anbetracht der verstärkten Mobilisierung rechter und rechtsextremer Personen und Gruppen innerhalb der Gesellschaft – notwendigen Beitrag, der weiter ausgebaut werden muss („Man

kann mit der Arbeit nicht verhindern, dass es Rassismus gibt, dass es Neonazis gibt, die Gewalt ausüben (...) aber wir können dafür sorgen, dass es Menschen vor Ort gibt, die „Nein“ sagen und sich davor stellen“).



## 8. Fazit

Die politische Praxis der AfD als selbsterklärter parteipolitischer Arm einer national-konservativen und völkischen „Widerstandsbewegung“ ist gekennzeichnet von einer flexiblen ‚Bespielung‘ ihrer weltanschaulichen Kernthemen, die je nach politischer Kulturlage mal das eine, mal das andere ihrer Kernthemen propagandistisch in eine Politik der Feindbilder übersetzt: Nach dem Euro-Thema wurde von der AfD das Flüchtlingsthema propagandistisch genutzt und aktuell dient das Thema Islam zur Mobilisierung von Ängsten und Ressentiments.

Die Zustimmung zur AfD ist ein Resultat der Krise politischer Repräsentation: Durch die Große Koalition verschwanden aus Sicht der Wählerschaft unterscheidbare Politikangebote. Die Folge war sinkende Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit. Vergleichbar mit den Erfolgen anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa ist der AfD-Zuspruch auch ein Produkt gesellschaftlicher Endsolidarisierungsprozesse im Kontext neoliberaler Deregulierung: Rechtspopulistische Parteien treten als politische Krisengewinner auf und inszenieren sich als „Anwälte der kleinen Leute“: Sie spielen mit der Angst der unteren Mittelschichten vor sozialem Abstieg und mit Unsicherheiten in der Bevölkerung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen und Umbrüchen im globalisierten Kapitalismus. Sie geben scheinbare Antworten auf komplexe Problemlagen, indem sie diese in simplifizierende und personalisierende Feindbildkonstruktionen übersetzen. Gegen die ‚volksfeindliche Politikelite‘, so der Tenor, müsse ein ‚Aufstand des Volkes‘ entfacht werden, als dessen ‚Anwälte‘ sich die Rechtspopulisten inszenieren. Dadurch bedient der Rechtspopulismus das Trugbild einer heilen nationalen Gemeinschaft und verkauft sich zugleich als deren Garant. Nach Ansicht von Thomas Assheuer haben Finanzkrise und Sparpolitik die rechte Systemkritik beflügelt:

„Europas Rechte empfängt die politisch Heimatlosen mit offenen Armen, all die Abgehängten, Enttäuschten und Verängstigten in den unteren Mittelschichten, die heute noch einen Job haben, aber ihn schon morgen durch die digitale Revolution verlieren könnten. Die Rechte lockt mit einer ‚Volksdemokratie‘, die gerechter sei als die Kampfgesellschaften der EU, sie bietet den Tausch ‚Sicherheit gegen Freiheit‘, weil sie weiß, dass die Freiheit überall im Kurs gesunken ist: Der Neoliberalismus vermehrte die Eigentumsfreiheit der wenigen und die Unsicherheit der vielen, und vom arabischen Freiheitsaufstand ist auch nicht viel übrig geblieben. Etwas Besseres als die Freiheit findet man überall.“<sup>571</sup>

---

**571** Thomas Assheuer: Rechtspopulismus. Die Konterrevolution, in: Die Zeit v. 24.2.2016, <http://www.zeit.de/2016/07/rechtspopulismus-pegida-parteien-europa-erfolg/komplettansicht>, abgerufen am 25.2016

*Tendenzen hin zu einer völkisch-nationalistischen Bewegungspartei*

Programmatisch spielt das Widerstands-Postulat in der AfD zwar keine Rolle, aber in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung als „Anti-Parteien-Partei“, die im Unterschied zu den „Alt-Parteien“ Politik „für das Volk“ betreibt. „Widerstand zu leisten“ suggeriert in rechten Kreisen einen altruistischen Aufopferungswillen für die gemeinsame, „nationale Sache“: Widerstand kann in diesem Sinn sowohl als zentraler mobilisierender Kampfbegriff wie zugleich als Containerbegriff für völlig unterschiedliche politische Themensetzungen innerhalb des äußerst heterogenen organisatorischen Spektrums rechter Parteien und Bewegungen gedeutet werden, deren inhaltliche Klammer das Eigenverständnis von Widerstand als Ausdruck von „nationaler Opposition“ darstellt. Hinsichtlich ihrer inhaltlichen und strategischen Ausrichtung steht die AfD unter zunehmendem Einfluss neurechter Netzwerke. Innerparteilich spielt die Gruppierung „Der Flügel“ eine zentrale Rolle: Mit der Erstellung der „Erfurter Resolution“ hatte dieser Zusammenschluss maßgeblich zum Sturz des früheren Parteisprechers Bernd Lucke beigetragen und zugleich die eigene nationalistisch-fremdenfeindliche Stoßrichtung verdeutlicht. So wird sich in der Resolution gegen die multikulturelle Verfasstheit unserer Gesellschaft gewendet und die Unterzeichner begreifen sich als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“.<sup>572</sup> Einem solchen Selbstverständnis als „Widerstandsbewegung“ folgend erheben die Akteure dieses AfD-Flügels Anspruch auf die Formierung der Partei zu einer kämpferischen „Bewegungspartei“.<sup>573</sup> So definierte Björn Höcke, Landesvorsitzender der AfD-Thüringen, seine Partei in einem Referat beim neurechten „Institut für Staatspolitik“ (IfS) im November 2015 als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“.<sup>574</sup> Innerhalb der AfD steht Höcke für einen rechten Radikalisierungskurs. Laut Höcke habe sich die AfD mit der Erfurter Erklärung „ihre zweite Geburtsurkunde ausgestellt“ und ihr Thüringer Landesverband sei „so etwas wie die Avantgarde der AfD“. Seine Forderung nach Formierung der AfD als „Bewegungspartei“ unterfüttert der AfD-Agitator mit indirekt formulierter Aufstandsrhetorik: „Für mich ist die AfD die letzte friedliche Chance für unser Land, das predige ich seit Monaten“, so Höcke in seiner Rede vor neurechtem Publikum auf dem Herbstkongress 2015 des IfS.<sup>575</sup>

---

**572** Der Flügel (2015): Erfurter Resolution. <http://derfluegel.de/erfurterresolution.pdf> abgerufen am 20.09.2015

**573** Vgl. tiefergehend hierzu Kap. 6.

**574** Höcke, Björn (2015): Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme – Vortrag beim IfS. <https://www.youtube.com/watch?v=eZTw30RSqIQ> abgerufen am 20.01.2016

**575** Ebd.

Diese Form des „nationalen Widerstands“ organisiert Höcke auch auf der Straße: So treten auf den seit September 2015 wiederkehrend von der AfD organisierten Demonstrationen in Erfurt unterschiedliche rechte Milieus in Erscheinung, die von rechten „Wutbürgern“ über Hooligans bis hinein in den organisierten Rechtsextremismus reichen. In der AfD-nahen Zeitung „Polifakt“ deutet die Thüringer AfD-Landtagsabgeordnete Wiebke Mühsal diese Aufmärsche als neue „Macht der Straße“. Laut Mühsal spiegeln diese Kundgebungen „eine neue Protestkultur wider.“ Diese neue „Protestkultur“ wird von der AfD-Funktionärin so beschrieben: „Die Teilnehmer schwenken wie selbstverständlich die Deutschlandfahnen. Am Ende singen sie die Nationalhymne. Es scheint, dass in dem Maße, in dem das Eigene bedroht ist, ein immer größer werdender Teil der Deutschen zu dem zurückfindet, was anderswo längst Realität ist: der Liebe zur eigenen Kultur und zum eigenen Land.“<sup>576</sup>

Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die AfD nicht nur hinsichtlich ihrer parteipolitischen Wahlerfolge zu einer ernstzunehmenden Kraft im rechten politischen Lager geworden ist: Zugleich formiert sie sich besonders in Thüringen und Sachsen-Anhalt zu einem parteipolitischen Kulminationspunkt für neue rechte Bewegungen auf der Straße, der diese Bewegungen seinerseits politisch vorantreibt. Nicht ohne Grund beschreibt der neurechte Bewegungsunternehmer Götz Kubitschek die AfD daher als Möglichkeit zur „Öffnung eines Resonanzraums“ beschreibt.<sup>577</sup>

Durch ihre Funktion als rechtspopulistische Kraft für eine parlamentarische und außerparlamentarische rechte Bewegung stellt die AfD eine besondere Herausforderung für Initiativen gegen rechts dar. Entsprechend fordert der Bundesverband Mobile Beratung e.V. „eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den demokratiefeindlichen und rassistischen Inhalten der Partei.“ Deren Wahlerfolge „untermauern einen gesellschaftlichen Wandel, der rechtspopulistische und rechtsextreme Ressentiments im öffentlichen Diskurs salonfähig macht.“<sup>578</sup>

Die vorliegende Studie ist zu dem Zweck erstellt worden, Informationen und Anregungen zur vertiefenden Auseinandersetzung mit der AfD bereitzustellen.

---

**576** Mühsal, Wiebke (2016): Die Macht der Straße, in: Polifakt 03, S.18f.

**577** Kubitschek, Götz: Nach dem Triumph der AfD (2), in: sezession online v. 15.03.2016, <http://www.sezession.de/53523/nach-der-wahl-oder-das-sowieso-gefrierende-eis.html>, abgerufen am 20.03.2016

**578** Presseerklärung des Bundesverbands Mobile Beratung e.V. vom 14. März 2016, <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2016/03/14/pe-auseinandersetzung-mit-rassismus-bitter-noetig/>, abgerufen am 23.04.2016

# Anhang

I) Auswertungsergebnisse der Programme (Grundlage / Inhalte)	S. 206
II) Auswertungsergebnisse der Programme (Grundlage / Berechnungen)	S. 226
Abbildungsverzeichnis	S. 228
AutorInnen	S. 229

## Anhang I: Auswertungsergebnisse der Programme (Grundlage/Inhalte)

### Thema: Einwanderung / Flucht / Asyl

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Einwanderung / Flucht / Asyl	Seiten/ Länge
2014		
Europa (Wahlprogramm) (26 Seiten)	<p>IV.4 Menschenwürdige Zuwanderungs- und Asylpolitik Die AfD fordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Leistungslose Einkommen dürfen weder Anreize zu verstärkter Zuwanderung setzen noch die Suche nach bezahlter Arbeit unattraktiv machen ...</li> <li>- Bestandskräftige Abschiebebescheide müssen zeitnah vollzogen werden.</li> <li>- Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden.</li> <li>- Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab...</li> <li>- Die Zuwanderung von Nicht-EU-Arbeitskräften sollte sich ausschließlich nach dem hiesigen Bedarf richten.</li> <li>- Eine unkontrollierte Zuwanderung in die EU-Staaten muss durch Kontrolle der EU-Außengrenzen verhindert werden...</li> <li>- Die AfD setzt sich für ein Einwanderungsrecht mit „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild ein, das die Interessen Deutschlands und die Chancen der Zuwanderer auf erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt.</li> </ul>	2 S. (S. 15f.)

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Einwanderung / Flucht / Asyl	Seiten/ Länge
<p><i>Sachsen (Wahlpro- gramm) (26 Seiten)</i></p>	<p>IV Sachsen in Deutschland und der Welt 1</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zuwanderung IV. <ul style="list-style-type: none"> <li>* 1.1. Soviel Zuwanderung wie nötig, aber soviel Familienförderung und Qualifikation wie möglich!</li> <li>* IV.1.2. Ein Zuwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild!</li> <li>* IV.1.3. Strikte Anwendung des Asylrechts!</li> <li>* IV.1.4. Aufnahme von Asylanten nach unseren Möglichkeiten</li> <li>* IV.1.5. Kein Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Ausländer</li> </ul> </li> <li>- 2. Integration <ul style="list-style-type: none"> <li>* IV.2.1. Keine Unterstützung für Integrationsfolklore</li> <li>* IV.2.2. Verpflichtende Sprachkurse auf hohem Niveau für alle Einwanderer, die Sozialleistungen beziehen</li> <li>* IV.2.3. Integrierende Bürgerarbeit für arbeitslose Migranten</li> <li>* IV.2.4. Keine doppelte Staatsbürgerschaft</li> <li>* IV.2.5. Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten</li> </ul> </li> </ul>	<p>2 S. (S. 17f.)</p>
<p><i>Brandenburg (Wahlpro- gramm) (37 Seiten)</i></p>	<p>3. Zuwanderung steuern, Integration fordern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Deswegen ist es erforderlich, die Zuwanderung zu steuern.</li> <li>- Damit soll auch sichergestellt werden, dass die, die kommen, bereit und in der Lage sind, sich in die Gesellschaft zu integrieren...</li> </ul> <p>Die AfD wird sich daher in Brandenburg dafür einsetzen,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- dass Kurse für sprachliche und gesellschaftliche Integration Pflicht werden...</li> <li>- mehr Mitspracherechte von Bürgern und Kommunen bei der lokalen Unterbringung von Asylbewerbern geschaffen werden.</li> <li>- abgelehnte Asylbewerber zügig abgeschoben werden</li> </ul>	<p>ca. 1 S. (S. 9 f.)</p>

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Einwanderung / Flucht / Asyl	Seiten/ Länge
<p>Thüringen (Wahlprogramm) (32 Seiten)</p>	<p>„Demographie und Zuwanderung“</p> <p>Zuwanderung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die AfD in Thüringen fordert eine bedarfsorientierte Einwanderungspolitik nach klaren Regeln, das heißt, ein Zuwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild.</li> <li>- Kern des kanadischen Modells ist ein definiertes Punktesystem, (...)...</li> <li>- Eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme muß unbedingt unterbunden werden, ebenso der Mißbrauch von Sozialleistungen....</li> <li>- Wir fordern eine klare Umsetzung von Zuwanderungs- und Asylrecht.</li> <li>- Das Asylrecht dient nicht der Zuwanderung, sondern soll politisch Verfolgten Schutz bieten. Ernsthaft politisch Verfolgten im Sinne des Grundgesetzes ist Asyl zu gewähren, nicht Verfolgte sollten zügig in ihr Herkunftsland zurückkehren.</li> </ul>	<p>Zuwanderung ca. ½ Seite (S. 7f.)</p>
2015		
<p>Hamburg (Wahlprogramm) (28 Seiten)</p>	<p>5. Zuwanderung und Asyl</p> <p>5.1. Leitlinien ...</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Insgesamt aber hat die über Jahrzehnte ungesteuerte Einwanderung auch tiefgreifende Probleme in etlichen Stadtteilen verursacht, die von der Politik nicht vorhergesehen wurden und lange unbeachtet blieben. Diese erstrecken sich über Schule und Ausbildung, über Sprachkenntnisse und innere Sicherheit, bis zum Entstehen ungewollter Parallelgesellschaften. ...</li> <li>- Etliche Länder wie z.B. Kanada haben gute Erfahrungen mit Punktesystemen gemacht, die all dies berücksichtigen. Solche erfolgreichen Instrumente wollen wir auf die besonderen Bedingungen Deutschlands übertragen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir prinzipiell ab....</li> <li>- Es gelten die Grundsätze: „Keine Partizipation ohne Integration“ und „Integration ist primär eine Bringschuld der Zuwanderer“.</li> </ul> <p>5.2. Einwanderung in die Sozialsysteme verhindern</p> <p>5.3. Asyl</p>	

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Einwanderung / Flucht / Asyl	Seiten/ Länge
Bremen (Wahlpro- gramm) (67 Seiten)	<p>4. Integration und Zuwanderung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Eine Nation darf weder durch eine europäische Zentralisierung von außen noch durch eine unregelte Einwanderungspolitik von innen zerstört werden....</li> </ul> <p>4.1 Kanadisches Modell</p> <p>4.2 Religiöse Ausübung</p> <p>4.3 Organisation</p> <p>4.4 Pädagogische Aufbereitung Weiterfahung</p> <p>4.5 Einwanderer für Deutschland</p> <p>4.6 Multikulturalismus und Nation</p>	ca. 4 S. (S. 46- 50)
2016		
Baden- Würt- temberg (Wahlpro- gramm)	<p>4. Für ein Ende der Massenzuwanderung und des Asylmissbrauchs</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Asylrecht reformieren <ul style="list-style-type: none"> <li>* Keine Gesellschaftsexperimente auf Kosten unserer Kinder</li> <li>* Die Massenzuwanderung ist eine schwere Gefährdung unserer Zukunft</li> <li>* Asylrecht ändern – Missbrauch beenden</li> <li>* Auffangzentren einrichten – Leben retten</li> <li>* Schengen-Vertrag aussetzen – Grenzen nach australischem Vorbild sichern</li> <li>* Fehlanreize umfassend abbauen</li> <li>* Aufenthaltsbeendigung konsequent durchsetzen</li> <li>* Missachtung unserer Rechtsordnung nicht belohnen</li> <li>* Die Möglichkeiten unseres Landes wahrnehmen</li> </ul> </li> <li>- Zuwanderung steuern <ul style="list-style-type: none"> <li>* Qualifizierte Einwanderung – nach unseren Regeln</li> <li>* Die Zuwanderer müssen zu uns passen</li> <li>* Multikulti – mehr Risiken als Chancen</li> </ul> </li> <li>- Integration fördern und fordern <ul style="list-style-type: none"> <li>* Direkte Demokratie – erst recht bei der Zuwanderung</li> <li>* Integration – Garant für ein friedliches Zusammenleben</li> <li>* Integrationshemmnisse bekämpfen</li> <li>* Für religiöse Bekenntnisfreiheit – gegen Kulturrelativismus</li> <li>* Wirtschaftliche Eingliederung als Schlüssel zur Integration</li> <li>* Einbürgerung nur als Abschluss gelungener Integration</li> <li>* Staatsbürgerschaft – Loyalität ist nicht teilbar</li> </ul> </li> </ul>	8 S. (S. 18-25)



Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Einwanderung / Flucht / Asyl	Seiten/ Länge
Rheinland- Pfalz (Wahlpro- gramm) (17Seiten)	Punkt 4. Integration / Einwanderung und Asyl - Asylrecht bewahren, Missbrauch verhindern, konsequent abschieben - Einwanderung nach unseren Regeln - Integration ist Pflicht, keine Option – Parallelgesellschaften verhindern - Mut zu Deutschland – Identität fördert Integration - Einwanderung ist kein Mittel gegen Geburtenrückgang	1 S. (S. 12- 13)
Sachsen- Anhalt (Wahlpro- gramm) (68 Seiten)	3. Zuwanderung, Asyl und Integration 3.1 Zuwanderung 3.1.1 Ja zum Asylrecht – Nein zum Missbrauch! 3.1.2 Kein Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Ausländer 3.2 Integration 3.3 Identität	6 S. (S. 27- 32)

# Thema: Nationale Identität

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Nationale Identität	Seiten/ Länge
2014		
Bund	<p>Unter: Politische Leitlinien</p> <p>„Darüber hinaus hat in der Eurokrise die europäische Idee in besonderer Weise Schaden genommen. Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhält.“</p>	Satz (Seite 6)
Europa	<p>Unter: Präambel</p> <p>„Die Alternative für Deutschland (AfD) bekennt sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhält.“</p>	Satz (S. 2)
Sachsen	<p>3. Identität</p> <p>IV.3.1. Aufwertung und Umgewichtung des Geschichtsunterrichts</p> <p>IV.3.2. Gegen staatlich verordnetes Neusprech</p> <p>IV.3.3. Weniger Anglizismen und weniger Englisch im amtlichen und öffentlichen Sprachgebrauch</p>	ca. 1 S. (S. 9 f.)
Brandenburg	<p>A. Identität, Zusammenhalt und Lebensqualität in Brandenburg stärken</p> <p>1. Lokale Gemeinschaft stärken</p> <p>2. Kulturelle Identität pflegen</p> <p>3. Zuwanderung steuern, Integration fordern</p> <p>4. Zuzug in den ländlichen Raum fördern – Gemeinden unterstützen</p>	2 Seiten / zu Identität einige Absätze (S. 8-10)
Thüringen	<p>Unter:</p> <p>Präambel</p> <p>Kultur</p> <p>Demographie</p>	Sätze in verschiedenen Unterpunkten (S. 5; 7f.)
2015		
Hamburg	/	



# Thema: Natürliche Ordnung / Familie / Gender

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Natürliche Ordnung / Familie / Gender	Seiten/ Länge
2014		
<i>Bund</i>	Erwähnt unter: Familien: Punkt 14 Gender: Punkt 1	1. Absatz (S. 11) 1 Satz (S.7)
<i>Europa</i>	Erwähnt unter: Familie: Präambel Gender: Punkt IV. 7 Keine Gleichstellungspolitik nach EU-Vorgaben	1. Satz (S. 3) ½ Seite (S. 18)
<i>Sachsen</i>	I Familie I.1. Stärkere demokratische Mitbestimmung von Familien: Familienwahlrecht I.2. Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplittingmodell I.3. Tatsächliche Beitragsfreiheit für Kinder in den Sozialversicherungskassen I.4. Sport für die sächsische Jugend I.5. Anrechnung gemeinschaftsdienlicher Arbeitsleistungen I.6. Generationengerechtigkeit in der Jugend und im Alter I.7. Stärkung des Berufsstands der Hebamme I.8. Neuausrichtung der frühkindlichen Betreuung I.8.1. Neustrukturierung der Kinderbetreuung I.9. Förderung des Modells „Studieren mit Kind“ I.10. Förderung beruflicher Wiedereinstiegsmöglichkeiten I.11. Motivation der Unternehmen zu einem familienfreundlichen Arbeitsalltag I.12. Bevorzugte Einstellung und Entfristung von Eltern im öffentlichen Dienst I.13. Förderung von Eltern beim Schaffen von Wohnraum Gender: Kapitel: II Bildung- Hochschule- Wissenschaft Ablehnung Gender Mainstreaming in Schulen (S.7) Förderung: Gender Studies einstellen (S.8)	2½ S. (S. 2-3; S. 5)

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Natürliche Ordnung/Familie/Gender	Seiten/ Länge
Brandenburg	<p>B: Familien stärken!</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Freistellung der ein- bis sechsjährigen Kinder von Kita-Gebühren</li> <li>2. Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting</li> <li>3. Tatsächliche Beitragsfreiheit der Kinder in den Sozialversicherungskassen</li> <li>4. Erleichterung früherer Familiengründung - Förderung des Modells „Studieren mit Kind“</li> </ol>	ca. 1 S. (S. 10 f.)
Thüringen	<p>Familie/Gender</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Familienpolitik ist das Kernstück jeder Sozialpolitik.</li> <li>- Die Familienpolitik des Bundes und der Länder muß einem einheitlichen Konzept folgen, das sich an der Familie aus Vater, Mutter und Kindern unter Einschluß der älteren Generation orientiert.</li> <li>- Versuchen, mit Hilfe der Gender-Ideologie den Sinn des Wortes „Familie“ in Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu entziehen, ist entgegenzutreten.</li> <li>- Die Gender-Ideologie steht sowohl im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie als auch zur Lebenserfahrung</li> </ul> <p>Gender unter:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schulwesen.</li> <li>- Wissenschaft und Berufsbildung</li> </ul>	<p>ca. 2 S. (S. 6-7<sup>3/4</sup>)</p> <p>1 Absatz (S. 11) 1 Absatz (S. 12f.)</p>

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Natürliche Ordnung/Familie/Gender	Seiten/ Länge
2015		
Hamburg	<p>Familie/Gender</p> <p>unter: 7. Soziales, Gesundheit, Senioren und Umwelt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 7.1. Leitlinien</li> <li>- 7.2. Sozialpolitik</li> <li>- 7.2.1. Bürgerarbeit statt Hartz IV</li> <li>- 7.2.2. Kindeswohl wirksam schützen</li> <li>- 7.2.3. Obdachlosigkeit verringern</li> <li>- 7.2.4. Gleichberechtigung, Normierung durch Quoten, Gender Mainstreaming</li> <li>- 7.2.5. Eltern- statt Frauenförderung</li> <li>- 7.2.6. Kinderarmut bekämpfen, Betreuungsangebot ausbauen</li> <li>- 7.3. Gesundheit</li> <li>- 7.3.1. Gesundheitsvorsorge, Prävention</li> <li>- 7.3.2. Hygiene in Krankenhäusern</li> <li>- 7.3.3. Aktive Drogenpolitik</li> <li>- 7.3.4. Legalisierung des assistierten Freitods</li> <li>- 7.3.5. Hygienevorschriften in Gaststätten</li> <li>- 7.4. Umwelt</li> <li>- 7.4.1. Hamburg geht die „Luft“ aus</li> <li>- 7.4.2. Lärmschutz im Schienenverkehr</li> <li>- 7.4.3. Fluglärmschutz</li> <li>- 7.4.4. Sauberes StadtGrün</li> </ul> <p>Unter: 2. Hamburgs Zukunft braucht Bildung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 2.2.7. Mut zur Verantwortung Familie und Elternhaus sind die Erstverantwortlichen in der Erziehung ihrer Kinder. Die meisten Hamburger Schüler bringen gute familiäre Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schulkarriere mit. Jedoch gilt dies bei einer Minderheit nicht. Diese Schüler, häufig aus bildungsfernen Elternhäusern mit oder ohne Migrationshintergrund, haben schlechte Voraussetzungen und bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Einzelne Eltern vernachlässigen ihre Erziehungs- und Förderpflichten zu Lasten der Zukunft Ihrer Kinder. Die Zahlungen staatlicher Transferleistungen sollen daran gekoppelt werden, dass Eltern ihren Pflichten nachkommen, z.B. bezüglich regelmäßigen Schulbesuches. Auch Bußgelder sind möglich.</li> </ul>	<p><i>einzelne Absätze (Sozialpolitik: ab S. 24; Abschnitte zu Familie: S. 25f.)</i></p> <p><i>I. Absatz (S. 8)</i></p>





Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Natürliche Ordnung/Familie/Gender	Seiten/ Länge
2016		
Baden- Württemberg	Familien / Gender unter: 6. Für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft <ul style="list-style-type: none"> <li>- Leitbild der Familie schützen und fördern Familien finanziell entlasten</li> <li>- Ehen stabilisieren, damit Kinder bei Vater und Mutter aufwachsen</li> <li>- Familien- und Geschlechterziehung muss ideologiefrei und altersgemäß sein</li> <li>- Jugendschutz ernst nehmen</li> <li>- Gender Mainstreaming abschaffen</li> <li>- Jungen fördern</li> <li>- Den Hebammenberuf erhalten und wertschätzen</li> <li>- Ungeborenes Leben schützen</li> <li>- Eltern bei Kinderbetreuung und Schulbildung Wahlmöglichkeiten bieten</li> </ul>	6 S. (S. 27- 32)
Rheinland- Pfalz Wahlpro- gramm	Punkt 2: Kinder und Familie Einführung des Familiensplittingmodells Reduzierung der Sozialversicherungsabgaben für Familien mit Kindern Doppelbelastung der Familien beenden Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung Familienschutz statt Genderwahn	2 S. (S. 8f.)

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Natürliche Ordnung/Familie/Gender	Seiten/ Länge
Sachsen- Anhalt	<p>Familien und Gender:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Familienpolitik <ol style="list-style-type: none"> <li>1.1 Familie stärken</li> <li>1.2 Familienförderung und demographische Entwicklung</li> <li>1.3 Auswirkungen staatlichen Handelns auf Familien prüfen</li> <li>1.4 Freistellung von Kita-Gebühren ab dem 4. Lebensjahr</li> <li>1.5 Wahlfreiheit der frühkindlichen Betreuung</li> <li>1.6 Kein Kindergeld für im Ausland lebende Kinder</li> <li>1.7 Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting</li> <li>1.8 Tatsächliche Beitragsfreiheit der Kinder in den Sozialversicherungskassen</li> <li>1.9 Erleichterung früher Familiengründung - Förderung des Modells „Studieren mit Kind“</li> <li>1.10 Modellprojekte zur familienfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsalltages</li> <li>1.11 Gegen Früh- und Hypersexualisierung in Kindergarten und Schule.</li> <li>- Das gesellschaftspolitische Experiment der Gender-Ideologie lehnen wir strikt ab, da es unserer Wertevorstellung entgegensteht.</li> <li>1.12 Gegen die Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft</li> <li>1.13 Förderung familienunterstützender, haushaltsnaher Dienstleistungen</li> <li>1.14 Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche</li> <li>1.15 Hausunterricht</li> <li>1.16 Medizinische und pflegerische Versorgung <ol style="list-style-type: none"> <li>1.16.1 Ausreichende Anbieterzahl ermöglichen</li> <li>1.16.2 Qualifiziertes und motiviertes Personal in Sachsen-Anhalt</li> <li>1.16.3 Vorbeugende Gesundheitserziehung fördern</li> <li>1.16.4 Freiberufliche Tätigkeit von Hebammen schützen</li> </ol> </li> </ol> </li> </ol>	8 S. (S. 5-12)



Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Euro/EU	Seiten/ Länge
Sachsen	Unter: III Finanzen und Wirtschaft III.1.1. Mehr Souveränität für Sachsen – Regionale Förderung braucht keinen Umweg über Brüssel III.2.6. Abbau von Überregulierung (Zuwanderung, Politik für den ländlichen Raum)	mehrere Sätze (S. 9ff.)
Brandenburg	Unter: Zuwanderung, Bildung	Sätze (S. 9, 19)
Thüringen	Unter: Haushaltspolitik	1 Absatz (S. 20f.)
2015		
Hamburg	Unter: Präambel; Asyl	Sätze (S. 5, 20)
Bremen	Unter: Präambel; Finanzen und Wirtschaft	Sätze (S. 1, 28)
2016		
Baden-Württemberg	Unter 5: Für Sparsamkeit, Verantwortung und Transparenz im Umgang mit Steuermitteln - Keine weitere Belastung der Bürger durch die „Eurorettung“ Asyl	1 Absatz (S. 27) Satz (S. 18)
Rheinland-Pfalz Wahlprogramm	Europäische Ebene - Massive Demokratiedefizite der EU - EU und Euro als Umverteilungsmechanismen zu Lasten unseres Landes - Eurorettungspolitik mit Schuldenunion und unbegrenzter Haftung Deutschlands - Missachtung eingegangener Verpflichtungen seitens der Mitgliedsstaaten 10. Infrastruktur und ländlicher Raum - Stopp der Überregulierung durch EU-Vorschriften	1. Absatz (S. 4) 1 Absatz (S. 14)
Sachsen-Anhalt	Unter: 2. Bildung (bspw.: 2.6 Berufliche Bildung und Weiterbildung) 3. Asyl (bspw.: 3.1.1 Ja zum Asylrecht — Nein zum Missbrauch!) 4. Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik, Energie- und Verkehrspolitik/Politik für den ländlichen Raum (Bspw.: 4.2.5 Überregulierung abbauen, S. 36, oder bei Energiepolitik)	einige Sätze (S. 17, 27, 36, 37)

# Thema: Islam

Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Islam	Seiten/ Länge
2014		
<i>Bund</i>	/	
<i>Europa</i>	Präambel: „Die Alternative für Deutschland (AfD) bekennt sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhält.“	1 Satz (S. 2)
<i>Sachsen</i>	2. Integration IV.2.5. Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten	1 Absatz (S. 18)
<i>Brandenburg</i>	/	
<i>Thüringen</i>	/	



Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Islam	Seiten/ Länge
Bremen	<p>Unter: 3. Innere Sicherheit – 3.13: Bekämpfen religiösen Extremismus (S. 53)</p> <p>4. Integration und Zuwanderung</p> <p>4.2 Religiöse Ausübung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vor allem unsere muslimischen Mitbürger müssen darauf vertrauen können, in Bremen frei von z. B. wahabitischen und salafistischen Bestrebungen leben zu können.</li> <li>- Wir fordern ein generelles Burka- und Verschleierungsverbot für Bremen und ein striktes Kopftuchverbot in allen Bereichen des bremischen Öffentlichen Dienstes.</li> <li>- Der Einfluss fremder Länder auf Moscheevereine und Islamverbände muss in Bremen unterbunden werden.</li> <li>- Wir wollen die Einführung eines verpflichtenden Faches „allgemeine Religionskunde“ im Unterricht in der Sekundarstufe, um das abendländische Religionsverständnis und die wissenschaftliche und theologische Religionskritik zu fördern, auf nichtchristliche Religionen anwendbar zu machen, und um mit nichtchristlichen Religionen und deren Repräsentanten dialogfähig zu werden.</li> </ul>	<p>Satz (S. 53)</p> <p>Sätze (S. 55ff.)</p>



Quelle (Textumfang insgesamt)	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Islam	Seiten/ Länge
2016		
Baden- Württem- berg	<p>Unter: Extremismus Bekämpfen</p> <p>Paralleljustiz nicht tolerieren</p> <p>Integrationshemmnisse bekämpfen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wir lehnen das schiebchenweise Vordringen integrationshemmender Rechte und Verhaltensweisen strikt ab. Dazu gehört das Tragen des islamischen Kopftuchs. Bei ihm handelt es sich um ein religiös-politisches Symbol repressiver Strömungen im Islam und es steht für die Ungleichbehandlung der Frau. Die AfD setzt sich für ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst und in der Schule sowie für ein generelles Burkaverbot ein.</li> </ul> <p>Für religiöse Bekenntnisfreiheit – gegen Kulturrelativismus (Seite 24)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Zur Realität Deutschlands gehören jedoch Menschen islamischen Glaubens, die wir akzeptieren, sofern sie friedlich und integriert unter uns leben.</li> <li>- Erscheinungen der Parallelgesellschaften, wie die Anwendung islamischer Rechtsvorschriften,</li> <li>- Konfliktschlichtung unter Umgehung der deutschen Strafgerichte, die Herausnahme von Mädchen aus dem Sportunterricht, das Verbot für muslimische Schüler, an Klassenfahrten teilzunehmen und vieles andere mehr ist unter Berufung auf „Religionsfreiheit“ nicht zu rechtfertigen und darf nicht länger hingenommen werden.</li> </ul>	<p>Satz (S. 10)</p> <p>Satz (S. 13)</p> <p>Sätze (S. 24)</p>
Rheinland- Pfalz Wahlpro- gramm	/	

<i>Quelle (Textumfang insgesamt)</i>	Wo/Was (Auswahl) – Thema: Islam	<i>Seiten/ Länge</i>
<i>Sachsen- Anhalt</i>	<p>Unter: 3. Identität</p> <p>Der Islam gehört hingegen nicht zu unserer Identität. Er hat unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt.</p> <p>Die private Religionsausübung muslimischer Mitbürger ist in Sachsen-Anhalt auch ohne Großmoscheen mit Minaretten möglich. Derartige Bauprojekte, insbesondere wenn sie tief in historisch gewachsene Stadtbilder eingreifen, müssen erst von der ansässigen deutschen Bevölkerung akzeptiert und dürfen nicht gegen deren Willen errichtet werden. Wir fordern, dass Bürger künftig in solche Planungen frühzeitig einbezogen werden und ggf. über Bürgerentscheide ihrem Willen Ausdruck verleihen können.</p> <p>Entscheidungen ohne ausreichende Bürgerbeteiligungen sind abzulehnen, sie drohen den Nährboden für Gewalt, Politikverdrossenheit und Extremismus zu bereiten.</p>	<i>mehrere Sätze (S. 31ff.)</i>

## II) Auswertungsergebnisse der Programme (Grundlage / Berechnungen)

Thema: Einwanderung / Flucht / Asyl

Rang (nur Län- der)	Jahr	Quelle	Kapitel/ Unterpunkt/ Überschrift	Seiten	ins- ge- samt	% ca.
	2014	Bund	mehrere Punkte	ca. ½	13	4
	2014	EU	Menschenwürdige Zuwanderungs- und Asylpolitik	2	26	8
3	2014	Sachsen	Sachsen in Deutschland und der Welt (Zuwanderung – Integration – Identität)	2	26	8
6	2014	Brandenburg	Identität, Zusammenhalt und Lebensqualität in Brandenburg stärken (Lokale Gemeinschaften – Kulturelle Identität pflegen – Zuwanderung steuern, Integration fordern – Zuzug in den ländlichen Raum fördern, Gemeinwesen unterstützen)	1	37	3
7	2014	Thüringen	Demographie und Zuwanderung	½	32	2
4	2015	Hamburg	Zuwanderung und Asyl (Leitlinien – Einwanderung in die Sozialsysteme verhindern – Asyl)	2	28	7
5	2015	Bremen	Integration und Zuwanderung (Kanadisches Modell – Religiöse Ausübung – Organisation – Pädagogische Aufbereitung Welterfahrungen – Einwanderer für Deutschland – Multikulturalismus der Nationen)	4	67	6
1	2016	Baden- Württemberg	Für ein Ende der Massenzuwanderung und des Asylmissbrauchs	8	64	13
5	2016	Rhein- land- Pfalz	Integration, Einwanderung und Asyl	1	17	6
2	2016	Sachsen- Anhalt	Zuwanderung, Asyl und Integration (Zuwanderung – Asyl – Integration)	6 (zu Zu- wanderung und Asyl)	68	9

## Thema: Natürliche Ordnung / Familie / Gender

Rang (nur Län- der)	Jahr	Quelle	Kapitel/ Unterpunkt/ Überschrift	Seiten	ins- ge- samt	% ca.
	2014	Bund	Nicht explizit / einige Sätze zur Familie und zu Gender	ca. ½	13	4
	2014	EU	IV. 7: Keine Gleichstellungspolitik Nicht explizit Familie	½	26	2
2	2014	Sachsen	Familie	2 ½	26	10
5	2014	Brandenburg	Familie stärken!	1	37	3
4	2014	Thüringen	Familie	2	32	6
6	2015	Hamburg	Unter: Soziales, Gesundheit, Senioren und Umwelt / 7.2 Sozial Politik	½	28	2
4	2015	Bremen	Unter: Bildung, Familie und Soziales / 1.2 Familie und Zusammenleben	4	67	6
3	2016	Baden-Württemberg	Für den Schutz der Familie als Fundament der Gesellschaft	6	64	9
1	2016	Rheinland-Pfalz	Familie und Kind	2	17	12
1	2016	Sachsen-Anhalt	Familienpolitik	8	68	12

# Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Rechtspopulistisches Viereck (nach Sebastian Reinfeldt), S. 17
- Abbildung 2: Merkmale des Rechtspopulismus, S. 18
- Abbildung 3: AfD auf der Rechtspopulismus-Skala, S. 22
- Abbildung 4: Rechtsaußen-Fraktionen im EU-Parlament, S. 23
- Abbildung 5: Übersicht thematische Überschriften in den Programmen (Auswahl), S. 34
- Abbildung 6: Grobe Gewichtung der thematischen Behandlung des Themas ‚Einwanderung/Flucht/Asyl‘, S. 35
- Abbildung 7: Grobe Gewichtung der thematischen Behandlung des Themas Familie, S. 37
- Abbildung 8: „Erfolge“ der AfD, S. 185
- Abbildung 9: Einordnung der AfD, S. 187
- Abbildung 10: Bedarfe / Bereiche, S. 190
- Abbildung 11: Beratungsbedarfe: Politik, S. 191
- Abbildung 12: Beratungsbedarfe: Zivilgesellschaft, S. 192
- Abbildung 13: Themen: Offene Fragen, S. 196

# AutorInnen

**Alexander Häusler** ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf.

**Rainer Roeser** ist freier Journalist und arbeitet für das Internetportal „Blick nach rechts“.

**Lisa Scholten** ist Soziologin. Sie studierte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Soziologie auf Magister mit den Nebenfächern Politikwissenschaften und Öffentliches Recht.

